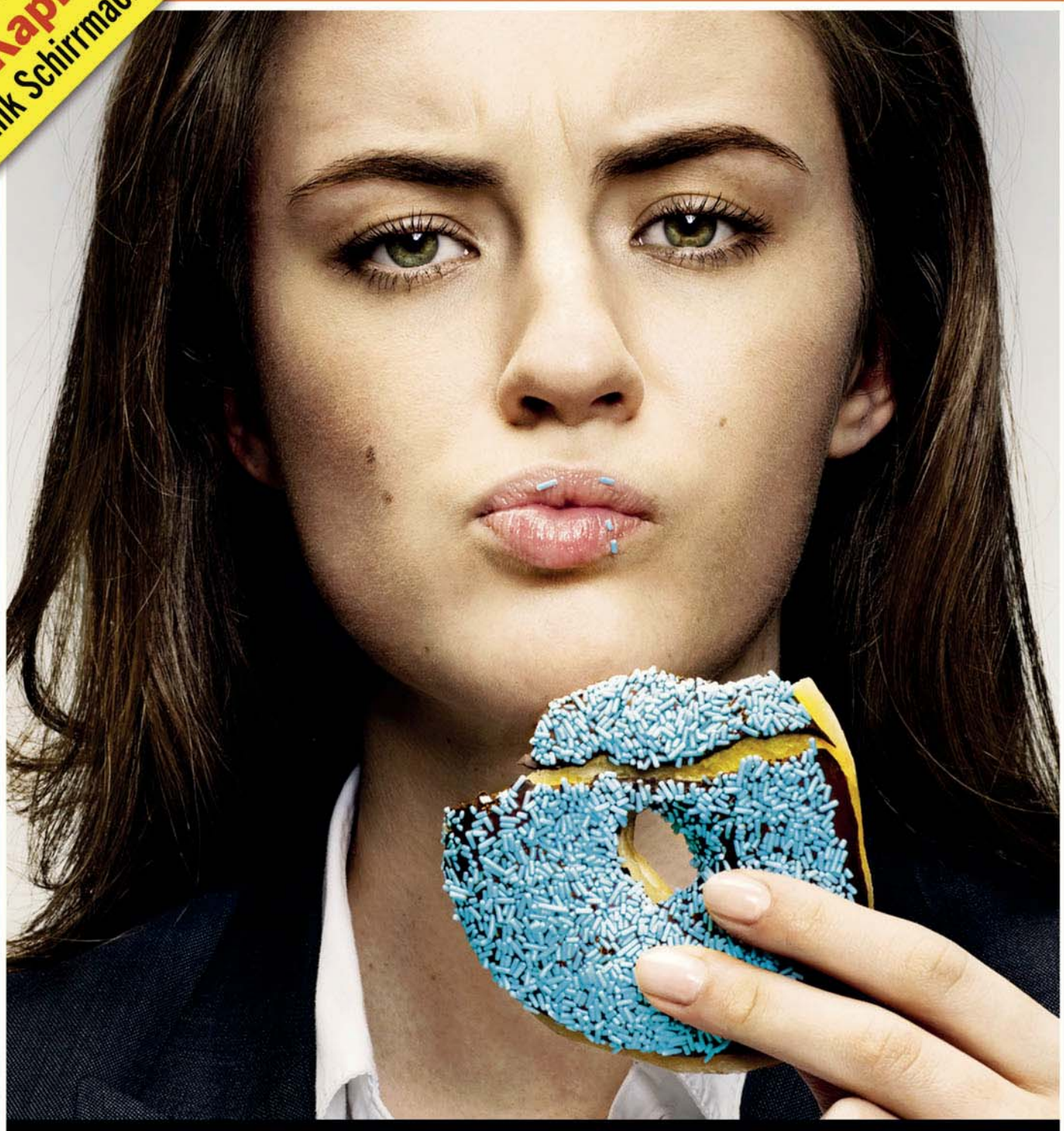
DER SPIEGEL

Nr. 7/9.2.13
Deutschland: 4,20 €
4 190700 704202 07

Der Ego-Kapitalismus
Frank Schirrmachers Abrechnung



DICK DURCH STRESS

Wie Überlastung zu Übergewicht führt

PRINTED IN GERMANY

Österreich € 4,70
Schweiz sfr 7,30
BeNeLux € 4,90
Dänemark dkr 45,–
Finnland € 7,–
Frankreich € 5,60
Griechenland € 6,–
Großbritannien £ 4.99
Hongkong HK$ 82,–
Italien € 5,60
Japan (inkl. tax) Yen 1.785,–
Malta € 5.90
Norwegen NOK 65,–
Polen (ISSN 00387452) Zł 31,–
Portugal (cont.) € 5,60
Schweden skr 64,–
Slowenien € 5,60
Spanien € 5,60
Spanien / Kanaren € 5,70
Thailand Baht 430,–
Türkei TL 14,50
Ungarn Ft 1.790,–

www.spiegel.de

Mit Felsquellwasser gebraut.



ÖKO-TEST
RICHTIG GUT LEBEN
Krombacher Pils
Gesamturteil:
sehr gut
Ausgabe 08/2009

KROMBACHER.
EINE PERLE DER
NATUR.

Gebraut nach dem deutschen Reinheitsgebot in der Krombacher Privatbrauerei
57223 Kreuztal · Am Rothaargebirge · Internet: www.krombacher.de

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung

9. Februar 2013 **Betr.: Titel, Schirrmacher, Familienpolitik, Mali**

Dicke seien „selbst an ihrem Zustand schuld, sie müssten ja einfach nur weniger essen“. Dieses Vorurteil hören übergewichtige Männer, Frauen und Kinder oft, aber neue Forschungsergebnisse belegen, dass dies nicht stimmt. „Beim Dickwerden ist nicht Willensschwäche entscheidend, sondern der Lebenswandel“, sagt SPIEGEL-Redakteurin Veronika Hackenbroch, die für den aktuellen SPIEGEL-Titel zusammen mit ihren Kolleginnen Laura Höflinger und Kerstin Kullmann recherchierte. Einer ihrer Gesprächspartner war der Mediziner und Adipositas-Experte Achim Peters. Im SPIEGEL-Interview sagt er, dass vor allem Dauerstress, etwa Unzufriedenheit mit der Arbeit, Armut oder Existenzangst, zu Übergewicht führe. Wie das Gehirn dabei Einfluss auf das Essverhalten nimmt, haben Wissenschaftler durch Experimente nachweisen können. Ihre Schlussfolgerung: Diäten, die an den Lebensumständen nichts ändern, sind zum Scheitern verurteilt (Seite 98).



MATTHIAS JUNG / DER SPIEGEL

Hackenbroch

Lange Jahre standen Frank Schirrmacher, Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen“, und SPIEGEL-Redakteur Jan Fleischhauer politisch auf derselben Seite. Beide waren überzeugte Konservative, hielten den Kapitalismus für verteidigungswürdig. Fleischhauer denkt auch heute noch so, Schirrmacher hat sich gewandelt, vom Verteidiger des Kapitalismus zu einem vehementen Skeptiker. Nach früheren Debattenbeiträgen wie „Minimum“ und „Das Methusalem-Komplott“ rechnet er in seinem neuen Buch „Ego“ mit einer Gesellschaft ab, die den hemmungslosen Egoisten als vernünftigeren Menschen feiert und eine „moderne Informationsökonomie“ begründet. In einem SPIEGEL-Essay stellt Schirrmacher seine Überlegungen vor und verteidigt sie anschließend in einem Gespräch mit Fleischhauer (Seite 114).

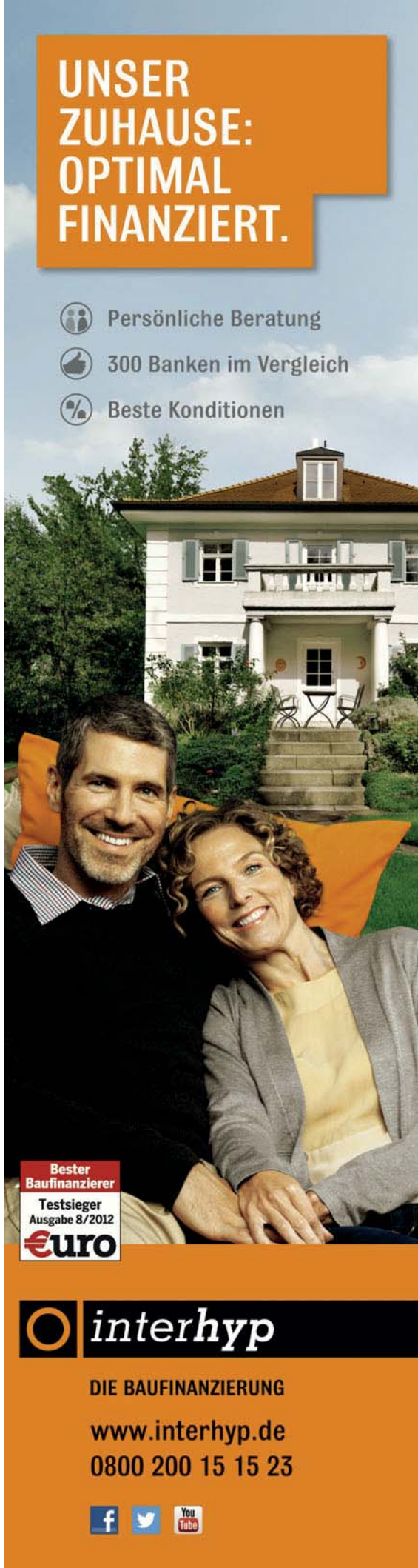
Familienministerin Kristina Schröder hat weniger Zeit als üblich für Journalisten, ihre Tochter gewöhnt sich in die Kita ein. Der SPIEGEL-Titel der vergangenen Woche, mit seiner massiven Kritik an der Familienpolitik der Bundesregierung, sorgte dafür, dass sich Schröder trotzdem eine Stunde Zeit nahm, um mit den SPIEGEL-Redakteuren René Pfister und Alexander Neubacher über eine Studie zu diskutieren, die ihrer Politik weitgehende Unwirksamkeit bescheinigt. Schröder: „Die Politik darf nicht vorgeben, wie Familien zu leben haben“ (Seite 22).

Zwei Wochen nach dem Einmarsch der französischen Armee ist die Stadt Timbuktu im Norden Malis immer noch eingeschlossen. Das malische Militär riegelt alle Zufahrtswege in die Wüstenstadt ab, um die Rückkehr der Islamisten zu verhindern. SPIEGEL-Redakteur Thilo Thielke ist es dennoch gelungen, mit einem Buschpiloten in die legendäre Stadt vorzudringen. Durch die Straßen wehten noch die verkohlten Reste verbrannter Bücher. „Die Glaubenskrieger“, sagt Thielke, „haben sich einfach in die Wüste zurückgezogen. Nun ist der Krieg in Mali ein Geisterkrieg“ (Seite 82).



DER SPIEGEL

Thielke in Timbuktu



In diesem Heft

Titel

Von der Überlastung zum Übergewicht – die seelischen Ursachen der Fettsucht 98
Interview mit dem Hirnforscher Achim Peters über Anti-Stress-Therapien für Dicke 104

Deutschland

Panorama: Koalition macht Tempo beim Fracking / Bundespolizei ist überlastet / Firmen fehlt Schutz vor Hacker-Angriffen 12
Verkehr: Das Szenario zum Ausstieg des Bundes bei Stuttgart 21 16
Familienpolitik: Im SPIEGEL-Gespräch verteidigt Ministerin Schröder die Hausfrauen-Ehe 20
SPD: Sein Unterstützer-Blog bringt Kanzlerkandidat Steinbrück in Erklärungsnot ... 23
Außenpolitik: Die EU will Etikettenschwindel mit Produkten israelischer Siedler unterbinden ... 24
Bildung: Annette Schavans aussichtsloser Kampf 26
Regierung: Die Koalitionsparteien streiten um Kompetenzen bei der Energiewende 28
Aufarbeitung: Das Kanzleramt misstraut der Amtsführung von Roland Jahn, dem Chef der Stasi-Akten-Behörde 30
Wahlkampf: Stoiber plädiert für den Entertainer Stefan Raab als Moderator des Kanzlerduells ... 32
Extremismus: Wie Rechtsradikale mit Methoden der linken Protestkultur agitieren 34
Essay: Warum kleine Vergehen in Deutschland zu großen Skandalen werden 36
Justiz: Opfer sexueller Gewalt dürfen auf höhere Schmerzensgelder hoffen 38
Gerechtigkeit: Der Historiker Hans-Ulrich Wehler empört sich im SPIEGEL-Gespräch über die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich 40
Terrorismus: Was deutsche Behörden über den Selbstmordattentäter von Ankara wussten ... 42
Kriminalität: Einbrecher machen oft nur geringe Beute, schlimmer sind für viele Bestohlene die psychischen Folgen 44

Gesellschaft

Szene: Enthaarungspraxis in Thailand / Webcam im Schweinestall 48
Ein Video und seine Geschichte – zwei US-Fernsehmoderatoren kündigen live 49
Beschäftigung: Arbeitslose in Brandenburg und ihre virtuelle Reise zum Mount Everest 50
Ortstermin: Ein Kirchendach in Stuttgart wird von Handy-Masten befreit 55

Wirtschaft

Trends: Allianz plant Einstieg ins Tennet-Netz / Online-Händler wollen für Retouren kassieren / Deutschbanker in Nigeria-Connection verstrickt 56
Autoindustrie: Die neue Zweiklassengesellschaft bei Europas Fahrzeugherstellern 58
SPIEGEL-Gespräch mit VW-Chef Winterkorn über sein Gehalt und Expansionspläne 60
Wechselkurse: Droht ein Währungskrieg? 63
Landwirtschaft: Kirchen in Niedersachsen unterstützen Proteste gegen Agrarindustrie 66
Schifffahrt: Globales Abwrackgeschäft boomt ... 68
Lifestyle: Weil immer mehr Deutsche einen Kamin wollen, wird auch das Brennholz teurer 70

Medien

Trends: DGB gegen Börsensendungen / Weshalb das ZDF die „Goldene Kamera“ einstellen sollte 71
TV-Sender: Der arabische Vorzeige-Sender al-Dschasira verliert Personal und Reputation 72
Fernsehproduktionen: Studio-Hamburg-Chef Bergengruen verteidigt das deutsche TV 75



MAURIZIO GAMBARINI / DPA

Dr. Merkels Personalproblem

Seite 26

Die eine hat ihn, die andere vermutlich bald nicht mehr: Weil die Universität Düsseldorf ausgerechnet der Bildungsministerin den Doktortitel entzog, wird die Kanzlerin wohl ihre Vertraute Schavan im Kabinett verlieren.

Stuttgart 21: Ausstieg auf Raten

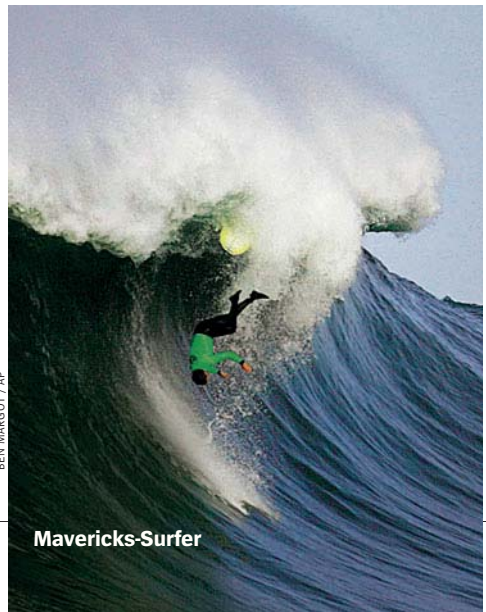
Seite 16

Mit weiteren 2,3 Milliarden Euro Zusatzkosten steht das Bahnhofsprojekt Stuttgart 21 auf der Kippe. Jetzt haben drei Staatssekretäre des Bundes die Regie übernommen. Für den Notfall planen sie einen Ausstieg auf Raten.

Europas zwei Auto-Welten

Seite 58

Opel, Peugeot und Fiat kämpfen ums Überleben, während BMW, VW und Mercedes Umsatzrekorde feiern. Vor allem in Asien werden immer mehr Autos verkauft, auf dem europäischen Heimatmarkt wird es für alle eng.



BEN MARGOT / AP

Mavericks-Surfer

Tödliche Welle

Seite 92

Die Riesenbrecher von Mavericks, einem Revier in Kalifornien, ziehen Surfer aus aller Welt magisch an. Das Wasser ist kalt und dunkel, die Wellen sind so hoch wie ein sechsstöckiges Haus. Jeder Sturz kann tödlich sein. Das Risiko gehen die Wellenreiter ein: Nichts, so sagen sie, sei vergleichbar mit dem Glücksgefühl, dem „Monster“ zu entkommen.



Wahlkämpfer Berlusconi

AAD / INTERTOPICS

Der italienische Patient

Seite 78

In zwei Wochen müssen die Italiener entscheiden, wer ihr Land aus der Krise führen soll. Bis dahin erleben sie einen absurden Wahlkampf, in dem ihnen Steuerrückzahlungen und rosige Zeiten versprochen werden.

Blitzkrieg in der Sahara

Seite 82

Französische Soldaten vertreiben Islamisten im Eiltempo aus den Städten im Norden Malis. Aber viele Gotteskrieger haben sich nur zurückgezogen – nun fürchten die Menschen in den befreiten Gebieten ihre Wiederkehr.

Ausverkauf der Kirchen

Seite 108

Viele Gotteshäuser in Deutschland fallen dem Abrissbagger zum Opfer. Andere dienen als Tanzschule, Turnhalle oder Speiselokal. In Hamburg wollen Muslime eine protestantische Kirche sogar zur Moschee machen.

Der singende Haftbefehl

S. 121

Er war Drogendealer, betrieb in Hessen ein Wettbüro und ist heute einer der erfolgreichsten Gangsta-Rapper Deutschlands. Das Besondere am Deutschtürken Aykut Anhan, der sich als Sänger Haftbefehl nennt, ist seine originelle Kunstsprache: ein Mix aus Migranten-Slang und Deutsch.



Rapper Anhan

TIM WEGNER

Ausland

Panorama: Patrouillen gegen Vergewaltigungen auf dem Tahrir-Platz / Obamas Besuch in Berlin 76
Italien: Wahl zwischen Vernunft und Gefühl 78
Mali: Timbuktu nach der Befreiung 82
Irland: Rätselhafte Entführung eines Millionärs 84
Zeitgeschichte: Die Militärakte von Stalins ältestem Sohn Jakow 86
Global Village: Was man in der Prophetenschule von Tel Aviv über die Zukunft lernen kann 90

Sport

Szene: Der Sportwissenschaftler Martin Stern warnt vor Unfällen in neuen Wintersportarten / Eine 18-jährige Amerikanerin ist der Star im Skispringen der Frauen 91
Surfen: Kalifornische Riesenbrecher ziehen todesmutige Wellenreiter magisch an 92
Kriminalität: Das Geschäft mit manipulierten Fußballspielen wird für organisierte Banden immer attraktiver 95

Wissenschaft · Technik

Prisma: Killer-Schnauzen der Krokodile / Sind manche Frauen zu fruchtbar für die Schwangerschaft? 96
Astronomie: Suche nach bewohnbaren Monden 106
Freizeit: Skigebiete legen Schneedepots an 107
Religionen: Wie Kirchen in Turnhallen, Restaurants oder Moscheen umgebaut werden 108
Archäologie: 527 Jahre nach seinem Tod wird die Leiche von Richard III. identifiziert 110

Kultur

Szene: Zwei Filmemacher porträtieren über Jahrzehnte ihre Nachbarn in Berlin-Wilmersdorf / Wem gehört der Welfenschatz im Berliner Kunstgewerbemuseum? 112
Essay: Frank Schirrmacher klagt über die Idealisierung des rationalen Egoisten in unserer Gesellschaft 114
Ideologie: SPIEGEL-Gespräch mit Frank Schirrmacher über die Kapitalismuskritik in seinem neuen Buch 118
Pop: Der Frankfurter Gangsta-Rapper Haftbefehl kreiert seine eigene Kunstsprache ... 121
Autoren: Der neue Roman des US-Autors Dave Eggers und sein Wohltätigkeitsimperium 123
Verlage: SPIEGEL-Gespräch mit dem Investor Hans Barlach über die Zukunft bei Suhrkamp ... 126
Bestseller 129
Kinokritik: Oskar Roehlers „Quellen des Lebens“, ein autobiografischer Monumentalfilm 130

Briefe 6
Impressum, Leserservice 132
Register 134
Personalien 136
Hohlspiegel / Rückspiegel 138

Titelbild: Foto Leo Krumbacher für den SPIEGEL

Appgelenkt

Warum Tablets und Handys beim Studieren stören. Außerdem im UniSPIEGEL: Marode Uni-Gebäude, ein mutiger Blogger und Studenten, die als Sex-Lehrer arbeiten.





SPIEGEL-Titel 6/2013

„Schafft den ganzen bürokratischen Wahnsinn ab, und bietet dafür kostenlose Kitas und Ganztagsschulen ohne Büchergeld und sonstige Zuzahlung an. Das wäre viel zielgenauer als tausend verwaltungsintensive Programme."

Erwin Lenz, Dietfurt (Bayern)

Nr. 6/2013, Das Sorgenkind – Deutschlands gescheiterte Familienpolitik

Deine, meine, eure Kinder

Gratuliere zu Ihrem schonungslosen Bericht. Es ist schwer zu begreifen, warum das deutsche Establishment immer noch so wenig von den Erfahrungen europäischer Nachbarn lernt. Seit 2005 ist in Norwegen zum Beispiel der Aufbau der Kita-Versorgung für alle angemeldeten Kinder ab dem zweiten Lebensjahr gelungen. Seit Jahren gibt es ein Jahr Gehaltsfortzahlung nach der Geburt, eine sehr hohe Frauen-Beschäftigungsquote und eine Geburtenrate von 1,95 Kindern pro Frau. Bei Akademikerinnen in Leitungsfunktionen ist sie sogar noch höher.

Wolfgang Biermann, Oslo

Die deutschen Familienpolitiker glauben doch wohl nicht, dass Paare Kinder bekommen, um sie dann komplett beim Staat erziehen und betreuen zu lassen? Gebt uns Familien wieder Freiheit, und lasst Kinder wieder bei Vater und Mutter aufwachsen.

Heiko Scholz, Frankenberg (Hessen)

Der Titel unterstellt subtil, dass alle berufstätigen Eltern in diesem Land ein einziges Lebensmodell leben wollen und sollen: Mama und Papa gehen in Vollzeit von morgens bis abends arbeiten, und ihre Kinder sehen sie – wenn überhaupt – mal kurz vor dem Frühstück und nach dem Abendessen. Schon mal den Gedanken gehabt, dass es Eltern gibt, die von ihrer Familie auch im Alltag etwas haben möchten und sich das auch eine ganze Stange Einkommen und Rente kosten lassen?

Jörg Armbruster, Ansbach (Bayern)

Wir leben in einem unglaublich kinderfeindlichen Land. Meiner Freundin wurde in der Schwangerschaft gekündigt, wir bekamen massive Probleme, als wir mit Baby auf Wohnungssuche waren. Mit einem Haustier hätten wir leichter eine Wohnung bekommen.

Annette Murphy, Hamburg

Selbst im gebärfähigen Alter, kann ich sagen: Mein Herz schlägt für Kinder, doch der Verstand sät Zweifel, da unsere Gesellschaft Familien nicht genug Wertschätzung entgegenbringt. In den Köpfen der Deutschen muss ein Paradigmenwechsel stattfinden. Kinder dürfen weder Verlust, Verzicht noch Abstieg bedeuten.

Dietlind Wiegmann, Lübbecke (NRW)



BERNHARDHUBER.COM / DER SPIEGEL

Der Ruf nach Kitas wird immer lauter, und das Ehegattensplitting soll am besten auch noch weg. Dabei unberücksichtigt bleiben kranke Kinder, schwierige Kinder, pflegebedürftige Alte und alle anderen sozialen Aufgaben.

Roswitha Blumoser, München

Die Entscheidung für ein Kind bleibt eine rein persönliche Sache. Der Ausbau von Kitas wird keinen Einfluss auf den Wunsch haben, Kinder zu bekommen.

Eduard Biedermann, Hamburg

Wie viele Eltern konnten ihren Kindern eine angemessene Erziehung und Ausbildung zukommen lassen – einschließlich Studium ohne Bafög –, weil das Ehegattensplitting dies ermöglichte!

Erik D. Menges, Bad Soden

Unsere Familienpolitik ist seit Kaiserreich, Nazi-Ära und Bonner Republik so testosterongesteuert, dass gebildete Frauen in einen Gebärstreik getreten sind.

Dr. Astrid Schreyögg, Berlin

Als Alleinerziehende stelle ich fest, dass es keinen schlechter bezahlten Beruf als den der Mutter gibt, wenn man die eingesetzte Arbeits- und Lebenszeit dem materiellen und immateriellen Ertrag gegenüberstellt.

Christa Thomas, München

Glückliches Sonneberg, da gibt's einen 24-Stunden-Kinderpark, da kann Mutter endlich auch Nachtschicht schieben. Schöne neue Kinderwelt.

Prof. Dr. Gustav Schweige, Duisburg

Im Kern geht es doch darum, dass der Staat dafür sorgen soll, das Heer der abhängig Beschäftigten wachsen zu lassen, damit möglichst immer ein Angebotsüberschuss an Arbeitsleistung erhalten bleibt, der seitens der Wirtschaft dazu genutzt wird, die Löhne drücken zu können.

Bernd Rüber, Einig (Rhld.-Pf.)

In Afrika heißt es: Kinder werden vom ganzen Dorf erzogen. Es sind nicht deine, meine, eure Kinder: Eine Gesellschaft muss sie als unsere Kinder begreifen.

Sigrid Beyer, Osten (Nieders.)

Das Kindergeld beziehungsweise der Kinderfreibetrag sind weder eine Sozialleistung noch ein Instrument der Familienpolitik. Sie dienen dazu, das Existenzminimum eines Kindes von der Besteuerung auszunehmen, genau wie auch für jeden Erwachsenen die ersten paar tausend Euro Jahreseinkommen steuerfrei sind.

Dr. Christoph Rücker, Freiburg

Ein Argument fehlte: Welcher verantwortungsvolle Arbeiter mit Zeitvertrag setzt Kinder in die Welt, wenn er nicht weiß, wie lange er noch seine Miete zahlen kann?

Harald Täuschel, Darmstadt

Diskutieren Sie im Internet

www.spiegel.de/forum und www.facebook.com/DerSpiegel

- **Titel** Hat Übergewicht vor allem seelische Ursachen?
- **Nichtwähler** Gefährdet eine niedrige Wahlbeteiligung die Demokratie?
- **Bildung** Ist das Votum der Universität Düsseldorf gegen Annette Schavan zu hart?



Love is in the A.

Die neue A-Klasse ist 2013 das Lieblingsauto der Deutschen.

ADAC Gelber Engel 2013

So jung und schon so beliebt. Die A-Klasse bekommt den Gelben Engel in der Kategorie „Auto“ verliehen – den Publikumspreis, der unter 17 Millionen Lesern der ADAC Motorwelt und den Besuchern von ADAC.de ermittelt wurde. Vielen Dank für so viel Vertrauen und Zuneigung. www.mercedes-benz.de/a-klasse



Mercedes-Benz
Das Beste oder nichts.

Eine Marke der Daimler AG

Kraftstoffverbrauch innerorts/außerorts/kombiniert: 8,4–4,5/5,1–3,3/6,4–3,8 l/100 km; CO_2-Emissionen kombiniert: 148–98 g/km; Effizienzklasse: C–A+.

Die Angaben beziehen sich nicht auf ein einzelnes Fahrzeug und sind nicht Bestandteil des Angebots, sondern dienen allein Vergleichszwecken zwischen den verschiedenen Fahrzeugtypen. Das abgebildete Fahrzeug enthält Sonderausstattungen.
Anbieter: Daimler AG, Mercedesstraße 137, 70327 Stuttgart

Nr. 5/2013, Debatte Sexismus: Warum die Frauen nicht die Opfer des Berliner Politikbetriebs sind

Tollhaus Deutschland

Ich bin entsetzt! Wie kann eine intelligente Frau die These aufstellen, der kleine Unterschied würde „wegmoralisiert“ werden, würde das Klima zwischen den Geschlechtern etwas korrekter sein? Ein moralpolizeilich gesichertes Umfeld wird und soll es nie geben, aber das hat nichts damit zu tun, dass die Männer ihre zum



DANETZKI / WEIDNER

FDP-Mann Brüderle 1995

Teil primitive Anmache etwas überdenken sollten! Und das zu verlangen ist nicht intolerant, sondern einfach normal.

Marlies Fitzner, Kirchheim/Teck

Chapeau, Christiane Hoffmann! Wenn man jedes Wort, das zwischen Politikern und Journalisten an einer Bar einmal gewechselt wurde, auf die moralische Goldwaage legen würde, könnten beide Seiten nie mehr ungezwungen miteinander reden. Als langjähriger Ressortchef Politik einer überregionalen Zeitung hätte ich eher den Beruf gewechselt, als in einem „moralpolitisch gesicherten Umfeld“ arbeiten zu müssen, also einer Welt voller Tabus. Die Reporterin Laura Himmelreich hat ihrer Zunft mit dem, was ihr nach einjähriger Denkpause zu Brüderle einfiel, einen Bärendienst erwiesen.

Siegmar Schelling, Oldenburg (Nieders.)

Danke für Ihre Warnung vor dieser aberwitzigen politischen Korrektheit und dieser Scheiß-Aussicht, in irgendeiner politisch absolut korrekten Zukunft nur noch eine Arbeitsbiene oder ein Arbeitsbien zu sein. In solch einer Welt würde ich auch nicht leben wollen.

Prof. Dr. Heiner Gonska, Duisburg

Ist Deutschland zu einem Tollhaus geworden? Wegen einer harmlosen Bemerkung, die bei normalen Menschen höchstens ein Schmunzeln hervorrufen würde, wird nun eine Schmutzkampagne übelster Art gegen Herrn Brüderle inszeniert. Die Initiatoren dieser primitiven Aktion hätten besser geschwiegen.

Herbert Gaiser, München

Was für eine schizophrene Gesellschaft, die mit höchsten Einschaltquoten „Bachelor“ und „Dschungelcamp“ glotzt und über Sexismus debattiert, wenn ein Politiker eine Frau galant als „dirndlfüllend“ bezeichnet.

Dirk Weiske, Stuttgart

Mein Rat an den lebenden Herrenwitz Rainer Brüderle: Trink, trink, Brüderle trink, lass doch die Zoten zu Haus! Der pfälzische Dirndl-Experte sollte sich statt um das Ausfüllen von Dekolletés besser um das Ausfüllen der zu großen Schuhe eines Spitzenkandidaten kümmern.

Mia Herber, Wadgassen (Saarland)

Wäre die „Stern“-Redakteurin intellektuell auch nur halb so gut drauf, wie sie beleidigt war, so hätte sie Brüderle auf seinen Dirndl-Ausspruch mit einem Blick auf dessen Hose geantwortet: „Was man von Ihrer Hose offensichtlich nicht sagen kann.“ Dann wäre die Angelegenheit mit einem Touché erledigt gewesen.

Hans-W. Löscher, Schlehdorf (Bayern)

Liebe Leidensgenossinnen: Nur Mut, und dreht den Spieß um! Ich habe vor vielen Jahren einem notorischen Po-Kneifer in Nadelstreifen, als er mit mehreren Herren aus der Chefetage zusammenstand, im Vorbeigehen auch in den Po gekniffen, und meine ebenfalls betroffenen Kolleginnen haben zugeschaut! Der Herr Direktor war zutiefst schockiert und sprachlos, und wir hatten endlich Ruhe, aber ich war dann auch bald meinen Job los!

Uta Brauneis, Obertshausen (Hessen)

Wo sind sie geblieben, die selbstbewussten Frauen wie Mae West, die die Welt amüsierte mit Sprüchen wie diesem: „Is there a gun in your pocket, or are you just happy to see me?“ Ich bin kein Fan von Rainer Brüderle, aber wir sollten die Kirche im Dorf lassen.

Uschi Demeter, München

Die zigtausend empörten jungen Frauen sehen sich nicht als Opfer, sondern sie fordern zu Recht einen respektvollen Umgang miteinander. Es geht hier nicht um körperliche Übergriffe. Herabsetzung und Ausgrenzung beginnen immer auf sprachlicher Ebene. Es gibt sie doch, die vom Herrenwitz unabhängigen, kompetenten und charmanten Gesprächspartner, mit denen die Begegnung sogar bei einem Glas Wein auf Augenhöhe verläuft!

Dr. Heide Borchers, Oyten (Nieders.)

Ihre Autorin argumentiert, dass Frauen im Berufsleben auch ihre weiblichen Vorzüge verwenden, um ihre Ziele zu erreichen. Doch sorgen gerade diejenigen, die den Arbeitsalltag mit Geschlechtlichem füllen, dafür, dass Frauen immer noch zu oft nicht ernst genommen werden.

Sabine Porz, Duisburg

Eine Anmache wird von einer Frau erst dann als Sexismus empfunden, wenn ein Mann von geringem sexuellen Marktwert annimmt, dass er sich aufgrund seines kulturellen Marktwerts trotzdem nähern darf. Brüderle kennt seinen Platz nicht, andere Politiker fühlen sich ertappt und reagieren beleidigt. Bei dieser Art des Sexismus geht es nicht um Herabsetzung per se – es ist ein Versuch, sich auf dieser Ebene gleichzumachen, und je ungleicher die Protagonisten, desto aggressiver wird das mitunter wahrgenommen.

Kristin Davidsohn, München

Nr. 5/2013, Die neue Gas-Großmacht USA verändert das geopolitische Gefüge

Innovativ ist ganz weit weg

Ihr Artikel ist geradezu grob naiv innovationsverherrlichend. Fracking und die zu erschließenden neuen Ressourcen verhindern endgültig in den USA eine aus Sicht der Nachhaltigkeit notwendige 95-prozentige Reduzierung des fossilen Energieverbrauchs. Global lässt der Preisdruck auf fossile Brennstoffe nach. Dieser führt dazu, dass Unternehmen, deren Geschäftsmodell auf fossilen Brennstoffen basiert, sich auf ein Weiter-so einstellen



JIM LO SCALZO / DPA

Erdgasförderfeld in Pennsylvania

werden und dass die Länder, die den energieverschwendenden Wirtschaftsstil übernehmen, animiert werden, weiterhin nichteffiziente Technologien einzusetzen.

Prof. Justus Engelfried, Hannover

Statt die Nutzung dieser letzten großen Ressource an fossiler Energie zu besteuern, um den Verbrauch zu reduzieren und um sie für zukünftige Generationen zu bewahren, wird nun in den USA die Jahrhundertchance vertan, die immensen Staatsschulden abzubauen und das marode Sozialsystem zu verbessern.

Dr. Frank Leschhorn, Brisbane (Australien)

Das US-Energiewunder ist mit Vorsicht zu genießen. Das Niveau kann nur durch zusätzliche Bohrungen gehalten werden.

Dietmar Le Calvez, Lünne (Nieders.)

Müssen wir, wie bei der Atomenergie, auf die Milchmädchenrechnung der Politiker und Konzerne hereinfallen?

Bettina Link, Hardegsen (Nieders.)


MÄNNER 4 REGELN
ZÄHLE KEINE KALORIEN.
VERTRAU DER PASSFORM DEINER JEANS.
Männer leben nach ihren eigenen Regeln. Sie essen das Leben mit dem großen Löffel und tragen Jeans, die ihnen optimal passen. Dank jahrelanger Erfahrung, bester Materialien und feinster Verarbeitung. Das schmeckt nach mehr!
Joker – ein Mann, eine Jeans.
JOKER
www.Joker-Jeans.de

Nr. 5/2013, Panorama, Kommentar des emeritierten Juraprofessors George Turner zum Plagiatsfall Schavan: „Die Uni ist schuld“

Groteske Entschuldigung

Der Kommentar geht weit unter die Gürtellinie. Turner zieht in einer überheblichen Art und Weise über das wissenschaftliche Niveau der Fachhochschulen und der ehemaligen Pädagogischen Hochschulen her, dass man sich fragen muss, wo die eigene Erhöhung herkommt. Seine Parteinahme für Frau Schavan ist



PICTURE-ALLIANCE / TAGESSPIEGEL

Ex-Bildungspolitiker Turner

schon bedrückend. Aber, Herr Turner, Frau Schavan war 25 Jahre alt, als sie sich an eine Dissertation wagte! Man kann sich doch nicht auf den Standpunkt stellen, wie man es bei Kindern macht.

Prof. Dr. Peter Kobelt, Berlin

Eine dem Bedarf geschuldete Fehlentwicklung bei der Besetzung der Lehrstühle alter und neuer Universitäten in den sechziger, siebziger Jahren nach mehr als 50 Jahren als Entschuldigung für Täuschung und Manipulation bei der Erstellung wissenschaftlicher Arbeiten heranzuziehen und zur Schuldigen für akademischen Betrug machen zu wollen ist für sich genommen schon grotesk.

Wolfgang Beutler, Köln

Der Kommentar ist polemisch und von gestern. Auch Habilitierte lehren und forschen an FHs. Die Professoren besitzen langjährige Erfahrungen im universitären Wissenschafts- und Forschungsbetrieb. Die Diskussion um das Promotionsrecht an Fachhochschulen ist daher überfällig.

Prof. Dr. Manfred König, Ludwigshafen

Endlich spricht ein Insider das an, was ich schon seit langem befürchtet habe. Gerade in den siebziger, achtziger Jahren wunderte man sich, wie es wohl für den einen oder anderen Professor möglich war, so viele Promotionen zu betreuen.

Dorothee Götz, Bechhofen (Rhld.-Pf.)

Es ist wohl müßig, darauf zu verweisen, dass die vieldiskutierten Plagiatsfälle der letzten Monate und Jahre, die allesamt deutlich schwerer als der Fall Schavan wiegen, von habilitierten Lehrstuhlinhabern zu verantworten sind.

Prof. Dr. Patrick Ostendorf, Bielefeld

Nicht die Hochschule ist schuld, sondern das System. Spätestens nach dem Fall zu Guttenberg hätte man über eine externe Qualitätskontrolle nachdenken müssen. Die Unis sperren sich aber gegen definierte Kriterien, die von externen Gutachtern bewertet werden. Lägen solche Kriterien vor, so könnten sich auch FHs und Forschungseinrichtungen daran messen.

Prof. Andreas Mockenhaupt, Sigmaringen

Nr. 5/2013, Warum kommen die guten TV-Serien aus den USA oder Skandinavien, nur nicht aus Deutschland?

Würstchen ohne Senf

Ich könnte verzweifeln über die Arroganz der Programmverantwortlichen. Aber sie sind über jegliche Kritik erhaben und antworten mit peinlich flachen Argumenten. Dass sich die Zuschauer abwenden und Jugendliche in Gelächter ausbrechen bei den Worten ARD oder ZDF, muss sie ja nicht wirklich berühren – als eine Art Beamte, die ihr Gehalt durch ein steuerähnliches Verfahren einstecken können.

Hartmut Schenk, Bad Schwalbach (Hessen)

Traurig, aber wahr. Jemand hat mal gesagt: Im Fernsehen haben die Würstchen die Macht übernommen und als Erstes den Senf abgeschafft.

Dr. Michael Seyfert, Berlin

Die Serienmacher von HBO sind wirklich wegweisend. Die deutschen TV-Macher sollten die Serien zu ihrer Inspiration studieren. Vielleicht können sie dann wieder Lust an ihrer eigenen Kreativität entwickeln, statt innerhalb des öffentlich-rechtlichen Schema F zu versauern.

Andreas Hüttmann, Mölln

Nachdem ich die fünfte Staffel der US-Kultserie „Breaking Bad“ verschlungen habe, muss ich konstatieren: Ich habe so was Gutes noch nie gesehen! Von dem, was man von den öffentlich-rechtlichen Fernsehmachern vorgesetzt bekommt, fühle ich mich geradezu trivial eingeseift.

Werner Wölfl, Illerkirchberg (Bad.-Württ.)

Keine Zeile über politische Sendungen, geschichtliche Aufarbeitungen, ausführliche Berichte über Brennpunkte in der Welt, um nur einige Themen zu nennen, die die Öffentlich-Rechtlichen behandeln und die mir ein Bild von der Welt geben.

Anneliese Beck, Mainz

Ich kenne das Fernsehen noch aus Zeiten, in denen ein Exposé ein bezahlter Arbeitsschritt war. Heute nennt man es Pitch. Pitches muss man nicht bezahlen! Sollte sich aus einem dieser massenhaft an die Sender gehenden Pitches tatsächlich ein Auftrag entwickeln, haben sich bis zum Drehbuch häufig vier oder mehr fremde Autoren im entsprechenden Werk verewigt, wobei eine möglichst hohe Anzahl von Be-, Um- und Überarbeitungen oft eine Prestigefrage ist. Wer sich als Schreibkraft zur Umsetzung von Fremdideen versteht und nichts verteidigt, was ihm wichtig ist, erhält den Ehrentitel „Profi“. Innovatives, Spannendes, Unkonventionelles kann so kaum entstehen.

Ulrike Bliefert, Berlin

Im Zauderland dient Opportunismus als Qualifikationsersatz, und Fehler werden nicht produktiv verarbeitet, sondern meist durch neue Fehler kaschiert: Man wird aus Schaden dumm. In solchen Strukturen macht zusätzliches Geld, wie die nun eingeführte Zwangsabgabe, alles nur noch schlimmer.

Ulrich Klotz, Frankfurt am Main

Dieser Beitrag war längst fällig. Wir werden für dumm verkauft oder – wenn wir Qualität wollen – um den Schlaf gebracht.

Veronika von Sternburg, Hamburg

Ohne Zaudern ist in dem Artikel jeder Satz zu unterstreichen. Die Verlängerung eines von mir produzierten Serienprojekts wurde von den ARD-Bedenkenträgern wegen zu hoher Qualität abgelehnt.

Til Erwig-Klöble, Berlin

Ich arbeite seit Jahren fürs Fernsehen, und es wird immer spießiger, billiger, blöder. Die Drehbücher hat man alle schon mal gelesen. Hauptsache nicht intelligent, nicht politisch, nicht amoralisch, kritisch oder böse. Merkel-Fernsehen. Ich sehne



ARD

„Um Himmels Willen“-Darstellerinnen

mich nach Inhalten, Risiken und Nebenwirkungen und nach Redakteuren, die ihre Energie in Stoffentwicklungen stecken, statt ihr Machtfeld abzustecken, und nach Sendern, die dafür mit Leidenschaft die Gelder zusammenkratzen, statt sie im Apparat versacken zu lassen oder sich mit Quoten zufriedenzugeben.

Jule Ronstedt, München

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt und auch elektronisch zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de

In dieser Ausgabe befindet sich im Mittelbund ein achtseitiger Beihefter der Firma 1 & 1 Internet, Montabaur.

Kneipp®

Wirkt. Natürlich.

Pflege, die Sinne und Haut fröhlich stimmt.





Kneipp® Nr. 1 der Badezusätze!*

Die neuen Aroma-Pflegeduschen von der Nr. 1 bei Badeprodukten.

Unsere einzigartigen Aroma-Pflegeduschen Lebensfreude, Gute Laune und Glückliche Auszeit basieren auf pflanzlichen Pflegestoffen und dem Wissen der Aromakologie. Eine Kombination, die sich positiv auf Ihre Stimmung auswirkt.** Sie sorgt für ein wohliges Dusche-Erlebnis und ein zartes Hautgefühl. Probieren Sie es aus – duschen Sie sich ein Lächeln ins Gesicht. Die neuen Aroma-Pflegeduschen erhalten Sie auch als Badeprodukte. **www.kneipp.de**

*Nielsen LEH und DM Deutschland, MAT November 2012, Wert in Euro, Badezusätze total Marken

**Studie von psyrecom research & consulting Institut für angewandte Psychophysiologie GmbH (23 Probandinnen, 28–55 Jahre)

NS-ENTSCHÄDIGUNG

Israel kritisiert deutsche Bürokratie

Im Streit um deutsche Rentenzahlungen an Zehntausende ehemalige jüdische Ghettoarbeiter bahnt sich eine Lösung an. Das federführende Bundesarbeitsministerium setzt sich dem Vernehmen nach dafür ein, allen noch lebenden Betroffenen rückwirkend ab 1997 eine Rente auszuzahlen. Das habe die zuständige Staatssekretärin Annette Niederfranke in internen Gesprächen angedeutet. Aufgrund einer Klausel im Sozialgesetzbuch war die Leistung für die meisten der Überlebenden bislang nur vier Jahre rückwirkend gezahlt worden. Die zusätzlichen Kosten für die Rentenversicherung werden auf mindestens 500 Millionen Euro geschätzt. Schwierigkeiten ergeben sich allerdings bei der rechtlichen Umsetzung. Nach einer Sachverständigenanhörung wird im Arbeitsministerium noch diskutiert, ob eine Gesetzesänderung oder eine pauschale Entschädigung vorzuziehen ist. Der israelische Gesandte in Berlin, Emmanuel Nahshon, mahnt die Bundesregierung zur Eile: „Mit jedem Tag, der vergeht, sterben weitere Holocaust-Überlebende. Wir sind nicht bereit zu akzeptieren, dass die Entschädigung an bürokratischen Hürden scheitert.“



LUCKY LOOKY / ACTION PRESS

Holocaust-Mahnmal in Berlin



AXEL SCHMIDT / DAPD

Protestaktion gegen Fracking in Berlin

ENERGIE

Koalition macht Tempo

Die Regierungskoalition will die Schiefergasförderung mit Hilfe der umstrittenen Fracking-Methode in Deutschland noch vor den Wahlen anschieben. Die zuständigen Parlamentarier von CDU/CSU und FDP haben sich deshalb auf Eckpunkte geeinigt, wie eine Erschließung der noch unberührten Vorkommen sicherzustellen ist. Sie wollen damit das faktisch existierende Moratorium in Deutschland gegen das Fracking aufbrechen. „Wir können uns kein ideologisches Verbot leisten, weil Fracking Teil der Energieversorgung sein kann“, sagt Michael Kauch, umweltpolitischer Sprecher der FDP im Bundestag. Um die Bedenken gegen die Fördermethode zu zerstreuen, fordern die Koalitionäre unter anderem Umweltverträglichkeitsprüfungen, die den Rückfluss von giftigen Fracking-Chemikalien in das Grundwasser ausschließen sollen. „Es ist klarzustellen“, so schreiben sie, „dass in Wasserschutzgebieten Erkundungs- und Gewinnungsmaßnahmen von Erdgas aus Schiefergas mittels Fracking ausgeschlossen sind.“ Die zuständigen Ministerien für Umwelt und Wirtschaft sind nun bis nächste Woche dazu aufgerufen, Regelungsvorschläge zu erstellen. „Wir wollen noch in dieser Wahlperiode damit durch sein“, so Kauch.

DATENSICHERHEIT

Weitgehend schutzlos im Cyberspace

Die meisten Firmen sind nur unzureichend gegen Hackerangriffe gefeit. Das ergab eine Studie der Beratungsfirma Ernst & Young, die 1836 Manager aus 64 Ländern interviewte. Branchenübergreifend berichtete knapp ein Drittel von ihnen, die Attacken auf ihre IT-Netze würden kontinuierlich zunehmen. 84 Prozent der Befragten gaben gar zu, dass ihre Informationssicherung mangelhaft sei. Den Firmen gelingt es offenbar nicht, mit dem rasanten technologischen Wandel Schritt zu halten. Viele haben mobile Endgeräte, Cloud-Computing oder Social Media in ihre Firmenstrategie integriert, können diese Innovationen jedoch sicherheitstechnisch nicht genügend kontrollieren. 63 Prozent der Unternehmen haben nicht einmal ein formales Sicherheitskonzept – und planen derlei auch künftig nicht. Nur bei rund der Hälfte der befragten Firmen beschäftigt sich die Führungsebene überhaupt mit dem Thema Datensicherheit.

BUNDESPOLIZEI

Wirkung nicht entfaltet



THOMAS KOEHLER / PHOTOTHEK.NET

Zu wenig Personal oder zu viele Aufgaben – das ist das Dilemma der Bundespolizei. Zu diesem Ergebnis kommt eine vertrauliche „Evaluation der Neuorganisation“ der Behörde. Grund für die „Dienstpostenschere“ sei, dass die Bundespolizei in den vergangenen Jahren mehr und mehr Kompetenzen übertragen bekommen habe, etwa bei der Luftsicherheit und dem Schutz deutscher Botschaften im Ausland. Außerdem haben Bundesbeamte die ehemalige Bayerische Grenzpolizei an der deutsch-österreichischen Grenze ersetzt, wo der Andrang von Flüchtlingen steige. Die durch die Neuorganisation der Bundespolizei gewonnene Stärke könne deshalb „nicht ihre volle Wirkung entfalten“, heißt es in dem Papier. Das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer bemerkt zudem, das Bundespolizeipräsidium werde mitunter zu sehr vom Bundesinnenministerium in seinen Entscheidungsbefugnissen beschränkt. Um das Präsidium von Aufgaben zu entlasten, könnten etwa die Spezialeinheit GSG 9 und der Flugdienst der Bereitschaftspolizei angegliedert und diese zu einer „Direktion Spezialkräfte“ ausgebaut werden.

GEHEIMDIENSTE

„Verbindungsstelle 61“

Ein Verfahren gegen einen hochrangigen Beamten des Bundesnachrichtendienstes (BND) sorgt für Unruhe im Kanzleramt. Die Staatsanwaltschaft Heidelberg ermittelt gegen den Leiter der geheimen „Verbindungsstelle 61“ des BND in Mainz wegen des Verdachts der Bildung einer bewaffneten Gruppe und Verstoßes gegen das Waffengesetz. Der BND selbst hatte Anzeige gegen Joachim von S. erstattet, nachdem die Innenrevision des Auslandsgeheimdienstes auf den Mann aufmerksam geworden war. Er ist seit vielen Jahren Leiter jener geheimnisvollen Dienststelle, die selbst innerhalb der Behörde nur wenigen bekannt ist und deren Existenz auf Anfrage des SPIEGEL zunächst geleugnet wurde. Angeblich war der BND-Angehörige dort unter anderem für die Schießausbildung zuständig. Der Rechtsbeistand des Beschuldigten erklärte, die Vorwürfe seien haltlos, wie Ermittlungen der Polizei ergeben hätten. Es handle sich um eine „bösartige Intrige“, ausgelöst durch die Vorgesetzte seines Mandanten, die das „Soldatische“ des altgedienten BND-Manns abgelehnt habe. Der Anwalt räumte ein, dass auf dem Gang des Dienstsitzes seines Mandanten eine Bilderreihe des Brandenburger Tors im Lauf der Geschichte hänge, darunter eine Abbildung aus dem Jahr 1943 mit der Aufschrift „Führer befiehl – wir folgen“. Ein BND-General habe dem Beamten deshalb „nationalsozialistische Propaganda“ vorgeworfen. Joachim von S. sei daraufhin „knallhart und unmittelbar“ in die BND-Zentrale nach Pullach versetzt worden. Dort habe er die Aufgabe erhalten, einen „Betreuungsabend für Angehörige von BND-Mitarbeitern“ vorzubereiten. Sein Mandant sei derzeit krank, sagte der Rechtsbeistand. Laut Insidern hat die „Verbindungsstelle 61“ die Aufgabe, Kontakt zu ausländischen Streitkräften und zu der nahgelegenen Außenstelle des US-Nachrichtendienstes CIA in Wiesbaden zu halten. Die Staatsanwaltschaft Heidelberg verweigerte jeden Kommentar zu den Ermittlungen. Ein BND-Sprecher sagte, man äußere sich grundsätzlich nicht zu Personalangelegenheiten.



STEPHAN JANSEN / PICTURE-ALLIANCE / DPA

TERRORISMUS

Auslieferung unerwünscht

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat persönlich dafür gesorgt, dass die deutsche Justiz nicht gegen die Terroristin Souhaila Andrawes vorging. Das belegt ein Vermerk im Bundesarchiv. Andrawes war das einzige überlebende Mitglied des palästinensischen Terrorkommandos, das 1977 die Lufthansa-Maschine „Landshut“ nach Mogadischu entführt hatte. Schmidt entschied in einer Besprechung am 7. Dezember, „dass eine Auslieferung nicht stattfinden“ solle. Die deutsche Anti-Terror-Einheit GSG 9 hatte die Geiseln befreit und Andrawes an Somalias Behörden übergeben. Schmidt wollte die Palästinenserin nicht in die Bundesrepublik holen, weil die Bundesregierung „Sicherheitsprobleme“ befürchtete, also Anschläge, um Andrawes zu befreien. Er glaubte zudem, dass bei einem Prozess gegen Andrawes „Taktik und Vorgehen der GSG 9 enttarnt werden müssten“. Öffentlich erklärte Bonn, einem Auslieferungsersuchen stehe eine Absprache mit Somalia entgegen. 1994 stellte dann die Regierung Helmut Kohl einen entsprechenden Antrag an Norwegen, wo Andrawes inzwischen lebte. Ein Hamburger Gericht verurteilte sie 1996 zu zwölf Jahren Freiheitsstrafe.



ERIC SCHULTZ / DAPD

LUFTFAHRT

Unausgereift und brandgefährlich

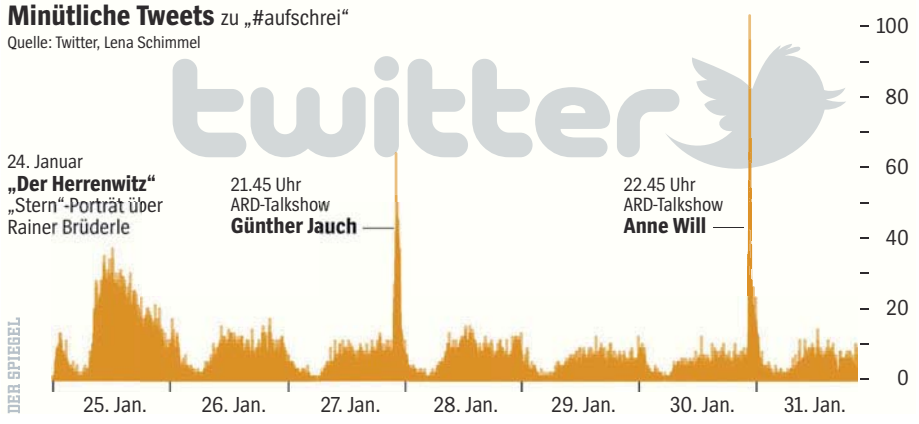
Die in Brand geratenen Lithium-Ionen-Batterien an Bord der Boeing 787 (Dreamliner) sind technisch offenbar nicht ausgereift gewesen. Noch zwei Monate vor den Bränden, die weltweit zur Stilllegung der Dreamliner-Flotte geführt haben, sah sich die in Köln beheimatete Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) nicht in der Lage, einen Zertifizierungsstandard für die extrem leistungsstarken und entflammbaren Akkus zu verabschieden. In einem Bericht attestierte die EASA einen „Mangel an Reife“. Bei der Zulassung des Flugzeugs im August 2011 war die EASA nicht federführend gewesen, sondern hatte sich dem Votum der amerikanischen Partnerbehörde FAA angeschlossen. Die wendete ein Sonderzulassungsverfahren an, weil über das Gefahrenpotential der Batterien bis dahin kaum Erfahrungen in der Luftfahrt vorlagen. Zwei Ereignisse hätten das US-Amt aber warnen können: So war 2011 eine Lithium-Ionen-Batterie an Bord eines Cessna-Privatjets in Brand geraten; und der Flugzeugbauer Gulfstream entschied sich beim Bau seines neuen Business-Jets G650 wegen Sicherheitsrisiken für einen anderen Akku. Boeing blieb aber bei seiner Entscheidung, und das, obwohl eine Dreamliner-Batterie im Jahr 2006 das Labor eines Zulieferers in Brand gesetzt hatte. Bei der EASA beklagt man sich, über diesen Vorfall von der FAA nicht unterrichtet worden zu sein.

Boeing 787 (Dreamliner)

INTERNET

Anatomie eines Twittersturms

Was ein Shitstorm ist, hat sich mittlerweile herumgesprochen: Nutzer pöbeln massenhaft im Netz. Nun rückt eine weitere Protestform ins Rampenlicht: der Twittersturm. Ein Beispiel: die jüngste Welle zum Thema Sexismus. Die Nachrichtenlawine begann damit, dass die Feministin Anne Wizorek in der Nacht zum 25. Januar einen „Hashtag“ namens „#aufschrei“ im Kurznachrichtendienst Twitter verwendete. Hashtags sind Schlagwörter mit einem vorangestellten Doppelkreuz. Twitterati verwenden sie, um einzelne Themenstränge auffindbar zu machen. Die Braunschweiger Programmiererin Lena Schimmel wertet den Twittersturm zurzeit mit einer Aktivistengruppe aus. Ihr Datensatz offenbart, dass rund 15 000 Leute #aufschrei vom 25. bis zum 31. Januar 2013 benutzt haben. Insgesamt wurden 49 000 Tweets und mindestens 30 000 Weiterleitungen („Retweets“) verschickt. Ein harter Kern war dabei besonders aktiv: Rund 20 Teilnehmer schickten jeweils über hundert Nachrichten. Nicht alle unterstützten dabei feministische Anliegen, auf Platz sieben der häufigsten Retweets lag der Machospruch: „Meine Frau wollte auch etwas zu #aufschrei twittern. Das WLAN reicht aber nicht bis in die Küche.“ Die Zahlen machen auch deutlich, dass TV-Shows zum Twittern anregen. „Internet und Fernsehen sind nicht voneinander abgekoppelt, sondern schaukeln sich teils gegenseitig hoch“, sagt Matthias Jugel von der Berliner Web-Analysefirma Twimpact: Nach Talkshows zum Thema Sexismus konnte er Aktivitätsspitzen auf Twitter beobachten, mit teils über 60 Tweets pro Minute. Ähnliches kennt er von Serien wie „Tatort“ (knapp 20 000 Tweets pro Woche). Doch während die „Tatort“-Stürme jeweils nach drei Tagen verebben, findet er die #aufschrei-Debatte außergewöhnlich hartnäckig. „Die Anzahl der Beiträge ist in der Form bisher in Deutschland einmalig“, sagt auch Stefanie Aßmann von der Hamburger Werbeagentur elbkind, die beispielsweise für eine „Wetten, dass ..?“-Sendung gut 30 000 Tweets beobachtet hat.



www.volkswagen-life.de

JETZT MIT PARKLENKASSISTENT, LIGHT ASSIST UND KIND UND KEGEL.



PREISVORTEIL BIS ZU 2.870 €[1] UND 1,90 % FINANZIERUNG[2]

Das Leben kann so schön sein.
Der neue Touran LIFE.[3]

Für Sie steht Großes an. Denn im neuen Touran LIFE finden sich mit u. a. Parklenkassistent, Climatronic, Radio RCD 310 und Komfortsitzen zahlreiche Extras, die jede Fahrt zum Genuss machen. Genauso großzügig wie bei seiner Ausstattung ist er übrigens auch beim Preis – logisch, bei einem Preisvorteil von bis zu 2.870 €[1] in Verbindung mit dem optionalen „LIFE Plus Paket". Mehr Informationen bei Ihrem Volkswagen Partner und unter www.volkswagen-life.de

Finanzierungsbeispiel für den Touran LIFE 1,2 l, 77 kW, 6-Gang TSI, Kraftstoffverbrauch in l/100 km: innerorts 8,0, außerorts 5,5, kombiniert 6,4, CO_2-Emissionen kombiniert, in g/km: 149.

UVP[4]	**26.450,00 €**	**Monatsrate**	**159,00 €**
Anzahlung	7.939,57 €	Laufzeit	48 Monate
Nettodarlehensbetrag	18.510,43 €	Jährliche Fahrleistung	10.000 km
Sollzinssatz (gebunden) p. a.	1,88 %	Schlussrate	12.037,40 €
Effektiver Jahreszins	1,90 %	Gesamtbetrag	19.669,40 €

Das Auto.

[1]Maximaler Preisvorteil von bis zu 2.870 € am Beispiel des LIFE Sondermodells Touran in Verbindung mit dem optionalen „LIFE Plus Paket" gegenüber der unverbindlichen Preisempfehlung des Herstellers für einen vergleichbar ausgestatteten Touran Trendline. [2]Ein Finanzierungsangebot der Volkswagen Bank GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig für Privatkunden und gewerbliche Einzelabnehmer mit Ausnahme von Sonderkunden (für Laufzeiten von 12 bis 48 Monaten). [3]Kraftstoffverbrauch des neuen Touran LIFE in l/100 km: kombiniert 6,8 – 4,5, CO_2-Emissionen in g/km: kombiniert 159 – 119. [4]Zzgl. Überführungs- und Zulassungskosten. Abbildung zeigt Sonderausstattung gegen Mehrpreis.



Computersimulation des geplanten Stuttgarter Bahnhofs

VERKEHR

Rette sich, wer kann

Das nächste Großprojekt, die nächste Pleite: Doch anders als beim Berliner Flughafen schauen die Kontrolleure von Stuttgart 21 jetzt genau hin. Drei Staatssekretäre des Bundes sind entschlossen, die Zahlentricks der Bahn zu entlarven.

Was hat Rüdiger Grube schon alles ertragen müssen wegen Stuttgart 21: Wutbürger beschimpften den Bahn-Chef als Betrüger und Rosstäuscher. Sogar anonyme Morddrohungen bekam er, als ein Teil des Stuttgarter Kopfbahnhofs abgerissen wurde.

Einzig auf Angela Merkel (CDU) und ihre Regierung konnte sich Grube stets verlassen. Schließlich hatte die Kanzlerin den Bau des unterirdischen Verkehrsknotenpunkts zur Schicksalsfrage für den Standort Deutschland erhoben.

Damit ist es nun vorbei. Vier Stunden lang nahmen drei Staatssekretäre des Bundes am vorigen Dienstag den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn (DB) ins Verhör. Bei einem Treffen im Berliner Bahn-Tower stellten sie nahezu alle Vorlagen in Frage, die Grube zu Stuttgart 21 erarbeitet hatte.

Die Regierungsvertreter im Aufsichtsrat des Staatskonzerns zweifelten dessen Kostenprognosen an, sie bemängelten schlampige Planungen und fehlende Alternativkonzepte. Besonders hartnäckig zeigten sich Verkehrsstaatssekretär Michael Odenwald und seine Kollegen aus dem Finanz- und Wirtschaftsministerium, als es um die Kosten für einen möglichen Projektausstieg ging. Zwei Milliarden Euro, kalkuliert die Bahn, wären bei einer Stornierung von Stuttgart 21 fällig.

Merkels Beamte fanden das nicht plausibel. Es gebe „Grund zu der Annahme, dass die Preise künstlich hochgerechnet wurden“, waren sich die drei einig. Grube war fassungslos über das Misstrauen seiner Kontrolleure. „Steht der Bund noch hinter Stuttgart 21?“, wollte er von seinen Gesprächspartnern wissen. Eine eindeutige Antwort, so Teilnehmer der Runde, bekam er nicht. Der Bahn-Chef fühlt sich von der Politik, die das Projekt seit 1995 forciert hat, alleingelassen.

Eines der teuersten Bauvorhaben, die der Bund je in Angriff nahm, hat kaum



noch Chancen auf Verwirklichung. Die CDU hat darüber schon eine Landesregierung und die Stadt Stuttgart verloren. Nun könnte der Provinzbahnhof auch noch den Bundestagswahlkampf belasten. Und daran hat keiner der beteiligten Akteure Interesse.

Rette sich, wer kann – nach diesem Motto suchen die Projektpartner derzeit größtmöglichen Abstand zur Baustelle am alten Stuttgarter Kopfbahnhof. Niemand will die Verantwortung für Terminchaos und Mehrkosten in Milliardenhöhe übernehmen. Also geht es jetzt um den Fahrplan für einen halbwegs eleganten Ausstieg aus dem Vorhaben. Und um die Frage, wie sich wenige Monate vor der Wahl Kollateralschäden in der Hauptstadt verhindern lassen.

Vor allem für die Regierungsvertreter im Aufsichtsrat der Bahn, die zu 100 Prozent dem Bund gehört, ist die Lage heikel. Sie haben das abschreckende Debakel um den Berliner Großflughafen BER vor Augen: Dort sollen Wirtschaftsprüfer und Anwälte untersuchen, ob neben der Geschäftsführung auch der Aufsichtsrat für die Finanzprobleme haftbar gemacht werden kann. So weit soll es bei Stuttgart 21 gar nicht erst kommen – deshalb wird DB-Manager Grube von seinen Kontrolleuren frühzeitig gebremst. Schließlich geht es für die Kanzlerin und ihren Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) auch darum, eine politische Blamage wie jene der SPD-Ministerpräsidenten und Flughafen-Bauer Matthias Platzeck und Klaus Wowereit zu vermeiden.

Und selbst die SPD wird nervös. Besorgt verfolgen Strategen im Berliner Willy-Brandt-Haus, wie sich ihre Stuttgarter Genossen immer noch für einen Neubau verkämpfen – und bei den Bundestagswahlen für die Bundespartei große Stimmenverluste riskieren.

Nur die Grünen profitieren. „Ramsauer trägt bereits eine erhebliche Mitverantwortung beim Berliner Flughafen“, sagt Parteichef Cem Özdemir, „ich bin gespannt, ob und wie die Unionsspitzenkandidatin Merkel mit zwei Großprojekt-Desastern am Bein in den Bundestagswahlkampf ziehen wird.“

Um Schlimmeres zu verhindern, kamen vorigen Donnerstag Staatssekretär Odenwald und seine Kollegen Hans Bernhard Beus (Finanzen) und Bernhard Heitzer (Wirtschaft) zum Krisentreffen zusammen. Die drei Aufsichtsräte hatten akuten Gesprächsbedarf; mit den Auskünften, die sie zwei Tage zuvor von Grube erhalten hatten, waren sie nicht zufrieden.

„Je länger ich mich mit dem Thema beschäftige“, sagt ein Aufsichtsrat, „desto größer wird die Skepsis: Ist es wirklich sinnvoll, an Stuttgart 21 festzuhalten?“

Die Staatssekretäre wollen möglichst bald den Aufsichtsrat der Bahn zu einer außerordentlichen Sitzung bewegen, im Gespräch ist der 5. März. Das Kontrollgremium soll dann den DB-Vorstand beauftragen, mit den anderen Projektbeteiligten, Baden-Württemberg sowie der Stadt und Region Stuttgart, über die Aufteilung der Mehrkosten zu verhandeln.

Vorstellbar wäre für die Bundesregierung beispielsweise, dass die Partner vor Ort die Kosten für die komplette Außengestaltung des Bahnhofs übernehmen. Die DB sei schließlich nicht dazu da, die Landschaftsplanung in der Stuttgarter Innenstadt zu finanzieren, sagt einer der Aufsichtsräte. „Wenn Stadt und Land es schön haben wollen, müssen sie es eben auf eigene Kosten machen.“

Es ist ein Spielen auf Zeit. Denn die Berliner Regierungsvertreter können ziemlich sicher sein, dass aus Stuttgart kein weiterer Euro in das dort inzwischen ungeliebte Projekt fließen wird.

Am Ende würden die Mehrkosten größtenteils bei der Bahn landen. Entsprechend präzise wollen die Staatssekretäre deshalb wissen, welche Risiken den Bund als deren Alleineigentümer erwarten. Sämtliche bislang bekannte Zahlen wurden vom DB-Vorstand oder durch von ihm beauftragte externe Berater ermittelt. Auf diese Angaben will sich der Bund nicht länger verlassen.

Das Misstrauen zwischen Aufsichtsrat und DB-Management ist groß. Grubes Leute hätten mindestens seit vorigem Sommer von den milliardenschweren Mehrausgaben wissen müssen, mutmaßt ein Aufsichtsrat. Die Kontrolleure seien aber erst kurz vor der Sitzung im Dezember informiert worden.

Nun rächen sich solche Tricksereien. Penibel wollen die Aufseher zum Beispiel geklärt haben, warum es für über 1000 Versorgungsleitungen noch keine technische Lösung gibt. Oder weshalb der Erwerb von mehr als 2700 benötigten Flurstücken noch nicht vollzogen ist.

Mindestens 2,3 Milliarden Euro mehr als geplant soll der Bau nach jüngstem Stand kosten. Müsste die Bahn diesen Betrag komplett übernehmen, wäre das Projekt für den Konzern wirtschaftlich nicht mehr zu realisieren. Es gäbe Verluste. Das räumte vorige Woche auch der Bahn-Vorstand gegenüber den Aufsichtsräten ein.

Entscheidend wird deshalb die Frage, was finanziell weniger schmerzt – aufhö-



STEFFI LOOS / DDP IMAGES / DAPD

Bahn-Chef Grube, Verkehrsminister Ramsauer: *„Steht der Bund noch hinter Stuttgart 21?“*



HERMANN BREDEHORST / POLARIS / LAIF

Neubaugegner in Stuttgart: *„Wir fordern einen sofortigen Baustopp“*

ren oder weitermachen? „Wenn sich herausstellen sollte, dass ein Ausstieg aus dem Projekt zu noch höheren Verlusten führen würde als dessen Fortsetzung“, heißt es in einer DB-Vorlage für den Aufsichtsrat, könnte „die Gefahr einer negativen Eigenkapitalverzinsung“ hinnehmbar sein. Dies erscheine „nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand zumindest möglich“.

Die Staatssekretäre bezweifeln jedoch, dass die angeblichen Ausstiegskosten von zwei Milliarden Euro realistisch sind. Bei Durchsicht der DB-Vorlagen fiel ihnen auf, dass Positionen eingerechnet wurden, die mit Stuttgart 21 nicht in Verbindung stehen oder ihrer Meinung nach viel zu hoch bewertet wurden.

So wird die Rückabwicklung der an die Stadt Stuttgart verkauften Grundstücke mit 795 Millionen Euro bewertet. In den Büchern der Bahn waren die Grundstücke, als sie noch dem Unternehmen gehörten, lediglich mit 25 Millionen Euro verbucht. Auch finden sich unter den Kosten 17,6 Millionen Euro für Ingenieurleistungen, die gar nicht bei Stuttgart 21 angefallen sind, sondern bei der Neubaustrecke Wendlingen–Ulm. Mögliche Schadensersatzzahlungen an Bauunternehmen scheinen mit 486 Millionen großzügig kalkuliert. Zugrunde gelegt wird in der Bahn-Rechnung, dass die Unternehmen Anspruch hätten auf 30 Prozent des Auftragsvolumens. „Völliger Nonsens“, sagt ein Bahn-Insider. Der Konzern versichert, korrekt gerechnet zu haben.

Bisher können die Regierungsvertreter im Aufsichtsrat den Wahrheitsgehalt der Zahlen der Bahn nur schwerlich überprüfen. Deswegen wird überlegt, externe Kontrolleure zu beauftragen.

Deren Votum könnte in ein paar Monaten den Ausschlag geben, ob in der Hauptstadt für Stuttgart 21 der Daumen gesenkt wird. Und dann?

In Baden-Württemberg kramen die Gegner des Milliarden-Bahnhofs wieder jene Alternativszenarien hervor, die sie nach der verlorenen Volksabstimmung 2011 beiseite gelegt hatten.

Da ist zunächst die sogenannte Kombi-Lösung, die Schlichter Heiner Geißler im Sommer 2011 als Friedensvorschlag präsentiert hatte. Bei dieser Variante müssten in Stuttgart nur vier statt acht Gleise für den Fernverkehr unter die Erde verlegt werden, der Regionalverkehr wiederum verbliebe im alten, oberirdischen Bahnhof.

Daneben gibt es die Kopfbahnhof-Lösung. Hinter dem Kürzel „K21“, das in Stuttgart noch immer auf vielen giftgrünen Jutetaschen prangt, verbergen sich gut ein Dutzend Alternativkonzepte, die eines gemeinsam haben: Der unterirdische Bahnhof wird aufgegeben, die oberirdischen Gleisanlagen und das historische Empfangsgebäude werden saniert.

Niemand will die Verantwortung für Mehrkosten in Milliardenhöhe übernehmen.

Tübingens grüner Oberbürgermeister Boris Palmer, einer der prominentesten Neubau-Kritiker, hält diesen Ansatz immer noch für den besten. „Der jetzige Bahnhof bliebe dabei einfach erhalten, er ist ja voll funktionsfähig“, sagt er.

Für die Kopfbahnhofprojekte spreche vor allem deren Flexibilität. „K21 ist ein modulares Baukonzept“, erklärt Palmer, „das man auch stufenweise realisieren kann.“ So ließe sich zunächst etwa der bestehende Bahnhof sanieren, dann könne man Stück für Stück über weitere Maßnahmen entscheiden, beispielsweise über eine Anbindung der Neubaustrecke Wendlingen–Ulm.

Insgesamt, so Palmer, wäre diese Variante nach dem zuletzt bekannten Kostenstand etwa zu einem Viertel der Stuttgart-21-Prognose zu haben, nämlich für 1,3 bis 1,7 Milliarden Euro. „Man könnte sich am tatsächlichen Verkehrsbedarf und den finanziellen Möglichkeiten von Stadt und Land orientieren“, sagt der Grüne. Stuttgart 21 sei ein „Alles oder nichts“-Projekt. „Das ist nicht mehr zeitgemäß.“

Während Palmer und seine Verbündeten in der Protestbewegung schon Pläne schmieden, hält sich die Landesregierung bewusst zurück. Man stehe weiterhin zur Förderpflicht des Projekts, heißt es aus dem Hause des grünen Verkehrsministers Winfried Hermann, der Jahrzehnte gegen Stuttgart 21 kämpfte. Doch die Stimmung zwischen den Koalitionspartnern im Ländle, den grünen Bahnhofsgegnern auf der einen und den roten Bahnhofsbefürwortern auf der anderen Seite, ist angespannt.

Ein kritischer Blick, ein distanzierendes Zitat von grüner Seite, und schon sind die Stuttgarter Genossen alarmiert. Allen voran SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel, der sich mit der Opposition ein Wettbieten liefert, wenn es um die angeblich horrenden Kosten für einen Ausstieg geht.

Deshalb erklärte auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann Anfang der Woche nur schmallippig: „Wir eröffnen keine Ausstiegsdebatte.“ Der Streit um Stuttgart 21 hat den Grünen ins Amt gebracht. Doch Kretschmann will seinen Koalitionspartner schonen. Die Exekutive sehe sich an das Ergebnis der Volksabstimmung gebunden, die Ende 2011 den Bahnhofsneubau bestätigt hatte.

Aus diesem Grund werden im Verkehrsministerium offiziell auch keine Alternativkonzepte geprüft. „Wenn das der Fall wäre und rauskäme, gäbe es sofort einen handfesten Koalitionskrach“, klagt ein Insider. Dabei sei es eigentlich nur eine Frage der Zeit, bis die Experten in den Ministerien die Lizenz zum Nachrechnen erhielten. „Nur wenn unsere Fachleute endlich anfangen, die Alternativen im Detail zu prüfen, können wir die aktuelle Lage objektiv beurteilen“, so ein Beamter.

So lange wollen die Mitglieder im Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 nicht warten. Hannes Rockenbauch, ein Stadtrat aus Stuttgart, ist seit 2007 in der Protestbewegung engagiert. Er hat die nächsten Schritte bereits durchgerechnet.

„Mit fünf bis zehn Millionen Euro könnte man am aktuellen Bahnhof die gröbsten Schnitzer der Bahn wieder ausbügeln“, sagt er, danach gebe es genügend Zeit, um mit den Bürgern andere Optionen zu diskutieren. Tempo sei nur in einem Punkt vonnöten: „Wir fordern einen sofortigen Baustopp.“

Sven Böll, Frank Hornig, Simone Kaiser, Andreas Wassermann

VIEL ARBEIT FÜR WATSON.

Am 16. Februar 2011 gelang dem IBM Computer Watson ein historischer Sieg: Er konnte sich beim US-Fernsehquiz Jeopardy! gegen zwei ehemalige Champions durchsetzen.

Mit seinen Doppeldeutigkeiten und pointierten Wortspielen war Jeopardy! eine komplexe Herausforderung, sozusagen das Konzentrat aller Probleme, die natürliche Sprache im täglichen Leben für Computer bereithält. Zugleich war es der öffentliche Testlauf für ein hochentwickeltes kognitives System, das nicht nur Programme abarbeiten, sondern auch Erfahrungen sammeln und dazulernen kann.

Wie erwartet, steigerte sich Watson im Laufe des Spiels, indem er aus gewonnenen Hinweisen und korrekten Antworten lernte. Man konnte tatsächlich zusehen, wie Watson immer smarter wurde.



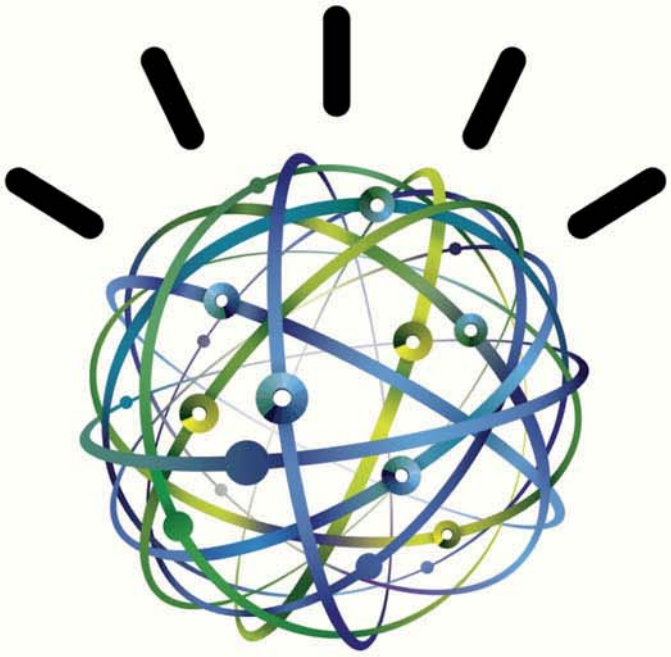
Schätzungsweise 80% aller Daten weltweit sind „unstrukturiert". Kognitive Systeme wie Watson helfen uns, sie besser zu nutzen.

BIG DATA – UND NOCH MEHR DATEN.

Seit dem Ende von Watsons TV-Karriere ist die weltweite Datenmenge weiter rapide gestiegen: Jeden Tag kommen etwa 2,5 Trillionen Bytes hinzu.

ЯэThink your business

IBM auf der CeBIT 2013, 5. bis 9. März, Halle 2, Stand A10. ibm.com/de/cebit



Schon bald können kognitive Systeme wie Watson uns helfen, schneller, präziser und souveräner zu entscheiden.

Schätzungsweise 80% davon sind unstrukturierte Daten: Texte, E-Mails, Tweets, Foreneinträge, Videos. Alles in Form von natürlicher Sprache – nicht in Zeilen und Spalten für Datenbanken.

Programmierbare Systeme sind leistungsfähig, stoßen aber an ihre Grenzen, wenn Daten unstrukturiert sind, ihre Genauigkeit unbekannt ist oder ihr Zuwachs sich rasant beschleunigt. Letzten Endes leidet darunter die Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen.

KANN WATSON HELFEN?

Mit Watsons kognitiven Fähigkeiten können wir den Herausforderungen begegnen, die gigantische Datenmengen für unsere Gesellschaft und eine ganze Reihe von Wirtschaftszweigen mit sich bringen. Deshalb war auch von Anfang an geplant, Watson zuerst im Gesundheits- und Finanzwesen einzusetzen. Beide Branchen erleben täglich eine wahre Sintflut an unstrukturierten Daten. Und beide sind gezwungen, schnell auf Informationen zu reagieren.

Watson hat zum Beispiel das Potenzial, die ständige Flut von Forschungsarbeiten, Studien, Fachbeiträgen und Patientendaten zu analysieren und für evidenzbasierte Entscheidungen nutzbar zu machen. In den USA arbeitet Watson bereits an einem Pilotprojekt für den großen Gesundheitsversicherer WellPoint. Und am Memorial Sloan-Kettering Cancer Center ist man dabei, Watson für Diagnosen und Behandlungsmöglichkeiten in der Onkologie zu trainieren.

Für Banken kann Watson Finanzdaten, Regularien sowie Informationen aus Wirtschaft und Gesellschaft analysieren, um bessere Entscheidungen für Investitionen und Services zu treffen. Schon jetzt überprüft ein großes Finanzunternehmen, wie sich die Analyse- und Lernfähigkeit von Watson nutzen lässt, um die Interaktion mit Kunden zu verbessern und deren Zufriedenheit zu steigern.



5 Millionen Aktien werden pro Minute an der New Yorker Börse gehandelt.

DIE ZUKUNFT HAT BEGONNEN.

Watson zeigt uns die Verheißungen eines hochentwickelten kognitiven Systems, das auch die Komplexitäten natürlicher Sprache verstehen kann. Eines Systems, das aus seinen Fehlern lernt und sich so schrittweise dem leistungsfähigsten Computer der Welt annähert: dem menschlichen Gehirn. Der Sinn von Watson ist, uns zu helfen, unsere Arbeit, unser Leben und unsere Gesellschaft intelligenter zu gestalten. Erfahren Sie mehr unter **ibm.com**/de/watson

MACHEN WIR DEN PLANETEN EIN BISSCHEN SMARTER.

IBM

IBM, das IBM Logo, ibm.com und das Bildzeichen des Planeten sind Marken oder eingetragene Marken der International Business Machines Corporation in den Vereinigten Staaten und/oder anderen Ländern. Andere Namen von Firmen, Produkten und Dienstleistungen können Marken oder eingetragene Marken ihrer jeweiligen Inhaber sein. © 2013 IBM Corporation.

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Trauen Sie den Frauen mehr zu!“

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, 35, verteidigt ihre milliardenschwere Familienförderung und erklärt, warum sie es auch gut findet, wenn junge Mütter bei ihrem Kind bleiben, anstatt an der Karriere zu arbeiten.

SPIEGEL: Frau Ministerin, ist Ihre Familienpolitik wirkungslos?
Schröder: Natürlich nicht.
SPIEGEL: Von Ihnen beauftragte Wissenschaftler sehen das anders. In ihrer Expertise schreiben sie, viele Familienleistungen seien unwirksam und teilweise sogar kontraproduktiv, etwa was die Berufstätigkeit von Frauen betrifft.
Schröder: Die von Ihnen zitierte Expertise gibt es noch gar nicht. Was es gibt, sind Teilberichte, die jeweils auch nur einen Teil der wissenschaftlichen Arbeit abbilden.
SPIEGEL: Was Sie Teilberichte nennen, finden wir alarmierend genug. Woran bemessen Sie denn den Erfolg der deutschen Familienpolitik?
Schröder: An fünf Kriterien: bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wirtschaftliche Stabilität von Familien, Erfüllung des Kinderwunsches, Wahlfreiheit der Eltern, gute Entwicklung von Kindern. An diesen fünf Zielen müssen sich die Familienleistungen ausrichten. So lautete auch der Auftrag an die Wissenschaftler.
SPIEGEL: Die Franzosen sind stolz auf ihre hohe Geburtenrate, die Skandinavier auf die geglückte Gleichstellung von Vätern und Müttern in Familie und Beruf. Worauf wären Sie gern stolz?
Schröder: Ich stelle diese Ziele in keine Rangfolge, denn ich stelle auch Familienmodelle in keine Rangfolge. Alle sind gleichermaßen wichtig. Eine Familienpolitik, die nur darauf ausgerichtet ist, junge Mütter so schnell wie möglich Vollzeit an den Arbeitsplatz zurückzubringen, verkennt die Lebensplanung vieler junger Frauen. Lediglich 18 Prozent der Mütter mit minderjährigen Kindern wollen Vollzeit arbeiten. 61 Prozent wünschen sich Teilzeit, um Zeit mit ihren Kindern verbringen zu können, und flexible Arbeitszeitmodelle. Hier müssen wir doch ansetzen.
SPIEGEL: Bei den Ausgaben für Familienleistungen liegt Deutschland international mit vorn, bei der Geburtenrate hingegen weit zurück. Das ist doch ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Familienpolitik nicht gut funktioniert.
Schröder: In der Tat wünschen sich Familien in Deutschland mehr Kinder, als sie bekommen. Wir müssen uns fragen, woran das liegt.
SPIEGEL: Wie lautet Ihre Antwort?
Schröder: Es gibt viele, vor allem persönliche Gründe, auf die die Politik überhaupt keinen Einfluss hat, zum Beispiel der fehlende Partner. Familienpolitik ist komplex, und die Entwicklung der Geburtenrate folgt, wie wir wissen, langfristigen Trends. Da kann Politik nur behutsam etwas zutun, aber nicht die Menschen verändern.
SPIEGEL: Ihre Amtsvorgängerin Ursula von der Leyen hat klar gesagt, sie wolle, dass in Deutschland mehr Kinder geboren werden. Ist das auch Ihr Ziel?
Schröder: Ich halte die Fixierung der Familienpolitik allein auf die Geburtenrate für unangemessen. Es muss auch um anderes gehen, zum Beispiel darum, es Eltern zu ermöglichen, das erste Lebensjahr mit ihrem Kind zu verbringen. Oder darum, dass manche finanziellen Nachteile von Eltern gegenüber kinderlosen Paaren ausgeglichen werden.

„Ich halte die Fixierung der Familienpolitik allein auf die Geburtenrate für unangemessen.“

SPIEGEL: Erst hieß es, junge Eltern sollten möglichst schnell in ihren Beruf zurückkehren, deshalb das Elterngeld. Nun aber fördern Sie Eltern, die wegen der Kinder zu Hause bleiben, indem Sie künftig ein Betreuungsgeld zahlen. Wer soll das verstehen?
Schröder: Das Betreuungsgeld ist nicht daran geknüpft, dass Eltern zu Hause bleiben, sondern kann auch für eine privat organisierte Kinderbetreuung, zum Beispiel eine Tagesmutter, eingesetzt werden. Die Politik darf nicht vorgeben, wie Familien zu leben haben. Wir reden hier von Kindern unter drei Jahren. Wir wissen aus Umfragen: Rund die Hälfte der Eltern von Kleinkindern möchte die Betreuung zu Hause organisieren. Die andere Hälfte will einen Kita-Platz. Ich fände es anmaßend, als Staat der einen Hälfte zu sagen: Ihr macht es falsch, und die anderen machen es richtig. Das wissen die Familien besser.
SPIEGEL: Von der Leyen hatte ein klares Leitbild: die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere für Frauen. Und jetzt kommen Sie und wollen es allen recht machen.
Schröder: Ich nehme ernst, was Familien wünschen und wollen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf keine Einbahnstraße sein. Und: Da gibt es ganz unterschiedliche Präferenzen. Die einen wollen nach der Geburt ihres Kindes gern schnell wieder arbeiten, so wie ich das ja auch gemacht habe. Die anderen möchten lieber noch einige Zeit für ihr Kind aussetzen, was ich ebenfalls sehr gut verstehen kann. Ich habe bislang selten gehört, dass Menschen auf dem Sterbebett rückblickend bedauert hätten, zu wenig Zeit im Büro verbracht zu haben.
SPIEGEL: Wenn Sie etwa mit dem Betreuungsgeld die Frauen ermuntern, nicht arbeiten zu gehen, ist das doch auch eine Form der Verhaltenslenkung, und zwar eine folgenschwere. Die Karriere leidet, das Einkommen entwickelt sich schlechter, die Abhängigkeit vom Partner wächst.
Schröder: Trauen Sie den Frauen mehr Selbstbewusstsein zu! Das Betreuungsgeld kommt zeitgleich mit dem Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz. Jede Familie kann sich künftig aussuchen, ob sie eine Sachleistung in Form eines Kita-Platzes, für den der Staat 1000 Euro im Monat bezahlt, in Anspruch nimmt. Oder eine Barleistung von 150 Euro.
SPIEGEL: Haben wir das Geld für noch eine weitere familienpolitische Leistung?
Schröder: Das Betreuungsgeld kostet in diesem Jahr 55 Millionen Euro.
SPIEGEL: Aber es wird ansteigen auf 1,2 Milliarden Euro im Jahr.
Schröder: Warten wir doch erst einmal ab, wie beliebt es wird.
SPIEGEL: Was ist mit dem Ehegatten-Splitting? Kostenpunkt: fast 20 Milliarden Euro. Auch hier sagen Ihre Experten: ziemlich unwirksam.
Schröder: Falsch, die Experten analysieren das Ehegatten-Splitting unter mehreren Gesichtspunkten und messen es nicht nur eindimensional daran, ob es die Erwerbs-

Das Gespräch führten die Redakteure Alexander Neubacher und René Pfister in Berlin.



HC PLAMBECK / DER SPIEGEL

CDU-Politikerin Schröder: *„Ich finde einen Gouvernantenstaat anmaßend“*

tätigkeit steigert. Das ist aber auch nicht das Ziel des Ehegatten-Splittings. Wenn eine Frau 4000 Euro verdient und ihr Mann nichts, dann zahlt dieses Paar gleich viel Steuern wie das Paar, bei dem beide 2000 Euro verdienen. Dafür sorgt das Splitting, und das ist auch gerecht. Im Übrigen: Interessanterweise denkt niemand daran, was der Staat eigentlich dadurch spart, dass Ehepartner auch finanziell füreinander einstehen.

SPIEGEL: Das Ehegatten-Splitting behandelt die Familien sehr ungleich. Ein unverheiratetes Paar mit vier Kindern profitiert nicht, ein kinderloses, aber verheiratetes Paar hingegen schon. Finden Sie das etwa gerecht?

Schröder: Ich finde es richtig, dass der Staat die Ehe unterstützt. Genauso sollte der Staat aber auch unverheiratete Paare mit Kindern unterstützen. Deshalb bin ich dafür, das Ehegatten-Splitting stufenweise zu einem Familien-Splitting weiterzuentwickeln.

SPIEGEL: Was darf das den Staat kosten?

Schröder: Finanzminister Wolfgang Schäuble und ich werden uns darüber unterhalten, wenn die Evaluation abgeschlossen ist.

SPIEGEL: Wann wird das sein?

Schröder: Die wesentlichen Ergebnisse werden im Frühsommer vorliegen, dann werden wir auch erste politische Schlüsse ziehen. Ich habe immer gesagt, Veröffentlichungen gibt es, wenn Ergebnisse vorliegen.

SPIEGEL: Ist der Finanzminister nicht eher daran interessiert, den Wildwuchs in der Familienpolitik zu beschneiden?

Schröder: Wolfgang Schäuble betrachtet die Familienpolitik nicht als Steinbruch zur Sanierung der Staatsfinanzen. Wir sind uns einig, dass der Sparbeitrag der Familienpolitik für diese Legislaturperiode erfüllt ist.

SPIEGEL: Ist es nicht an der Zeit, auch einmal eine Familienleistung zu kürzen?

Schröder: Familien haben bereits genug zur Sanierung der Staatsfinanzen beigetragen.

SPIEGEL: Das Familien-Splitting, das Sie fordern, wird sehr teuer, Experten sprechen von über zehn Milliarden Euro pro Jahr. Sie könnten das auch dadurch finanzieren, indem Sie das Ehegatten-Splitting für Paare ohne Kinder kürzen.

Schröder: Ich werde keine Ergebnisse vorwegnehmen, solange die Evaluierung nicht vorliegt. Und Sie wissen auch, dass es unterschiedliche Modelle des Familien-Splittings gibt.

SPIEGEL: Ist es eigentlich fair, dass die Gattin eines Spitzenverdieners, die nicht arbeitet und keine Kinder hat, sich beitragsfrei bei ihrem Mann gesetzlich krankenversichern kann?

Schröder: Die meisten Frauen und Männer, die beitragsfrei mitversichert sind, machen eine Auszeit vom Beruf, weil sie sich um ihre Kinder kümmern. Das halte ich auch für richtig und auch für gerecht.

SPIEGEL: Ein anderer großer Block der Familienförderung sind Kindergeld und Kin-



HERMANN BREDEHORST/POLARIS/LAIF

SPD-Politiker Manuela Schwesig, Sigmar Gabriel: *„Ich freue mich auf die Auseinandersetzung mit der SPD“*

derfreibeträge, die pro Jahr fast 39 Milliarden Euro ausmachen. Warum ist es Aufgabe des Staates, Spitzenverdienern pro Monat knapp 200 Euro für Kinder einzuräumen, die sie mühelos mit ihrem eigenen Geld durchbringen könnten?

Schröder: Das Kindergeld ist vom Grundgedanken her keine Barleistung, sondern eine verfassungsrechtlich gebotene Steuerfreistellung für das Existenzminimum der Kinder. Nur diejenigen, die von einer Steuerfreistellung zu wenig oder gar nichts hätten, bekommen eine Barleistung. Das wissen viele nicht. Deshalb ärgern sich manche darüber, dass einige praktisch mehr sparen als andere bekommen.

SPIEGEL: Aber eigentlich ist das Kindergeld doch dazu da, Kinderarmut zu vermeiden …

Schröder: … und da ist es auch extrem effektiv. Bei vielen Familien trägt das Kindergeld dazu bei, dass sie nicht in den Bezug von Hartz IV rutschen.

SPIEGEL: Das ist doch Schönfärberei: In Deutschland gelten 18 Prozent der Kinder und Jugendlichen als armutsgefährdet; wenn sie bei einer alleinerziehenden Mutter aufwachsen, liegt die Zahl sogar bei 39 Prozent.

Schröder: Kein Mensch behauptet, dass wir über das Kindergeld das Armutsproblem lösen. Dafür haben wir Sozialleistungen. Aber wenn Sie sich die Entwicklung der Kinderarmut anschauen, dann haben wir in Deutschland seit einigen Jahren sogar einen leichten Rückgang. Und dazu hat auch das Kindergeld beigetragen.

SPIEGEL: Ihre Experten sagen, die Armut in den Familien ließe sich viel effizienter bekämpfen, wenn man es Frauen erleichtern würde, nach der Geburt ihres Kindes schnell in den Beruf einzusteigen. Das Kindergeld setzt aber eher einen Anreiz, zu Hause zu bleiben.

Schröder: Wollen Sie ernsthaft, dass alle Frauen schon acht Wochen nach der Geburt wieder arbeiten müssen? Das wäre zutiefst unmenschlich. Ich war zehn Wochen nach der Geburt meiner Tochter wieder im Büro. Ich weiß, was das bedeutet.

SPIEGEL: Wenn man mit Experten für Familienpolitik redet, dann ziehen diese immer das gleiche Fazit: Es ist sinnvoll, Geld in Infrastruktur zu stecken, also in Kitas und Ganztagsschulen. Aber es ist wenig sinnvoll, staatliches Geld als Transferleistungen für die Familien zu verteilen. Warum hören Sie nicht auf sie?

„Zehn Wochen nach der Geburt meiner Tochter war ich im Büro. Ich weiß, was das bedeutet.“

Schröder: Ich bin nicht bereit, die Familienpolitik allein an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und der Arbeitgeber auszurichten. Ich weiß nicht, in welchem Staat Sie leben wollen. Ich finde einen Gouvernantenstaat anmaßend, der den Familien sagt, wie sie zu leben haben, statt sie bei ihrer freien Entscheidung zu unterstützen.

SPIEGEL: Der Gouvernantenstaat ist einer, der Geld dafür auslobt, dass Frauen zu Hause bei ihren Kindern bleiben.

Schröder: Unsinn! Den Gouvernantenstaat will die SPD. Die sagt: Wer dem Leitbild nicht entspricht, kurz nach der Geburt wieder Vollzeit zu arbeiten, soll auch nicht gefördert werden. Deswegen sagt die SPD: Weg mit dem Kinderfreibetrag, weg mit dem Ehegatten-Splitting.

SPIEGEL: Sie verteidigen doch einen Lebensentwurf aus den fünfziger Jahren. Welche junge Frau will heute noch dauerhaft Hausfrau sein?

Schröder: Ich bitte Sie, worüber reden wir denn? Natürlich wollen die meisten Eltern arbeiten, wenn die Kinder älter als drei Jahre sind. Genauso wollen die meisten Eltern im ersten Lebensjahr ihres Kindes die Kinderbetreuung selbst übernehmen. Der Streit dreht sich doch allein darum, was mit Kindern zwischen dem ersten und dem dritten Geburtstag geschieht. Und da sage ich: Lasst doch bitte die Familien entscheiden, was die sinnvollste Lösung ist.

SPIEGEL: Unter Ihrer Vorgängerin von der Leyen galt Familienpolitik noch als Domäne der CDU. Jetzt will der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück auf diesem Feld angreifen. Zeigt das nicht, dass in Ihrer Amtszeit etwas schiefgelaufen ist?

Schröder: Wenn die SPD dafür sogar ihren Kanzlerkandidaten braucht, ist mir das recht. Das zeigt nur, dass die SPD Nachholbedarf hat. Kürzlich hat Steinbrück gesagt, das Betreuungsgeld gefährde die berufliche Selbstbestimmung von Frauen. Was für ein Unsinn. Wer glaubt, nur weil man uns Frauen 150 Euro hinhält, vergessen wir gleich sämtliche berufliche Ambitionen, der lebt in den fünfziger Jahren und hat in der Tat ein Problem mit seinem Frauenbild. Ich freue mich auf die Auseinandersetzung mit der SPD.

SPIEGEL: Frau Ministerin, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

SPD

Wenig Durchblick

Die neue Unterstützerseite im Internet bringt Kandidat Steinbrück in Erklärungsnot: Angeblich kennt er die Geldgeber nicht – sein engster Berater dagegen schon.

Eigentlich hätte die vergangene Woche eine gute sein können für die neuen Internetfreunde des SPD-Kanzlerkandidaten. Gerade war der Peerblog gestartet, die Netzseite, mit der fünf Unternehmer Peer Steinbrück bis zur Wahl am 22. September unterstützen wollten. Und schon nach drei Tagen zählte der Blog, der angeblich unabhängig von der SPD läuft, gut 33 000 Besucher mit rund 121 000 Seitenabfragen – so viele Besucher hätten offizielle Parteiseiten im Netz auch gern. Ein schöner Erfolg, doch die Sache hat einen Haken: Was als Werbung für Steinbrück gedacht war, brockt ihm den nächsten Imageschaden ein.

Seit vergangenem Dienstag steckt Steinbrück in Erklärungsnot. Beim Auslandsbesuch in London sagte er zu mitgereisten Journalisten, er kenne die Unternehmer nicht, die mit einer sechsstelligen Summe den Peerblog finanzieren.

Wenn das so stimmt, hätte Steinbrück dem Blog seinen Namen und seine Zustimmung gegeben, ohne persönlich wissen zu wollen, mit welchen Geldgebern er sich dabei einlässt. Warum? Das zu erklären wird zum Problem und will so gar nicht zum Image vom Wahlkämpfer mit dem offenen Visier passen.

Die Frage, wer mit seinem Geld die Peer-Personality-Show bezahlt, beschäftigt die Öffentlichkeit, seit der Blog am Wochenende gestartet ist. Schon da hatte der SPIEGEL berichtet, dass unter den Financiers ein Münchner Internetpionier und ein Hamburger Kaufmann seien, die wie die anderen Zahler anonym bleiben wollten.

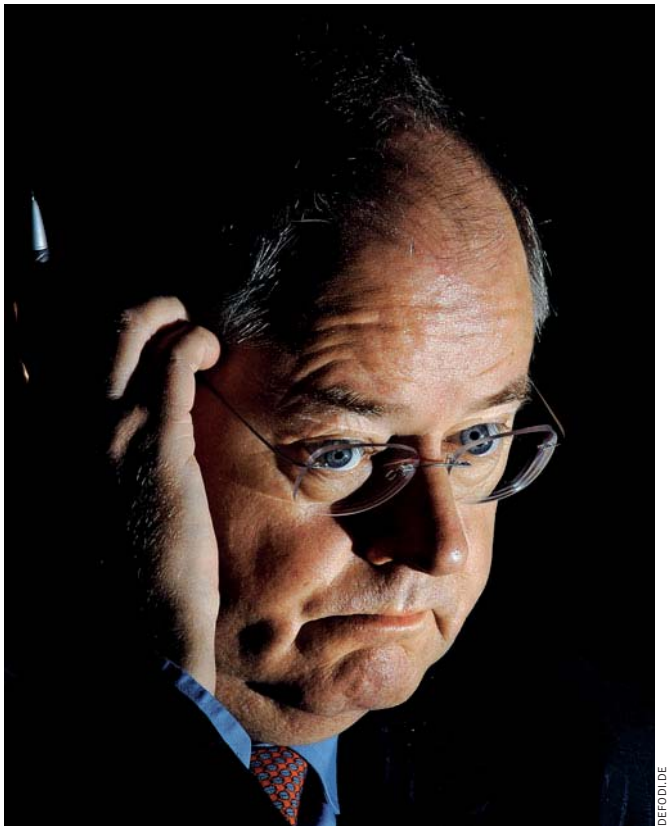
Am Dienstag verlangte die Bundestagsverwaltung Auskunft, woher das Geld stammt, es geht um die Frage einer möglichen verdeckten Parteispende. Bei der SPD heißt es, man wisse das nicht; der Blog habe mit der Partei nichts zu tun. Auch Steinbrücks Antwort in London war bemerkenswert klar: „Ich kenne die Geldgeber nicht."

Doch zu diesem Zeitpunkt hatte die „Süddeutsche Zeitung" Steinbrücks Sprecher Michael Donnermeyer bereits einen Fragenkatalog geschickt. Gleich die erste Frage lautete: „Sind Herrn Steinbrück die Geldgeber von peerblog.de namentlich bekannt?" Und Donnermeyer, weit weg im Urlaub, antwortete laut „SZ": „Der Peerblog ist natürlich mit Wissen des Kandidaten eingerichtet, er kennt auch eine Reihe der Unterstützer, ob er alle kennt, kann ich nicht abschließend sagen."

Klare Frage, klare Antwort, und klar: gefährlich für den Kandidaten, der doch noch nie etwas von den Geldgebern gehört haben wollte. Seit Dienstag lieferte Steinbrücks Mannschaft dafür eine Erklärung, besser gesagt: eine Sprachregelung. Donnermeyer habe, obwohl nach den Geldgebern gefragt, mit „Unterstützern" tatsächlich die Blogger gemeint.

Eine merkwürdige Deutung, auch weil es um die Identität der Blogger überhaupt kein Geheimnis gab. Bisher schreiben entweder Mitarbeiter der Düsseldorfer Kommunikationsagentur steinkuehler-com.de, die für die zahlenden Unternehmer den Blog produzieren, oder aber Gastautoren – alle unter richtigem Namen.

Doch auch wenn Steinbrück die Namen der Zahler wirklich nicht kennt, hilft ihm das nicht unbedingt weiter. Zu viel weist darauf hin, dass der Peerblog nicht so unabhängig vom SPD-Wahlkampfteam ist, wie beide Seiten behaupten.



DEFODI.DE

Sozialdemokrat Steinbrück: *Der nächste Imageschaden*

Der Kopf der Blogger, Agenturchef Karl-Heinz Steinkühler, gilt seit Jahren als enger Vertrauter von Hans-Roland Fäßler, dem Wahlkampfberater von Steinbrück. Aus einem Ruhrkonzern, in dem Fäßler kürzlich den Vorstand für den Kandidaten Steinbrück begeistern wollte, heißt es sogar, Fäßler sei der Miterfinder des Blogs, gemeinsam mit Steinkühler. Der setze die Idee nun für seinen Freund um.

Fäßler will zu dem ganzen Vorgang nichts sagen, nur so viel: Er kenne die Geldgeber des Peerblogs. Die seien allesamt unproblematisch. Der Kandidat dagegen kenne die Namen nicht. Müsse sie auch gar nicht kennen.

Der Spitzenkandidat wäre demnach so ahnungslos, wie er behauptet: Als Steinkühler sich im Herbst mit ihm und Fäßler getroffen habe, um die Idee zu präsentieren, hätten die Geldgeber noch gar nicht festgestanden, sagt Steinbrück. Danach habe er mit Steinkühler gar nicht mehr gesprochen, mit Fäßler zumindest nicht mehr über den Blog.

Aber weil sein Berater die Namen kennt, könnte Steinbrück jederzeit aufklären, wer ihn im Wahlkampf mit dem Blog so großzügig unterstützt. Er müsste Fäßler nur anweisen, ihm die Financiers zu nennen. Doch statt sich selbst ein Bild zu machen und dann für die vom Bundestag gewünschte Transparenz zu sorgen, verharrte Steinbrück bis Mitte vergangener Woche im angeblichen Zustand der Unwissenheit. Warum, mochte Fäßler nicht erklären.

Auch der Gründer jener Internetfirma aus München, der eine Finanzierungszusage abgegeben haben soll, wies jede Beteiligung am Blog zurück. Er wisse schon „von Herrn Fäßler", dass sich der SPIEGEL dafür interessiere, aber er habe mit dem ganzen Thema nichts zu tun, sagte Marcus Wolsdorf, Ex-Eigner der Interhyp AG. Für Nachfragen war er nicht mehr erreichbar. Steinbrück immerhin bestätigte, dass er Wolsdorf „schon lange" kennt. Wolsdorf sei Mitglied in seinem Beraterkreis aus Kultur, Wirtschaft, Gewerkschaften und Kirche, mit dem er sich dreimal im Jahr treffe. Das sei alles.

Bei so wenig Durchblick, wer hinter dem Blog steht, wollten dann wohl auch seine Gegner am Mittwoch keine weiteren Einblicke mehr zulassen. Abends, gegen 19 Uhr, legte eine Hackergruppe mit dem Namen „Team M3DU5 A" den Blog stundenlang lahm.

Jürgen Dahlkamp,
Konstantin von Hammerstein,
Gordon Repinski



Weinernte in einer israelischen Siedlung auf den Golanhöhen: *„Galeria Kaufhof wünscht Frieden im Nahen Osten“*

MENAHEM KAHANA / AFP

AUSSENPOLITIK

Ende der Geduld

Israelische Siedler kennzeichnen Produkte aus den besetzten Gebieten irreführend als Waren aus Israel. Die EU will diesen Etikettenschwindel jetzt unterbinden.

Die Weinabteilung im Untergeschoss bei Galeria Kaufhof in der Kölner Innenstadt ist gut sortiert. Flaschen aus allen Anbauregionen der Welt kann man hier bestaunen. Die Regale sind mit den Flaggen der Länder gekennzeichnet, an einem Fach prangt ein blauer Davidstern auf weißem Grund.

Auf den ersten Blick könnte man denken, es handle sich um Weine aus dem Staat Israel. „Wine of Israel“ steht auch auf den Flaschen. Es braucht schon eine gehörige Portion geografischen und historischen Sachverstand, um die wahre Herkunft herauszufinden. „Produziert und abgefüllt von der Golanhöhen-Kellerei“ steht auf dem Etikett eines Gamla Cabernet Sauvignon 2008 für 14,99 Euro, die Ortsangabe lautet „12900 Katzrin, Israel“.

Doch wo Israel draufsteht, ist nicht Israel drin. Katzrin ist eine Siedlung auf den Golanhöhen. Das gut 60 Kilometer lange Felsplateau gehörte bis 1967 zu Syrien und wurde, genau wie das palästinensische Westjordanland, im Sechstagekrieg von der israelischen Armee besetzt.



PHOTOSHOT

Minister Westerwelle (r.), EU-Kollegen: *Bitte um Orientierung*

Die Weltgemeinschaft hat Israels Souveränität über diese Gebiete nie anerkannt, trotzdem bauten die israelischen Regierungen dort Kolonien. Heute leben allein im Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalem rund 650 000 israelische Siedler. Nach der Genfer Konvention ist es verboten, in besetzten Gebieten Siedlungen zu errichten.

Doch wie wenig man sich in der Jerusalemer Regierungszentrale um das Völkerrecht schert, hat jüngst noch einmal Premierminister Benjamin Netanjahu bestätigt. „Die Tage, als Planierraupen Siedlungen dem Boden gleichmachten, sind vorbei“, sagte er der Zeitung „Maariv“.

Auch wenn der Hardliner nach den jüngsten Parlamentswahlen wohl eine Koalition mit den liberalen Parteien der Mitte eingehen wird, werden Siedlervertreter in der neuen Regierung ein gewichtiges Wort mitreden. Damit jedoch schwindet in Berlin, Brüssel oder Washington die Hoffnung, den Nahost-Friedensprozess aus dem Koma erwecken zu können.

In der Europäischen Union reifen daher Pläne, ebenfalls auf Konfrontation zu gehen. Im Zentrum steht die Siedlungspolitik. Bei ihrer Dezembersitzung beschlossen die 27 Außenminister, „die geltenden Rechtsvorschriften der EU und bilateralen Vereinbarungen, die auf Erzeugnisse aus

den Siedlungen anwendbar sind, kontinuierlich, umfassend und wirksam umzusetzen“. Im Klartext heißt das: Der Verkauf von Waren aus den besetzten Gebieten soll unterbunden werden; zumindest, solange sie falsch gekennzeichnet sind.

Sanktionen gegen die Produkte aus den Siedlungen würden die israelische Wirtschaft hart treffen. 220 Millionen Euro jährlich beträgt der Wert der Siedlerexporte nach Europa, die Palästinenser setzen gerade einmal 15 Millionen Euro um.

Entsprechend gereizt reagiert Israel auf die Brüsseler Pläne. Es gebe überall auf der Welt Gebietsstreitigkeiten, heißt es in einer Antwort der israelischen Botschaft in Berlin. „Wenn eine solche Regelung ausschließlich Israel herausgreift, handelt es sich um eine ungerechte und diskriminierende Maßnahme.“

Doch davon lässt man sich in Brüssel nicht abschrecken. Im Auswärtigen Dienst der EU durchforsteten Beamte jüngst das gesamte Gesetzeswerk der EU, um herauszufinden, welche Richtlinien und Verordnungen gegen die Siedlerprodukte angewendet werden können. Die Liste liegt dem SPIEGEL vor, und sie zeigt: Vor allem bei Lebensmitteln gibt es Sanktionsmöglichkeiten.

Der Verkauf von Wein beispielsweise ist in einem EU-Gesetz geregelt, der Verordnung 1234/2007. Zu den obligatorischen Angaben gehört demnach die Herkunft. Doch in der Praxis wird gegen dieses Gesetz ständig verstoßen. Den Rotwein von den Golanhöhen für Galeria Kaufhof importiert in Deutschland die Champagner und Wein Distributionsgesellschaft mbH & Co. KG in Schleswig-Holstein.

Zuständig für die Überwachung der Kennzeichnungspflicht von Weinen sind laut Verordnung „die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten“. Sie „treffen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass ein nicht gemäß diesem Kapitel gekennzeichnetes Erzeugnis … nicht auf den Markt gelangt bzw. aus dem Markt genommen wird“. Das für den Import des Golan-Rotweins von Galeria Kaufhof zuständige schleswig-holsteinische Landwirtschaftsministerium sieht allerdings keinen Grund, etwas zu tun. Die Herkunftsangabe werde vom israelischen Handelsministerium in einem Dokument bestätigt, damit liege keine Irreführung vor, teilte eine Sprecherin mit.

Auch bei Obst und Gemüse verlassen sich die EU-Staaten auf die Angaben der israelischen Exporteure. Es ist schwer zu überprüfen, wo genau eine Orange oder eine Olive geerntet wurde. Die EU-Beamten haben vor allem Datteln im Visier, die von israelischen Siedlern im besetzten Jordantal angebaut werden.

Umstritten sind auch die Produkte des israelischen Kosmetikunternehmens Ahava. Es stellt Cremes und Duschgels aus den Mineralien des Toten Meers her. Auf den Packungen steht: „Dead Sea Laboratories. Israel“. In Wahrheit befindet sich die Produktion am Rand des Toten Meers im besetzten Westjordanland.

Die Firma weigert sich, auf detaillierte rechtliche Fragen zu antworten. „Ahava arbeitet mit den deutschen Behörden, der Europäischen Kommission und im Einklang mit dem Gesetz“, lässt das Unternehmen lapidar ausrichten. Doch die Gelassenheit ist nur gespielt. Ahava informierte sofort die israelische Botschaft in Berlin über die Recherchen des SPIEGEL.

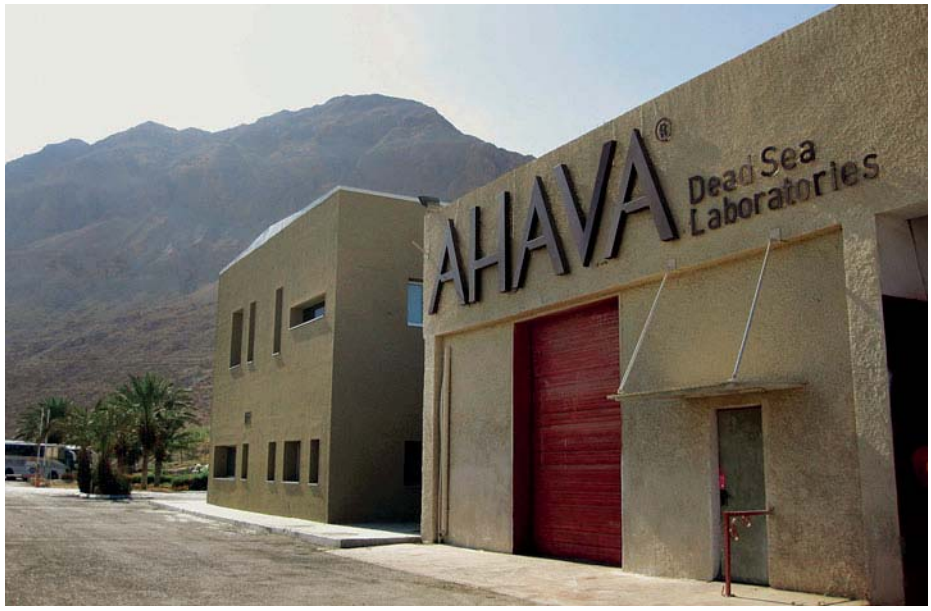
Weil der Importeur der Ahava-Produkte in Wiesbaden seinen Sitz hat, ist die hessische Landeshauptstadt für die Kontrolle zuständig. Da die Firma ihren Hauptsitz offiziell innerhalb der anerkannten Grenzen des Staates Israels habe, „ist keine Irreführung erkennbar“, schreibt das städtische Verbraucherschutzdezernat.

In der EU-Zentrale sieht man das anders. Wenn ein Gewerbetreibender „wesentliche Informationen auf zweideutige Weise bereitstellt“, gilt das laut der EU-Richtlinie 2005/29 über unlautere Geschäftspraktiken als „irreführende Unterlassung“. Die Brüsseler Beamten sind zu dem Schluss gekommen, dass die Kontrolleure vieler Mitgliedstaaten bei den Siedlerprodukten ein Auge zudrücken.

Eine Umfrage des SPIEGEL unter allen 27 nationalen Regierungen bestätigt diesen Verdacht. Schon die einfache Frage, ob Produkte aus Siedlungen im Westjordanland oder den Golanhöhen „aus Israel kommen“, bewerten die Hauptstädte höchst unterschiedlich. Großbritannien, Irland, Finnland, Schweden, Estland, die Niederlande, Österreich, Spanien und Zypern beantworteten die Frage mit einem klaren Nein. Diese Länder halten Etiketten mit der Aufschrift „Produkt aus Israel“ oder „made in Israel“ für irreführend. So schreibt etwa das britische Agrarministerium: „Waren, die in das Vereinigte Königreich aus israelischen Siedlungen importiert werden, können gesetzlich nicht als Produkte aus Israel bezeichnet werden.“

Andere Mitgliedstaaten sind verunsichert. In Deutschland will man alles vermeiden, was Assoziationen an die Nazi-Kampagne „Kauft nicht bei Juden“ weckt. Von der EU-Kommission erwartet die Bundesregierung daher „Orientierungshilfe bei der Auslegung des EU-Rechts in Bezug auf eine rechtskonforme und korrekte Kennzeichnung“.

Viele EU-Länder sehen überhaupt kein Problem mit der Kennzeichnung. Sie stellen sich auf den Standpunkt, dass der Verkauf legal sei, sobald der Import von den Zollbehörden genehmigt wurde. Die Zollbeamten prüfen aber lediglich, ob die Produkte unter das EU-Israel-Assoziierungsabkommen fallen und die Importeure keine Einfuhrzölle zahlen müssen. Für die korrekte Beschriftung im Handel ist der Zoll nicht zuständig.



Kosmetikproduktionsstätte im Westjordanland: *„Wo Israel draufsteht, ist nicht Israel drin“*

Auch die Galeria Kaufhof GmbH sieht keinen Handlungsbedarf. Allein die Lieferanten seien für die ordnungsgemäße Kennzeichnung verantwortlich, erklärte das Unternehmen. Die Antwort sprach es mit der israelischen Botschaft in Berlin ab. „Die Lieferanten und die Botschaft konnten uns glaubhaft versichern, dass ihr Handeln legal ist“, schreibt der Firmensprecher.

Im Übrigen, fügt er hinzu, „wünscht sich Galeria Kaufhof wie die Mehrheit der Menschen Frieden im Nahen Osten“.

Christoph Schult



Ministerin Schavan

STEFAN THOMAS KROEGER

BILDUNG

Auf Abruf

Annette Schavans Chancen, in Amt und Doktorwürden zu bleiben, sind gering. Ein Verfahren vor dem Verwaltungsgericht dürfte sie kaum gewinnen – und die Unterstützung der Kanzlerin könnte sie schnell verlieren.

Ein letzter Ausweg blieb den 15 Frauen und Männern. Lange hatten sie debattiert und schließlich die Delinquentin verdammt: Festzustellen sei der „Tatbestand einer vorsätzlichen Täuschung durch Plagiat“, so lautete ihr Verdikt.

13 Stimmen dafür, 2 dagegen, ein eindeutiges Stimmungsbild im Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät der Universität Düsseldorf. Und dennoch waren die Professoren, Mitarbeiter und Studenten, die hier wie eine Jury zusammensaßen, nicht gezwungen, die Höchststrafe zu verhängen. Ein Freispruch war unverändert möglich. Die Frauen und Männer fragten einander: Haben wir ausreichend berücksichtigt, wie verdammt lang her es ist, dass Annette Schavan, 57, hier promoviert wurde, mehr als 32 Jahre? Müssen wir nicht stärker berücksichtigen, dass sie ohne Studienabschluss dasteht, wenn wir ihr den Doktortitel aberkennen?

Dann stimmten sie noch einmal ab, geheim, nicht mehr über die Täuschung, sondern über deren Folgen. Das war der letzte Ausweg für die Mitglieder des Fakultätsrats, noch konnten sie Titel vor Täuschung gehen lassen, einen Gnadenakt einem belastenden Verwaltungsakt vorziehen. Tatsächlich kam nicht dasselbe Ergebnis heraus wie bei der ersten Abstimmung, aber die Abweichung war unerheblich. Wohl nur ein Mitglied votierte anders als zuvor, das Ergebnis lautet diesmal: zwölf Stimmen für den Titelentzug, zwei dagegen, eine Enthaltung.

Das war’s – der Knall, den noch vor einem Jahr niemand für möglich gehalten hatte. Schavan, die loyale Kanzlerinvertraute, die Politikerin mit Renommee und ohne Affären, habe „systematisch und vorsätzlich“ getäuscht. So werfen es ihr nicht anonyme Plagiatsjäger im Internet vor, so sagen es ihr nicht politische Gegner nach. So hat es, mit diesen harten Worten, das zuständige Gremium der zuständigen Fakultät festgestellt, mit eindeutiger Mehrheit.

War’s das? Für die Doktorin Schavan und auch für die Ministerin Schavan?

„Die Entscheidung der Universität Düsseldorf werde ich nicht akzeptieren und dagegen klagen“, sagte Schavan am Tag danach, während ihrer fünftägigen Dienstreise durch Südafrika. Die Klage hatte sie in den Wochen zuvor für den Fall der Fälle angekündigt, und solange sie vor Gericht nicht endgültig verloren habe, werde sie auch nicht aus dem Kabinett ausscheiden. Die Botschaft lautete: Ich werde mich nicht geschlagen geben. Doch es könnte sein, dass Schavan auf verlorenem Posten kämpft, um die Doktorwürde und auch um das Amt. Die Erfolgsaussichten vor dem Verwaltungsgericht sind nicht groß, das ist ihr juristisches Problem. Hinzu kommt ihr politisches Problem: Angela Merkel hält an ihrer Vertrauten fest, aber die Kanzlerin muss im Wahljahr auch die

Macht verteidigen. Die Abwägung wird im Zweifel gegen Schavan ausfallen.

„Prof. Dr. Schavan“ – so bezeichnet sie sich selbst auf der Homepage ihres Ministeriums. So titulieren sie auch ihre Rechtsanwälte in der Erklärung, die noch am Abend der Fakultätsentscheidung verbreitet wurde. Die Anwälte werden vor dem Gericht mehrere Angriffe starten. Sie werden das Procedere beanstanden, unter anderem weil kein externes Fachgutachten eingeholt worden sei. Und auch die Abwägung, die der Fakultätsrat getroffen hat, werden sie kritisieren: Diese sei unverhältnismäßig und damit rechtswidrig.

„Gemessen am Umfang der Doktorarbeit und ihrer Literaturnachweise“, handele es sich um eine „geringfügige Zahl behaupteter Zitierverstöße“, und diese befänden sich „zudem fast alle im referierenden Teil der Arbeit“. Die Fehler rechtfertigten keineswegs „die Rücknahme der Promotion und damit des einzigen berufsqualifizierenden Abschlusses unserer Mandantin“. Die Universität scheint auf diesen juristischen Kampf eingestellt zu sein. Die Erklärung, die der Dekan der Philosophischen Fakultät, Bruno Bleckmann, vom Blatt las, war teilweise in Juristendeutsch formuliert: Der Fakultätsrat habe „unter pflichtgemäßer Ausübung seines durch Promotionsordnung eingeräumten Ermessens“ entschieden.

So schwer es Schavan und vielen ihrer Unterstützer fallen mag, diese Tatsache zu akzeptieren: Die Entscheidung über den Entzug des Titels ist Ermessenssache. Der Spielraum der Fakultät ist groß, die Chance Schavans auf einen Sieg vor Gericht dementsprechend klein. Der Universität darf nur kein Verfahrensfehler unterlaufen sein, im Übrigen genießt sie weitgehende Entscheidungsfreiheit.

„Man muss sich ganz allgemein darüber klar sein, dass etwa 90 Prozent der Verwaltungsgerichtsklagen abgewiesen werden“, sagt der Bonner Wissenschaftsrechtsexperte Wolfgang Löwer. Er beschäftigt sich so lange und intensiv mit Plagiaten wie kaum ein anderer, aber selbst Löwer sagt: „Bislang kenne ich kein Verfahren, bei dem ein Verwaltungsgericht die Entscheidung einer Fakultät beanstandet hätte.“ Die Rechtsanwältin Daniela Schröder konstatierte in einem Aufsatz 2010 eine „rigide verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung“. Und ihr Kollege Christian Birnbaum sagt: „Ein Plagiatsüberprüfungsverfahren ist für die Betroffenen nur sehr schwer anzufechten.“ Der Anwalt vertritt eine andere prominente Politikerin: Silvana Koch-Mehrin, die FDP-Europaparlamentarierin, der die Universität Heidelberg im Juni 2011 den Doktortitel nahm.



ROLF VENNENBERND / DPA

Dekan Bleckmann
„Vorsätzliche Täuschung“

Um einen Entzug zu begründen, reiche eine nicht geringe Anzahl ungekennzeichneter Textübernahmen aus, sagt Birnbaum: „Solche Übereinstimmungen lassen sich nicht mit Zufall erklären, wenn sie gehäuft auftreten.“ Ob das Plagiat beabsichtigt gewesen sei, spiele keine Rolle. „Absicht und bedingter Vorsatz sind Begriffe aus dem Strafrecht“, sagt Birnbaum, „sie sind Verwaltungsjuristen fremd.“

Schavan räumte öffentlich bisher lediglich Flüchtigkeitsfehler ein und versuchte, die Kritiker davon zu überzeugen, dass alles nicht so schlimm sei, jedenfalls nicht schlimmer als in vielen anderen Doktorarbeiten jener Zeit. Sie schickte eine Erklärung nach Düsseldorf, dazu zwei Stellungnahmen von Erziehungswissenschaftlern, doch es half ihr nicht.

Auf 60 Seiten hatte der Promotionsausschuss problematische Stellen ermittelt, viele Funde decken sich mit jenen, die ein unbekannter Plagiatsjäger mit dem Pseudonym „Robert Schmidt“ zusammengetragen hatte. An einigen Stellen bedient sich Schavan aus fremden Quellen, ohne dies zu kennzeichnen und den Autor zu erwähnen. An anderen erweckt Schavan den Eindruck, bestimmte Quellen im Original gelesen zu haben; der Fakultätsrat hingegen vermutet, dass sie sich der Sekundärliteratur bedient habe, eine unbotsame Abkürzung des akademischen Arbeitswegs. Die dritte Art von Übernahmen steckt in teils seitenlangen Paraphrasen, die mit einzelnen Fußnoten und Zitaten versehen sind, aber nicht klar erkennen lassen, dass es sich auch im Übrigen nicht um Schavans eigene Gedanken handelt.

Mit anderen Worten: Es geht um Fußnoten, Anführungszeichen, Literaturangaben. Darum drehte sich die Diskussion, die in Düsseldorf in den vergangenen Monaten geführt worden ist. Aber seit der Fakultätsrat sein Urteil gesprochen hat, wird eine andere Diskussion in Berlin geführt: Kann, sollte, muss Schavan aus Merkels Kabinett ausscheiden?

Kaum hatte die Düsseldorfer Universität gesprochen, kamen die ersten Rücktrittsforderungen. Von Empörung, wie sie sich im Fall Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) aufstaute und schließlich in einem allgemeinen Aufschrei entlud, war zunächst wenig zu spüren. Doch die Opposition ließ keinen Zweifel daran, dass sie nicht warten will, bis ein Verwaltungsgericht sein Urteil gesprochen hat. Sie wird sich im Wahlkampf auf Schavan einschießen.

„Eine Wissenschaftsministerin, die wegen systematischer und vorsätzlicher Täuschung des Plagiats überführt wird und der daraufhin ihre Promotion aberkannt wird, ist nicht mehr tragbar“, befand Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin.

Die Union bekannte sich öffentlich zu ihrer Ministerin, wenngleich in der nordrhein-westfälischen CDU bereits am Mittwochabend Planspiele über deren Nachfolge entwickelt wurden. Landeschef Armin Laschet wäre geneigt, Schavan zu beerben – und die NRW-Schwäche in Merkels Kabinett zu heilen. Eine zweite Variante wäre, dass Staatsministerin Maria Böhmer ins Wissenschaftsressort wechselt und Laschet deren Job als Integrationsbeauftragter des Bundes übernimmt.

Überschaubar ist auch der Rückhalt, den Schavan bei der CSU genießt. In Bayern halten sie viele immer noch für die Königsmörderin: die Frau, die Karl-Theodor zu Guttenberg angeblich zu Fall brachte.

Anders ausgedrückt: Einige sprachen sich für Schavan aus, andere dagegen, viele enthielten sich – erst einmal. Wenn Schavan nicht freiwillig hinwirft, kommt es in ihrem Fall am Ende ohnehin nicht auf Mehrheiten an, sondern auf Merkel.

Jan Friedmann, Barbara Schmid, Fidelius Schmid, Markus Verbeet

Der Weg zum Entzug

Das Plagiatsverfahren der Philosophischen Fakultät der Universität Düsseldorf im Fall Schavan

2. Mai 2012
Die Universität Düsseldorf (HHU) wird über den Plagiatsvorwurf gegen Schavan informiert.

Der **Dekan** beauftragt den Promotionsausschuss mit der Voruntersuchung der Dissertation.

Der **Vorsitzende** des Ausschusses erstellt einen Bericht, der den Verdacht bestätigt.

Der **Promotionsausschuss** empfiehlt einstimmig, ein Verfahren zur Entziehung des Doktorgrades einzuleiten.

22. Januar 2013
Der **Fakultätsrat** entscheidet, das Hauptverfahren zu eröffnen.

5. Februar
Der Fakultätsrat beschließt die **Aberkennung des Doktorgrades.**

Schavan kündigt eine **Klage** vor dem zuständigen Verwaltungsgericht Düsseldorf an.

DER SPIEGEL



AXEL SCHMIDT / DAPD

Rivalen Ramsauer, Altmaier, Rösler: *Gegenseitiger Boykott*

REGIERUNG

Kleinkrieg ums Große

Stromsteuer, Strompreissicherung, Strompreisbremse: Bei der Energiewende streiten mehrere Behörden um den richtigen Kurs. Hilft am Ende nur die Einrichtung eines Super-Ministeriums?

Die Woche in Berlin hatte kaum begonnen, da herrschte an drei Regierungsstellen bereits der Ausnahmezustand. Im Umweltministerium bekam eine Handvoll Abteilungsleiter um kurz vor neun am Montagmorgen ein Papier ihres Ministers Peter Altmaier (CDU) auf den Tisch, mit der Bitte um rasche Rückmeldung. In gut einer Stunde wolle der Minister vor die Presse treten. Es blieb gerade noch Zeit, die gröbsten Fehler aus dem Manuskript zu tilgen.

Im Kanzleramt wunderte sich derweil Ronald Pofalla. Ein Altmaier-Papier? Spannend. Nur gelesen hätte es der Kanzleramtsminister schon gern. Genervt griff er zum Handy und bat Wirtschaftsminister Philipp Rösler per SMS um den Text. Doch auch der FDP-Chef musste passen. Immerhin hatte Altmaier ihm frühmorgens eine dürre Nachricht gesimst: „Denke, dass meine Vorschläge sehr in Ihre Richtung gehen."

So kann man sich täuschen. Ende vergangener Woche ließ Rösler durchsickern, was er von der „Strompreissicherung" des Kollegen Altmaier hält: nichts. Seither ist klar, dass auch auf der Dauerbaustelle der Energiewende bis auf weiteres nichts vorangehen wird.

Rösler gegen Altmaier, Altmaier gegen Rösler, dazwischen der ahnungslose Pofalla. Selten ist ein zentrales Projekt einer Bundesregierung schlechter gemanagt worden als der Umbau der deutschen Strom- und Wärmeversorgung – laut Umweltminister Altmaier immerhin die größte wirtschaftspolitische Herausforderung seit der Wiedervereinigung.

Die Posse um Altmaiers Alleingang zeigt einmal mehr: Sosehr die Koalition auch beteuert, geschlossen hinter der Energiewende zu stehen, so verbissen sabotieren sich die einzelnen Ministerien – vor allem das Wirtschafts- und das Umweltressort.

Röslers Beamte, zumeist Volkswirte und Juristen, halten nichts von den Birkenstock-Trägern und Freunden von Holzfällerhemden im Umweltressort. Dort lästert man gern über die versnobten Schlipsträger und Rösler-Jünger.

Der Kampf um die Energiewende ist jedoch mehr als nur ein Kampf der Kulturen. Es geht um ein Milliardengeschäft und um eine gesellschaftliche Weichenstellung, die auf Jahrzehnte hinaus wirken wird. Doch nirgendwo gibt es einen Verantwortlichen, der ein Machtwort sprechen könnte – oder wollte.

Wenige Monate vor der Bundestagswahl wird deutlich: Eine erfolgreiche Koordinierung der Energiewende wird wohl nur gelingen, wenn sich ein Super-Minister um das Vorhaben kümmern würde. Deutschland braucht endlich ein Energieministerium.

In den jetzigen Strukturen ist ein Ende des Kleinkriegs ums große Thema jedenfalls nicht abzusehen. Für den weiteren Kampf rüsten die Kontrahenten Rösler und Altmaier derzeit munter auf. Beide haben im Herbst 40 neue Stellen für ihre Häuser bewilligt bekommen. Die neuen Beamten sollen helfen, den Gegner zu überflügeln.

Altmaier hat gleich eine ganze neue Abteilung geschaffen, sie heißt „E" wie Energiewende. „Das ist natürlich ein gezielter Affront gegen Rösler", heißt es im Umweltministerium. Doch im Wirtschaftsressort ist man von solchen Aktionen unbeeindruckt. In der Antwort auf eine Anfrage an die Bundesregierung schrieb der zuständige Staatssekretär und Rösler-Intimus Stefan Kapferer kürzlich: Auch nach Altmaiers Hausumbau „wird an den bestehenden Zuständigkeiten innerhalb der Bundesregierung … nichts geändert".

Seither blockt das Wirtschaftsministerium alles, was vom Umweltministerium angestoßen wird, und kontert mit eigenen Entwürfen. Mit seiner Boykott-Haltung ist Rösler allerdings nicht allein. Auch Bauminister Peter Ramsauer (CSU) – qua Amt ebenfalls verantwortlich für zentrale Teile der Energiewende – hat es nicht sonderlich eilig. Dabei kann die Regierung ihre ehrgeizigen Klimaschutzziele bis 2020 nur erreichen, wenn rasch Gebäude gedämmt und schnell Elektroautos auf die Straßen gebracht werden. Für beides ist Ramsauer zuständig.

Beim Thema Gebäudesanierung freilich setzte der Bauminister durch, dass Altbauten, die am meisten Energie verpulvern, weitgehend verschont bleiben. Und die Bilanz der Elektromobilität ist bislang ein Witz. Rund 4500 steckerbetriebene Fahrzeuge kurvten Ende 2011 durch Deutschland, 2956 Neuzulassungen gab es 2012. Mit dem für das Jahr 2020 geplanten Ziel von einer Million Elektroautos könnte es eng werden.

Im Umweltministerium fluchen sie denn auch, das Ramsauer-Ressort sei ein „Hort von Nichtstuern". Auch der Heidelberger Professor Andreas Löschel, der die Monitoringgruppe zur Energiewende leitet, klagt: „Einer der größten Problembereiche liegt im Bundesministerium für Bauen und Verkehr."

Ein weiteres Problem ist Ressort Nummer vier, das Landwirtschaftsministerium von Ilse Aigner (CSU). Auch sie spielt unverhofft im Energiewende-Poker mit, seit vor allem Bauern die öffentliche Förderung von Bioenergie-Anlagen als attrak-

tive Einnahmequelle entdeckt haben. Zwischendurch erinnert sie sich, dass sie ja auch Verbraucherschutzministerin ist, und fordert eine Teilverstaatlichung der Netze, um die Stromkosten zu senken.

Zum Reigen der Minister, die das Thema für sich reklamieren, gehört auch Annette Schavan, die verstärkt im Energiebereich forschen lässt. Zudem dürfen der liberale Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel und FDP-Außenamtschef Guido Westerwelle als Zuständige für internationale Klimapolitik mitreden. Und ohne Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) geht bei der subventionsintensiven Energiewende sowieso nichts.

Kanzleramtschef Pofalla mitgerechnet, fühlen sich gleich neun Minister somit irgendwie zuständig. Das ist gut die Hälfte des gesamten Bundeskabinetts. Mehrfachzuständigkeiten lassen sich da kaum verdet. Das können wir uns einfach nicht leisten“, schimpft Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann. „Wenn man die Energiewende nicht will, muss man genauso weitermachen wie bisher“, sagt die Energieexpertin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

Was fehlt, ist ein echter Koordinator, der die Streithähne in den Ministerien zur Ordnung ruft. Kanzleramtschef Pofalla, dem diese Aufgabe eigentlich obliegt, ist damit überfordert – wie mit vielen anderen Themen auch. Beamte aus allen Häusern schimpfen über Pofallas „Inkompetenz“ und „mangelnden Gestaltungswillen“. Während alle Welt sehe, dass die Energiewende vor sich hin schlingere, lasse er die Dinge einfach laufen.

Eine kleine Lösung bestünde darin, einen Staatssekretär im Kanzleramt zu intagswahl vom Umwelt- ins Wirtschaftsministerium verlagert werden“, sagt FDP-Generalsekretär Patrick Döring. Das sehen Röslers Leute genauso: „Auf diese Weise haben wir ganz schnell ein Energieressort.“

Die Grünen dagegen wollen es umgekehrt machen. „Die zentralen Kompetenzen der Energiewende müssen im Umweltministerium gebündelt werden“, sagt Ex-Amtschef Jürgen Trittin. Vor allem die Zuständigkeit für Energiewirtschaft und Netzausbau will er dem Wirtschaftsressort rauben. Ein solches Umweltministerium XL müsste für ein deutschlandweites Klimaschutzgesetz sorgen, dieses überprüfen und somit auch „die energierelevanten Bereiche in anderen Ressorts“ steuern.

Und natürlich sei eines klar, so Trittin weiter: „Ein solches Ministerium sollte



meiden. So unterhält Altmaier Abteilungen und Referate für Effizienz und Netze, obwohl das eigentlich Röslers Domäne ist. Aigner macht Energie und Verkehr, Ramsauer Energie und Klimaschutz, Rösler Elektromobilität und Energieforschung.

Und die Missgunst ist groß. Als das Umweltministerium begann, kommunale Klimaschutzkonzepte zu entwickeln, konterte das Bauministerium mit einem ähnlichen Vorschlag für die Quartierssanierung. „Die haben das eins zu eins bei uns abgeschrieben“, jammert noch heute einer von Altmaiers Leuten.

Klar ist allen Beteiligten, dass es so nicht weitergehen kann. „Seit Monaten nimmt die Bundesregierung billigend in Kauf, dass die Umsetzung der Energiewende unter dem Kompetenzgerangel zwischen den verschiedenen Häusern leistallieren, der die Energiewende koordiniert. Hauptberuflich. Allerdings sollte dieser auch über die entsprechende Durchsetzungskraft verfügen. Eckart von Klaeden (CDU), der sich in der Regierungszentrale in vergleichbarer Funktion um den Bürokratieabbau kümmert, ist da eher ein abschreckendes Beispiel. Er wird überall nur als „Ecki“ verspottet. Und einen Energiewende-Ecki braucht niemand.

Deshalb wird der Ruf nach einem Energieministerium immer lauter. Dort wären alle Zuständigkeiten unter einem Dach gebündelt. Die SPD ist fast geschlossen dafür, die CSU und etliche Ministerpräsidenten ebenfalls.

Wenn es aber konkret wird, gehen die Meinungen wieder stark auseinander. „Um die Energiewende schneller voranzutreiben, sollte die Zuständigkeit für die erneuerbaren Energien nach der Bundesvon der Partei geführt werden, die auch nach Ansicht der Anhänger der anderen Parteien die größte Kompetenz auf diesem Gebiet hat: Das sind nun mal die Grünen.“

Ein netter Versuch. Ob die SPD das im Falle eines Wahlsiegs auch so sieht, ist jedoch fraglich. Streit wäre somit auch unter Rot-Grün programmiert.

Nur eine Politikerin hat sich bislang – wie meistens bei heiklen Fragen – noch nicht festgelegt: Bundeskanzlerin Angela Merkel. Während sie lange Zeit strikt gegen ein Energieministerium war, hat sie ihre Linie inzwischen ein wenig aufgeweicht. Denkbar sei so etwas, sagt Merkel, aber erst, wenn der Atomausstieg endgültig vollzogen sei. Das wird 2022 der Fall sein. Bestenfalls.

Sven Böll, Jörg Schindler, Gerald Traufetter

AUFARBEITUNG

Besuch in der Schlangengrube

Roland Jahn, Chef der Stasi-Akten-Behörde, hat die Kontrolleure des Kanzleramts am Hals – weil er seinen Job wie ein Politiker, nicht wie ein Verwaltungsmann interpretiert.



Behördenchef Jahn

MICHAEL REICHEL / DPA

Mitte vergangenen Jahres bekam Roland Jahn hohen Besuch: Zwei Ministerialbeamte der Bundesregierung erschienen in seiner Behörde – und sie waren bestens informiert über Jahns Arbeit als Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen.

Warum müssen Stasi-Opfer so lange auf Einsicht in ihre Akten warten?, wollten die Beamten von Jahn wissen und hielten ihm entsprechende Statistiken vor. Ob er womöglich falsche Schwerpunkte setze? Jahn wehrte sich, verwies auf Personalmangel, auf Antragszahlen und technische Probleme.

Dann vertagte man sich, die beiden Besucher machten sich wieder davon und schrieben ihre Berichte. Jahn, 59, hätte die Visite der Beamten des Kanzleramts als Warnschuss verstehen können. Aber er mag an solchen Gesprächen nichts Ungewöhnliches finden und bleibt bei seinem Stil: Jahn sieht sich vor allem als „Anwalt der Opfer“. Er interpretiert seinen Job eher wie ein Politiker, nicht wie ein Verwaltungsmanager.

Öffentlich schwärmt Bernd Neumann, im Kanzleramt Staatsminister für Kultur und Medien und damit auch für die Stasi-Unterlagen-Behörde zuständig, über den in der DDR als Bürgerrechtler verfolgten Jahn: ein „grader Kerl“ mit einer „tollen Vita“. Intern ist der Christdemokrat aber mehr als besorgt. Seine Ministerialen hat er aufgefordert, sich genauer um die Behörde zu kümmern, die offenbar in keiner guten Verfassung ist. Sie gilt als Schlangengrube. Dazu passt, dass das Finanzministerium Jahns Budget- und Personalpläne kritisiert; und dass der Bundesbeauftragte mit dem Versuch gescheitert ist, sein Amt umzubauen.

Niemand zweifelt an der moralischen Integrität Jahns, des dritten Bundesbeauftragten nach Joachim Gauck und Marianne Birthler. Ob er allerdings der richtige Mann ist, die Behörde zu leiten, fragt man sich nicht nur im Kanzleramt.

Seit seiner Amtsübernahme im März 2011 befindet sich Jahn in Opposition – zu Teilen seiner Belegschaft, zum Beirat seiner Behörde. Und nun kommt auch noch Ärger mit der Bundesregierung hinzu. Es geht um die künftige Aufarbeitung der Stasi-Geschichte, um den Verbleib der Spitzelberichte, die 2019 eigentlich vom Bundesarchiv übernommen werden sollen – und damit um die Existenz von Jahns Behörde.

Umstritten ist bis heute der Umgang mit 47 ehemaligen Stasi-Mitarbeitern, die in den neunziger Jahren in den Dienst der Stasi-Unterlagen-Behörde übernommen wurden: Deren Versetzung war von Beginn an Jahns Lieblingsprojekt. Politisch war Neumann an Jahns Seite, aber die vielen Interviews des Behördenchefs zu den „Ex-Stasis“ fand er nicht gerade hilfreich. In der Sache hat Jahn wenig erreicht: Vier Mitarbeiter gingen in Rente, einer wurde erwerbsunfähig, einer verstarb. Erst drei wurden woanders untergebracht.

Sogar Beiratschef Richard Schröder hat sich im Zoff um die „Gruppe 47“ gegen Jahn gestellt. Der Feldzug gegen altgediente Mitarbeiter, kritisierte der Theologe und Sozialdemokrat, schade der Aufarbeitung und dem Image der Behörde. Auch an anderen Stellen kommt Jahns ehrgeiziger Personal- und Amtsumbau nicht voran. So wollte er eine größere Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit schaffen. Eine bessere Außenwahrnehmung, vermuten Kritiker, sollte dazu beitragen, dass die Behörde ihr Verfallsdatum 2019 überlebt und nicht ins Bundesarchiv überführt wird. Ziel sei es gewesen, betont Jahn, die öffentlichen Aktivitäten besser zu koordinieren. Die Strukturreform wäre zu Lasten anderer Bereiche gegangen, Bildung und Forschung sollten getrennt werden. Zwei Mitarbeiter klagten erfolgreich, die Umbaupläne wurden beerdigt.

Probleme gibt es überdies im zentralen Geschäft der Behörde – der Aktenauskunft. Jahn hatte eine schnellere Bearbeitung von Anträgen versprochen. Neumanns Kontrolleure prüften die Daten und stießen auf sinkende Erledigungszahlen, die Antragsbearbeitung dauere länger als bei Vorgängerin Birthler. Über die Gründe streiten Jahns Leute nun mit denen von Neumann.

Mehr als 20 Jahre nach dem Ende der DDR erwache das Interesse jüngerer Generationen, Kinder und Enkel von Stasi-Opfern verlangten zunehmend Auskunft über das Vorleben ihrer Verwandten, argumentiert Jahn. Darum brauche er mehr Stellen.

Seine Aufseher in der Bundesregierung sehen das anders. Anträge auf Akteneinsicht etwa seitens der Medien gingen zurück, so die Beamten, es komme zudem nicht mehr oft vor, dass staatliche Arbeitgeber eine eventuelle Stasi-Vergangenheit ihrer Beschäftigten überprüfen müssten. Deshalb würden Kapazitäten frei.

Ein Personalabbau ist aus Sicht der Regierung beschlossene Sache. Die Beamten des Finanzministeriums gehen mit Jahns Plänen hart ins Gericht: Die vorgelegte Personalbedarfsplanung sei nicht aussage-



Im März 2013 in allen teilnehmenden Sparkassen

Internationale Aktionswochen

www.erfolgreich-im-ausland.de

Mit uns kennt Ihr Erfolg keine Grenzen.

Überall an Ihrer Seite: die Sparkassen und ihr internationales Netzwerk.

Ob Sie mit Ihrem Unternehmen international expandieren wollen oder Unterstützung bei Import-/Exportgeschäften suchen – als einer der größten Mittelstandsfinanzierer sind wir mit unseren globalen Kontakten und langjähriger Beratungskompetenz auf der ganzen Welt für Sie da. Mehr dazu bei Ihrem Berater oder auf www.sparkasse.de. **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**

kräftig, die eingereichten Unterlagen erfüllten nicht die geforderten Kriterien.

Generell sind den Aufsehern Jahns Vorstellungen zu unpräzise. Das gilt auch für sein Vorhaben, in der früheren Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg einen „Campus der Demokratie“ einzurichten. Jahns Idee hat Charme, weil sie den Umgang mit der Stasi-Geschichte an Originalschauplätzen konzentriert: In Lichtenberg könnten Behördenzentrale, Archiv und ein schon bestehendes Stasi-Museum zusammengeführt werden, ergänzt etwa um Buchläden und Diskussionsräume. Jahn schwärmt schon von einem Rolling-Stones-Konzert auf dem Dach der Ex-Stasi-Zentrale.

Den Ministerialen jedoch wären konkrete Vorlagen lieber. Leider gebe es bislang nur „diverse Planungen“, klagen die Beamten. Im Haushaltsausschuss des Bundestags herrscht ebenfalls Verwirrung: Für Jahns Campus gebe es bislang weder „die Zustimmung zur Aufnahme in die Haushaltspläne“ noch „konkrete Bauunterlagen“, erklärt ein Abgeordneter.

Die Zeit wird allerdings knapp: Der Mietvertrag für die jetzige Behördenzentrale läuft Ende 2014 aus. Doch bislang gibt es keinen genehmigten Raumbedarf, mit dem der Bund auf die Suche nach einer neuen Bleibe gehen könnte. Die Gespräche dazu liefen, beteuert Jahn. Es sei alles auf gutem Weg.

Ungenau sind offenbar auch Jahns Pläne für neun von zwölf Außenstellen in den Bundesländern geblieben. Eigentlich sollte ihre Anzahl reduziert werden, Vorgängerin Birthler hatte dazu Vorschläge gemacht. Jahn will diese Dependancen nicht nur erhalten, er wirbt für deren Unterbringung an authentischen Orten des SED-Unrechts. Eine aus historischer Sicht interessante Idee, aber konkrete Zahlen? Die Haushälter haben dazu bislang nur Zeitungsartikel gelesen.

Manche Abgeordnete wittern hinter solchen Ungenauigkeiten System. Spielt Jahn auf Zeit? Bei einer Anhörung der SPD-Fraktion mehrten sich die skeptischen Stimmen zur Arbeit des Behördenchefs. „Jahn will eine Behörde für die Ewigkeit“, bekräftigt Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) einen schon länger gehegten Verdacht. „Die Behörde wird es so lange geben, wie die Gesellschaft es will“, argumentiert Jahn.

Und nun? In dieser Legislaturperiode sollte eine Expertenkommission Vorschläge erarbeiten, wie die Aufarbeitung der Stasi-Geschichte künftig aussehen und Jahns Behörde zurückgebaut werden könnte. So ist es im Koalitionsvertrag von Union und FDP vereinbart.

Aber es geschah nichts.

Weder Neumann noch der Bundestag haben Schritte unternommen, ein entsprechendes Gremium zu berufen.

Stefan Berg



Unionspolitiker Stoiber

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

WAHLKAMPF

„Raab ins Kanzlerduell“

Der CSU-Ehrenvorsitzende und ProSiebenSat.1-Beirat Edmund Stoiber, 71, beklagt die wachsende Zahl der Nichtwähler und sucht nach Ideen, junge Leute für Politik zu interessieren.

Was wollen Nichtwähler? Für die politischen Parteien in Deutschland wird die wachsende Gruppe der Bürger, die am Wahlsonntag lieber zu Hause bleiben, zum Problem – auch weil bislang kaum erforscht ist, was die Nichtwähler tatsächlich umtreibt. Eine neue Forsa-Studie im Auftrag der Sendergruppe ProSiebenSat.1 beleuchtet nun die Motive dieser Gruppe. Das wichtigste Ergebnis: Nichtwähler sehen sich nicht als Dauerverweigerer, sondern eher als „Wähler auf Urlaub“, die hoffen, bald wieder an Wahlen teilnehmen zu können.

Mit dem politischen System sind die Nichtwähler im Großen und Ganzen zufrieden – aber nicht mit der Politik, wie sie heute von den Parteien und ihren Vertretern betrieben wird. Die Umfrage stellt eine wachsende Entfremdung zwischen der Politik und den Bürgern fest. Die große Mehrheit der Nichtwähler findet die Sprache der Politiker unverständlich. Zwei Drittel der Nichtwähler können sich nicht mehr mit einer Partei identifizieren. Für 39 Prozent ist es egal, wie die kommende Bundestagswahl ausgeht. Und gut die Hälfte der Nichtwähler glaubt, dass es für den Einzelnen nicht sehr wichtig ist zu wissen, was in der Politik vorgeht.

Der Frust über den Politikbetrieb frisst sich offenbar immer tiefer in die Gesellschaft. In höherem Maße als die Wähler verorten die Nichtwähler sich selbst in der politischen Mitte. Die Bedeutung von Wahlen schätzen vor allem die jüngeren Nichtwähler gering ein.

Wie holt man diese Bürger zurück an die Urne? Durch die Senkung des Wahlalters? Oder durch Online-Wahlen und die Stärkung der direkten Demokratie? Weder noch, meinen die Autoren der Studie. Sie empfehlen den Volksvertretern vor allem eine „verständlichere Sprache“ – und weniger Beamte in der Politik.

SPIEGEL: Herr Stoiber, Sie haben in Ihrer Funktion als Beiratsvorsitzender der ProSiebenSat.1 Media AG eine Studie über Nichtwähler in Auftrag gegeben. Warum?
Stoiber: Weil mich das Thema seit längerem umtreibt und weil die Entwicklung besorgniserregend ist. Die absolute Zahl der Nichtwähler hat sich bei den letzten drei Bundestagswahlen fast verdoppelt, die Prognose für 2013 ist eine Beteiligung von rund 70 Prozent. Besonders die Jüngeren verabschieden sich zunehmend, das ist fatal. Damit können wir uns nicht abfinden, sonst bekommt unsere Demokratie ein ernstes Problem.
SPIEGEL: Was kann eine Studie an diesem Trend ändern?
Stoiber: Es ist die wohl umfassendste Nichtwähler-Studie seit vielen Jahren. Wir wollen damit endlich die fällige Debatte über Ursachen und Konsequenzen anstoßen. Nehmen Sie nur das Beispiel Niedersachsen. Da kamen die Nichtwähler gerade auf 40,6 Prozent aller Wahlberechtigten, fast so viel wie CDU und SPD zusammen! In den Fernsehanalysen wurde das dann in einem Satz erwähnt. Eine Mehrheit gibt es halt auch, wenn nur noch

drei Leute wählen. Aber eine Demokratie braucht auch aktive Demokraten, die wachsende Entkopplung von Volk und Politik darf nicht verharmlost werden.

SPIEGEL: Andererseits gibt es ja keine Wahlpflicht in Deutschland, viele entscheiden sich dagegen, ihr Kreuz zu machen, weil ihnen das Angebot nicht behagt. Manche Wahlforscher reden umgekehrt von schweigender Zustimmung.

Stoiber: Das ist Unsinn, das geht aus der Studie ganz klar hervor. Es gibt eine wachsende Entfremdung gerade bei den Jüngeren. Zu viele haben das Gefühl, Politik gehe sie nichts an. Und viele bemängeln auch die Sprache, in der wir Politiker unsere Inhalte vermitteln. Sie sagen, sie verstehen uns schlicht nicht.

SPIEGEL: Fühlen Sie sich durch die Kritik auch persönlich ertappt?

Stoiber: Wir müssen uns alle an die Nase fassen. Auch die Medien tragen eine gehörige Mitverantwortung. Der Wahlkampf beginnt gerade erst, und schon ist wieder allerorten von „Getöse“ und Schlimmerem die Rede. Die wichtigste Phase der politischen Auseinandersetzung sollte geschätzt und nicht diffamiert werden.

SPIEGEL: Für das ohnehin überschaubare Nachrichtenangebot bei ProSiebenSat.1 heißt es also ab sofort: Noch weniger kritische Politikberichterstattung?

Stoiber: Unsinn, im Gegenteil. Wir haben als Beirat mit dem Vorstand gesprochen, wie man politische Themen und Formate an ein junges Publikum herantragen kann. Ich persönlich habe mich dafür starkgemacht, dass Sat.1 wieder an alte Traditionen wie „Talk im Turm“ anknüpft. Daraus ist ja schon Stefan Raabs „Absolute Mehrheit“ geworden.

SPIEGEL: Dieser Talk war Ihre Idee?

Stoiber: Nicht das konkrete Format mit diesem Moderator, das hat der Sender entschieden – und das hat uns offen gestanden auch überrascht. Aber siehe da: Die Pilotsendung hatte 1,8 Millionen Zuschauer, davon waren die Hälfte junge Leute. Raab hatte mit seinem Politik-Talk über soziale Gerechtigkeit und Energiepolitik mehr junges Publikum als Beckmann, Illner, Jauch, Maischberger, Plasberg und Will in einer Woche zusammengenommen. Unsere Demokratie braucht den Nachwuchs. Deshalb könnte ich mir gut vorstellen, dass ProSiebenSat.1 Raab als Moderator ins TV-Kanzlerduell entsendet.

SPIEGEL: Angela Merkel und die Kollegen von ARD und ZDF werden begeistert sein. Könnten Sie die Kanzlerin verstehen, wenn die sagen würde, ich lasse mich nicht von einem Moderator befragen, der sonst mit einem Wok unter dem Hintern einen Eiskanal hinuntersaust?

Stoiber: Ich glaube nicht, dass sie so reagiert. Auch Angela Merkel hat doch ein Interesse, ein Publikum über das der klassischen Talkrunden von ARD und ZDF hinaus zu erreichen. Und sie hat schon ganz andere Herausforderungen gemeistert.

SPIEGEL: Sie wollen ernsthaft einen Unterhalter in den wichtigsten politischen Schlagabtausch des Jahres schicken? Eine solche Klamaukisierung trägt doch zu noch mehr Politikverdruss bei.

Stoiber: Das wird kein Klamauk. Wer ein Kanzlerduell moderiert, weiß, welche Bedeutung das hat. Ein Günther Jauch zeigt ja, dass es geht: Er moderiert erfolgreich Unterhaltung und gleichzeitig eine anerkannte Politiksendung. Mein Anliegen ist, wieder mehr junge Menschen mit Politik in Verbindung zu bringen. Da liegt es nicht fern, auch an Moderatoren zu denken, die die Jugend erreichen.

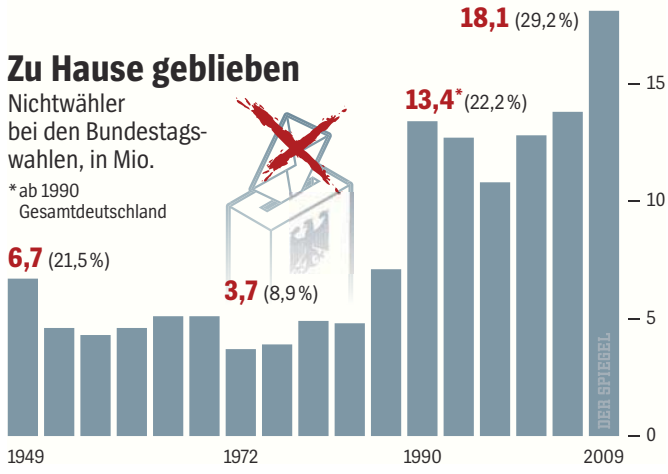
SPIEGEL: Sie selbst hätten sich doch niemals einem Raab-Duell gestellt. Er hat bei Ihnen doch sicher auch mal angefragt?

Stoiber: Hat er, für seine später sogar preisgekrönte Sendung zur Bundestagswahl 2005. Meine damaligen Sprecher haben mir abgeraten. Das war allerdings vor acht Jahren – die Welt ändert sich. Heute würde ich anders entscheiden.

SPIEGEL: Haben die Studie und Ihre Raab-Pläne nicht auch damit zu tun, dass ProSiebenSat.1 nach dem Verkauf von N24 wegen seiner schwachen Politikberichterstattung in die Kritik geriet?

Stoiber: Ich finde es jedenfalls bemerkenswert, dass der Vorstand eines börsennotierten Konzerns sich auf die Studie eingelassen hat und Platz für neue, innovative Politikprogramme schafft. Wie ernst das Unternehmen die Arbeit des Beirats nimmt, können Sie auch daran sehen, dass es im August zusätzlich vier frische Politiksendungen geben wird, mit jungen Themen und Köpfen. Wir müssen einfach die nächste Generation erreichen und dafür auch neue Wege gehen.

Interview: René Pfister, Marcel Rosenbach







Aufmarsch der „Unsterblichen“ in Bautzen
Reiz des Konspirativen

EXTREMISMUS

Die YouTube-Nazis

Rechtsradikale kopieren Methoden der linken Protestkultur: Sie tragen Masken wie bei „Anonymous“ und organisieren Flashmob-Aktionen übers Internet.

Das Publikum hatte schon Platz genommen, auf dem Programm stand eine Veranstaltung der „Interkulturellen Wochen“ in Frankfurt am Main. Plötzlich stürmten drei Männer mit weißen Masken die Lobby der Stadtbibliothek. Sie hatten einen Ghettoblaster dabei, tanzten zu Technomusik durch die Reihen und hielten Transparente hoch. Darauf stand: „Multikulti wegbassen“.

Weniger als eine Minute dauerte der Auftritt am 30. Oktober, dann führte ein Ordner die Störenfriede hinaus.

Seither sorgt ein Video von der Aktion für Aufsehen. Über 21 000-mal wurde auf YouTube der Clip der rechten Aktivisten abgerufen, die sich „Identitäre Bewegung Deutschland“ nennen. Auf Facebook gründeten sich mehr als 30 Ortsgruppen der zuvor kaum bekannten Truppe, von Stuttgart über Essen bis Ostfriesland.

Eine neue Generation von Rechtsradikalen versucht den Imagewandel – und kopiert dazu Methoden der linken Protestkultur. Neben den „Identitären“ beschäftigen auch Aktivisten, die sich die „Unsterblichen“ nennen, die Behörden. Das Vorgehen ist stets gleich: Die Akteure setzen sich weiße Masken auf, wie man sie vom Internetkollektiv „Anonymous“ kennt, halten Transparente hoch und marschieren in einem nächtlichen Fackelzug durch eine Stadt. Danach wird ein Kurzfilm ins Internet gestellt, unterlegt mit dramatischer Musik und rechten Parolen.

So wird aus einer kaum beachteten lokalen Aktion ein theatralischer Clip, der bundesweit Aufmerksamkeit erregen kann. Zunächst harmlos wirkende Kapuzenpullis und Technomusik treten an die Stelle der Springerstiefel- und Glatzen-Ästhetik früherer Neonazi-Generationen. Die Parolen aber sind oft dieselben.

„Das Gefährliche ist die symbolische Machtergreifung auf der Straße“, sagt Johannes Radke, der mit Toralf Staud über die „Neuen Nazis“ ein Buch geschrieben hat. „Die Nazis wollen damit signalisieren: Wir sind viele, wir sind militant, wir können immer und überall auftauchen.“

Vorreiter dieser neuen Aktionsform war die rechtsradikale „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“, die auch unter dem Namen „Die Unsterblichen“ auftrat und im vorigen Juni vom Brandenburger Innenministerium verboten wurde. Über 260 Beamte durchsuchten damals 27 Wohnungen, darunter auch die von Marcel F. aus Lübbenau. Der „seit Jahren aktive Neonationalsozialist“, so schrieb der Brandenburger Verfassungsschutz 2011, sei „zentraler Akteur und Ideengeber“ der Truppe gewesen.

Trotz des Brandenburger Verbots sowie Ermittlungsverfahren in anderen Bundesländern gab es seitdem immer wieder Fackelumzüge. Einige Dutzend haben die Behörden inzwischen gezählt: in Halberstadt in Sachsen-Anhalt und in Donaueschingen in Baden-Württemberg, in Rostock und Hamburg-Harburg.

Eine geschickte Kameraführung, die Wahl enger Gassen als Kulisse und nicht zuletzt ein trickreicher Schnitt erwecken oft den Eindruck, als marschierte ein ganzes Heer martialischer Fackelträger auf – in Wirklichkeit sind es meist nur 50 bis 100, manchmal sogar bloß 10 Teilnehmer. Im Internet aber kommen die Videos mitunter auf einige zehntausend Klicks, darunter finden sich begeisterte Kommentare.

Flashmob heißen solche spontanen, über Handy und Internet vorbereiteten Aktionen; in der Vergangenheit haben auf diese Weise unpolitische Spaßguerillas überraschende Auftritte in der Öffentlichkeit organisiert. Dieses Vorgehen haben nun Rechtsradikale für ihre Zwecke übernommen: Die Verabredung läuft meist heimlich über interne Verteiler und per SMS. Wenn sich ein Anhänger etwa bei Facebook verplappert, wird die Aktion abgesagt – so vermeiden die Rechten Proteste von Linken und Behördenverbote. Der Reiz des Konspirativen erhöht nebenbei noch den Erlebnischarakter.

Hinter den Masken stecken oft gewaltbereite Vertreter aus der rechten Szene. Auch in der „Identitären Bewegung“, einem in erster Linie virtuellen Bund, sollen Szene-Größen agieren. Das Logo – der stilisierte griechische Buchstabe Lambda in Schwarz auf gelbem Grund – und der Slogan „Wir sind die Guten“ haben in dem Milieu einen ähnlich hohen Wiedererkennungswert wie die weiße Maske der „Unsterblichen“.

Mitglieder der NPD und deren Jugendorganisation JN diskutieren bereits begeistert, wie man sich Image und Aktionsform stärker zunutze machen könnte. Die altbackenen Rechten betrachten die „Identitären“ und die „Unsterblichen“ mit Wohlwollen, weil es ihnen gelingt, ein besonders junges Publikum anzusprechen; auch jene, die zuvor wenig Bezug zu rechtsradikalem Gedankengut hatten. Winfriede Schreiber, die Chefin des Landesverfassungsschutzes Brandenburg, räumt ein: „Die Aktionsform hat sich längst verselbständigt.“

Die Haupt-Website der „Unsterblichen“ läuft auf ausländischen Servern. Erst im Januar haben die Betreiber das Portal überarbeitet und bieten Flyer zum Download an – mit konkreten Handlungsempfehlungen. Anna Groß von der Initiative no-nazi.net beobachtet die Web-Präsenz der „Unsterblichen“ mit Sorge: „Die Szene zeigt sich wieder aktionsorientierter und dadurch auch militanter.“ Auch wenn sie sich manchmal bewusst um ein harmloses Auftreten bemühe, um ihre wahre Gesinnung zu verschleiern.

Auf den ersten Blick sympathisch sollte wohl auch der Auftritt eines Menschen im Bärenkostüm wirken, der durch Hannover spaziert, auf ahnungslose Migranten zugeht, ihnen die Hand reicht und zum Abschied freundlich zuwinkt. Im Internet wurde die gefilmte Szene daraufhin mit fröhlicher Musik unterlegt, während ein perfider Text die fremdenfeindlichen Motive des „Abschiebärs“ schilderte.

Immerhin: Zwei Bärenkostüme wurden inzwischen beschlagnahmt, die Polizei leitete Ermittlungsverfahren gegen die mutmaßlichen Täter ein. Ihr Verein, die Neonazi-Gruppe „Besseres Hannover“, wurde verboten.

SARAH MÜHLBERGER

www.spiegel.de/testpaket

Jetzt Testpaket sichern:

10 x den SPIEGEL zum Vorzugspreis + Wunschgeschenk!



Bergmann-Uhr 1978 „Agent“

Armbanduhr mit besonderen Extras: separat aufklappbares Lupenglas mit 3facher Vergrößerung und Leuchte außen am Gehäuse. Mit schwarzem Zifferblatt, Qualitätsuhrwerk, Edelstahlboden und PU-Lederarmband mit Kroko-Prägung. Gehäuse-Ø: ca. 40,5 mm.

Halfar-CrossBag in Braun

Trendige Umhängetasche aus stabiler Lkw-Plane (in Schwarz matt) und Baumwolle. Hauptfach mit Kordelzug, großes Reißverschluss-Innenfach, Organizer-Elemente, längenverstellbarer Schultergurt und Überschlag mit Steckverschlüssen. Maße (B x H x T): ca. 38 x 33 x 9 cm.



B&F · Borken

Komplett für nur € 29,–
Über 30 % gespart!



Brüder Mannesmann Gartenscheren-Set, 2-tlg.

Dank Einhand-Sicherheitsverschluss und rutschfestem Kunststoffgriff sind Amboss- und Blumenschere besonders sicher und einfach zu handhaben. Mit rostfrei gehärteter Stahlklinge. Länge je Schere: ca. 19,5 cm.

Ihre Vorteile im Überblick:

- ☑ **10 x den SPIEGEL ohne Risiko testen**
- ☑ **Nur im Testpaket über 30 % sparen**
- ☑ **Wunschgeschenk sichern**
- ☑ **SPIEGEL und KulturSPIEGEL bequem frei Haus**



Digitalen SPIEGEL mitbestellen:

Der digitale SPIEGEL – nur € 0,50 pro Ausgabe für SPIEGEL-Leser

- ▶ Schon sonntags ab 8 Uhr
- ▶ Mit zusätzlichen Hintergrundberichten, Videos, interaktiven Grafiken u. v. m.
- ▶ Einfach kostenlose DER SPIEGEL-App installieren, einmal anmelden und auf jedem Gerät lesen
- ▶ Optimiert für Windows 8, Android, iPad/iPhone, Kindle und PC/Mac

Ja, ich möchte mein SPIEGEL-Testpaket!

Ich lese den SPIEGEL 10 Wochen zum Vorzugspreis von nur € 29,– statt € 42,– im Einzelkauf. Mein Geschenk erhalte ich direkt nach Zahlungseingang. Wenn ich mich nach Erhalt der 8. Ausgabe nicht melde, möchte ich den SPIEGEL weiterbeziehen, dann für zurzeit € 4,– statt € 4,20 pro Ausgabe im Einzelkauf. Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Ich kann jederzeit zum Monatsende kündigen. Das Angebot gilt nur in Deutschland.

Mein Wunschgeschenk:

☐ Bergmann-Uhr 1978 (3814) ☐ Gartenscheren-Set, 2-tlg. (3158) ☐ Halfar-CrossBag (3677)

☐ Frau
☐ Herr

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ | Ort | Geburtsdatum 1 9

Telefon (für eventuelle Rückfragen) | E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

Ich zahle bequem per Bankeinzug

BLZ | Konto-Nr.

Geldinstitut, Ort

☐ **Ja, ich möchte zusätzlich den digitalen SPIEGEL für nur € 0,50 pro Ausgabe beziehen.** SD13-507
Dieser Preis gilt nur in Verbindung mit Bezug des gedruckten SPIEGEL. Beziehe ich diesen nicht mehr, zahle ich für den digitalen SPIEGEL dann zurzeit € 3,80 statt € 4,– pro Ausgabe im Einzelkauf.

☐ **Ja, ich möchte auch von weiteren Vorteilen profitieren. Deshalb bin ich damit einverstanden, dass mich der SPIEGEL-Verlag, die manager magazin Verlagsgesellschaft oder die New Scientist Deutschland GmbH künftig per Telefon und/oder E-Mail über weitere interessante Medienangebote informiert.**

Wenn Sie künftig unsere Angebote nicht mehr erhalten möchten, können Sie bei uns der Verwendung Ihrer Daten widersprechen.

✗ SP13-030

Datum, Unterschrift

Einfach Coupon senden an:
DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg

Telefon 040 3007-2700
Aktionsnummer SP13-030

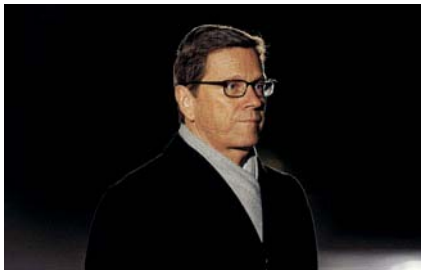
Fax 040 3007-857085
Einfach Coupon ausschneiden und faxen

ESSAY

Wir ewig Braven

Warum in Deutschland aus kleinen Verfehlungen große Skandale werden

Von Dirk Kurbjuweit



Polemiker Westerwelle



Ministerin Schavan



Plagiator Guttenberg



Skandal! Der FDP-Fraktionsvorsitzende Rainer Brüderle hat eine Riesendebatte über Sexismus ausgelöst, weil er einige anzügliche Worte gesagt und einen Blick auf einen Busen geworfen hat.

Skandal! Annette Schavan arbeitete bei ihrer Doktorarbeit nicht korrekt, hat aber als Bildungsministerin nach Ansicht vieler Repräsentanten der Wissenschaft einen guten Job gemacht.

Skandal! Kanzlerkandidat Peer Steinbrück verdiente nebenbei 1,25 Millionen Euro, das aber legal, und er hat das Geld korrekt versteuert.

Skandal! Der damalige Bundespräsident Horst Köhler empörte halb Deutschland, weil er auf einer Afghanistan-Reise sagte, dass die Bundeswehr auch ökonomische Interessen vertrete, das aber stand so ähnlich auch in einem Papier des Verteidigungsministeriums.

Skandal! Bundespräsident Christian Wulff verlor sein Amt, weil ihm unterstellt wurde, er könne korrumpierbar sein, aber dabei geht es letzten Endes nur um 400 Euro.

Wer sich die bundespolitischen Skandalfälle der ablaufenden Legislaturperiode anschaut, findet eine Substanz, die recht mickrig wirkt. Das gilt auch für das Wort von der „spätrömischen Dekadenz“, mit dem der Abstieg des damaligen FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle begann. Es gilt sogar für den Rücktritt von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, der bei seiner Doktorarbeit getäuscht hatte. Im Ausland war man amüsiert und verwundert, dass sich die Deutschen wegen solcher Dinge empören. Entweder sind sie ungeheuer kleinlich oder so verwöhnt, dass sie schon minimale Fehltritte aufgreifen müssen, um sich einmal in Rage bringen zu können.

Andere haben Wilderes zu bieten. Der österreichische Ex-Minister Ernst Strasser wurde kürzlich vorläufig wegen Bestechlichkeit zu vier Jahren Haft verurteilt. Der Franzose Dominique Strauss-Kahn, einst Aspirant für die Präsidentschaft, geriet in den Verdacht, ein Zimmermädchen zum Oralsex genötigt zu haben. Der frühere italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi ist des Amtsmissbrauchs und der Beihilfe zur Prostitution Minderjähriger angeklagt. Wegen Steuerhinterziehung drohen ihm vier Jahre Gefängnis.

Deutschland wirkt dagegen wie ein Idyll für Spielzeugeisenbahnen. Aber ruhig ist es deshalb nicht. Auch hier folgt ein Skandal dem anderen, jedenfalls in der öffentlichen Wahrnehmung. Über die genannten Fälle haben alle politischen Medien ausführlich berichtet, haben die Details zusammengetragen, spitze Schlagzeilen gefunden und schmissig kommentiert. Der SPIEGEL hat zu Westerwelle, Guttenberg, Wulff und Steinbrück Titelgeschichten gemacht. Die Bürger zeigten sich von alldem beeindruckt, die betroffenen Politiker rutschten in den Umfragen ab. Wegen so wenig?

Ein Land spiegelt sich in seinen politischen Skandalen. In der Empörung zeigt sich der Charakter, zeigen sich Gemüt und Verhältnisse einer Nation. Genauso in der Nicht-Empörung, in dem, was eine Öffentlichkeit ihren Politikern durchgehen lässt. Der italienische Psychoanalytiker Sergio Benvenuto hat im Jahr 2010 in „Lettre International“ über Italien geschrieben, Berlusconi mache Politik für die Sportsbar, für „das Reich der *political incorrectness*“, wo es derbe zugeht, wo man Politiker hasst, es sei denn, sie sind so unpolitisch wie Berlusconi. Damit erklärte Benvenuto, warum der sich trotz der deftigen Skandale so lange halten konnte.

Die Sportsbar ist sicherlich nicht der Ort, für den in Deutschland Politik gemacht wird. Trotz der Fußballbegeisterung ist dieses Milieu nicht stilbildend und nicht politisch einflussreich. Deutschlands Zentrum ist der Bio-Supermarkt, wo Frauen und Männer mit ihren Einkäufen an einer besseren Welt arbeiten. Hier herrschen die Prinzipien Verantwortlichkeit, Empfindsamkeit, Korrektheit. Dies ist eine saubere Welt, keine verruchte wie die Sportsbar. Für das, was ein politischer Skandal ist, hat der Bio-Supermarkt eine weit niedrigere Schwelle.

Wo liegen die Empfindlichkeiten? In den Fällen Schavan (CDU) und Guttenberg (CSU) geht es um Rechtschaffenheit. Die Politiker sollen nicht lügen, sie sollen nicht Titel tragen, die sie nicht verdient haben. Sie sollen auch nicht ihren eigenen Worten zuwiderhandeln. Guttenberg und Schavan sind mit einem hohen moralischen Anspruch angetreten.

Horst Köhlers Worte konnten skandalisiert werden, weil es in der Bundesrepublik eine hohe Sensibilität in Kriegsfragen gibt. Nach den beiden Weltkriegen, die von Deutschen entfesselt wurden, will diese Nation mit Kampfeinsätzen nichts mehr zu tun haben. Wenn es dann noch um Wirtschaftsinteressen gehen soll, ist das absolut unerträglich, weil die Deutschen

TIMUR EMEK / DAPD; MICHAEL GOTTSCHALK / DAPD; TIM WEGNER / LAIF; CLEMENS BILAN / DAPD; LENNART PREISS / DAPD (V.L.N.R.)

Krieg allenfalls aushalten, wenn er moralisch einwandfreien Zwecken dient, Menschenrechten oder Demokratieförderung. Wirtschaftsinteressen sind der Wirtschaftsnation Deutschland suspekt. In Skandalen enthüllt sich häufig auch Doppelmoral.

Bei Wulff (CDU) und Steinbrück (SPD) geht es um Geld und den Verdacht, Politiker könnten sich einen Lebensstil gönnen, der sie von der breiten Masse entfernt, was gerade für einen Sozialdemokraten ein Problem ist. Wulff steht zusätzlich unter dem Verdacht, korrupt gehandelt zu haben. Deutschland sieht sich gern als ein sauberes Land, in dem die Dinge gut funktionieren, weil nicht geschmiert wird. Deutschland sieht sich auch gern als ein halbwegs egalitäres Land, in dem Reichtum verpönt ist. Soziale Empfindlichkeit wurde auch Guido Westerwelle zum Verhängnis. Er fiel in Ungnade, weil er polemisch war. Sein Wort von der „spätrömischen Dekadenz“ stellte er in einen Zusammenhang mit Hartz IV und „anstrengungslosem Wohlstand“.



Schnäppchenjäger Wulff



Ex-Präsident Köhler

Das zusammen ergibt das Bild von einer Nation, die korrekt sein will, mit Geld, mit Krieg, mit Biografien, die sozialen Zusammenhalt schätzt und keinen wütenden Streit will. Korrektheit, Friedlichkeit und Konsens zeigen sich in den Skandalen als Leitprinzipien. Was nicht überraschen kann, was aber alle enttäuschen dürfte, die hoffen, Deutschland könne allmählich ein lässigeres Land werden. Wir sind die ewig Braven.

Oder sind das alles nur die Medien, die Nichtigkeiten aufbauschen und Skandale simulieren, wo es keine wahren Skandale gibt? Das ist ein häufiger Vorwurf gegen Journalisten. Nicht das Geschehen bringe das Land in Aufwallung, sondern dessen professionelle Bearbeitung. Der Skandal als Mittel der Verkaufsförderung.

Richtig ist, dass der kleine Skandal in Deutschland großen Raum finden kann. Das liegt zum einen daran, dass die wichtigen politischen Fragen hierzulande nicht polarisieren. Über die europäische Krisenpolitik, die Energiewende und die Auslandseinsätze der Bundeswehr herrscht weitgehend Konsens der staatstragenden Parteien CDU, CSU, SPD, Grüne und FDP. Zum anderen passieren in der Bundespolitik kaum schwerwiegende politische Skandale. Der letzte war Helmut Kohls Spendenaffäre, die im Jahr 1999 erste Schlagzeilen machte. Würde Finanzminister Wolfgang Schäuble dabei erwischt, dass er Steuern hinterzieht, wären Steinbrücks Nebenverdienste oder Schavans Doktorarbeit Stoff für hintere Seiten. Aber so ist das nicht, und das kann man ja nicht beklagen.

Es gibt eine Lust an der Zuspitzung in den Medien, das ist nicht zu leugnen. Es darf dabei nicht zu Verfälschungen oder Diffamierungen kommen, aber eine Schlagzeile oder ein Titelblatt kann nicht allen Aspekten gerecht werden. Ein ausgewogener Kommentar lässt den Leser oft ratlos. Und Jagdfieber bei der Recherche ist geradezu ein konstituierendes Element der Demokratie. Die Fakten müssen an die Öffentlichkeit, damit sich die Bürger ihre Meinung bilden können. Auch deutsche Journalisten gehören zur Welt des Bio-Supermarkts. Sie sind Geschöpfe einer Welt, die auf Korrektheit getrimmt ist, und sie befördern diese Korrektheit in ihren Berichten. Sie sind eben Deutsche. Dann müssen sie selbst auch korrekt handeln, das ist unerlässlich.

Diese Empfindsamkeit kann natürlich lächerlich wirken oder kleinlich, aber im besten Fall dient sie der Prävention, dient sie der Bestätigung von Standards, die dieses Land zu einem der reichsten und bestfunktionierenden der Welt gemacht haben. In der Aufwallung gegenüber dem Kleinen liegt auch die Angst vor dem Großen, sie ist ein Frühwarnsystem. Italienischen Verhältnissen wäre das deutsche Gemüt nicht gewachsen, also sind so viele darauf bedacht, sie nicht einreißen zu lassen. Der Bio-Supermarkt ist auch ein nervöser Ort: Hoffentlich passiert nichts Schlimmes mit der Welt und schon gar nicht mit diesem schönen Land.

Ohne Frage liegt in der überscharfen Korrektheit auch eine Biederkeit, Betulichkeit. Das ist nicht unbedingt anziehend, und auch hierzulande gibt es eine große Sehnsucht nach Italien und manchmal auch nach der Wildheit, aber in der Not wäre man dann doch lieber der deutschen Justiz ausgesetzt oder dem deutschen Gesundheitssystem. Man will Sicherheit, Berechenbarkeit.

Was Sex angeht, gibt es bislang keinen deutschen Berlusconi und keinen deutschen Strauss-Kahn. Es geht hierzulande nicht schillernd zu, und über „normale“ außereheliche Affären wird selten berichtet, obwohl es sie natürlich gibt in der deutschen Politik. Aber sie sind für die Medien nur selten ein Thema, ganz anders als in den USA, wo Ehebruch eines der großen Skandalthemen ist. Entweder interessieren sich die Deutschen nicht besonders für Sex, oder sie sind in dieser Frage entspannt, also liberal oder sogar lässig. Dafür spricht, dass Horst Seehofer bayerischer Ministerpräsident und Vorsitzender der CSU werden konnte, obwohl er ein uneheliches Kind hat.

Anders ist es beim Thema Sexismus, wie man jetzt anhand der Debatte um Brüderle sieht. Die Deutschen erweisen sich hier als empfindlich, und das zu Recht. Auch wenn der Anlass klein wirkt, so stehen doch große Fragen dahinter: die Chancengleichheit von Frauen, das Recht auf Würde für alle in jeder Situation. Die Skandal-Empfindlichkeit ist auch ein Seismograf für unterschwelliges Unbehagen in einer Gesellschaft.

> In der Empörung zeigt sich der Charakter, zeigen sich Gemüt und Verhältnisse einer Nation.

Das Erstaunliche ist, dass manche Politiker ihre Deutschen so wenig kennen, dass sie nicht verstehen, was sie ihnen zumuten können und was nicht. Nachdem die Republik von seinen Nebenverdiensten erfahren hatte, führte sich Peer Steinbrück zunächst so auf, als hätte er es mit einer Sportsbar zu tun und nicht mit einem Bio-Supermarkt sozialdemokratischer Ausrichtung. Er verteidigte sich polternd, bis die Umfragewerte schlecht waren und er Einsicht zeigte. Brüderle hat das immer noch nicht geschafft und macht sich damit vollends unmöglich.

Auch wenn die Verfehlungen deutscher Politiker in manchen Ländern lässlich wirken würden, so stellen sie nach hiesigen Maßstäben die Eignung eines Politikers für sein Amt in Frage. Verdrucksheit oder Arroganz sind keine angemessenen Reaktionen. So dienen die Skandale, auch wenn ihre Substanz gering ist, der Auslese. In der Krise zeigt sich, wer sich für ein hohes Amt eignet und wer nicht. Wulff nicht, Brüderle auch nicht. Schavan sollte zurücktreten, weil ihre Glaubwürdigkeit zerstört ist.

Dass die Standards in Deutschland so hoch sind, ist kein Grund, sich besser zu fühlen. Sie sind Ausdruck einer Notwendigkeit. In der Sportsbar geht es sicherlich oft lustiger zu als im Bio-Supermarkt, aber die Deutschen müssen vor allem korrekt sein, um sich aushalten zu können. ◆

JUSTIZ

Vorbild Madeleine

Opfer sexueller Gewalt durften in Deutschland bislang nur mit bescheidenen Entschädigungen rechnen – ein Wuppertaler Urteil könnte das nun ändern.

Hartnäckig verfolgten die Täter die schöne junge Frau mit Übergriffen. 86-mal schlugen sie zu. „Rücksichtslos“, so bestätigte später das Hamburger Oberlandesgericht der Wehrlosen, hätten sich die Beschuldigten über sie hergemacht.

Das Schmerzensgeld, das der Hamburger Anwalt Matthias Prinz zugunsten des Opfers nach langem Prozess im Januar 2011 erstritt, brach alle Rekorde: 400 000 Euro. Es war die Wiedergutmachung für die Seelenqualen einer Prinzessin. Madeleine von Schweden, 30, die jüngste Tochter von König Carl Gustaf und Königin Silvia, bekam Genugtuung von der deutschen Justiz für 86 unangemessene Intimberichte in der „Welt der Frau“ und der „Frau mit Herz“.

Prinzessin müsste man sein.

Seit vergangenem Dienstag dürfen auch mit Prominenz und Reichtum ungleich schlechter bedachte junge Frauen in Deutschland hoffen, im schlimmsten Falle von fürstlichen Tarifen im deutschen Rechtswesen profitieren zu können. Das Landgericht in Wuppertal verurteilte einen Vergewaltiger, der sein Opfer tagelang gefangen gehalten und brutal gequält hatte, der schwer geschädigten Frau 100 000 Euro Schmerzensgeld zu zahlen.

Der Vorsitzende Richter Siegfried Mielke machte den Fall der schwedischen Prinzessin ausdrücklich zum Maß seiner Entscheidung: „Ein Mitglied eines Königshauses“ habe wegen unzulässiger Presseberichte 400 000 Euro bekommen. Da sei es „unangemessen“, was Frauen in Deutschland üblicherweise als Kompensation bei ungleich schlimmeren Übergriffen erwarten dürften.

Der Wuppertaler Spruch könnte tatsächlich eine Wende im Recht der Wiedergutmachung für Verbrechensopfer bringen. Denn der Preis von 100 000 Euro für die schwerverletzte Psyche einer jungen Frau ist eine spektakuläre Entscheidung. Opferentschädigung wird in Deutschland bislang eher in kleiner Münze betrieben, selbst wenn es um den Wert der sexuellen Selbstbestimmung geht.

Das mussten zuletzt die Opfer der lange verheimlichten Übergriffe von katholischen Priestern und anderen Kirchenmännern erfahren. Hunderte Männer und Frauen, die in ihrer Kindheit in kirchlichen Einrichtungen sexuell missbraucht worden sind, haben die Seelenqualen von einst häufig auch als Erwachsene nicht überwunden.

Doch als Wiedergutmachung hat die Kirche sich bislang nur zu Zahlungen von bis zu 5000 Euro bereitgefunden, in seltenen Fällen auch mehr. Ein Betroffener, Wilfried Fesselmann aus Gelsenkirchen, begehrte auf: Er verlangte 900 000 Euro – etwa so viel Geld, wie der Kaplan, der ihn einst zum Sex gezwungen hat, in 15 Jahren an Gehalt bekommen haben soll.

Sobald es nicht um Handfestes wie Ersatz von Arztkosten, Verbandmaterial oder Verdienstausfall geht, sind Gerichte engherzig. So gilt es unter deutschen Juristen traditionell als unmoralisch, innere Werte wie seelische Integrität, Ehre und psychische Unversehrtheit in klingende Münze umzurechnen. Die entsprechenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs wurden bislang restriktiv und ohne einheitlichen Maßstab angewendet. Nur die Sorge um das Gemüt ausländischer Prinzessinnen – ob in Schweden oder Monaco –, ließ deutschen Richtern bislang das Herz aufgehen.

Unter Bürgerlichen wird der Preis immateriellen Schadens üblicherweise vom Gericht aus Tabellen abgelesen, die von fleißigen Anwälten oder Richtern zusammengestellt werden und die bislang vor Gerichten übliche Tarife widerspiegeln. Der immaterielle Wert eines verlorenen Fingers wird mit 1500 Euro angegeben, ein Bein kann 45 000 Euro kosten, bei einer Querschnittslähmung können 500 000 Euro fällig werden.

Der Kurs für schwere Verletzungen der sexuellen Selbstbestimmung etwa durch eine Vergewaltigung lag bislang selten über 20 000 Euro. Besonders großzügig galt da schon die Gabe jenes ehemaligen Essener SPD-Ratsherrn, der 2011 wegen Vergewaltigung einer Freundin zu zwei Jahren Haft mit Bewährung verurteilt wurde. Das milde Urteil wurde auch damit begründet, dass der Mann als Entschuldigung dem Opfer 50 000 Euro überwiesen hatte.

Gemessen an Tarifen, die in den Vereinigten Staaten zum Ausgleich für Gewaltverbrechen zuerkannt werden, sind das Peanuts. Dennoch gewinnt eine Lobby an Einfluss, die noch weit mehr will.

US-Rechtspolitiker fordern die Berücksichtigung von Opferrechten und Entschädigungen bereits bei den polizeilichen Ermittlungen und im Strafprozess. Die Gesetze sollen demnach so ausgestaltet werden, dass die Strafgerichte mit dem Urteil auch gleich Schmerzensgelder festsetzen können, ohne dass die Opfer Zivilverfahren anstrengen müssen. „Parallel Justice“ heißt das Konzept, das Rechtswissenschaftler wie der niedersächsische Kriminologe Christian Pfeiffer nun hierzulande populär machen wollen. Das Urteil von Wuppertal, so Pfeiffer, sei „eine Ermutigung, die Diskussion auch in Deutschland voranzutreiben“.

THOMAS DARNSTÄDT

Vor Gericht erstrittenes Schmerzensgeld

Eine Auswahl von Urteilen

Quelle: Hacks / Wellner / Häcker: „Schmerzensgeldbeträge 2012“

20 000 €
Sexueller Missbrauch eines Minderjährigen
Der Fußballtrainer eines Jungen in der C-Jugend missbraucht das ihm anvertraute Kind sexuell.
LG Darmstadt, 2006

5000 €
Schwere Verletzung des Persönlichkeitsrechts
Zeitungsartikel stellt Beamten als faule „Lachnummer“ dar und macht ihn im Kollegen- und Bekanntenkreis lächerlich.
OLG Frankfurt/Main, 1993

2500 €
Psychische Beeinträchtigung durch anonyme Telefonanrufe
Bäckereibesitzerin wird rund sechs Wochen lang von ehemaliger Mitarbeiterin terrorisiert.
AG Ludwigshafen / Rhein, 1998

5000 €
Depressionen und Angstzustände nach Erpressung
Eine Frau gibt ein Jahr lang ihre gesamten Einkünfte an eine Erpresserin und verrichtet Arbeiten in deren Haushalt, um die Veröffentlichung intimer Briefe zu verhindern.
LG Trier, 2001

20 000 €
Mehrfacher sexueller Missbrauch an einem achtjährigen Mädchen über einen Zeitraum von zwei Jahren
Schwere psychische und physische Störungen bei dem Kind, dessen Schweigen der Täter unter anderem mit der Drohung erpresst, die Mutter zu töten.
LG Köln, 2004

Exklusiv für Studenten:

12 x den SPIEGEL zum Vorzugspreis + Wunschgeschenk!



Kopfhörer „Hurricane“

Komfortabler On-Ear-Kopfhörer in klassischem Design mit erstklassigem Sound. Verstellbare Überkopfbügel aus PVC und Aluminium, gepolsterte Ohrhörer und Halterungen aus ABS-Kunststoff.

Komplett für nur € 19,90
Über 60 % gespart!



B&F - Borken

Beurer-Küchenwaage

Klein, handlich und stilvoll. Mit einer Wiegefläche aus gebürstetem Edelstahl, gut lesbarer LCD-Anzeige, rutschfesten Gummifüßen, Tara-Zuwiegefunktion und Abschaltautomatik. Für Mengen bis 3 kg. Maßeinheiten: Gramm und Unzen. Inkl. Batterie. Maße (B x H x T): ca. 11,5 x 2,7 x 17 cm.



Black & Decker Stabschrauber-Set

Praktisches Batterie-Stabschrauber-Set von Black & Decker mit handlichem, leistungsstarkem Stabschrauber und 14 Schrauberbits für die gängigsten Schrauben, z. B. PZ, PH, Schlitz, Torx und Vierkant. Inkl. 4 Batterien.

Ihre Vorteile im Überblick:

- ☑ **12 x den SPIEGEL ohne Risiko testen und über 60 % sparen**
- ☑ **Wunschgeschenk sichern**
- ☑ **UniSPIEGEL und KulturSPIEGEL gratis**

+ 12 x den digitalen SPIEGEL gratis



- ▶ Schon sonntags ab 8 Uhr
- ▶ Mit zusätzlichen Hintergrundberichten, Videos, interaktiven Grafiken u. v. m.
- ▶ Einfach kostenlose DER SPIEGEL-App installieren, einmal anmelden und auf jedem Gerät lesen
- ▶ Optimiert für Windows 8, Android, iPad/iPhone, Kindle und PC/Mac

Ja, ich bin Student und möchte mein SPIEGEL-Sparpaket!

Ich lese den SPIEGEL 12 Wochen zum Vorzugspreis von nur € 19,90 statt € 50,40 im Einzelkauf. Mein Geschenk erhalte ich direkt nach Zahlungseingang. Wenn ich mich nach Erhalt der 10. Ausgabe nicht melde, möchte ich den SPIEGEL weiterbeziehen, dann für zurzeit € 2,95 statt € 4,20 pro Ausgabe im Einzelkauf. Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Ich kann jederzeit zum Monatsende kündigen. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Eine Kopie meiner aktuellen Studienbescheinigung ist erforderlich und wird noch vom Verlag abgefordert.

Mein Wunschgeschenk:

☐ Kopfhörer „Hurricane“ (4134) ☐ Black & Decker Stabschrauber-Set (3127) ☐ Beurer-Küchenwaage (3694)

☐ Frau
☐ Herr
Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ | Ort | Geburtsdatum 1 9

Telefon (für eventuelle Rückfragen) | E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

Ich zahle bequem per Bankeinzug | BLZ | Konto-Nr.

Geldinstitut, Ort

☐ **Ja, ich möchte auch von weiteren Vorteilen profitieren. Deshalb bin ich damit einverstanden, dass mich der SPIEGEL-Verlag, die manager magazin Verlagsgesellschaft oder die New Scientist Deutschland GmbH künftig per Telefon und/oder E-Mail über weitere interessante Medienangebote informiert.**

Wenn Sie künftig unsere Angebote nicht mehr erhalten möchten, können Sie bei uns der Verwendung Ihrer Daten widersprechen.

Datum, Unterschrift ✗ SP13-028

Einfach Coupon senden an:
DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg

Telefon 040 3007-2700
Aktionsnummer SP13-028

Fax 040 3007-857085
Einfach Coupon ausschneiden und faxen

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Extreme Verzerrung“

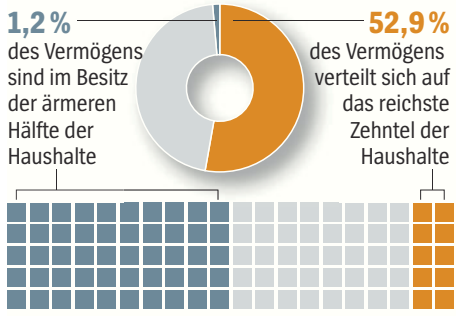
Der Historiker Hans-Ulrich Wehler hält das Auseinanderdriften von Arm und Reich für die gefährlichste Herausforderung, vor der Deutschland steht.

Wehler, 81, gilt spätestens seit seiner „Deutschen Gesellschaftsgeschichte“ als Doyen der deutschen Historiker. In dem fünfbändigen Werk untersuchte er die Jahre 1700 bis zur Wiedervereinigung 1990. Doch was ist charakteristisch für die Ära seither? Ungleichheit in allen Schattierungen, diagnostiziert Wehler in seinem neuen Buch.*
Die schlimmste ist nach Meinung des emeritierten Bielefelder Historikers das seiner Ansicht nach dramatische Auseinanderdriften von Arm und Reich in der Bundesrepublik: „Die Verteilungsgerechtigkeit ist verlorengegangen.“ Wirklich?

SPIEGEL: Herr Wehler, Deutschland geht es wirtschaftlich so gut wie selten zuvor. Da überrascht es, wenn Sie dem Land plötzlich wachsende „soziale Ungleichheit“ unterstellen.
Wehler: Das eine schließt das andere ja nicht aus. Seit Ende der neunziger Jahre hat sich vor allem die Einkommens- und Vermögensverteilung krass verändert. Eine sehr kleine deutsche Oberschicht koppelt sich vom Rest völlig ab. Die dadurch entstehenden Verteilungsprobleme werden bislang allenfalls abgepuffert durch den Umstand, dass wir nun mal das fünftreichste Land der Erde sind. Wer in Not gerät, trifft auf einen perfektionierten Sozialstaat.
SPIEGEL: Im Entwurf des aktuellen Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung heißt es: „Die vorliegenden Daten belegen eine positive Entwicklung der Lebenslagen in Deutschland.“
Wehler: Die Fakten des Berichts sind unumstößlich. Dennoch versucht die Regierung, mit solchen Phrasen die interpretatorische Oberhoheit zurückzugewinnen. Ein schönes Beispiel für die Verlogenheit der Politik. Getäuscht wird am Ende der mündige Staatsbürger, dem man eine ehrliche Debatte offenbar nicht zumuten möchte.
SPIEGEL: Es ist ja unbestritten, dass die Reichen des Landes immer reicher werden, schon weil Arbeit viel stärker besteuert wird als Kapital. Das heißt aber doch nicht, dass die Armen ärmer werden.
Wehler: Immerhin stagnieren seit rund zehn Jahren die Reallöhne …
SPIEGEL: … was unsere globale Wettbewerbsfähigkeit eher erhöht hat – loben viele Fachleute im In- und Ausland.
Wehler: Das ist richtig und wurde von den Gewerkschaften ja auch lange mitgetragen. Ich frage mich aber: Wie lange kann das gutgehen, diese extreme Verzerrung nach oben, ohne dass es politisch gefährlich wird? In den Jahren seit 1992 haben sich die Privatvermögen zwar auf knapp zehn Billionen Euro fast verdoppelt. Aber eine steigende Zahl von Bundesbürgern hat gar keine Ersparnisse mehr. Das meiste Geld kommt bei den ohnehin schon Reichen an. Die Oetkers hier in Bielefeld zum Beispiel verfügen mittlerweile über viele Milliarden Euro privater Mittel. Das sprengt jedes Vorstellungsvermögen, auch wenn ich deshalb nicht dazu aufrufe, die Villen zu stürmen.
SPIEGEL: Sie warnen vor „einem der dramatischsten Vorgänge der modernen Zeitgeschichte“. Geht’s nicht eine Nummer kleiner? Deutschland hat heute nur noch rund drei Millionen Arbeitslose, gilt als ökonomisches Vorbild und Konjunkturlokomotive ganz Europas …
Wehler: … und macht nun leider eine ähnliche Entwicklung durch, wie sie in den USA oder Großbritannien schon zu sozialen Exzessen geführt hat – dort früh befeuert von der neoliberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik eines Ronald Reagan oder einer Margaret Thatcher.
SPIEGEL: In London oder Paris brannten bereits die Vorstädte. Im Vergleich dazu hält sich das revolutionäre Potential in der Bundesrepublik doch wirklich in Grenzen.
Wehler: Das deutsche Wirtschaftswunder hat in der Nachkriegszeit einen sehr stabilen Sockel von generellem Wohlstand geschaffen, der weiter wuchs. Die Leute gewöhnten sich an lange Jahre relativ konstanten Wachstums. Trotz des jetzt wachsenden Unmuts ist es da zunächst schwer, eine echte Protesthaltung auszulösen. Mir wäre schon lieb, wenn der Ärger deutlicher artikuliert und debattiert würde.
SPIEGEL: Die obersten 10 Prozent der hiesigen Bestverdiener zahlen rund 50 Prozent der Einkommensteuer, die untere Hälfte weniger als 5. Das ist doch gelungene Umverteilung …
Wehler: … und darüber hinaus schafft es die Finanzelite sogar, 180 Milliarden Euro in die Schweiz zu schaffen. Diese Steuerhinterziehung dürfen Sie nicht vergessen! Das Statistische Bundesamt kann über Vermögen jenseits von zwei Millionen Euro kaum noch Angaben machen, weil es schlicht zu wenig Daten dazu erhält. Das ist doch absurd.
SPIEGEL: Viele Einkommensmillionäre müssen heute aber mit weit mehr Transparenz leben, etwa die Chefs der im Deutschen Aktienindex Dax gelisteten Konzerne, die nun regelmäßig ihre Gehälter veröffentlichen – und sich auch dafür rechtfertigen müssen.
Wehler: Zu Zeiten der Wiedervereinigung verdienten die Vorstände der 30 Dax-Konzerne im Schnitt umgerechnet rund

Wer hat wie viel?

Verteilung des Nettovermögens in Deutschland, 2008

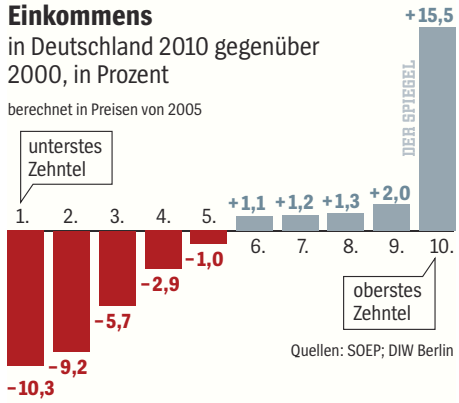


Quellen: EVS 2008; Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts

Veränderung des verfügbaren Einkommens

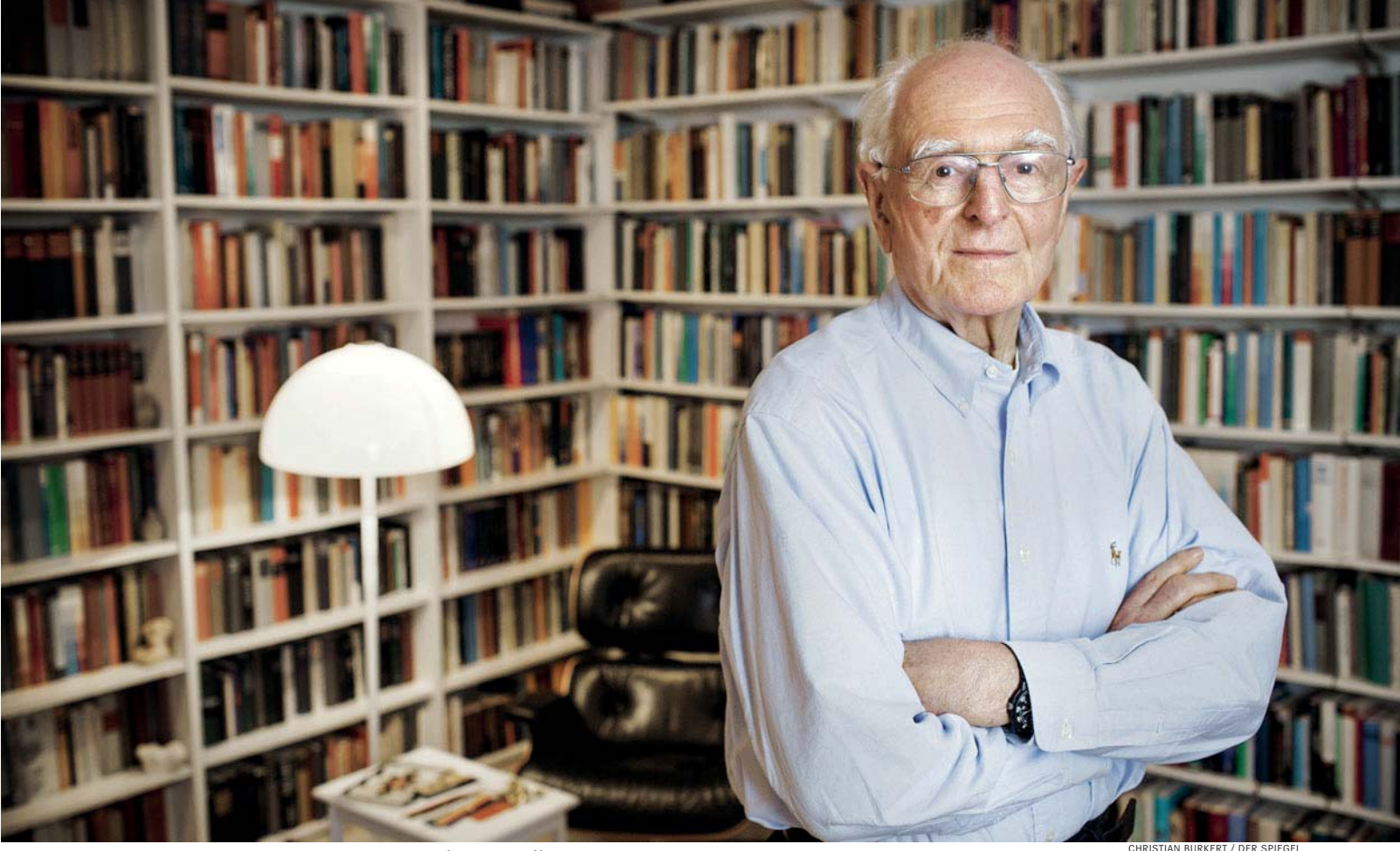
in Deutschland 2010 gegenüber 2000, in Prozent

berechnet in Preisen von 2005



Quellen: SOEP; DIW Berlin

* Hans-Ulrich Wehler: „Die neue Umverteilung: Soziale Ungleichheit in Deutschland“. Verlag C. H. Beck, München; 192 Seiten; 14,95 Euro.
Das Gespräch führte der Redakteur Thomas Tuma.



Wissenschaftler Wehler: *„Das sprengt jedes Vorstellungsvermögen“*

CHRISTIAN BURKERT / DER SPIEGEL

500 000 Euro, und keiner jammerte, er müsse verhungern. 2010 erhielten sie im Schnitt 2,7 Millionen Euro – inklusive Aktienoptionen, Boni und versteckter Pensionszusagen, die der SPIEGEL vor einiger Zeit ja ausgegraben hat. Solche obszönen Steigerungen zeigen, dass dieser bisweilen grenzenlos habgierige Turbokapitalismus jede Relation verloren hat.

SPIEGEL: Es gibt eine statistische Größe, die gesellschaftliche Ungleichheiten misst, den sogenannten Gini-Koeffizienten. Der Wert eins definiert totale Ungleichheit, null ist völlige Gleichheit. Deutschland schneidet in puncto Einkommensungleichheit mit 0,3 besser ab als etwa Großbritannien, Japan, die USA oder Italien.

Wehler: Ich bin ja kein fanatischer Kritiker der Bundesrepublik und sehe diese Verwerfungen in anderen Ländern durchaus. Dennoch finde ich es überraschend, wie geduldig, ja phlegmatisch die Bundesbürger bislang damit umgehen, dass sich auch hier die Schere weiter öffnet, zumal das Thema Ungleichheit ja nicht nur Geldfragen betrifft.

SPIEGEL: In Ihrem Buch kritisieren Sie auch eine sich immer stärker abschottende Wirtschaftselite. Lassen Sie da nicht wiederum außer Acht, dass in der Internetära heute viele junge Leute deutlich schneller zu Geld und Einfluss kommen können?

Wehler: Das Internet hat etwas aufgebrochen, richtig. Allerdings hat das wenig Einfluss auf die klassische Wirtschaftselite. Juristenkinder studieren Jura, Medizinersprösslinge Medizin. Bildung ist für eine Karriere zwar Voraussetzung, lässt sich aber dazukaufen mit Nachhilfe, Auslandsaufenthalten und teuren Top-Unis. Es geht vielmehr um einen klassenspezifischen Habitus aus Elternhaus, Umgangsformen, Freundeskreis und der daraus resultierenden Souveränität, die man sich als Unterschichtenaufsteiger kaum aneignen kann.

SPIEGEL: So hat es schon der französische Soziologe Pierre Bourdieu erklärt. Aber selbst große Konzerne sind doch heute offen: EADS-Chef Tom Enders ist Sohn eines Schäfers, René Obermann wuchs in einfachen Verhältnissen bei seinen Großeltern auf, BMW-Chef Norbert Reithofer? Metzgersohn wie auch Adidas-Chef Herbert Hainer …

Wehler: Ich gönne jedem von denen seinen Aufstieg, der angesichts ihrer Herkunft viel mühsamer gewesen ist. Aber sie bleiben doch Ausnahmen.

SPIEGEL: In Westdeutschland dürften mehr Akademiker der Arbeiterklasse entstammen als in der Spätphase des selbsternannten Arbeiter-und-Bauern-Staates DDR …

Wehler: … was vielleicht mehr über die DDR verrät als über die Bundesrepublik.

SPIEGEL: Für eine viel schwierigere Parallelgesellschaft als die Superreichen halten Sie offenbar die in Deutschland lebenden Türken. Sind ausgerechnet Sie als alter Linker eine Art Sarrazin ohne dessen alberne Genetikthesen?

Wehler: Nein, aber ich bin ihm damals beigesprungen, weil sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ viele Fehlentwicklungen richtig beschreibt. Die Türken sind hier, um für sich zu bleiben. Im Gegensatz zu vielen Spaniern, Griechen oder Italienern, die als Gastarbeiter kamen und ihre Kinder bald auf weiterführende Schulen schickten, sind die Türken erstaunlich resistent geblieben gegen jede Form von Aufstiegsdenken oder Weiterbildungsangeboten.

SPIEGEL: Sie pauschalisieren.

Wehler: Ich sag’s mal krass: 95 Prozent der ungesteuert eingewanderten Türken waren anatolische Analphabeten, für die hier auch nur Jobs bei der Müllabfuhr blieben. Manche deutsche Stadtviertel sind längst homogene türkische Kleinstädte geworden – nicht nur in Berlin. Türkische Studenten finden Sie leider weiterhin sehr selten.

SPIEGEL: Da kann auch der Staat versagt haben …

Wehler: … aber anders, als Sie denken: Der Staat hätte schon bei der Aufnahme viel selektiver vorgehen müssen. Nun sind sie da, das müssen wir als Staatsbürger akzeptieren. Aber die Türken werden immer extrem unterstützungsbedürftig bleiben. Kanada zum Beispiel nimmt auch viele Einwanderer auf, lässt sich deren Qualifikation aber vorher belegen.

SPIEGEL: Die SPD will Ihr Thema, die soziale Gerechtigkeit und Ungleichheit, nun zum Wahlkampfhit machen.

Wehler: Das habe ich Peer Steinbrück jedenfalls dringend geraten.
SPIEGEL: Und ausgerechnet dem soll man dieses Sujet abnehmen?
Wehler: Sein Start ist misslungen. Ich fürchte mittlerweile, dass er die schiere Summe an Fehlern nicht mehr wettmachen kann, auch wenn ihn seine Partei nun trimmen wird auf Menschlichkeit, Gerechtigkeit und so weiter. Ob Steinbrück das noch glaubwürdig vermitteln kann, weiß ich nicht.
SPIEGEL: Steinbrücks SPD steht auch für die Agenda 2010 und damit für die Hartz-Gesetze. Sie hat zudem tatkräftig mitgeholfen, die Finanzmärkte zu deregulieren, denen wir die von Ihnen beklagten Arm-Reich-Exzesse mitverdanken.
Wehler: Steinbrück hat sich auch als guter Krisenmanager erwiesen. Aber es ist eine anthropologische Konstante, dass sich Menschen Regeln geben, wenn sie auf Dauer miteinander klarkommen wollen. Wenn man eine kampferfüllte Arena wie den von Turbokapitalisten dominierten Markt von Regeln befreit – und nichts anderes war ja die Deregulierung unter Rot-Grün –, dann kann das nicht gutgehen.
SPIEGEL: Was sollen die Sozialdemokraten in der Gerechtigkeitsdebatte ihren Wählern überhaupt versprechen?
Wehler: Höhere Steuern. Das sind jedenfalls die greifbarsten Instrumente. Einkommensteuer. Erbschaftsteuer. Es ist ja zum Beispiel völlig absurd, wie viele Billionen hierzulande vererbt werden. Die Bundesrepublik ist zudem eines der wenigen Länder, das sich den Luxus erlaubt, auf eine Vermögensteuer zu verzichten.
SPIEGEL: Mit höheren Steuern, egal wer sie am Ende zahlen soll, hat noch niemand eine Wahl gewonnen. Welche Chance geben Sie Steinbrück und der SPD?
Wehler: Wenn die FDP endlich mal abgestraft würde und die Grünen stark bleiben, könnten es die Sozialdemokraten noch so eben schaffen.
SPIEGEL: Was ist für die Bundesrepublik gefährlicher: gefühlte Ungerechtigkeit oder tatsächliche Ungleichheit?
Wehler: Das Gefühl von Ungerechtigkeit dürfte schwerer wiegen.
SPIEGEL: Ungleichheit an sich ist doch auch nicht schlimm, oder?
Wehler: Nein, nur ihre konstante Verschärfung. Und die erleben wir zurzeit.
SPIEGEL: Trotz all Ihrer Sehnsucht nach Umverteilung akzeptieren Sie, dass es in einer Marktwirtschaft immer Gewinner und Verlierer geben wird, oder?
Wehler: Ja klar. Ich bin ein großer Freund von Wettbewerb. Was glauben Sie, wie ich mich selbst früher über die 400- und 800-Meter-Strecken gezwiebelt habe.
SPIEGEL: Herr Wehler, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

TERRORISMUS

Deckname „Murat“

Der Fall des Selbstmordattentäters von Ankara belastet die deutsch-türkischen Beziehungen: Der Linksradikale war jahrelang im Visier deutscher Ermittler.



AFP

Extremist S.: *„Klassische Karriere als Führungskader in Deutschland“*

Es war ein Routineeinsatz, der die Streife des Berliner Polizeiabschnitts 53 am 10. September 2011 zum U-Bahnhof Hallesches Tor führte. Ein Mann war beim Schwarzfahren erwischt worden, die Beamten sollten seine Personalien feststellen. Nachdem sich der Delinquent als Ecevit S., geboren 1973 in der Türkei, ausgewiesen hatte, ließ man ihn ziehen. Der Vorgang kam als Lappalie zu den Akten.

Heute, knapp eineinhalb Jahre später, ist aus dem Schwarzfahrer vom Halleschen Tor ein deutsch-türkisches Politikum geworden. Am 1. Februar sprengte sich Ecevit S. vor der US-amerikanischen Botschaft in Ankara in die Luft; bei dem Anschlag wurden ein türkischer Wachmann getötet und drei Menschen teils schwerverletzt. Deutschen Behörden war der Selbstmordattentäter als politischer Heißsporn sehr wohl bekannt; zudem hatte er sich bis wenige Monate vor der Tat in der Bundesrepublik aufgehalten.

Entsprechend schroff warf am vorigen Montag der türkische Premier Recep Tayyip Erdogan Deutschland und anderen EU-Ländern Nachlässigkeit bei der Terrorabwehr vor. „Terroristen, die in der Türkei die blutigsten Morde begehen“, wetterte Erdogan, dürften in Europa frei herumreisen. Aus Sicht Ankaras gehen deutsche Sicherheitsbehörden nicht entschlossen genug gegen Verdächtige wie Ecevit S. vor, gegen den ein türkischer Haftbefehl bestand. Deutschland sei ein „zentraler Komplize“ des Terrorismus, kommentierte die regierungsnahe türkische Zeitung „Zaman“.

Die Verstimmung der Türken bekam am vergangenen Mittwoch auch Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) zu spüren, als er sich in Ankara mit den stellvertretenden Vizepräsidenten Beşir Atalay

und Bekir Bozdag traf: Deutschland müsse mehr gegen verbotene Terrororganisationen wie die DHKP-C und die kurdische PKK unternehmen, forderten die türkischen Politiker – und regten einen „intensiven Dialog“ an. Friedrich wies die Vorwürfe zurück: Die Mitgliedschaft in den Organisationen sei auch in Deutschland strafbar.

Unbestritten war der spätere Attentäter der deutschen Justiz schon länger bekannt: Im April 2011 leitete die Bundesanwaltschaft sogar verdeckte Ermittlungen gegen ihn ein, wegen des Verdachts auf „Mitgliedschaft in einer ausländischen, terroristischen Vereinigung“. Die Fahnder hielten den damals 38-Jährigen für einen Funktionär der Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C), einer linksextremistischen Terrortruppe, die Deutschland als Rückzugsraum im bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat nutzt.

Den Ermittlungen zufolge soll sich S., zuletzt in Nordrhein-Westfalen, um das Eintreiben von Spenden für die in der Bundesrepublik seit 1998 verbotene Organisation bemüht haben. Indes reichten die Indizien gegen S. für eine Festnahme offenbar nicht aus.

Oder verschliefen die Fahnder den richtigen Moment für einen Zugriff? Im vergangenen Herbst tauchte Ecevit S. ab.

Auf die Radarschirme deutscher Behörden geriet er noch einmal zwischen Weihnachten und Neujahr. Da meldete sich die türkische Polizei beim Bundeskriminalamt (BKA) und, fast zeitgleich, der türkische Geheimdienst MIT beim Bundesamt für Verfassungsschutz. Es gebe Hinweise, dass der Terrorverdächtige Ecevit S. in die Türkei eingereist sein könnte, um dort einen Bombenanschlag zu verüben. Am 2. Januar antwortete das BKA, man könne über den Aufenthaltsort keine Angaben machen, seit Mitte Oktober sei S. nicht mehr lokalisiert worden. Ein Schreiben gleichen Inhalts verschickten am 15. Januar die Verfassungsschützer.

Dennoch stellt sich nun die Frage, ob der Anschlag von Ankara womöglich in der Bundesrepublik geplant wurde. Ermittler überprüfen deshalb das ehemalige Umfeld von S. im Kölner Raum, fahnden nach Kontaktmännern, die bislang nicht auffällig wurden.

Dabei versuchen sie, auch die Biografie des Linksradikalen möglichst lückenlos zu rekonstruieren: Laut Justizunterlagen geriet Ecevit S. bereits Ende der neunziger Jahre in seiner Heimat unter Terrorverdacht. Im August 1997 wurde er in Istanbul verhaftet, die türkische Polizei beschuldigte den damals 24-Jährigen, sich an zwei Raketenwerferanschlägen auf ein Gebäude der Sicherheitsdirektion und ein Offizierscasino beteiligt zu haben. In der Untergrundorganisation DHKP-C habe er den Decknamen „Murat“ geführt; in seiner Wohnung seien Waffen und Raketenwerfer gefunden worden.

Nach mehr als drei Jahren Untersuchungshaft trat Ecevit S., der nach eigenen Angaben gefoltert wurde, in einen Hungerstreik. Gemeinsam mit Dutzenden anderen Häftlingen protestierte er damit gegen die geplante Verlegung in sogenannte F-Typ-Gefängnisse, in denen er Repressalien durch das Wachpersonal fürchtete. Nach acht Monaten Hungerstreik kam er – schwerkrank – gegen Auflagen aus der Untersuchungshaft frei.

Danach, so berichtete S. später, sei er zwei weitere Male von der türkischen Polizei festgenommen worden; die Beamten hätten ihn als „lebende Bombe“ bezeichnet. Im Frühjahr 2002 schließlich, kurz vor Beginn des Prozesses gegen ihn, sei er bei Freunden untergetaucht.

Am 10. Juni verurteilten ihn die Militärrichter des 4. Staatssicherheitsgerichts in Istanbul in Abwesenheit zum Tode, wegen „Mitgliedschaft in der illegalen, bewaffneten Terrororganisation DHKP-C“ und Beteiligung an Anschlägen. Die Strafe wurde später in lebenslange Haft umgewandelt, zur Vollstreckung erließen die Behörden einen Haftbefehl.

S. versteckte sich weiter – bis ihm im September 2002 die Flucht in die Bundesrepublik gelang.

Mit einem Besuch bei einem Landsmann im Kölner Stadtteil Mülheim begann das deutsche Kapitel in der Biografie des Ankara-Bombers. Er habe Krebs und brauche dringend eine deutsche Adresse, damit er sich in einem Kölner Krankenhaus behandeln lassen könne, habe der Gestrandete ihm damals erzählt, erinnert sich Ali Y., 77. Der Rentner willigte ein. Er habe Ecevit S. allerdings nur flüchtig unter einem Alias gekannt und nichts von seiner radikalen Vergangenheit gewusst: „Wohnen konnte er hier nicht, zu wenig Platz.“

Die Wohnung des Rentners diente S. auch als Postadresse für seinen Asylantrag. In einer Turkish-Airlines-Maschine sei er mit Hilfe eines falschen Passes von Ankara nach Düsseldorf gekommen, berichtete S. in seinem Asylprozess. Die Papiere habe er weggeworfen, den bei der Einreise benutzten Namen wolle er nicht preisgeben.

Mit Urteil vom 2. Juni 2005 lehnte das Verwaltungsgericht Köln den Antrag als unbegründet ab und verwies auf die Terroranschläge, die S. in der Türkei begangen haben soll. Gleichwohl sahen die Behörden – wegen womöglich drohender Folter – von einer Abschiebung ab.

Schon bald interessierte sich auch der deutsche Verfassungsschutz für den Türken. Zunächst soll er als Leiter eines anatolischen Ausbildungs- und Kulturzentrums in Duisburg fungiert haben, das der DHKP-C zugerechnet wurde. Dann habe S. eine „klassische Karriere als Führungskader der linksextremistischen Organisation“ gestartet, berichtet ein hochrangiger Verfassungsschützer. Eine „weitere Radikalisierung“ wollen die Ermittler in den Jahren, die S. in der Bundesrepublik zubrachte, aber nicht bemerkt haben.

Vom Ruhrgebiet zog der Türke nach Brüssel, wo er als Führungskader in der dortigen Dependance der DHKP-C aktiv war. Nach kurzer Zeit kehrte er zurück nach Deutschland – und agierte in der Führung der „Berliner Sektion“.

Für den deutschen Sicherheitsapparat muss schon früh klar gewesen sein: Ecevit S. war mehr als nur ein harmloser Mitläufer der verbotenen DHKP-C. Seine Aktivitäten brachten ihm 2009 ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Berlin ein, wegen des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz. Bei einer Razzia fanden Fahnder Flugblätter der DHKP-C und anderes Propagandamaterial. Das Verfahren wurde eingestellt.

Körperlich immer noch unter den Folgen des Hungerstreiks von 2002 leidend, zog S. zuletzt nach Köln. Wegen neurologischer Ausfälle habe er sich in psychologische Behandlung begeben, erklärt sein damaliger Anwalt. Nach einer „Sicherheitsbefragung“, Ende 2011, verlor er seine Aufenthaltsberechtigung und wurde fortan in Deutschland nur noch geduldet. Er musste sich wöchentlich bei der Polizei melden und durfte Köln nicht verlassen.

Als DHKP-C-Aktivist beeinträchtigte ihn das offenbar kaum: In Köln stieg er gar zum Gebietsleiter der Organisation auf, in Düsseldorf meldete er im Herbst 2012 eine Demonstration vor dem türkischen Generalkonsulat an.

Nach dem Selbstmordanschlag von Ankara veröffentlichte die DHKP-C ein Bild von S. auf ihrer Internetseite. In der rechten Hand hält er eine Maschinenpistole vom Typ Skorpion, in der linken offenbar den Auslöser für seinen Sprengstoffgürtel.



YAVUZ OZDEN / AP

US-Botschaft in Ankara nach dem Anschlag
Fahndung nach Kontaktmännern in Köln

Jürgen Dahlkamp, Hubert Gude, Sven Röbel, Fidelius Schmid



Kommissar Frauenkron
„Im Winter steigen regelmäßig die Fallzahlen“

JOSCHWARTZ.COM / DER SPIEGEL (L.); ANDREAS ULRICH / DER SPIEGEL (U.)

KRIMINALITÄT

Flipper, Socken, Schraubendreher

Die Zahl der Wohnungseinbrüche steigt. Viele Opfer leiden schwer an den Folgen: Sie fühlen sich in ihrem Zuhause nicht mehr sicher, finden kaum noch Schlaf, manche ziehen um.

Michael M. hat seine Uhr zurück. Eine Armbanduhr aus Plastik, schlicht, schwarz, das Zifferblatt zeigt den Kölner Dom. „Zum 50. Geburtstag“, so lautet die Gravur.

Einbrecher hatten die Uhr ein Jahr zuvor in seinem Haus im rheinländischen Wesseling erbeutet. Die Polizei fand sie bei einer Razzia in einem Kölner Wohnheim. Das Erinnerungsstück hat er dank der Ermittler zurück, aber nicht sein altes Leben. M. und seine Frau fühlen sich in ihrem Zuhause nicht mehr sicher. Fremden gegenüber sind sie misstrauisch. Die Angst, dass es wieder passieren könnte, lässt sie nicht mehr los.

Sie haben eine Alarmanlage installiert. Sobald es dunkel wird, lassen sie die Rollläden herunter. Dann sitzen sie in ihrem Haus und hoffen, dass die Einbrecher nicht wiederkommen. Wenn sie verreisen, sprechen sie sich mit den Nachbarn ab. Einer bleibt immer da. „Wir leben wie im Gefängnis“, sagt M., „und die Täter laufen frei herum.“

Die Zahl der Wohnungseinbrüche in Deutschland steigt. Einbrüche sind ein Massendelikt, das Polizei und Justiz nicht in den Griff bekommen. In manchen westdeutschen Metropolen werden weniger als 10 von 100 Taten aufgeklärt. Während die meisten Täter ungeschoren davonkommen, beginnt für viele Betroffene ein langer Leidensweg: Unruhe, Angst, Schlaflosigkeit.

Die Beute der Einbrecher betrug 2011 im Durchschnitt 4500 Euro. Die Opfer können den Wertverlust meistens verkraften, zumal viele den Schaden zumindest teilweise von einer Versicherung ersetzt bekommen. Die psychischen Folgen hingegen wiegen meist deutlich schwerer.

Nur zwei Stunden lang hatten M. und seine Frau das Haus verlassen, zum Einkaufen. Es war der 25. November 2011, ein Freitag. Gegen 18.30 Uhr kamen sie zurück. Er parkte den Wagen, sie ging ins Haus. „Plötzlich schrie meine Frau, ich lief hinein“, sagt M. Alle Schränke waren durchwühlt, Kleider lagen auf dem Boden, die Terrassentür stand offen. „Es war schrecklich“, sagt Michael M. Das Bild bekommt er nicht aus dem Kopf.

M. rief die Polizei. Eine Dreiviertelstunde warteten sie auf den Streifenwagen. Die Spurensicherung kam gegen 21 Uhr, ein Routinefall für die Kripo. Die Täter waren durch den Garten gekommen, sie hatten versucht, die Terrassentür aufzuhebeln. Als ihnen dies nicht gelang, schlugen sie ein Loch in die Scheibe und öffneten von innen. Sie erbeuteten eine Kassette mit Schmuck, Armbanduhren, Bargeld und Autoschlüssel.

Wesseling liegt im Rhein-Erft-Kreis. Dort gab es im ersten Halbjahr 2012 rund 25 Prozent mehr Einbrüche als im Vorjahreszeitraum. Die Zahlen für viele andere Städte in Nordrhein-Westfalen sehen nicht besser aus, Spitzenreiter ist Münster, wo sich die Zahlen im selben Zeitraum mehr als verdoppelt haben. Im Bundesvergleich zeigt sich ein starkes Nord-Süd-Gefälle (siehe Grafik Seite 46). In Schleswig-Holstein war es 2011 sechsmal wahrscheinlicher als in Bayern, Einbruchsopfer zu werden.

Es gibt wohl kaum ein Delikt, das so viele Menschen verunsichert. Fast jeder kennt jemanden, den es schon getroffen hat. Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) hat den Kampf gegen Einbrecher deshalb zum Prioritätsbereich für die Polizei erklärt. Es gibt die landesweite Aktion „Riegel vor“, Beamte beraten kostenlos, wie Fenster und Türen gegen Einbrecher gesichert werden können.

Regelmäßig appelliert die Polizei, Auffälligkeiten zu melden. 80 Prozent der Täter werden nach Hinweisen aufmerksamer Nachbarn gefasst. Um Anwohner zur Wachsamkeit anzuregen, stellt die Kölner Polizei einen Streifenwagen mit Aufdrucken an Brennpunkten auf, sogar in Mundart: „Achtung! In Ihrem Veedel wird eingebrochen!“ Es hilft nichts.

Köln zählt zu den Großstädten mit den meisten Einbrüchen pro 100 000 Einwohner – bei äußerst niedriger Aufklärungsquote. Im ersten Halbjahr 2012 konnte die Polizei nur in 4,8 Prozent der Fälle den Täter ermitteln. Trotzdem müssen Kriminalhauptkommissar Peter Frauenkron, 49, und seine Kollegen mit immer weniger Fahndern auskommen. Die werden häu-



Einbruchsopfer D.
„Meine Wohnung war immer mein Nest“

figer anderswo eingesetzt, gegen Extremisten und Gewalttäter oder zur Bewachung einstiger Sicherungsverwahrter.

Frauenkron leitet die Ermittlungsgruppe „Dunkle Jahreszeit“ im Kölner Einbruchsdezernat. Die Einheit wurde ins Leben gerufen, um Banden und Intensivtäter zu ermitteln. Es ist der Versuch, „vor die Lage zu kommen“, wie er es ausdrückt. Es ist ein mühsames Unterfangen, gerade jetzt im Winter. „Mit der Zeitumstellung Ende Oktober steigen regelmäßig die Fallzahlen“, sagt Frauenkron. Weil es dann früher dunkel wird, haben die Einbrecher eine Stunde mehr Arbeitszeit.

Frauenkron ist ein großer, kräftiger Mann mit sorgfältig gestutztem Kevin-Kuranyi-Bart. Er spielt Trompete in einer Big Band. Wenn der Frust zu groß wird, geht Frauenkron in den Keller und bläst die Trompete, bis ihm der Schweiß vom kahlen Schädel rinnt. „Das entspannt“, sagt er.

Der 49-Jährige lebt seinen Beruf. Jeden Morgen, noch bevor er ins Büro fährt, klappert er die Straßen ab, in denen seine Verdächtigen wohnen. Er guckt, welche Autos dort stehen, wer gerade zu Besuch ist, was sich verändert hat. Erfolg ist für Ermittler wie ihn angesichts der miesen Aufklärungsquote ein relativer Begriff.

Jeder Haftbefehl ist ein Erfolg, weil er Einbrüche verhindert. Mitte Dezember schnappte die Kölner Kripo das „Phantom“, einen Mann, der für 122 Taten verantwortlich sein soll. Er lebte in seinem Audi A6 mit bulgarischem Kennzeichen und besaß neben einer Goldwaage auch ein Diamant-Prüfgerät für die Bewertung seiner Beute. Frauenkron nahm ihn persönlich fest.

Rund zwei Drittel aller im Raum Köln ermittelten Tatverdächtigen sind Roma. Sie kommen vor allem aus Osteuropa. Früher waren etwa 80 Prozent der Täter Ortsansässige. Heute ist es nahezu umgekehrt. „Die Täter nutzen Europa sehr effizient“, sagt Frauenkron, „sie verfügen über ein dichtes Netz von Kontaktleuten, Wohnungen und Hehlern.“

Die Polizei ist den überregional agierenden Tätern kaum gewachsen – zu diesem Ergebnis kommt eine Arbeitsgruppe, die Innenminister Jäger eingesetzt hatte. Den sehr mobilen Einbrechern stehe ein träger Behördenapparat gegenüber, der durch örtlich begrenzte Zuständigkeiten und mangelnden Informationsaustausch behindert werde.

„Bei Wohnungseinbrüchen werden Tatverdächtige besonders häufig nicht verurteilt“, sagt Tillmann Bartsch, 35, vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN). Nach einer KFN-Untersuchung wurden bei 1000 Einbrüchen 158 Tatverdächtige gefasst, aber nur 29 angeklagt und 22 verurteilt. Bei anderen Delikten ist die Quote deutlich höher.

Manche Verdächtige sind noch Kinder. Frauenkron erinnert sich an einen 13-Jäh-

Deutschlands neues wöchentliches Wissensmagazin.



Diese Woche aktuell:

Fasten in Teilzeit
Wie der Verzicht auf Essen uns gesünder macht

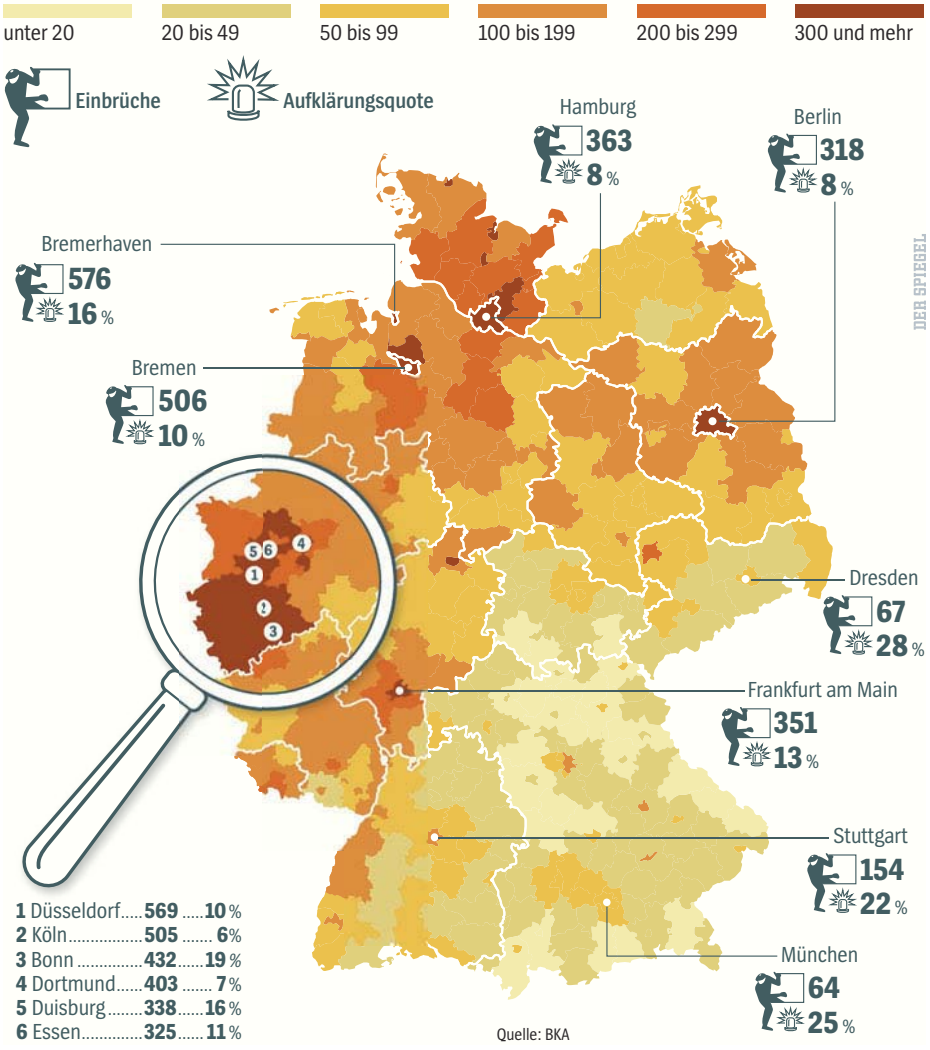
Intelligenter Strom
Smarte Netze bewähren sich in Praxistests

Eisbär XXS
Der Klimawandel schrumpft die Tiere

Jetzt auch digital
für iPad, Android und PC/Mac

Zum Kennenlernen: 3 Wochen gratis testen!
Tel. 040 3007-3490
www.newscientist.de/gratistest

Unsicherer Westen Wohnungseinbrüche in Deutschland je 100 000 Einwohner, 2011



rigen: „Der hatte im Ranzen Flipper, Socken und Schraubendreher." Es sind die typischen Einbruchwerkzeuge. Der Flipper ist ein längliches Stück Plastik, das zwischen Rahmen und Tür geschoben wird, um den Schnappverschluss zu öffnen, der Schraubendreher dient als Hebel, die Socken werden zur Vermeidung von Fingerspuren über die Hände gezogen.

Die Täter von heute sind wahllos. Sie gehen selbst in Wohnungen, wo kaum etwas zu holen ist, es muss nur schnell gehen. Wenn sie gestört werden oder es zu lange dauert, hauen sie ab. Gekippte Fenster oder schlecht gesicherte Türen sind in Sekundenschnelle offen. „In fünf Minuten ist die ganze Wohnung durchwühlt", sagt Frauenkron.

Diese fünf Minuten können ein Leben von Grund auf verändern. Bei ihren Untersuchungen zur Einbruchskriminalität haben Wissenschaftler des KFN die Folgen für die Opfer analysiert. Für 39 Prozent der Befragten war der Einbruch ein Schock, 29 Prozent fühlten sich auch einen Monat nach der Tat zu Hause nicht sicher, 24 Prozent litten unter Angst, 17 Prozent beklagten Schlafstörungen.

Knapp 18 Prozent der Betroffenen belastete der Einbruch so massiv, dass sie sich eine neue Wohnung suchten. So wie Helmut und Renate G. aus Düsseldorf. Sie waren vergangenes Jahr zu Besuch bei ihrer Tochter in Hamburg, zum 823. Hafengeburtstag im Mai. Als sie zurückkamen, hing die Wohnungstür schief in den Angeln, ein Zettel von der Polizei klebte dran. „Ich bin total aus den Fugen geraten", sagt Renate G., 73.

Der Schmuck, den sie von ihrer Freundin geerbt hatte, war weg. 60 000 Euro sei er wert gewesen, aber die Versicherung habe keinen Cent bezahlt, weil sie keine Rechnungen vorlegen konnte.

Dass mit dem Schmuck nun Stücke fehlen, an denen schöne Erinnerungen hängen, sei indes viel schlimmer als der materielle Verlust. Einen Ring, einziges Andenken ihres Mannes an seinen Ziehvater, nahmen die Einbrecher ebenfalls mit.

„Wenn Fremde in der Wohnung waren, dann ist das ein fieses Gefühl", sagt Renate G. So fies, dass das Ehepaar es nicht mehr ausgehalten hat. In aller Eile suchten die beiden eine neue Wohnung, in Hamburg, in der Nähe der Tochter. Sie ist kleiner und teurer, aber Hauptsache, weit weg. Viel geholfen hat es nicht. Noch heute schreckt die 73-Jährige nachts hoch, sieht den Schatten eines Mannes im Türrahmen. Manchmal liegt sie stundenlang wach und horcht auf das kleinste Geräusch. Schritte auf dem Flur machen sie nervös. Immer wieder überprüft sie, ob sie auch wirklich abgeschlossen hat. Das Gefühl, in den eigenen vier Wänden beschützt zu sein, ist ihr abhandengekommen. Sie sagt: „Ich fühle mich nicht mehr wohl."

Bei Stephanie D., 35, aus der Düsseldorfer Friedrichstadt kamen die Täter kurz nach Mitternacht, als sie mit ihren Kindern in der Nachbarschaft Geburtstag feierte. Die Diebe brachen das Fenster ihrer Hochparterrewohnung auf und nahmen alles mit, sogar die Fußballschuhe ihres Sohnes. „Meine Wohnung war immer mein Nest, das ist jetzt vorbei", sagt die alleinerziehende Mutter.

Es sind Geschichten wie diese, die Kommissar Frauenkron bewegen. An einem Mittwoch hat er mehr als hundert Polizisten im Theatersaal des Kölner Polizeipräsidiums versammelt. Es ist fünf Uhr morgens, eine Razzia steht an. Ziel ist ein Wohnheim am Poller Holzweg.

Frauenkron spricht von einer „prophylaktischen Maßnahme", die Bewohner sollen merken, „dass wir sie auf dem Zettel haben". Er sagt: „Das Heim gilt als gefährliche Örtlichkeit im Sinne des Polizeigesetzes. Bei Antreffen von Straftätern und Verdacht auf Diebesgut sind Maßnahmen zu treffen."

Um sechs Uhr geht es los.

Es ist dunkel, leichter Nieselregen fällt. Polizisten klopfen an die Türen, Scheinwerfer der Bereitschaftspolizei tauchen das Gelände in gleißendes Licht. Die Bewohner sind ungehalten. „Immer sollen wir vom Poller Holzweg schuld sein. Schon die Adresse macht uns verdächtig", schimpft eine Frau.

Außerhalb der Hörweite der Beamten gibt es auch andere Töne. „Scheiße, Mann, von Hartz IV kann man nicht leben", sagt ein Jugendlicher. „Was sollen wir denn machen? 350 Euro reichen nicht für Essen, Trinken und Rauchen."

Knapp zwei Stunden dauert die Aktion. Zwei Männer werden festgenommen, weil sie sich illegal in Deutschland aufhalten, gegen zwei weitere besteht ein Haftbefehl wegen diverser Einbrüche. In einem Schrank findet die Polizei Modeschmuck und Uhren, eingeknotet in ein Tuch, offensichtlich Diebesgut.

Im Büro sichtet Frauenkron die Asservate. Sie sind wertlos, Zeug, das offenbar kein Hehler haben wollte. Nur die schlichte schwarze Uhr mit dem Zifferblatt vom Kölner Dom fällt ihm auf. Sie wird zum Opfer führen, aber nicht zum Täter.

Andreas Ulrich



Union Investment

Treten Sie ein und sorgen Sie jetzt für eine Zukunft nach Ihren Wünschen vor

Die Riester-Rente vom Marktführer[2] zahlt sich für Sie aus

- Ihre Einzahlungen werden mit Zulagen staatlich gefördert
- Eine „exzellente Renten-Höhe"[3] während der leistungsstarken Auszahlphase

Informieren Sie sich jetzt unter www.union-investment.de und lassen Sie sich in Ihrer Volksbank Raiffeisenbank beraten.

RENTEN-HÖHE EXZELLENT INSTITUT für Vorsorge und Finanzplanung GmbH

Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

[1]Ist begrenzt auf den Förderhöchstbetrag nach § 10a EStG (pro Jahr 2.100,– Euro). [2]Quelle: Berechnung auf Basis der Marktdaten der Riester-Anbieter, Stand: 31.12.2011. [3]Quelle: Studie „Rendite und Renten-Höhe von Riester-Produkten", Institut für Vorsorge und Finanzplanung GmbH, Stand: August 2012. Weitere Informationen, die Verkaufsprospekte und die wesentlichen Anlegerinformationen erhalten Sie kostenlos in deutscher Sprache bei allen Volks- und Raiffeisenbanken oder direkt bei Union Investment Privatfonds GmbH, Wiesenhüttenstraße 10, 60329 Frankfurt am Main, unter www.union-investment.de oder telefonisch unter: 069 58998-6100. Stand dieser Werbemitteilung: 1. Dezember 2012.

Was war da los, Frau Udompornpermthawee?



RUNGROJ YONGRIT / EPA / DPA

Cha-On Udompornpermthawee, 59, Kosmetikerin aus Thailand, über Konkurrenz: „Die Frauen in Thailand sind sehr schön. Wer mithalten will, sollte sich hässliche Haare wegmachen lassen. Mit dieser Fadentechnik entferne ich Haare aus dem Gesicht, von den Beinen oder Armen. Bei einer Gesichtsbehandlung klipse ich die Kopfhaare nach hinten, verteile Babypuder auf der Haut und reiße dann die Härchen mit zwei Fäden über Kreuz aus. Ich arbeite sehr schnell, damit es den Kunden nicht weh tut. Jeden Morgen stelle ich meine Plastikstühle auf die Straße. Die Passanten können stehen bleiben und bei der Behandlung zuschauen, das ist gut fürs Geschäft. Früher haben nur Frauen diesen Beruf erlernt, jetzt machen es hier in Bangkok auch immer mehr Männer. Manche drücken ihre Kunden einfach auf einen Stuhl, obwohl die eigentlich weitergehen wollen. Das würde ich nie tun.“

Udompornpermthawee (l.)

Warum wollen wir keine Schweine sehen, Herr Schwarz?

Werner Schwarz, 52, ist Bauer in Schleswig-Holstein und hat eine Webcam im Schweinestall installiert, um den Deutschen zu zeigen, woher ihr Schnitzel kommt.

SPIEGEL: Die konventionelle Tierhaltung gilt nicht gerade als transparente Branche. Warum zeigen Sie Live-Bilder aus Ihrem Sauenstall?
Schwarz: Die Werbung zeigt Schweine, die auf einer grünen Wiese unter einem blühenden Apfelbaum tollen. Das ist ein verklärtes Bild. Ich will Verbrauchern vorführen, wie moderne Tierhaltung wirklich funktioniert. Das ist nun mal keine Schmusetierhaltung.
SPIEGEL: Was sieht man auf den Aufnahmen?
Schwarz: Wir haben eine Webcam in der Abferkelungsanlage installiert. Man sieht Muttersauen mit ihren Ferkeln. Der perforierte Boden trennt Exkremente vom Tier. Die Sau befindet sich in einem Ferkelschutzkorb. In den ersten Tagen sind die Ferkel sehr unbeweglich. Die erschöpfte Sau lässt sich in einer größeren Box fallen, und die Ferkel können dann nicht schnell genug fliehen. Der Korb soll verhindern, dass die Ferkel erdrückt werden.
SPIEGEL: Die Sau hat nicht viel Platz. Geben viele Bauern deswegen so ungern Einblick in ihren Stall?



Schwarz: Nein, die Gründe sind andere. Die hygienischen Richtlinien sind sehr streng, was Besucher betrifft, wir können also keine Filmteams in unseren Stall lassen. Eine neue Kamera ist ziemlich keimfrei, deswegen konnten wir sie installieren. Wir haben nichts zu verstecken. Wir wollen Transparenz.
SPIEGEL: Sie haben viel Ablehnung erfahren, viel Kritik auf Facebook.
Schwarz: Ich kann verstehen, dass die Bilder für jemanden, der das nicht kennt, erschreckend sind. Aber die meisten möchten mehrmals in der Woche Fleisch essen. Und die sollten wissen, wie die Tiere gehalten werden.
SPIEGEL: Wie geht es weiter?
Schwarz: Ich wünsche mir, dass mehr Bauern ihre Ställe öffnen und der Verbraucher auch einen Mastbetrieb oder einen Hühnerstall sehen kann. So kann er selbst entscheiden, welches Fleisch er kauft. Und wir können ernsthaft über unsere Tierhaltung diskutieren.

www.bauernverbandsh.de

Letzter Vorhang

EIN VIDEO UND SEINE GESCHICHTE: Zwei Fernsehmoderatoren werfen ihren Job hin – live auf Sendung.

Sie sollten lachen nach dem letzten Beitrag, es war eine dieser Haustiergeschichten, an jedem Dienstag endeten die 18-Uhr-Nachrichten ihres Fernsehsenders mit Haustieren. Haustiergeschichten mochte ihr Chef. Unproblematisches Zeug. Die Moderatoren sollten den Zuschauern noch ein kleines, gutes Feierabendgefühl liefern, das war ihr Job.

Man sieht Cindy Michaels steif und ernst hinter ihrem polierten Moderatorenpult sitzen. Tony Consiglio hat kaum Farbe in seinem Gesicht. Noch könnten sie weitermachen, ihren Job zu Ende bringen, nach Hause fahren, wie an all den anderen Tagen. So wie in dem ganzen verdammten Jahr zuvor, in dem sie sich ständig gefragt hatten, ob sie es nun tun sollten oder lieber nicht.

„Wir haben uns fast jeden Tag gefragt: ‚Ist heute der Tag?‘“, sagt Cindy Michaels. Ist heute der Tag, an dem wir unseren Job hinwerfen? Sie ist am Telefon in ihrem Haus in Bangor, an einem Nachmittag, sie hat nun viel Zeit.

Cindy Michaels ist 46 Jahre alt, sie war Nachrichtenchefin beim Lokalfernsehen in Bangor, einem Städtchen im Bundesstaat Maine, an der Ostküste der USA, mit gut 33 000 Einwohnern. Der Sender, für den sie arbeitete, betreibt die lokalen Ableger der großen Networks ABC und Fox. Cindy Michaels produzierte sechs Programme am Tag mit einem Dutzend Leuten. Darunter Tony Consiglio, 28 Jahre alt, ein Mann mit hoher Stirn, der auch Sportreporter beim Sender war und spätabends noch eine zweite Nachrichtensendung moderierte.

Die meisten hatten mehr als eine Aufgabe beim Sender, Cindy Michaels entwarf sogar die Möbel für das neue Studio selbst. Sie bastelte Pokale, um ihre Mitarbeiter zu motivieren. Jeden Tag habe sie zwölf Stunden gearbeitet, sagt sie, aber das sei nicht das Problem gewesen.

Cindy Michaels machte Fernsehen in einer Kleinstadt, in der Provinz, aber sie wollte kein Provinzfernsehen machen. Nicht nur jedenfalls. Sie wollte nicht nur Haustiergeschichten senden. Nicht nur Berichte aus Bangor und Ausflugstipps für Maine. Sie mochte diese Sachen, sagt sie, „ich mag meine Stadt, ihre Geschichten“. Aber sie reichten ihr nicht.

Cindy Michaels wollte, zum Beispiel, auch über den Klimawandel berichten, über die Gefahr der globalen Erwärmung und wie sie sich auswirkt in ihrer Stadt.

Globale Erwärmung? Was für ein Quatsch, fand ihr Chef. Er ist kein Journalist, sondern der Geschäftsführer des Senders. Ihr Chef habe nicht an die globale Erwärmung geglaubt, sagt Cindy Michaels. Zu oft habe er sich in ihre Planung eingemischt und entschieden, welche Beiträge gesendet wurden und welche nicht. Das war das Problem. Sie war die Nachrichtenchefin, es war ein Angriff auf ihre journalistische Freiheit, so sah sie es.



Consiglio, Michaels im YouTube-Video

Tony Consiglio war ihr bester Freund im Sender, mit ihm sprach sie über ihren Frust. „Tony ging es genauso“, sagt Cindy Michaels. Er will selbst nicht mehr über die Sache reden.

Cindy Michaels wollte auch die großen Geschichten in ihren Sendungen erzählen, so verstand sie ihren Job. Ein bisschen CNN für Bangor. Echte Nachrichten.

Warren Buffett, der Finanzinvestor, hat im vergangenen Jahr mehr als 60 Lokalzeitungen in den USA gekauft, er glaubt offenbar, dass dort die Zukunft des Journalismus liegt, in der Provinz. Aber er meint wohl einen anderen Journalismus als Cindy Michaels’ Chef.

„Und, zum Abschluss für heute: Das ist Tonys und meine letzte Show hier auf ABC7“, sagte Cindy Michaels an jenem Dienstag. „Im Namen von Cindy und mir: Wir haben immer sehr gern die Nachrichten zu Ihnen nach Hause gebracht“, sagte Tony Consiglio. Dann war es vorbei.

Gegen Mittag hatten sie beschlossen, dass dieser Tag der letzte sein sollte. Cindy Michaels schrieb die Moderation, außer Tony und ihr wusste niemand Bescheid. Ihr Chef verließ das Büro vor den 18-Uhr-Nachrichten. Nach einer normalen Kündigung hätte ihr Chef sie nie wieder auf Sendung gehen lassen, sagt Cindy Michaels. Aber sie wollten unbedingt einen Abschied.

Sie war ziemlich verschwitzt während der Sendung, daran erinnert sie sich. Sie hatte Angst. Was sollte sie nun mit ihrem Leben machen? Womit Geld verdienen? Ihr Sohn geht noch aufs College.

Cindy Michaels glaubt, dass es ziemlich vielen Leuten in ihren Jobs so geht, wie es ihr und Tony lange ging. Hinwerfen oder nicht? Ist das richtig, was ich tue, ist es das, was ich mal wollte? Die meisten Leute entscheiden sich anders als sie, in der Wirklichkeit jedenfalls. Aber viele haben diese Phantasie.

Cindy Michaels zeichnet nun viel, Frauenakte, verkauft sie auf Ebay für 35 Dollar das Stück. Sie würde gern wieder beim Fernsehen arbeiten, bei einer politischen Sendung, das wäre ihr Traum.

Ihre Nachrichten damals, auf dem Lokalsender, sahen nur die Zuschauer in Bangor und in ein paar Orten der Umgebung. Bis auf die eine, die über ihre eigene Kündigung. Das Abschiedsvideo war schon am Tag nach der Sendung auf YouTube, nur das Ende ihrer letzten Show, 55 Sekunden. Inzwischen hat es mehr als fünf Millionen Klicks.

Cindy Michaels’ Sohn rief an aus Kalifornien.

Du warst cool, Mama, sagte er.

WIEBKE HOLLERSEN

Video: Die TV-Kündigung (YouTube)

spiegel.de/app72013kuendigung
oder in der App DER SPIEGEL

BESCHÄFTIGUNG

5 724 512 Schritte

Wie lassen sich ältere Langzeitarbeitslose im Arbeitsmarkt unterbringen? Das Jobcenter Brandenburg schickt Hartz-IV-Empfänger auf eine virtuelle Reise zum Mount Everest, um sie fit zu machen für Jobs – falls es je welche gibt. *Von Alexander Osang*

Auf dem Schreibtisch von Christian Gärtner, Chef des Jobcenters Brandenburg an der Havel, steht ein kleines Kugelpendel. Mit solchen Modellen beweisen Physiklehrer, dass Energie nicht verlorengeht. Ein Gestell mit ein paar Kugeln, die an Stangen hängen. Man stößt das erste Pendel an, es klickt, der Schwung fließt in die Kugelreihe und sorgt dafür, dass das letzte Pendel abhebt. So ähnlich funktioniert das Bewegungsmodul, das sich Gärtner für seine älteren Langzeitarbeitslosen ausgedacht hat.

Es ist ein Experiment. Was passiert mit der Energie, die man einem älteren Menschen gibt, der seit langer Zeit ohne Arbeit ist?

Bleibt er stehen, oder schwingt er?

Ende vergangenen Jahres hat das Jobcenter Brandenburg eine Gruppe Hartz-IV-Empfänger jenseits der fünfzig mit Schrittzählern ausgerüstet und sie auf eine virtuelle Reise zum Mount Everest geschickt. 270 000 Schritte braucht man bis zum Gipfel. Wer als Erster oben ist, gewinnt. Die Aktion läuft im Rahmen der 50plus-Initiative und heißt „Everbest“.

Es wäre ein Wettrennen der Lahmen, wenn Christian Gärtner nicht selbst mitmachen würde. Sein Projektname ist „Chef“, momentan liegt er auf dem dritten Platz.

Gärtner redet viel davon, dass er Vertrauen schaffen will, aber die Wahrheit ist wohl, dass er auch nicht weiterweiß. Jeder dritte deutsche Arbeitslose ist ein Langzeitarbeitsloser, eine Million sind es, und viele sind alt. Es ist schwierig, sie in die Arbeitswelt zurückzuholen. Gärtner möchte diese Menschen in seiner Nähe behalten. Der kleinste gemeinsame Nenner ist das Laufen. Der aufrechte Gang.

Brandenburg an der Havel ist ein deutsches Modell, eine Industriestadt ohne Industrie. Früher gab es hier mal ein Stahlwerk mit 10 000 Arbeitern, heute gibt es die größte Nervenklinik und den drittgrößten Knast im Bundesland. Übrig geblieben sind die alten Menschen und die alten Industriegebäude. Jeder dritte Brandenburger jenseits der fünfzig ist arbeitslos. In der ehemaligen Getriebefabrik sitzt das Jobcenter.

Der Leiter des Jobcenters schiebt den Schoß seines Jacketts zur Seite und zeigt den Schrittzähler, den er am Hosenbund trägt. Heute hat Christian Gärtner noch nicht besonders viele Schritte gesammelt. Er ist vor seiner Potsdamer Wohnung in den BMW gestiegen, nach Brandenburg an der Havel gefahren und dann vom Parkplatz in sein Büro gelaufen. Jetzt sitzt er am Schreibtisch, fährt den Computer hoch, um die Karte der Mount-Everest-Besteigung zu zeigen. Ursprünglich ist das Programm für eine Schweizer Bank entwickelt worden, die damit ihre Mitarbeiter fit halten wollte. Es gibt verschiedene Szenarien. Gärtner hätte seine Arbeitslosen auch auf eine Safari in die Sahara schicken können oder in den Dschungel am Amazonas. Aber es ist Winter, da schien ihm der Himalaja die passende Wahl.

Christian Gärtner ist 57 Jahre alt, er kommt aus dem Osten, er hätte selbst ein Fall für sein 50plus-Modul sein können. Theoretisch. Er war in seinem ganzen Leben nicht einen Tag arbeitslos, sagt er

Früher gab es hier ein Stahlwerk, jetzt gibt es noch die Nervenklinik und den Knast.

und lächelt, man spürt, dass er nicht an einen Zufall glaubt. Er braucht keinen Energiestoß, er platzt fast vor Energie. Viermal die Woche geht er schwimmen. Eine Stunde jeweils, 2500 Meter. Dazu kommt das Tanzen, freitagabends zwei Stunden im Fortgeschrittenenkurs und dann am Sonntag im Boogie-Club.

„Tanzschritte“, sagt Gärtner, „sind auch Schritte.“

Gärtner hüpft durch den Schneematsch zum Seminarraum, in dem sich jeden Donnerstag die Mount-Everest-Besteiger treffen, um ihre Werte in die Computerprogramme einzutragen. 15 Arbeitslose nehmen am Bewegungsmodul teil, dazu Gärtner und seine beiden Projektleiter Steffen Osbeck und Bernd Otte, die jeweils eine Gruppe führen. Sie nennen es „Seilschaften“, weil es um Zusammenhalt geht, um Teamfähigkeit, um Solidarität. Osbeck hat mal Psychologie studiert, Otte war mal Lektor in einem Technikverlag. Sie laufen wie Dorfschullehrer zwischen den Bankreihen entlang.

Manche Bergsteiger haben sich für die Dauer des Experiments Künstlernamen gegeben. Vorn links sitzt Frau Fuß. Sie ist 58 und hatte zuletzt einen Ein-Euro-Job in einem Pflegeheim, wo sie alten Leuten vorgelesen und zugehört hat. Neben ihr Birgit, die 55 ist und zuletzt als Reinigungskraft gearbeitet hat. Hinten rechts Kochi, 52, der alles Mögliche ausprobiert hat. Vorn rechts Verena, 55, die im Zickzackkurs durch ihr bisheriges Berufsleben geflogen ist; sie war Verkäuferin, Kranführererin, Zivilangestellte der Nationalen Volksarmee, Lagerarbeiterin und Altenpflegerin.

Verena führt im „Everbest“-Wettkampf. Sie hat momentan 113 000 Schritte und fast das erste Camp erreicht.

Christian Gärtner baut sich vor der Gruppe auf, wippt leicht auf den Zehenspitzen, lächelt, eine Hand fährt über den Schlips. Er sieht aus wie ein Schuldirektor, der kurz das Klassenzimmer betritt. Er stellt sich vor, wünscht allen viel Glück, lächelt, wippt. Eine leichte Unsicherheit durchzieht Gärtners Auftritt. Er wirkt beinahe ängstlich.

Er kennt die Menschen im Raum nicht, die Namen nicht und nicht die Geschichten hinter den Namen. Frau Fuß' letzter Mann war spielsüchtig, ihre Tochter ist depressiv. Verena ist vor vielen Jahren mal jemand in den Kran gerannt, den sie steuerte, der Mann wurde so schwer verletzt, dass er starb. Kochi hat zweimal dieselbe Frau geheiratet, weil er hoffte, sie betrüge ihn beim zweiten Mal nicht mehr. Birgits Ex-Mann hat angefangen zu trinken, als er seine Arbeit im Stahlwerk verlor. Bärbel hat Bluthochdruck und Schuppenflechte, wahrscheinlich psychosomatisch. Ihre Mutter ist im vorigen Jahr in der Badewanne ertrunken, ihr Mann hat Krebs.

Sie geben diese Geschichten lieber preis als ihre Namen, vielleicht, weil die

FOTOS: THOMAS GRABKA / DER SPIEGEL



Arbeitsvermittler Gärtner



Sie sollen Seilschaften gründen und laufen, viel laufen. Den ganzen Tag.

Langzeitarbeitslose Bärbel



Einmal, nach dem Mauerfall, fuhr sie mit dem Sohn nach West-Berlin.

Langzeitarbeitslose Frau Fuß

THOMAS GRABKA / DER SPIEGEL

Geschichten besser erklären können, wer sie sind und warum sie in ihrem Alter mit Schrittzählern durch Brandenburg laufen müssen wie Duracell-Hasen.

Die abenteuerlichste Reise in diesem schmucklosen Seminarraum hat Harald Krenzke zurückgelegt. Er ist in Brandenburg aufgewachsen. Als er 21 war, verhaftete ihn die Staatssicherheit. Ein Militärgericht verurteilte ihn zu anderthalb Jahren. Als er rauskam, stellte er einen Ausreiseantrag. Mitte der Achtziger verließ er das Land. Erst nach Gießen, dann nach West-Berlin, wo Krenzke mit seiner Frau einen kleinen Rewe-Markt eröffnete. Sie bekamen zwei Töchter, und als die Mauer fiel, wechselten sie nach Teltow. Seiner Frau ging der Streit zwischen Ostlern und Westlern auf die Nerven. Sie lösten auf, was sie in Berlin hatten, und gingen auf die venezolanische Ferieninsel Isla Margarita, um eine Strandbar zu eröffnen. Die Strandbar lief nicht so gut wie erwartet, seine Frau trank mitunter mehr als ihre Gäste, sagt er. Zweieinhalb Jahre hielt er durch, dann ging er. Seine Frau blieb mit den Töchtern. Von den 120 000 Mark, mit denen er aufgebrochen war, nahm er 2000 Dollar mit nach Hause.

Auf dem Geburtstag eines ehemaligen Kumpels lernte er seine jetzige Frau kennen. Er zog zurück nach Brandenburg. Er hilft im Sommer auf dem Bau aus und bewirbt sich ab und zu bei einem Fuhrunternehmen. Aber wenn sie sein Alter hören, melden sie sich nicht mehr, sagt Krenzke.

Er versteht das, sagt er. Die Zeitreise hat ihn erschöpft. Er ist nur noch schwer für Motivationskurse zu begeistern. Krenzke läuft sowieso, er hat heute schon zehnmal so viele Schritte gemacht wie Jobcenter-Chef Gärtner. Aber er macht es nicht, weil er die Aktion so gut findet. Er macht es, weil er Sprit sparen will.

Christian Gärtner hat festgestellt: Es ist wichtig, die Tagesabläufe der Langzeitarbeitslosen aufzubrechen. Sie brauchen einen Rhythmus. Es ist gut, dass sie sich einmal in der Woche treffen. „Als Kollegen“, sagt er. „Sozusagen.“

An der Wand seines Dienstzimmers hängt eine große Weltkarte, auf der Gärtner markiert hat, wo er schon überall war. Es sind viele Länder, Südamerika mag er am liebsten. Mitte Februar geht es wieder dorthin, er macht mit seiner Frau eine Kreuzfahrt von Santiago de Chile nach Buenos Aires. Im nächsten Jahr will er dann von Ecuador durch den Panamakanal nach Kuba segeln.

Schwer zu sagen, wie motivierend die Entdeckerkarte auf seine Seilschaft wirkt. Frau Fuß war noch nie im Ausland. Einmal, kurz nach dem Mauerfall, fuhr sie mit ihrem Sohn nach West-Berlin, sagt sie. Im vergangenen Jahr hat ihre Tochter sie mit in den Ostseeurlaub genommen, weil noch ein Platz im Auto frei war. Ansonsten ist sie nie aus Brandenburg weggekommen. Warum auch? Sie hat alles, was sie braucht, nur der Bus in ihren Vorort könnte öfter fahren, dann würde sie vielleicht auch wieder Arbeit finden. Sie ist zu unbeweglich.

Sie läuft am Straßenrand in ihren Ort zurück, auf den Feldern liegt eine Schneekruste, dazwischen verwitterte Flachbauten, zugewachsene Werkstätten und hier und da ein paar neue Hallen, in denen gearbeitet wird, eine wilde, rohe Landschaft. Kanadische Indianer haben hier eine Zigarettenfabrik gebaut, die Iren eine Schweinefarm und die Holländer irgendwas mit Pflanzen, sagt sie. Nur für sie gibt es nix.

„Indianer!“, sagt sie, „komisch, wa?“

Sie steht vor dem Wohnblock, in dem sie ihre vier Kinder großgezogen hat, grau, vier Stockwerke hoch, sie wohnt im ersten, zweieinhalb Zimmer. Das Haus sieht aus, als würde es bei einem kräftigem Windstoß zusammenfallen.

„Nich schön“, sagt Frau Fuß, „aber ’n Stücke Heimat.“

Direkt hinterm Haus hat jemand eine Art provisorische Koppel angelegt, darin steht ein kleines Pferd, es dampft. Im Sommer stinkt es gewaltig, aber niemand protestiert, weil sie Angst vor dem Pferdebesitzer haben. Einen Mann, der sie verteidigen könnte, hat sie nicht mehr.

Der erste war Melker, der zweite Straßenbahnfahrer. Wo die Liebe hinfällt, sagt Frau Fuß. Wenn sie Schritte sammelt, dann auf dem Weg zu ihrer Tochter, die im Nachbarort wohnt und Hilfe braucht, weil sie Burnout hat, sagt Frau Fuß. Sie hätte den Ein-Euro-Job im Pflegeheim gern weitergemacht. Aber er wurde nicht verlängert. Wichtig ist, dass man sich nicht gehenlässt, sagt sie.

„Man muss auf Kleidung und Frisur achten. Vor ein paar Jahren hatte ich immer eine Krause, aber ich vertrag die Chemie nicht mehr“, sagt Frau Fuß. Sie könnte ewig so reden. Was sie am meisten stört, ist das Schweigen. Man verlernt das Sprechen. Erst langsam fügen sich die Wörter, die am Anfang ungeordnet aus ihr herausquellen, an ihren richtigen Platz.

Wenn Christian Gärtner mit seiner Frau am Freitagabend in die Tanzschule „Balance“ in der Potsdamer Waldstadt geht, dann fällt der Stress von ihm ab. Dann lässt er Jobcenter Jobcenter sein. Natürlich hat er den Schrittzähler dabei. Seit 1997 tanzen die Gärtners, inzwischen sind sie auf dem Fortgeschrittenenniveau 11 angekommen.

„Boogie oder Jive?“, fragt die Tanzlehrerin Milena am Anfang.

„Jive“, sagt Gärtner. „Da krieg ich mehr Schritte zusammen.“

Gärtner hat an diesem Freitag bis 21 Uhr erst 3000 Schritte zurückgelegt, ein richtiger Bürotag. Er ist im Wettbewerb auf den sechsten Platz zurückgefallen, das ist natürlich nichts. Er muss jetzt das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden. Sie spielen „Matilda“ von Harry Belafonte.

„Matilda, Matilda, Matilda, she take me money and run Venezuela“, singt Harry Belafonte, und man muss gleich an Harald Krenzke und sein Strandbar-Abenteuer denken. Sechs ältere Paare stehen auf der Tanzfläche, richtig mit dem Herzen dabei sind nur die Gärtners. Die anderen Männer halten ihre Partnerin wie eine Schlagbohrmaschine, Gärtner führt seine Frau wie ein kostbares Instrument. Die beiden haben sich auf der Verwaltungsschule Dr. Kurt Fischer in Frankenberg, Sachsen, kennengelernt. Gärtners Frau ist Geschäftsführerin bei der Wasserwirtschaft. Es geht ihnen gut. Vor ein paar Jahren sind sie aus der Plattenbauwohnung in eine Stadtvilla auf dem Hermannswerder gezogen, direkt am Wasser. Mit Bootssteg.

Was haben sie zu DDR-Zeiten gemacht?

Sie schauen sich an, blinzeln.

„Kommunalverwaltung“, sagt Gärtner. „Wir waren immer in der Verwaltung.“

Was immer er einst verwaltet hat, nun verwaltet er die Arbeitslosigkeit. Je schlechter es dem Brandenburger Arbeitsmarkt geht, desto wichtiger ist Gärtner. Man kann ihm das nicht vorwerfen, es ist einfach so.

„Ihr Lieben“, ruft die Tanzlehrerin. „Cha-Cha-Cha.“

Nach dem Cha-Cha-Cha hat Christian Gärtner 6563 Schritte auf der Uhr. Dann kommt noch ein Wiener Walzer. Ein Tanz, 211 Schritte. Am Ende der Tanzstunde sind es 6995.

Auf seiner Stirn glänzen Schweißperlen. Man muss an den Film „Nur Pferden gibt man den Gnadenschuss“ denken, der einen Dauertanzwettbewerb verzweifelter Amerikaner während der Großen Depression beschreibt. Andere deutsche Jobcenter verpflichten ihre Kunden zu Nichtraucherseminaren, zur gemeinsamen Gewichtsabnahme, zum Chorgesang. Wäre Tanzen nicht auch was für Langzeitarbeitslose?

„Warum nicht?“, sagt Gärtner. „Die Haltung ist auch im Job ein entscheidendes Kriterium. Man kann nicht in Filzlatschen zur Arbeit gehen.“

Um die Jahreswende, als das Projekt zur Hälfte herum ist, treffen sich nur wenige Leute im Seminarraum. „Chef“ Gärtner ist auf Platz 9 zurückgefallen, verspricht aber aufzuholen. Projektleiter Otte liegt noch weiter hinten. Sein Hund ist schon 14 Jahre alt, der ist faul, sagt Otte. Ottes Modulname ist „Eddy“, so heißt auch sein Hund. Neuer Spitzenreiter ist ein Mann namens Voigt, der nie zu ihren Treffen erscheint.

„Der hat seinen Schrittzähler seinem Goldhamster umjebunden“, sagt Kochi, der Pausenclown der Langzeitarbeitslosen. Verena lacht besonders laut. Sie hat aufgehört, ihre Schritte zu zählen, als sie auf dem Gipfel war.

„Ick mach sowieso bald die Fliege, tschüssi, Assi-Leben“, sagt Verena, die sich gestern bei einer Krankenpflegefirma beworben hat. Es sieht gut aus, sagt sie.

Nach dem Cha-Cha-Cha hat er 6563 Tagesschritte auf der Uhr. Dann noch ein Walzer, 211 Schritte.

„Du wirst ein Punkt, Verena“, sagt Otte. In seinem Büro hängt ein großer Jahreskalender, in den er die Langzeitarbeitslosen aus dem 50plus-Projekt einträgt, die auf dem Arbeitsmarkt vermittelt werden konnten. Jede Vermittlung ist ein grüner Punkt. Kein Punkt im November, keiner im Dezember. Die Zahl der älteren Arbeitslosen ist wieder leicht gestiegen im vergangenen Jahr. Vielleicht gibt es gar nicht den Arbeitsmarkt für die Brandenburger 50plus-Generation, den er sich vorstellt, und die ganzen Module von Christian Gärtner sind so was wie die „Truman Show“. Sie spielen Hoffnung, weil niemand ohne Hoffnung leben kann. Bernd Otte hat die 25 wichtigsten Arbeitgeber angeschrieben, um bei ihnen Informationsveranstaltungen zum 50plus-Programm zu machen, nur zwei haben überhaupt geantwortet.

„Du mit deine grünen Punkte“, sagt Verena.

Otte lächelt. In ein paar Wochen ist er auch wieder arbeitslos. Die Projektmanager 50plus werden immer nur für zwei Jahre eingestellt, die anderen, mit denen er 2011 angefangen hat, sind inzwischen längst woanders untergekommen. Nur Otte ist noch da, er ist zu alt. Er macht jetzt noch zwei Jahre arbeitslos, dann geht er in Rente. Otte hat keine Angst, dass er in ein Loch fällt, sagt er. Er hat den Hund, die Frau und einen Wohnwagen auf Usedom. Nächste Woche stellen sich die drei neuen Projektmanager vor. Eine arbeitslose Juristin, ein arbeitsloser Betriebswirtschaftler und eine alte Berufsschullehrerin. Christian Gärtner legt Wert darauf, dass sie aus der Arbeitslosigkeit kommen, weil das Verbindung zu den Klienten schafft.

Sie haben Anknüpfungspunkte, sagt Gärtner. Man könnte sagen, sie beschäftigen sich alle gegenseitig.

Ohne Otte hätte Krenzke bei der Besteigung des Mount Everest nicht mitgemacht, sagt er. Krenzke mag Otte, weil er „kein Scheiß erzählt“, wie Krenzke sagt.

Harry Krenzke ist am 24. Dezember 10 317 Schritte gegangen, am 25. 4760 und am 26. 9391, Silvester machte er 10 000 Schritte, Neujahr nur 5000. Er ist jetzt Vierter, aber er ist nicht stolz drauf.

Wenn Krenzke nach Hause kommt, zieht er sich schon im Treppenhaus die Schuhe aus. Er will den Dreck, der sich bei der ganzen Lauferei an seinen Sohlen sammelt, nicht in die Wohnung tragen. Es ist erst Mittag, seine Frau arbeitet, Krenzke läuft auf Strümpfen durch die stille, kleine Wohnung bis ins Esszimmer, ein schmaler Raum mit einem Tisch, an der Wand der Spruch: „Friss und furz, das Leben ist zu kurz“. Hier sitzt er oft.

Krenzke holt eine Kiste mit den Dokumenten seines Lebens aus der Schrankwand. Die Genehmigung der Opferrente für politisch Verfolgte der DDR liegt ganz oben. Er war 21 Jahre alt, als sie ihn in den Knast steckten. Ein Freund, der Soldat war, hatte ihm in der Kneipe erzählt, dass er in den Westen abhauen wolle, Krenzke borgte ihm 30 Mark fürs Taxi. Das war alles. Krenzke wollte nie in den Westen, aber man geriet im Osten schnell in riesige Zusammenhänge. Aus dem Taxigeld wurde Beihilfe zur Fahnenflucht. Krenzke erzählt die Geschichte ohne politische Wut, wie ein Mann, der insgesamt zu viel einstecken musste. In der Kiste liegt auch ein Zeitungsausschnitt von der Kai-Pflaume-Show „Nur die Liebe zählt“.

Als er wieder in Brandenburg war, holte Krenzke seine beiden Töchter nach. Die



THOMAS GRABKA / DER SPIEGEL

Wanderer Krenzke, Mitwanderer: *Eine Phantasiewelt aus Modulen und grünen Punkten*

jüngere wollte wieder zurück nach Venezuela, die ältere nicht. Sie hatte ein Kind von einem Venezolaner. Ein ganz armer Hund, sagt Krenzke. Seine Tochter wollte, dass ihr Kind in einem sicheren Land aufwächst. Der Vater blieb in Venezuela. 2001 war das. Vier oder fünf Jahre später erzählte eine Bekannte die traurige Geschichte der Redaktion von „Nur die Liebe zählt“, und die organisierten eine überraschende Familienzusammenführung in einem Fernsehstudio. Krenzke war eingeweiht, verriet aber nichts. Es war eine große Show, aber nach vier Wochen flog sein Schwiegersohn zurück nach Südamerika und kam nie wieder.

„Wat soll er auch hier?“, fragt Krenzke.

Kai Pflaume war der Letzte, der ein Interesse an ihm hatte. Bis Christian Gärtner kam. Wahrscheinlich sind sich „Nur die Liebe zählt“ und die Aktion „Everbest“ gar nicht so unähnlich.

An einem Donnerstag Ende Januar trifft sich die Gruppe zum letzten Mal im Seminarraum. Kochi steht mit Verena und Bärbel auf dem Hof. Die Frauen reden über einen RTL-Beitrag, in dem Hartz-IV-Empfänger berichteten, dass sie ihrem Jobcenter seltsame Fragen beantworten mussten, beispielsweise ob sie unter Verstopfung leiden. Kochi erzählt, dass er mal in einer Maßnahme war, in der alle Teilnehmer Namen von Märchenfiguren bekamen, und wenn der entsprechende Name gerufen wurde, warf jemand eine kleine Wollkugel nach dir.

„Ick hab jedacht, ick bin in der Klapse jelandet“, sagt Kochi.

Von der anderen Seite des Hofes nähert sich Gärtner mit einem Fernsehteam des RBB. Sie würden gern mit ein paar Teilnehmern darüber reden, was ihnen das Mount-Everest-Projekt gebracht habe. Gärtner hat bereits geredet, er hat von körperlicher Fitness und aufgebrochenen Tagesabläufen berichtet. Die Teilnehmer seiner Seilschaft aber wollen nicht vor die Kamera. Kochi, dessen Foto ganz am Anfang des Projekts mal in einer Berliner Boulevardzeitung auftauchte, sagte, er sei auf dem Brandenburger Weihnachtsmarkt angepöbelt worden, weil er bei dem Marsch mitmachte. Außerdem ist er vor ein paar Jahren am Herrentag mal ziemlich angesoffen in einen Beitrag des Regionalfernsehens geraten, obwohl er krankgeschrieben war.

Im Seminarraum verteilt Projektleiter Osbeck Fragebogen. Fühlen Sie sich besser als vorher? Würden Sie noch einmal teilnehmen? Glauben Sie, dass Sie durch die Aktion fitter für den Arbeitsmarkt wurden?

In manchen Maßnahmen heißen die Leute wie Märchenfiguren und müssen mit Wollkugeln werfen.

Harald Krenzke kreuzt überall „nein“ an. Er ist derselbe Mann, der er Anfang Dezember war. Krenzke, so viel ist klar, schwingt nicht, Gärtners Energieschub ist glatt durch ihn hindurchgeflossen.

Zehn Tage nachdem die Aktion abgeschlossen wurde, treffen sich alle Teilnehmer noch einmal, um den Marienberg zu besteigen. Es ist eher ein Hügel als ein Berg.

„Eine Analogie auf den Mount Everest“, sagt Projektleiter Steffen Osbeck. Er hat für jeden eine Urkunde und ein kleines Geschenk dabei. Einen Regenschirm. Damit sie auch bei schlechtem Wetter laufen können. Es sind alle gekommen, auch Verena, die nun doch kein grüner Punkt auf Ottes Liste geworden ist. Die Leute von der Krankenpflegefirma haben sich nicht zurückgemeldet.

Auf dem Gipfel steht ein Mann im Anzug. Das ist Christian Gärtner. Er ist den Berg mit dem Auto hinaufgefahren. Er ist immer schon da, wie der Igel im Märchen von Hase und Igel. Gärtner lächelt. Gerade hat er mit Heinrich Alt von der Bundeszentrale der Arbeitslosenbehörde in Nürnberg telefoniert. Mit ganz oben sozusagen. Es gibt gute Nachrichten.

„Herr Alt bat mich, Ihnen zu danken, dass Sie nicht den Mut verloren haben. Wir sind auf dem richtigen Weg“, sagt Gärtner. Die Leute schauen durch ihn hindurch, sie lassen ihn reden, und man versteht die Parallelwelt, in der sie sich bewegen. Eine Welt, in der man Regenschirme dafür bekommt, dass man zwei Monate lang mit Schrittzählern durch eine brandenburgische Stadt läuft. Eine Welt, die von wohlmeinenden Hobbytänzern wie Gärtner gestaltet wird. Eine Welt, in der Heinrich Alt aus der Nürnberger Arbeitsamtszentrale so was ist wie der Bundeskanzler. Eine Phantasiewelt, zusammengesetzt aus Modulen, Projekten und grünen Punkten, die sich selbst genügt.

Nur innerhalb dieser Welt kann man verstehen, warum die 15 Langzeitarbeitslosen freiwillig bei der Aktion mitgemacht haben. Es ist eine Aufgabe. Als ein paar Brandenburger Kommunalpolitiker dem Jobcenter für seine Aktion Zynismus vorwarfen, fühlten sich auch die Hartz-IV-Empfänger angegriffen.

Einmal an diesem Vormittag sagt Kochi zu Gärtner: „Ich bin ja jetzt auch schon eine Weile dabei.“ In diesem Moment klingt seine Arbeitslosigkeit wie eine Art Beruf.

Die Gruppe trinkt in der Gaststätte auf dem Gipfel noch einen Kaffee. Osbeck wertet die Fragebogen aus. Die meisten fühlen sich nicht wohler als vor dem Marsch, aber auch nicht schlechter. Osbeck hat aus der Aktion herausgepresst, was herauszupressen war, statistisch. Er hat zusammengezählt, dass sie insgesamt 5 724 512 Schritte liefen. Das ergebe eine Strecke von 3435 Kilometern.

„Ich habe mal nachgeschaut, wohin uns das bringen würde“, sagt er. „Bis nach Baku.“

Baku.

„Dit is bei den Russen“, sagt Harald Krenzke. „Schönen Dank.“

Christian Gärtner sitzt am Kopf der Tafel wie der Westbesuch. Er redet mit den Leuten in seiner Nähe über unverbindliche Dinge wie Obstbäume und den Angelsport. Neben ihm liegt seine Urkunde. 335 495 Schritte ist er gelaufen, aber er muss immer weiter. Was tun. Menschen bewegen. Er macht jetzt erst mal seine Kreuzfahrt, und wenn er wiederkommt, starten sie ein neues Bewegungsmodul. Vielleicht geht es in die Sahara.



Rüssel ab

ORTSTERMIN: Stuttgart-Schönberg hat keinen Handy-Empfang, und die Kirche ist schuld.

Der Rüssel ist ab, und die Kirche ist schuld, und wenn das so weitergeht, wird auch die Energiewende scheitern, sagt Erwin Reisch, Funklochbewohner. Aber von Anfang an: Im Wohnzimmer der Reischs in Stuttgart-Schönberg steht ein Porzellanelefant in der Schrankwand, ein Erbstück. Es ist die einzige Ecke des Hauses, in der Reischs Mobiltelefon ein bisschen Kontakt zum Telekom-Mobilnetz hat. Es reicht nicht, um Gespräche zu führen, aber SMS kommen an. Also legt Erwin Reisch, 57, von Beruf Fachzeitschriftenverleger, den Apparat sehr oft dorthin. Und einmal kam dabei das tönerne Tier zu Fall. Und der Rüssel brach ab.

Das wäre ja egal. Wenn es nicht ein Zeichen wäre. Ein Zeichen dafür, dass die Moderne ins Stolpern geraten ist in Schönberg und dass die Kirche sich auszuloggen scheint aus der digitalen Gesellschaft.

Einen Hügel weiter liegt Stuttgart-Birkach, von wo bisher der Sendemast auf der Franziskakirche für Empfang sorgte. Doch die evangelische Gemeinde wollte keine Mobilfunkantenne mehr auf ihrem Gotteshaus haben. Im vergangenen Oktober wurde die Antenne stillgelegt, und seither findet die Telekom keinen Ersatzstandort. Deshalb kommen im Villenviertel Schönberg, Hanglage gegenüber, keine Strahlen mehr an. Ein Funkloch mitten in der Hightech-Metropole. Ein Funkloch unweit des Fernsehturms, dieser himmelweisenden Siegessäule der Technik.

Seither starren die Menschen in Schönberg mit wachsendem Zorn auf die Displays ihrer Mobiltelefone, wo statt fünf kleiner Balken meistens „Kein Netz“ steht. Sie treten auf ihre Balkone und schwenken die Geräte in der Luft, auf der Suche nach Anschluss. Sie fahren im Auto den Hügel hoch, nur um zu telefonieren oder Sprachnachrichten abzuhören. Unternehmer berichten in der Lokalpresse von geschäftsschädigender Wirkung, weil sie mobil nicht mehr zu erreichen sind. Schüler sind genervt, weil sie auf dem Nachhauseweg nichts von ihren Facebook-Freunden erfahren. Rentner fürchten sich, weil sie keinen Notruf mehr senden können, falls sie mal hinfallen.

Erwin Reisch weist aus dem Fenster seines Wohnzimmers rüber zur Franziskakirche. Als Kind hat er den Kindergarten besucht, der direkt neben der Kirche liegt. In diesen Kindergarten wollten nun manche Birkacher Eltern ihre Kinder nicht mehr schicken, wegen der Strahlung. Bürger standen mit Transparenten vor der Kirche, manche kamen mit selbstgebastelten Strahlenmessgeräten vorbei. Großer Unfrieden. Norbert Veit, Mitglied des Birkacher Kirchengemeinderats und zuständig für Baufragen, sagt: „Der Widerstand wurde immer mehr. Und so beschlossen wir, dass wir eine Kirchengemeinde sind und keine Mobilfunkanstalt.“



MARTIN STORZ / DER SPIEGEL

Geschädigter Reisch, Franziskakirche: *Verloren im Funkloch*

Die Stuttgarter Öffentlichkeit, vielleicht beseelt vom Kampf gegen den neuen Bahnhof, scheint in einem Zustand hemmungsschwacher Protestlust zu sein. Deshalb ist für Erwin Reisch, einen Mann mit Hang zu raumgreifenden Thesen, das Funkloch, das ihn umgibt, nur das Symptom einer größeren Verwerfung. Wie soll denn der Staat, fragt er, künftig noch gestalten, wenn Anwohner alles bekämpfen, was vor ihrer Haustür liegt? Er spannt den Bogen weiter: „Wie soll die Energiewende gelingen, wenn die großen Nord-Süd-Stromtrassen, die es dafür braucht, am lokalen Widerstand scheitern?“ Ein Gemeinwesen müsse sich doch fragen: „Was ist das höhere Gut? Ein Mobilnetz als Daseinsvorsorge für alle oder die irrationalen Ängste von ein paar Kirchgängern?“

Sein iPhone in der Schrankwand vibriert. Eine Kurznachricht kam durch.

Es wird Erwin Reisch nicht trösten, dass das Urteil der Birkacher gegen die Antenne keine einsame Entscheidung von Sonderlingen war, sondern einer offiziellen Empfehlung der Mutterkirche folgte. Die evangelische Gesamtkirche Stuttgart rät ihren vielen Teilgemeinden seit einiger Zeit, bestehende Verträge mit Mobilfunkanbietern nicht zu erneuern. Es gebe in den Kirchgemeinden, so heißt es beim evangelischen Dekanat, überall nur noch dieses eine Thema, Mobilfunk, das mache „alles kaputt“.

Waren die Kirchen vor zehn Jahren noch begeistert gewesen von der neuen Geldquelle – die Mobilfunkfirmen bezahlen ordentlich Miete für die Standorte –, sehen sie ihre Rolle mittlerweile als Entschleuniger, als Sand im Getriebe. Man wolle dem „Wahn der totalen Erreichbarkeit entgegenwirken“, so die offizielle Auskunft. Die Kirche, zumindest die evangelische in Stuttgart, will offenbar nicht mehr mitstricken am immer dichteren Netz der Informationsgesellschaft.

Erwin Reisch hat den Rüssel seines Elefanten wieder festgeleimt.

Und Norbert Veit, Kirchengemeinderat, steht vor dem Altar der Franziskakirche und erzählt, dass ein gewisser Herzog Carl Eugen von Württemberg die Kirche für seine Mätresse und spätere Gemahlin, Franziska von Leutrum, habe bauen lassen, siebzehnhundertirgendwas. Hört man ihm zu, so klingt es beinah, als sei alles viel einfacher gewesen, damals, als die Leute, statt zum Handy zu greifen, einen Brief aufsetzten oder einen berittenen Boten aussandten. Lange her.

Guido Mingels



Online-Modekollektion

QUELLE: ZALANDO / FABEAU.DE

ONLINE-HANDEL

Teurer Shopping-Spaß

Einfach mal bestellen und im Zweifel zurückschicken – das könnte für passionierte Online-Shopper in Zukunft teuer werden: Drei Viertel der Online-Händler planen, die Kosten für Warenrücksendungen künftig auf ihre Kunden zu übertragen. Das geht aus einer Untersuchung an der Universität Regensburg hervor. Möglich wird das durch eine neue EU-Verbraucherrechte-Richtlinie, nach der Unternehmen ihren Kunden die Rücksendung künftig in Rechnung stellen können.

76 Prozent aller befragten Unternehmen gaben an, davon Gebrauch machen zu wollen, darunter viele kleinere Versandhändler. Denn jede Retoure kostet die Unternehmen viel Geld, sie müssen mit Kosten zwischen 10 und 20 Euro pro Retoure rechnen. Den Kunden ist das bislang egal: Die Studie zeigt, dass vier von zehn Kunden bei der Bestellung eine Rücksendung schon mit einkalkulieren. Bis zu 30 Prozent der Artikel gehen zurück. Unter Branchenkennern gelten gerade die deutschen Kunden als rücksendefreudig. Sie bestellen etwa Fernseher vor Fußballweltmeisterschaften und schicken sie direkt danach zurück, oder sie bestellen Kleidungsstücke in drei bis vier Größen und Farben. Zehn Prozent aller Retouren können zudem nicht mehr verwendet werden.

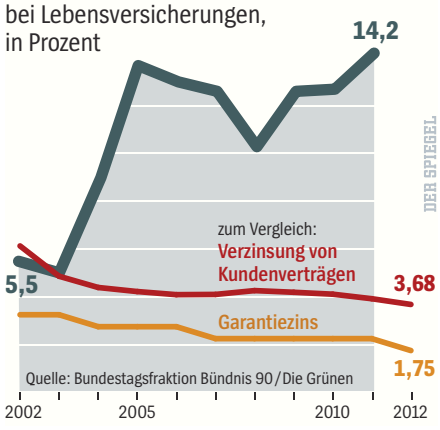
LEBENSVERSICHERUNGEN

Einseitige Gewinne

In der Auseinandersetzung um die Lage der Lebensversicherungen legt die Bundestagsfraktion der Grünen eine brisante neue Kalkulation vor. Demnach haben die Anteilseigner der Assekuranzen in den vergangenen Jahren trotz Finanzkrise ordentlich abkassiert. „Aktionäre und andere Besitzer von Unternehmensanteilen konnten die Rendite auf ihr eingesetztes Kapital fast verdreifachen. Die Verzinsung für die Kundenverträge hat sich dagegen deutlich verringert“, fasst der finanzpolitische Sprecher der Grünen, Gerhard Schick, die Ergebnisse zusammen (siehe Grafik). Jetzt sollen Kunden sogar noch weiter zurückstecken. Die Regierung will die Unternehmen teilweise von der Pflicht befreien, Buchgewinne aus Wertpapieren an Lebensversicherungskunden auszuzahlen – diese sogenannten Bewertungsreserven sollen stattdessen als Puffer für schlechte Zeiten dienen (SPIEGEL 6/2013). Eine entsprechende Gesetzesvorlage liegt im Vermittlungsausschuss. Schick will sie nicht akzeptieren. Wenn vorgesorgt werden müsse, „wäre es angesichts der ungleichen Renditen unfair, dass es wieder nur die Kunden trifft“, sagt er. „Auch Aktionäre und Management sollten ihren Beitrag leisten.“

Entwicklung der Rendite für Eigentümer und Aktionäre

bei Lebensversicherungen, in Prozent



DEUTSCHE BANK

Post aus Nigeria

Erneut hat sich die Deutsche Bank juristischen Ärger eingehandelt: In Madrid wurde jetzt ein Mitarbeiter des Konzerns verhaftet, weil er einer Betrügerbande geholfen haben soll, die gutgläubige Bürger um etliche Millionen Euro erleichtert hat. Die Gruppe um den Nigerianer Prince Emeka Nwanbu ging nach dem Muster der sogenannten nigerianischen Briefe vor. Den Opfern wurde per Post erklärt, Verwandte hätten ihnen ein großes Vermögen vererbt oder aus anderen Gründen überschrieben. Ehe das Geld überwiesen werden könne, müssten die Begünstigten jedoch verschiedene Gebühren und Steuern zahlen. Von den versprochenen Millionen sahen die Geschädigten nie etwas. In mindestens sechs Fällen lotsten die Betrüger ihre Opfer in die Niederlassung der Deutschen Bank in Madrid, um sich einen seriösen Anstrich zu geben. Dort forderte ein damaliger Mitarbeiter des Konzerns sie zu Vorabzahlungen auf. Die Geschäfte liefen nicht über Systeme der Deutschen Bank. Der Mann wurde bereits 2010 verhaftet, jetzt wird auch sein damaliger Vorgesetzter verdächtigt. Spanische Ermittler nahmen ihn vor drei Wochen fest, gegen Auflagen kam er frei. Spaniens Nationaler Gerichtshof hat die Deutsche Bank verpflichtet, 12,2 Millionen Euro für drohende Schadensersatzzahlungen zu hinterlegen. Ob die tatsächlich für das Fehlverhalten ihres früheren Mitarbeiters einstehen muss, wird vor Gericht geklärt. Ein Sprecher des Instituts sagte, es gebe „keinerlei Vorwürfe bezüglich eines Fehlverhaltens seitens der Bank“. Sie kooperiere mit den Behörden.



Hotel „Vier Jahreszeiten“ in Hamburg

ARCO IMAGES / IMAGO

GELDANLAGEN

„Das Angebot war einfach zu gut“

Der Unternehmer und Milliardär Kurt Dohle, 77, über ein ganz besonderes Schnäppchen

SPIEGEL: Normalerweise managen Sie die von Ihnen gegründete Supermarktkette Hit. Nun kaufen Sie für 35 Millionen Euro das Hamburger Fünfsternehotel „Vier Jahreszeiten“. Wollen Sie raus aus der Provinz?
Dohle: Wir haben Supermärkte in der ganzen Republik, nicht nur in Orten, die Sie Provinz nennen. Aber wir betreiben seit Jahren eine private Vermögensverwaltung, und der Hotelkauf war schlicht eine gute Gelegenheit, Geld gewinnbringend anzulegen.
SPIEGEL: Das heißt, die Margen im Hotelgeschäft sind höher als im Handel?
Dohle: Wir sind Kaufleute und wissen, dass man mit Fünfsternehäusern eigentlich kein Geld verdienen kann. Aber das Angebot, das uns die Fairmont-Gruppe gemacht hat, die das „Vier Jahreszeiten“ derzeit betreibt, war einfach zu gut: Wir bekommen eine jährliche Rendite von 4,5 Prozent. Wo kriegen Sie das noch?
SPIEGEL: Können Sie den Betreibern denn mit Ihrer Erfahrung aus dem Handel helfen?
Dohle: Wir haben nur die Immobilie gekauft, Fairmont wird das Hotel die nächsten 30 Jahre betreiben. Und das ist auch gut so, denn mit unserem ursprünglichen Kerngeschäft hat diese Investition nichts zu tun.
SPIEGEL: Na ja, Sie besitzen unter anderem auch einen Golfplatz – was werden Sie als Nächstes kaufen?
Dohle: Das reicht jetzt erst mal. Mehr planen wir derzeit nicht.

ENERGIE

Allianz will Tennet-Netz

Der Münchner Allianz-Konzern möchte sich an Teilen des Tennet-Stromnetzes beteiligen und mit Milliardeninvestitionen helfen, Offshore-Windparks in der deutschen Nord- und Ostsee anzuschließen. Entsprechende Pläne hat der Versicherungskonzern kürzlich beim Bundeswirtschaftsministerium in Berlin vorgestellt. Auch mit Tennet wurden bereits intensive Verhandlungen geführt – bislang jedoch ohne Ergebnis. Offenbar will sich der niederländische Netzbetreiber nicht auf eine klare Strategie festlegen und verhandelt nun parallel auch mit weiteren Investoren. Offiziell wollten sich beide Seiten nicht äußern. Tennet war in den vergangenen Monaten massiv in die Kritik geraten, weil das Unternehmen die dringend benötigten Stromanschlussleitungen für große Offshore-Windparks nicht rechtzeitig bereitstellen konnte. Teilweise verzögern sich Projekte um mehr als ein Jahr, weil die Niederländer das entsprechende Kapital bislang nicht aufbringen konnten.



FOCKE STRANGMANN / DAPD

Umspannwerk im Emsland

AUTOINDUSTRIE

Geteiltes Europa

Es gibt eine neue Zweiklassengesellschaft: BMW, Daimler und VW fahren Rekordgewinne ein, während die Konkurrenten Opel, Peugeot und Fiat ums Überleben kämpfen.



Es ist viel von Blut die Rede, wenn es um die Krise der europäischen Automobilindustrie geht, einer Branche, an der rund zwölf Millionen Arbeitsplätze hängen.

Fiat-Chef Sergio Marchionne beispielsweise schimpft, der deutsche Konkurrent Volkswagen werde durch seine Rabatte unter den Konkurrenten „ein Blutbad“ anrichten. Und der französische Industrieminister Arnaud Montebourg kündigte an, Frankreich werde „bis zum letzten Blutstropfen“ um seine Industriestandorte kämpfen.

Tatsächlich sind die meisten europäischen Fahrzeughersteller schwer verwundet. 2012 ist der Autoabsatz in Europa auf den tiefsten Stand der vergangenen 17 Jahre gefallen. Allein seit 2007 ist der Verkauf um 25 Prozent geschrumpft. Besserung ist nicht in Sicht.

Die Massenhersteller Opel, Ford, Renault, Peugeot und Fiat arbeiten in Europa mit Verlusten. Ihre Werke sind oft nur noch zur Hälfte ausgelastet. Ford schließt zwei Autofabriken in Großbritannien und eine Anlage in Belgien, Peugeot will sein Werk nahe Paris dichtmachen, Opel die Produktionsstätte in Bochum.

So weit, so schlimm. Zum Ärgernis aber wird der Niedergang aus Sicht der Betroffenen dadurch, dass es auch Gewinner gibt.

Da sind zunächst einmal die deutschen Konkurrenten, der VW-Konzern, BMW und Daimler. Sie verkaufen insgesamt so viele Autos wie noch nie, trotz des schwachen Geschäfts in Europa. Und da ist der koreanische Konkurrent Hyundai, der die Franzosen und Italiener als Angreifer von außen ebenfalls herausfordert.

Die Wirtschaftskrise in den Südländern, die Automüdigkeit vieler Europäer, für die ein Fahrzeug kein Statussymbol mehr ist, sondern ein Fortbewegungsmittel, das man sich bei Bedarf mal eben ausleihen kann – all dies verhindert nicht, dass die Automobilindustrie weltweit eine Wachstumsbranche bleibt.

In China, Indien, Russland, Brasilien und vielen anderen Märkten außerhalb Europas steigt der Bedarf. Knapp 70 Millionen Fahrzeuge wurden im vergangenen Jahr weltweit verkauft. 2020 wird ein Absatz von 90 Millionen erwartet.

Davon profitieren die deutschen und der koreanische Hersteller. Sie sind längst auf diesen Wachstumsmärkten vertreten, meist nicht nur mit einem Vertriebsnetz, über das importierte Fahrzeuge verkauft werden, sondern auch mit einer eigenen Produktion.



SASCHA SCHUERMANN / DAPD

Kundgebung im Opel-Werk Bochum
Massenhersteller arbeiten mit Verlusten

So öffnet sich die Schere immer weiter. In der Automobilindustrie gibt es ein geteiltes Europa. Die einen fahren Milliardengewinne ein, die anderen leiden unter existenzbedrohenden Verlusten. Und wenn ein europäischer Politiker und ein Unternehmenschef in dieser Situation von Blut sprechen, dann ist es nicht weit zum Nationalismus.

Frankreichs Industrieminister Montebourg behauptete, bei Hyundai und dessen Schwestermarke Kia in Korea würden die Arbeiter gegen einen Zwölfstundentag streiken. Die Franzosen würden sich „an einer Form sozialer Härte beteiligen, wenn sie Hyundai und Kia kaufen“.

Frankreichs Regierung forderte gar die EU-Kommission auf, die Autoimporte aus Korea zu überwachen. Seit ein Freihandelsabkommen die Zölle gesenkt hat, seien die Importe stark gestiegen.

Der Vorstoß der Franzosen ist ein Ablenkungsmanöver, mehr nicht. Denn nur zwölf Prozent der Autos, die Hyundai in Europa verkauft, kommen aus koreanischen Fabriken. Mehr als die Hälfte produziert Hyundai mittlerweile in seinem Werk in Tschechien. Mit Zöllen ist dieser Konkurrent kaum aufzuhalten.

Und der Erfolg der Koreaner basiert nicht auf unlauterem Wettbewerb, sondern auf einem einfachen Rezept: Sie bauen gute Autos zu erschwinglichen Preisen. Eine Garantie von fünf Jahren bei Hyundai und sogar sieben bei Kia hilft, Vorurteile über mangelnde Qualität der Koreaner abzubauen.

Peugeot, Fiat und Opel fehlen die richtigen Modelle. Vor allem aber haben es die Konzernführungen jahrelang versäumt, ihre Marken zu globalisieren.

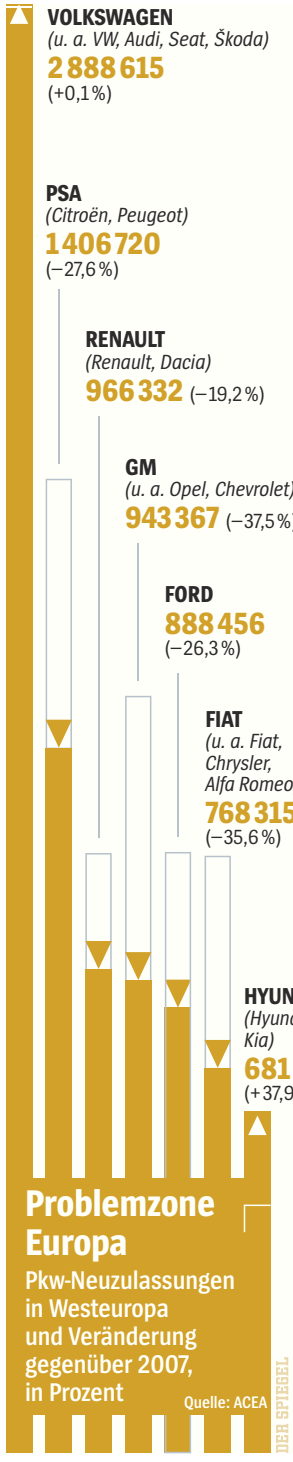
Das lässt sich jetzt, in der Krise, kaum nachholen. Der Aufbau eines Vertriebsnetzes in China etwa dauert Jahre und kostet mehrere hundert Millionen Euro. Angesichts der hohen Verluste müssen die Firmen ihre Investitionen aber kappen. Die Krisenkonzerne können deshalb zurzeit nur versuchen, den Niedergang zu bremsen, mehr nicht.

Da ist es fast schon verständlich, dass sie die Erfolgreichen attackieren. Neben Hyundai ist VW ein Lieblingsziel für die Angriffe aus Frankreich und Italien. „L’Express“ erschien mit der deutschen Überschrift „Volkswagen über alles“.

„Das macht mir Sorgen“, sagt VW-Chef Martin Winterkorn im SPIEGEL-Gespräch (siehe Seite 60). Die Wolfsburger wollen bis 2018 der größte Autokonzern der Welt werden. Die Konkurrenten schließen Fabriken, VW eröffnet neue in China, Russland und Mexiko. Gerade erst lobte die „New York Times“, wie das US-Geschäft der Deutschen wieder floriere.

Andere stellen traditionsreiche Marken wie Saab ein. Der VW-Konzern hat nunmehr acht Pkw-Marken (Volkswagen, Audi, Porsche, Seat, Škoda, Bentley, Lamborghini, Bugatti), drei Lkw-Hersteller (MAN, Scania, Volkswagen Nutzfahrzeuge) und einen Motorradproduzenten (Ducati) unter seinem Konzerndach versammelt.

Eine Billigmarke, die Einfach-Autos für Entwicklungsländer produziert, will VW noch gründen. Und wenn der Konkurrent Fiat noch weiter in die Krise rutscht, möchten die Wolfsburger gar dessen Tochter Alfa Romeo übernehmen. Fiat-Chef Marchionne ist sauer. Mehrfach schon hat er gesagt: „Alfa Romeo steht nicht zum Verkauf.“ Zu gern würde er Fiat mit Peugeot und Opel verheiraten, um so gegen Volkswagen anzutreten. Aber Marchionnes Wunschpartner wollen nicht.



Dennoch kann es dem VW-Konzern nicht gleichgültig sein, wenn in Frankreich und Italien Ressentiments geschürt werden. Sie können dem Image schaden und damit auch dem Autoverkauf: „Das Schlimmste, was einem Erfolgreichen passieren kann, ist, dass er gehasst wird“, sagt VW-Chef Winterkorn. Sein Unternehmen soll nicht in den Ruf geraten, die Konkurrenten plattzuwalzen.

Winterkorn versucht es mit kleinen Nettigkeiten. So ließ er den VW-Manager Karl-Thomas Neumann, den Opel als neuen Chef verpflichtet hat, frühzeitig aus dessen VW-Vertrag aussteigen.

Die Rüsselsheimer müssen nun nicht bis Ende Juni warten, bis der neue Chef antritt. Und VW legte auch keine Beschwerde bei der EU ein, weil der französische Staat der Bank von Peugeot Garantien über bis zu sieben Milliarden Euro gewährte. Die Wolfsburger hätten dies als möglicherweise unerlaubte Staatshilfe anprangern können.

Selbst der Aufsichtsratsvorsitzende des VW-Konzerns, Ferdinand Piëch, gibt sich zurückhaltend. Als er darauf angesprochen wurde, dass Fiat-Boss Marchionne dem europäischen Automobilmarkt schlimme Gemetzel prophezeit, sagte Piëch nur: „Für uns wird es unblutig sein.“

DIETMAR HAWRANEK

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Ich werde weniger bekommen“

VW-Chef Martin Winterkorn, 65, ist in die Defensive geraten: Im Inland sorgt sein Rekordgehalt für Unmut, im Ausland stoßen seine Expansionspläne auf Kritik. An diesen will er trotz der Absatzkrise in Europa festhalten – an seinem Gehalt nicht.



Konzernlenker Winterkorn, Modell des neuen Golf

STEFAN THOMAS KROEGER / DER SPIEGEL

SPIEGEL: Herr Winterkorn, 2011 haben Sie als Chef des VW-Konzerns 17 456 206 Euro verdient. Für das vergangene Jahr wird Ihr Gehalt nach den bisher gültigen Vergütungsregeln sogar rund 20 Millionen erreichen. Halten Sie das für angemessen?

Winterkorn: Wenn ich wirklich 20 Millionen bekäme, wäre das den Menschen sicherlich nicht mehr zu vermitteln. Bei allem Erfolg des Konzerns können die Steigerungen nicht ins Uferlose weitergehen. Deswegen finde ich es richtig, dass der Aufsichtsrat die Regeln für die Vorstandsvergütung jetzt ändert.

SPIEGEL: Warum gibt es im VW-Konzern überhaupt Regeln, die solche Wahnsinnsgehälter ermöglichen?

Winterkorn: Bei uns geht es beim Bonus nicht ums nächste Quartalsergebnis, sondern um vier langfristige Kriterien: Absatz und Gewinn, aber genauso die Zufriedenheit von Kunden und Mitarbeitern. Für alles gibt es ehrgeizige Ziele. Damals hat aber niemand damit gerechnet, dass sich der Konzern so hervorragend entwickeln würde. Außerdem sind wir heute ein anderes Unternehmen. Porsche, MAN und Scania sind inzwischen vollständig in unsere Bilanz integriert. Auch dadurch ist der Gewinn beispielsweise gestiegen.

SPIEGEL: Das klingt, als wären die 17,4 Millionen eine Art Betriebsunfall. Wenn es so ist, hätten Sie doch wie der einstige Porsche-Chef Wendelin Wiedeking einen Teil des Gehalts spenden können. Warum haben Sie dies nicht getan?

Winterkorn: Meine Vorstandskollegen und ich hatten zuvor mehrere Millionen Euro gespendet. Gehen Sie davon aus, dass ich privat sehr viel tue, um Menschen zu helfen, denen es nicht so gut geht. Aber ich rede nicht groß darüber. Spenden allein können nicht die Lösung sein. Sinnvoll ist es, dass der Aufsichtsrat die Vorstandsentlohnung neu regelt.

SPIEGEL: Was bedeutet Geld für Sie? Brauchen Sie die Millionen, um sich eine Yacht oder einen Picasso zu kaufen, oder bestimmt die Gehaltssumme vor allem Ihren Platz in der Rangliste der Top-Manager, in Europa stehen Sie auf Platz eins?

Winterkorn: Also, ich besitze keine Yacht und auch keinen Picasso. Wenn ich mir mal etwas gönne, dann ist es eine schöne Uhr. Aber: Der Bonus steht schon auch für den Erfolg des Konzerns. Dafür haben nicht nur die Vorstände, sondern alle Mitarbeiter gesorgt. Deshalb haben Volkswagen-Mitarbeiter in Deutschland auch einen Rekordbonus von 7500 Euro bekommen.

SPIEGEL: Sie lenken ab von Ihren 17 Millionen. Ein Unternehmen wie VW lebt auch davon, dass es sozial akzeptiert wird. Es sollte sich mit der Manager-Bezahlung nicht außerhalb des Rahmens bewegen, der allgemein als vertretbar angesehen wird. Sehen Sie da keine Gefahr für das Image von Volkswagen?

Winterkorn: Natürlich müssen wir da aufpassen. Aber ich bin überzeugt, dass die Dinge bei uns im Gleichgewicht sind. Wir haben in den letzten Jahren nicht nur gut verdient, sondern auch rund 100 000 neue Arbeitsplätze geschaffen, davon fast 30 000 in Deutschland. Im Unternehmen hat sich niemand über meine Bezahlung beschwert. Fragen Sie bei unserem Betriebsrat nach.

SPIEGEL: Es gibt ein einfaches Mittel, Gehaltsexzesse zu verhindern: eine Obergrenze. Bei BMW, Adidas, Lufthansa, Daimler und Siemens gibt es die. Warum wehren Sie sich gegen eine Obergrenze?

Winterkorn: Ob das neue Modell, das der Aufsichtsrat ausarbeitet, eine feste Obergrenze haben wird, kann ich Ihnen heute nicht sagen. Aber die Kriterien werden sicher so festgelegt, dass das Gehalt eine bestimmte Größenordnung nicht überschreitet. Ich gehe davon aus, dass ich für das Jahr 2012 weniger bekomme als im Jahr 2011. Und dafür habe ich viel Verständnis.

SPIEGEL: Sie persönlich haben 2011 insgesamt sogar 18 340 726 Euro verdient. Denn neben dem Posten als Vorstandsvorsitzender bei VW sind Sie auch noch Chef der Porsche Automobil Holding SE. Für diesen Nebenjob erhielten Sie knapp eine Million Euro. Wie viel Zeit haben Sie für diesen Posten aufgewendet?

Winterkorn: Wir haben bei der Porsche SE jede Woche eine Vorstandssitzung. Auch diese Aufgabe nehme ich selbstverständlich sehr ernst.

SPIEGEL: Kann VW nicht erwarten, dass der Vorstandschef sich für 17 Millionen Gehalt voll und ganz seinem Hauptjob widmet?

Winterkorn: Blicken Sie auf unsere Rekordergebnisse. Da beantwortet sich die Frage von selbst. Ich bin Vorstandsvorsitzender des Volkswagen-Konzerns, Vorstandsvorsitzender der Marke Volkswagen und Konzernentwicklungschef. Von den Aufsichtsratsposten bei den Töchtern Audi, Scania und anderen will ich gar nicht erst reden. Im Kern geht es immer darum, diesen Konzern mit seinen zwölf Marken und über 550 000 Mitarbeitern effizient zu führen. Da kann man nicht auseinanderrechnen, wie viel Zeit jede einzelne Aufgabe in Anspruch nimmt. Glauben Sie mir, Volkswagen kommt nicht zu kurz.

SPIEGEL: Bei Volkswagen gibt es derzeit auch genug zu tun. Das wichtigste Auto des Konzerns, der neue Golf, verkauft sich offenbar schlecht. Die Händler gewähren schon jetzt hohe Rabatte, als hätten sie eine nicht mehr ganz so frische Ware im Angebot.

Winterkorn: Also jetzt mal langsam! Der neue Golf ist hervorragend angelaufen. Wir haben schon jetzt Aufträge für mehr als 120 000 Fahrzeuge. Wir müssen in Wolfsburg Sonderschichten fahren. Und Morgan Stanley hat uns gerade in einer Studie bescheinigt, dass Volkswagen in Europa der Hersteller ist, der mit die geringsten Preisnachlässe gewährt.

SPIEGEL: Im Internet findet man Händler, die den Golf mit einem Rabatt von über 18 Prozent anbieten.

Winterkorn: Es gibt ein paar schwarze Schafe, die diesen Blödsinn machen. Aber ich weiß doch, was draußen los ist. Bei jedem Heimspiel vom VfL Wolfsburg treffe ich mich vorher mit zehn Händlern aus der Stadt der Gastmannschaft. Die berichten mir, wie das Geschäft läuft, wie zufrieden sie mit dem neuen Golf sind. Er wird oft zu Preisen von mehr als 30 000 Euro bestellt.

SPIEGEL: Die neue A-Klasse von Mercedes-Benz ist ein ernster Herausforderer für den Golf. Bei der Umfrage des ADAC wurde sie zum beliebtesten Auto der Deutschen gewählt. Der Golf landete auf Platz zwei. Schmerzt Sie das?

Winterkorn: Ich sehe das sportlich. Als der ADAC seine Umfrage startete, war die A-Klasse schon einige Monate auf dem Markt, der Golf dagegen erst 14 Tage. Die Menschen konnten den Golf also kaum

Erfolgsgeschichte

Volkswagen-Konzernzahlen

Umsatz 1.–3. Quartal 2012		**144,23** Mrd. €
Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum		**+24,0 %**
Gewinn 1.–3. Quartal 2012		**20,16** Mrd. €
Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum		**+47,7 %**
Mitarbeiter weltweit, 30.9.2012		**549 300**
Veränderung gegenüber 31.12.2011		**+9,4 %**
Pkw-Absatz weltweit, 2012		**9,07** Mio.
zum Vergleich		Toyota 9,75 Mio.
		General Motors 9,30 Mio.

Die Top-Verdiener

unter den CEOs von im Stoxx Europe 50 gelisteten Unternehmen, Jahresvergütungen 2011, in Millionen Euro

Martin Winterkorn	*VW*	**18,3***
Vittorio Colao	*Vodafone*	14,3
Joseph Jimenez	*Novartis*	12,7
Bob Dudley	*BP*	11,1
Alfredo Sáenz Abad	*Banco Santander*	10,2
Frank Chapman	*BG Group*	10,1
Andrew Witty	*GlaxoSmithKline*	9,5
Josef Ackermann	*Deutsche Bank*	9,4
Peter Voser	*Royal Dutch Shell*	9,3
Paul Walsh	*Diageo*	8,9
Dieter Zetsche	*Daimler*	8,7

DER SPIEGEL

* inkl. Porsche SE Quellen: manager magazin, Humboldt-Universität

richtig auf den Straßen sehen. Im Übrigen ist das beliebteste Auto immer das, das am meisten gekauft wird. Da müssen wir uns beim Golf keine Gedanken machen.

SPIEGEL: Dennoch hat die Autokrise in Europa jetzt auch Volkswagen erreicht. Im Werk Emden, wo der Passat gebaut wird, führen Sie zeitweise eine Viertagewoche ein. Das erinnert an die Krise Anfang der neunziger Jahre. Wie schlecht geht es Volkswagen in Europa?

Winterkorn: Es gibt keine Viertagewoche in Emden. Wir lassen lediglich an einigen wenigen Tagen die Produktion ruhen. Aber, Sie haben recht, der europäische Automarkt ist derzeit brutal schwach. Viele Einzelmärkte sind auf einem historischen Tiefststand, Italien, Frankreich und Spanien beispielsweise. Dort besteht auch keine Hoffnung auf eine schnelle Erholung. Natürlich tut uns das als Nummer eins in Europa weh. Aber wir wachsen weiter, unter anderem in China, in den USA, Südamerika, Indien und Russland.

SPIEGEL: Die Märkte dort bedient der VW-Konzern zunehmend durch Fabriken vor Ort. Den Werken in Deutschland hilft der Boom in Übersee wenig. Die produzieren vor allem für den Markt in Europa.

Winterkorn: Wir liefern nicht nur über 200 000 Autos pro Jahr aus Deutschland nach China, sondern auch viele hunderttausend Motoren, Getriebe, Lenkungen und Achsen. Das sichert Arbeitsplätze hier in Deutschland. Auch deshalb entscheidet sich die Zukunft von Volkswagen immer mehr in China, Russland, Indien, den USA und Südostasien.

SPIEGEL: Dass VW in Europa unter Druck steht, zeigen die Rabatte, die nicht irgendwelche schwarzen Schafe unter den Händlern geben, sondern Volkswagen selbst anbietet. Sondermodelle des Polo gibt es mit einem Rabatt von 2780 Euro, beim Tiguan sind es 2690 Euro, beim Sharan 3210 Euro. Für den Transporter Multivan gibt es einen Nachlass von 3200 Euro und „zusätzlich 1000 Euro Rabatt pro Kind“.

Winterkorn: Natürlich versuchen wir genauso wie unsere Wettbewerber, unsere Marktposition in Europa durch Sondermodelle weiter zu stärken. Diese Krise hier ist ein Härtetest für alle Hersteller. Aber wir gehören nicht zu den Rabatttreibern.

SPIEGEL: Konkurrenten wie Fiat, Opel und Peugeot sind stark auf Europa beschränkt. Sie leiden hier unter hohen Verlusten. Dem VW-Konzern geht es wegen seiner Erfolge in Wachstumsmärkten insgesamt sehr gut. Da liegt der Verdacht nahe, dass Volkswagen mit den Rabatten die Wettbewerber aus dem Markt drängen will. Fiat-Chef Sergio Marchionne warf Ihnen vor, VW wolle ein „Blutbad“ anrichten.

Winterkorn: Wir wollen niemanden an die Wand drücken. Aber wir müssen uns auch nicht dafür schämen, dass wir mit unseren Autos erfolgreich sind. Jetzt zahlt es sich aus, dass wir inzwischen über ein Baukastensystem verfügen, mit dem wir die unterschiedlichsten Modelle unserer Marken auf einer technischen Basis produzieren können. Diese Autos sehen völlig unterschiedlich aus und fahren sich auch völlig unterschiedlich. Aber die Einzelkosten werden um 20 Prozent sinken, die Fertigungszeit verringert sich noch stärker. Das gibt uns den Spielraum, in Innovationen sowie neue Technologien zu investieren und auch mit Sondermodellen gutes Geld zu verdienen.

„Der Job ist schon aufreibend. Aber die Aufgabe macht mir auch unendlich Spaß.“

SPIEGEL: Volkswagen wird auch in Frankreich mittlerweile als Aggressor betrachtet. In „L’Express“ erschien ein Artikel über den Expansionskurs des VW-Konzerns mit der deutschen Überschrift: „Volkswagen über alles“.

Winterkorn: Ja, das ist mir bewusst, und das macht mir Sorgen. Aber nehmen Sie Italien. Die Italiener haben tolle Marken wie Lancia und Alfa Romeo. Vor zehn Jahren wurden dort noch über eine Million Autos im Jahr gebaut, jetzt sind es nur noch 400 000. Für diesen Niedergang kann man uns doch nicht ernsthaft verantwortlich machen.

SPIEGEL: Können Sie angesichts der Krise in Europa Ihr Ziel noch erreichen, den VW-Konzern bis 2018 zum größten Autohersteller der Welt zu machen?

Winterkorn: Wir stehen zu diesem Ziel. Wir sind immer davon ausgegangen, dass das Wachstum nicht primär in Europa stattfindet, sondern in China, Russland, Süd- und Nordamerika. Aber wir müssen auch dort noch härter kämpfen. Wenn eines unserer Modelle in Deutschland einen Autotest verliert, bin ich sofort am Telefon und will wissen: Was war da los? Den gleichen Einsatz müssen wir auch in allen anderen Märkten zeigen. Auch dort gilt es, Schwächen abzustellen.

SPIEGEL: Ein Wachstumssegment in diesen Märkten sind die sogenannten Billigautos, Fahrzeuge für weniger als 8000 Euro. Der VW-Konzern hat kein Angebot in dieser Klasse. Wann ändern Sie das?

Winterkorn: Das ist noch nicht endgültig entschieden. Aber es läuft darauf hinaus, dass wir ein Budget-Car in der Preisklasse zwischen 6000 und 7000 Euro entwickeln werden. Allein in China können über drei Millionen Fahrzeuge im Jahr in diesem Segment verkauft werden. In Indien sind es eine Million. Auch Afrika ist ein vielversprechender Markt.

SPIEGEL: Volkswagen kann vieles, ein billiges Auto entwickeln bislang aber nicht. Wie soll das gelingen?

Winterkorn: Wir müssen sicher neue Wege beschreiten. Die Grundsatzentwicklung wird in Deutschland gemacht: Wie sieht das Auto aus, welche Motoren hat es? Aber dann wird es in China zusammen mit einem unserer Partner weiterentwickelt und ab 2015 gebaut werden.

SPIEGEL: Es gibt noch eine weitere Herausforderung: das Thema Benzin sparen. Die EU bereitet eine gesetzliche Regelung vor, wonach die Automobile eines Herstellers bis 2020 im Schnitt nur noch 95 Gramm CO_2 ausstoßen dürfen, das sind weniger als vier Liter Benzin auf 100 Kilometer. Kann VW das schaffen?

Winterkorn: Das ist extrem ehrgeizig. Aber wir nehmen diese Herausforderung an. Der Volkswagen-Konzern wird das 95-Gramm-Ziel bis 2020 schaffen. Wir erwarten allerdings, dass Elektrofahrzeuge und Plug-in-Hybride bei der Berechnung berücksichtigt werden, wie das in den USA und China auch der Fall ist.

SPIEGEL: Ihr Vertrag läuft bis 2016, dann wären Sie 68. Wollen Sie ihn noch mal verlängern, Rente mit 70?

Winterkorn: Der Job ist schon aufreibend. Wir sind beispielsweise vor kurzem an einem Sonntag nach Detroit zur Auto-Show geflogen. Montagnachmittags ging es weiter nach Mexiko zur Eröffnung unserer neuen Motorenfabrik. Dienstagmorgens sind wir in Wolfsburg gelandet zur Vorstandssitzung. Am Nachmittag sind wir nach Schweden geflogen, wo wir neue Modelle getestet haben. Aber die Aufgabe macht mir auch unendlich Spaß. Ich werde sie sicher noch eine Weile ausüben, solange ich mich fit fühle. Die nächste Generation des Golf …

SPIEGEL: … die 2018 auf den Markt kommen soll …

Winterkorn: … will ich schon noch entscheidend mitprägen.

SPIEGEL: Herr Winterkorn, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



STEFAN THOMAS KROEGER / DER SPIEGEL

Winterkorn, SPIEGEL-Redakteure*: *„Härtetest für alle“*

* Dietmar Hawranek und Armin Mahler in der Wolfsburger VW-Zentrale.

WECHSELKURSE

Mitten im Schlachtfeld

Notenbanken in aller Welt schwächen ihre Währung, um der Wirtschaft zu helfen. Frankreichs Präsident Hollande will auch den Kurs des Euro drücken.

Der Milliardär George Soros und der französische Staatspräsident François Hollande, laut Parteibuch Sozialist, sind sich einig: Die Welt steht vor einem Währungskrieg. Und Europa droht dabei unterzugehen.

Die Europäer sollen endlich mit voller Kraft in die Schlacht ziehen, findet Soros, der sein Vermögen unter anderem mit Wetten gegen das britische Pfund machte. „Europa ist ein Außenseiter“, ätzte der 82-Jährige kürzlich bei einem Dinner im schweizerischen Davos zwischen Vorspeise und Hauptgang. Und zwar deshalb, weil die Europäische Zentralbank (EZB) sich als letzter Vertreter einer veralteten Notenbankpolitik geriere.

Hollande sagt es weniger deutlich, meint aber das Gleiche. „Eine Währungszone muss eine Wechselkurspolitik haben, ansonsten wird sie mit einem Wechselkurs enden, der nicht dem wirklichen Zustand seiner Volkswirtschaft entspricht“, erklärte der Sozialist vergangene Woche vor dem EU-Parlament in Straßburg.

Der Adressat dieser Sätze sitzt in Frankfurt am Main, es ist Mario Draghi, der Präsident der EZB. Er soll, so Hollandes Botschaft, den Kurs des Euro schützen. Tatsächlich gerät der Notenbankchef unter Druck. Quantitative Lockerung heißt die neueste Mode in der internationalen Finanzwelt, bei der er nicht so recht mitmachen will: Zentralbanker kaufen ihrer Regierung für Hunderte Milliarden Staatsanleihen und andere Wertpapiere ab und pressen über niedrige Zinsen riesige Geldmengen ins Finanzsystem. So wollen sie die heimische Wirtschaft ankurbeln und die eigene Währung billig halten, damit der Export boomt. Nur so könnten die Staaten aus ihren hohen Schulden herauswachsen, glaubt Soros.

Doch wer seinen Wechselkurs künstlich nach unten drückt, verschafft sich Wettbewerbsvorteile auf Kosten anderer. Wenn die wiederum ihre Währung manipulieren, droht eine Schlacht, die am Ende nur Verlierer kennt.

Am aggressivsten ging bisher Japan vor. Notenbankchef Masaaki Shirakawa kündigte jetzt unter dem Druck einer neuen Regierung an, künftig unbegrenzt Staatsanleihen und Wertpapiere aufzukaufen. Das Land sei dabei, die Geldpolitik „mutig umzubauen“, erklärte Premier Shinzo Abe die Maßnahme feierlich. Tatsächlich hat der Yen in den vergangenen zwei Monaten zwölf Prozent an Wert gegenüber dem Dollar verloren.

Doch auch die US-Notenbank Fed druckt seit der Finanzkrise in bisher unvorstellbarem Ausmaß Geld: Unter den Kürzeln QE 1 und QE 2 pumpte sie über eine Billion Dollar in die Wirtschaft.

China verteidigt seine Währung schon seit Jahren über die Kopplung des Wechselkurses an den Dollar, die Schweizer Notenbank lässt eine Aufwertung des Franken nur noch bis zu einer bestimmten Grenze zu, weil Investoren das Geld der Eidgenossen seit Ausbruch der Staatsschuldenkrise in Europa als eine der letzten sicheren Währungen betrachteten.

So rolle ein „Tsunami“ des billigen Geldes über die Welt, erklärte die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff schon vor einem Jahr. Für Schwellenländer wie Brasilien sind die Folgen katastrophal, weil ihre Waren auf den Weltmärkten immer teurer werden.

Doch auch Europa könnte zu den großen Verlierern gehören. Denn seit sich die Euro-Krise ein wenig beruhigt hat, steigt der Kurs der Gemeinschaftswährung – und gefährdet damit die wirtschaftliche Erholung in den Krisenländern. Auch die Bemühungen, die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft zu steigern, könnten zerstört werden, warnt Hollande.

Nur: Wie soll sich Europa wehren? Zentralbanken, so besagt es die reine Lehre, sollen eigentlich Inflation bekämpfen. Doch je mehr Geld sie drucken, desto weniger sind die einzelnen Scheine irgendwann wert – diese schmerzliche Erfahrung hat vor allem Deutschland im vergangenen Jahrhundert machen müssen. Besonders laut warnt deshalb auch Bundesbank-Chef Jens Weidmann vor einer „Politisierung“ der Wechselkurse und vor „bedenklichen Übergriffen“.

Auch EZB-Boss Draghi will bei dem internationalen Wettlauf um die günstigste Währung nicht mitmachen. Zwar hat auch die EZB, zu Weidmanns Entsetzen, in der Finanzkrise bereits mehrfach Programme zum Kauf von Staatsanleihen aufgelegt. Doch im internationalen Vergleich wirken sie mickrig – und weiter will Draghi offenbar nicht gehen. Er sehe keinen Anlass für einen Kurswechsel, sagt er, „nur weil andere Notenbanken sich ändern“.

Andererseits: Wer mitten im Schlachtfeld steht, muss sich irgendwann zwangsläufig verteidigen. „Sonst würde der Euro-Kurs explodieren“, sagt Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Commerzbank. Ufern die Kämpfe aber aus, kann es nur Verlierer geben. „Wir würden einen internationalen Abwertungswettlauf erleben“, warnt Krämer. „Das würde zwangsläufig einhergehen mit immer höheren Inflationsraten und einer beschädigten Weltwirtschaft.“

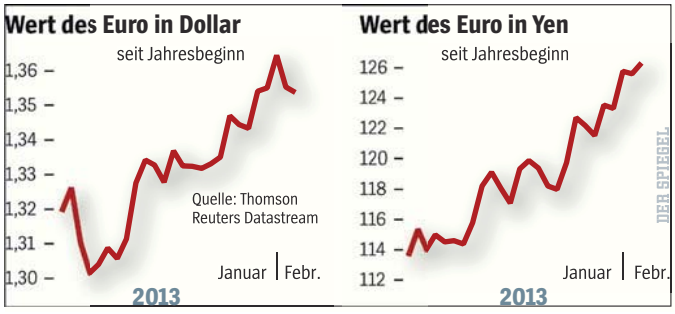
Es gibt wohl nur eine Lösung für das Problem. Ein internationales Friedensabkommen. Zwischen den Generälen dieses neuen Krieges – den internationalen Notenbankern.

MARTIN HESSE, ANNE SEITH



CHRISTOPHE KARABA / PICTURE ALLIANCE / DPA

Staatschef Hollande, EZB-Chef Draghi: *„Bedenkliche Übergriffe“*



Den SPIEGEL für einen Freund, eine Prämie für Sie!



NOKIA Lumia 820 – 8 GB

Alle aktuellen Informationen und Nachrichten immer auf einen Blick. Schnelle Benutzeroberfläche dank neuer Prozessor-Generation und High-Speed-Internet dank LTE mit bis zu 100 MBit/s. Inkl. aller bekannten Microsoft-Office-Programme und zahlreicher Funktionen. Wahlweise in Schwarz oder Weiß.
Zuzahlung: nur € 349,–

NEU



Maxi-Cosi Rodi XP – schwarz

Geeignet für Kinder von 3,5 bis 12 Jahren (15–36 kg). Mit Standard-Dreipunktgurt-Befestigung, kinderfreundlicher Kopfstütze, breiter Sitzfläche und Gurthaken. Maße (B x H x T): ca. 68 x 46 x 40 cm.
Ohne Zuzahlung

NEU

PHILIPS 5.1 3D Blu-ray Heimkino-System „HTB3560“

Modernes Design, großartiger Sound. Heimkino-System mit exponierten Lautsprechern für einen leistungsstarken Surround Sound, Full HD 3D Blu-ray und Wi-Fi ready. EasyLink zur Steuerung aller HDMI-CEC-Geräte über eine einzige Fernbedienung und Music iLink für das Musikabspielen von Ihrem iPod oder MP3-Player. Leistung: ca. 300 Watt.
Zuzahlung: nur € 79,–



Telefon 040 3007-2700
Aktionsnummer SP13-108

Fax 040 3007-857085
Einfach Coupon ausschneiden und faxen

www.spiegel.de/praemien
Weitere Prämien im Internet

Coupon senden an:
DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg



ODYS LOOX PLUS Tablet-PC – ohne Vertrag

7"-Tablet-PC mit Betriebssystem Google Android 4.0 und 1,2-GHz-Prozessor. Mit integrierter Kamera, 4 GB internem Speicher, Mikrofon, Lautsprecher, WLAN und G-Sensor. Gewicht: ca. 335 g. Inkl. USB-Kabel, Ladegerät und Anleitung.
Ohne Zuzahlung



BestChoice-Universalgutschein € 80,–

Machen Sie sich mit diesem Universalgutschein im Wert von € 80,– eine Freude. 200 Handelspartner mit über 25 000 Filialgeschäften oder Online-Shops stehen zur Auswahl – von Alessi über Ikea bis zu Karstadt u. v. m.



Geldprämie € 75,–

Nichts Passendes dabei? Dann sichern Sie sich jetzt Ihre Gutschrift: Für jeden Leser, den Sie werben, überweisen wir Ihnen € 75,– direkt auf Ihr Konto!



TEASI one – Fahrrad- und Wandernavigation

Ideal für alle Radfahrer, Wanderer, Fußgänger und Geocacher. Das große transflektive 3,2"-Display hat eine optimale Lesbarkeit – bei Dunkelheit sowie im prallen Sonnenlicht. Mit integriertem Tripcomputer inkl. GPS-Kompass, individueller Streckenwahl, profilabhängigem Routing u. v. m. Akkulaufzeit ca. 10–12 Stunden.
Ohne Zuzahlung

B&F + Borken

Ihre Vorteile im Überblick:

- ☑ **Wunschprämie für den Werber**
- ☑ **Der Abonnent zahlt zurzeit nur € 4,– statt € 4,20 pro Ausgabe**
- ☑ **SPIEGEL und KulturSPIEGEL bequem frei Haus**

Digitalen SPIEGEL mitbestellen:



Der digitale SPIEGEL – nur € 0,50 pro Ausgabe für SPIEGEL-Leser

- ▶ Schon sonntags ab 8 Uhr
- ▶ Mit zusätzlichen Hintergrundberichten, Videos, interaktiven Grafiken u. v. m.
- ▶ Einfach kostenlose DER SPIEGEL-App installieren, einmal anmelden und auf jedem Gerät lesen
- ▶ Optimiert für Windows 8, Android, iPad/iPhone, Kindle und PC/Mac

Noch heute antworten und Wunschprämie sichern!

Der neue Abonnent liest den SPIEGEL für mindestens ein Jahr für zurzeit € 4,– statt € 4,20 im Einzelkauf (beim Upgrade inkl. des digitalen SPIEGEL zusätzlich € 0,50 pro Ausgabe). Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraums gekündigt wird. Der Werber erhält die Prämie ca. vier Wochen nach Zahlungseingang des Abonnementbetrags durch den neuen Abonnenten. Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Bei Sachprämien mit Zuzahlung zzgl. € 2,– Nachnahmegebühr. Dieses Angebot gilt nur in Deutschland.

☐ Frau ☐ Herr **Ich abonniere den SPIEGEL zum Vorzugspreis:**

Name, Vorname

Telefon (für eventuelle Rückfragen)

Straße, Hausnummer

Ich zahle bequem per Bankeinzug.
DER SPIEGEL vierteljährlich: € 52,–
Digitale Ausgabe halbjährlich: € 13,–

Geburtsdatum 1 9

PLZ | Ort

BLZ | Konto-Nr.

☐ **Ja, ich möchte zusätzlich den digitalen SPIEGEL für nur € 0,50 pro Ausgabe beziehen.** SD13-014

Geldinstitut, Ort

E-Mail (Pflichtfeld für Abonnenten der digitalen Ausgabe)

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

Eine Belehrung über Ihr Widerrufsrecht erhalten Sie in der Auftragsbestätigung und unter www.spiegel.de/widerrufsrecht

☐ **Ja, der neue Abonnent möchte auch von weiteren Vorteilen profitieren. Deshalb ist er damit einverstanden, dass der SPIEGEL-Verlag, die manager magazin Verlagsgesellschaft oder die New Scientist Deutschland GmbH ihn künftig per Telefon und/oder E-Mail über weitere interessante Medienangebote informieren.**

Wenn Sie künftig unsere Angebote nicht mehr erhalten möchten, können Sie bei uns der Verwendung Ihrer Daten widersprechen.

Ich bin der Werber und erhalte folgende Prämie: SP13-108

NOKIA Lumia 820 – 8 GB Zuzahlung: € 349,–
☐ Schwarz (4474) ☐ Weiß (4475)

☐ Maxi-Cosi Rodi XP (4156)

☐ PHILIPS Heimkino-System (4478) Zuzahlung: € 79,–

☐ Geldprämie € 75,– (1684)

☐ ODYS LOOX PLUS Tablet-PC – ohne Vertrag (4223)

☐ BestChoice-Universal-gutschein € 80,– (2009)

☐ TEASI one – Fahrrad- und Wandernavigation (4227)

Bitte überweisen Sie die Geldprämie auf mein Konto:

BLZ | Konto-Nr.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ | Ort

Geldinstitut, Ort



PHILIPP SCHULZE / PICTURE ALLIANCE / DPA

Biobauer auf Geflügelhof bei Uelzen
„Gruß aus der Fleischbranche“

LANDWIRTSCHAFT

Kulturkampf auf dem Dorf

In Niedersachsen nimmt die Auseinandersetzung um die Agrarindustrie militante Züge an. Selbst die Kirchen haben sich mittlerweile eingeschaltet.

Es war schwere Kost, die Prälat Peter Kossen den Kirchgängern in Lohne vor einigen Wochen auftischte. Nach einem kurzen Schlenker zum heiligen Martin kam der Gottesmann in seiner Predigt auf irdische Ärgernisse: „Erschreckende Menschenverachtung“ mache sich in Niedersachsens Mästerhochburgen breit, so Kossens Beobachtung.

Rund um die Schlachthöfe im Raum Cloppenburg und Vechta agierten Firmen mit „mafiösen Strukturen“. Selbst bislang unbescholtene Bürger „verdienen kräftig mit“, indem sie bulgarischen und rumänischen Migranten „abbruchreife Häuser“ zu Wucherpreisen vermieten.

Kossen, ein Kind der Region und eigentlich ein Mensch leiser Töne, war damit noch nicht fertig. Mitarbeiter hatten ihm von Schichtarbeiterinnen erzählt, die sich zu dritt ein und dasselbe Bett teilen mussten. „Moderne Sklaverei“, befand Kossen. Zwei Tage später lag ein abgezogenes Kaninchen vor der Tür des Prälaten. Der Kopf hing noch dran.

Der „Gruß aus der Fleischbranche“ (Kossen) ist der jüngste Höhepunkt einer hitzig geführten Debatte um die Zukunft der Landwirtschaft. Sogar Stallneubauten sind schon angezündet worden.

Und nirgends gärt es derzeit so sehr wie in Niedersachsen, dem Mekka der Mäster, wo sich Feinde und Freunde der Massentierhaltung unversöhnlich gegenüberstehen.

Bisher päppelten Politiker – ob rot oder schwarz – Niedersachsens Fleischbranche im Übermaß. In keinem anderen Bundesland koppelten sie EU-Mittel so einseitig an Größenwachstum und Wettbewerb. Nirgendwo sonst verfing das Großbauernmotto „Wachsen oder weichen“ so wie zwischen Cuxhaven und Göttingen.

Nur: Welchen Preis hat dieses Wachstum? Ewig stinkende Felder, nitratgeschwängertes Grundwasser und Scharen von Billiglohnmigranten – das sind die Kehrseiten der deutschen Fleischwirtschaft. Da sie längst mehr Schweine und Hühner produziert, als wir essen, will sie jetzt auch den Weltmarkt beglücken. Zunehmend haben Anlieger diese Art der Landwirtschaft satt, wollen sich „Schweinegeld für Investoren“ und eine „versaute Umwelt“ durch Megamastställe nicht mehr bieten lassen.

Eine Anleitung zum Ungehorsam gibt’s bereits online, vom Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“. 180 Initiativen gegen Großstall-Vorhaben wurden inzwischen gegründet, die meisten davon in Niedersachsen, wo sich längst auch CDU-Bürgermeister in den Protest einreihen. „40 Anlagen sind bereits verhindert“, so die Berechnung von Netzwerksprecher und Widerstandsberater Eckehard Niemann.

Wie groß die Vorbehalte gegen neue Industrieställe sind, spüren inzwischen auch Branchengrößen wie Broiler-König Franz-Josef Rothkötter. Sein neuer, mit 6,5 Millionen Euro subventionierter Schlachthof in Wietze bei Celle ist nicht ausgelastet. Ihm fehlen Mäster und Ställe.

Dem Landvolk, der größten niedersächsischen Bauernvertretung, werden die Proteste allmählich unheimlich. Im Gegensatz zum konservativen Traditionsverband sind Niemann & Co. zahlenmäßig zwar Zwerge. Ihre Wirkung ist jedoch enorm.

Als zu Erntedank auch evangelische Pastoren in die Kritik einstimmten und fragten, wofür angesichts fragwürdiger und minderwertiger Produkte überhaupt noch gedankt werde, forderte die alarmierte Verbandsspitze ihre Mitglieder zum Beichten auf: „Ungerechtfertigte und überzogene Kritik“ von Kirchenvertretern sei bitte zu melden.

Das sei ein „Aufruf zur Denunziation“, kritisierte Christian Meyer von den Grünen. Mit ihm könnten es die Bauernvertreter bald als neuem Landwirtschaftsminister zu tun bekommen.

Landvolk-Präsident Werner Hilse wiegelt ab: Die Kirche könne eben nicht jeden Pastor im Griff haben. Mit dem Hannoveraner Bischof Ralf Meister aber bestehe Einigkeit, dass alles im Prinzip nur eine Frage des Stallmanagements sei. Wenn Hilse da mal nicht irrt.

Angesichts der über 250 Millionen Tiere, die pro Jahr in Niedersachsen geschlachtet werden, sagt Meister: „Wir sind in Dimensionen, da geht es nicht mehr verantwortlich.“ Offenbar existiert „kein Gott für arme Säue“, wie die „taz“ titelte.

Die Einmischung der Kirchen hat den Kulturkampf auf dem Dorf jedenfalls noch befeuert. „Die Predigt von Peter Kossen, die war Gold wert“, sagt etwa Matthias Brümmer von der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten. Er verfolgt seit Jahren, wie auf Schlachthöfen die Stammbelegschaft abgebaut und durch vermeintlich selbständige Werkvertragsnehmer ersetzt wird. „Legalen Sozialbetrug“ hat Kossen das genannt. Immerhin wollen die Landkreise Vechta und Cloppenburg nun neue Mindest-Wohnstandards durchsetzen.

Und die Bauernlobby? Arbeitet weiter an ihrer Kommunikationsstrategie. Nach der Politik und der Kirche scheint allerdings nicht mal mehr auf die Schulbuchverlage Verlass.

„Bitte melden Sie uns problematische Darstellungen moderner Landwirtschaft“, bat das Landvolk seine Mitglieder. Anlass für die Ermittlungen war der Hinweis einer Bäuerin. Ihr war eine „extrem diskriminierende“ Beschreibung in einem Deutschbuch aufgefallen. Das vermeintlich tendenziöse Kapitel begann mit einem Lied über die Würde des Schweins. Von Reinhard Mey.

NILS KLAWITTER

DIE NEUE MYSTERY-CRIME-SERIE



ENDE GUT, ALLE TOT

GRIMM

MONTAG, 18.2. – 20:15 UHR

AB 25.2.
JEDEN MONTAG, 21:15 UHR

VOX

vox.de



Arbeiter auf dem Schiffsfriedhof im indischen Alang

JASON EDWARDS

SCHIFFFAHRT

Gefragter Schrott

Das Geschäft der Abwrackwerften in Südasien boomt. Der Schutz der Umwelt und das Leben der Werftarbeiter zählen dort wenig.

Wie ein Skelett liegt die einstige „Exxon Valdez“ am Strand der indischen Küstenstadt Alang. Von der schwarz-roten Stahlwand stehen nur noch wenige Meter, der Bug ist schon fort. Mit Schneidbrennern rücken die Werftarbeiter dem 34 000 Tonnen schweren Stahlkoloss zu Leibe, wie Ameisen, die sich über ein totes Tier hermachen.

Noch rund zwei Wochen, dann wird nichts mehr übrig sein von dem einstigen Schreckenstanker, der 1989 die größte Ölkatastrophe der USA verursachte. Über 41 Millionen Liter Öl flossen damals in den Prince William Sound vor Alaska. Die „Exxon Valdez“ wurde nach dem Unglück zum Erzfrachter umgebaut und zuletzt in „Oriental N“ umgetauft. Die indische Abwrackfirma Priya Blue kaufte den Frachter im vergangenen Frühjahr für 16 Millionen Dollar – um ihn zu verschrotten.

Am 2. August wurde das Schiff bei Hochwasser auf den Strand von Alang gesetzt. Dort, auf dem größten Schiffsfriedhof der Welt, zerlegen es jetzt über 300 Werftarbeiter, für ein paar Rupien am Tag.

Als bekannt wurde, dass das Skandalschiff seine letzte Ruhe in Alang finden soll, war der Aufschrei groß. Zwar enthält es nicht mehr Giftstoffe als andere Schiffe, doch Umweltschützer nutzten die Prominenz des früheren Tankers, um vor dem Obersten Gerichtshof gegen seine Einfuhr zu klagen – ohne Erfolg.

Der Prozess hat noch einmal die katastrophalen Zustände in vielen Billiglohnwerften Südasiens ans Licht gebracht, in denen die alten Schiffe abgewrackt und ausgeweidet werden. Erst im Oktober starben sechs Arbeiter bei einem Feuer in Alang, als sie den Öltanker „Union Brave“ am Strand auseinandernahmen. Einer von ihnen hatte mit dem heißen Schneidbrenner eine Leitung getroffen, in der noch Öl stand.

In Pakistan kamen 2011 mehr als 20 Werftarbeiter ums Leben, über 150 wurden verletzt. Und allein im indischen Alang sind seit 2001 173 Arbeiter auf den über 170 Werften gestorben, erschlagen von herunterfallenden Stahlteilen oder verbrannt bei Explosionen. Zum Teil kraxeln die Arbeiter barfuß über die Schiffe. Giftiger Müll wird oft am Strand verbrannt.

Das Geschäft der „Eisenfresser“, wie die Abwracker genannt werden, boomt, nicht nur in Indien. Die globale Schifffahrtskrise zwingt die Reeder, ihre Flotte auszudünnen, ältere Schiffe sind nicht mehr rentabel. 2012 wurden weltweit mehr als tausend Schiffe verschrottet, so viele wie nie zuvor. Allein in Indien landeten 527, gefolgt von Bangladesch, Pakistan und China. Die teuren Stahlriesen werden inzwischen zum Teil schon nach 15 Jahren aus dem Verkehr gezogen.

Auch Europas Reeder verklappen ihre Schrottschiffe bevorzugt in Südasien, wo Umwelt- und Arbeitsschutz wenig gelten, der Stahl dafür umso mehr. Rund 400 Dollar pro Tonne Schiff zahlen die Abwracker, der hochwertige Schiffsstahl ist eine begehrte Ressource. Indien deckt bereits neun Prozent seiner Stahlnachfrage aus dem Schiffsrecycling.

Die sechs Kilometer lange Straße zum größten Schiffsfriedhof der Welt gleicht einem riesigen Basar. Töpfe, Betten, Fernseher – alles, was die Mannschaften der abgewrackten Schiffe einmal an Bord benutzt haben, wird hier gestapelt und geschichtet.

Was sich nicht mehr verkaufen lässt, verbrennen die Händler einfach: alte Batterien etwa oder angebrochene Farbtöpfe. Ätzender Rauch wabert über die Straße, hinzu kommen die Abgase der Laster, die hier vorbeidonnern, beladen mit Stahlteilen der zerlegten Schiffe.

Ein Schild am Ende der Straße begrüßt Besucher in der „Schiffs-Recycling-Werft Alang Sosiya“. Für Journalisten endet die Reise an einem von Polizisten bewachten Checkpoint. Seit Reporter in den neunziger Jahren erstmals über Umweltverschmutzung und sklavereiähnliche Arbeitsbedingungen berichteten, bemüht sich die Obrigkeit des Bundesstaats Gujarat, negative Berichte zu unterdrücken. Seit dem jüngsten Unfall auf der „Union Brave“ patrouillieren Streifenwagen zwischen den angrenzenden Baumwollfeldern, damit sich Schaulustige nicht der hohen Mauer nähern, die den Strand abriegelt.

Auch Chetan Patel kann man nicht in seinem Betrieb am Strand besuchen, sondern nur in einem nahen Hotel. Patel ist Chef des Abwrackers Shree Ram, eines der größten Betriebe vor Ort. Er gehört zu jenen reich gewordenen Bossen, die Alang gern vom Schmuddel-Image befreien würden und sich um bessere Arbeitsbedingungen bemühen.

Asbest werde bei ihm fachgerecht entsorgt, versichert Patel, Maschinenöl in spezielle Tanks abgelassen und radioaktives Material, etwa aus Rauchmeldern, sicher entfernt. Prüfen lässt sich das indes nicht.

Vor kurzem hätten japanische Investoren den Indern vorgeschlagen, in Alang feste Docks zu bauen, um das umstrittene Zerlegen am Strand zu beenden, sagt er. Doch er und seine Nachbarn haben ihre Parzellen dort nur für ein halbes Jahr vom Staat gemietet. Alle sechs Monate müssen sie ihre Verträge verlängern lassen. „Welcher Unternehmer wäre da bereit, mehrere Millionen Dollar in neue Anlagen zu investieren?“, fragt Patel.

Seine Werft hat einen „grünen Pass“, der die Einhaltung von Iso-Normen bestätigt. Auch andere Betriebe in Alang würden auf umweltverträglichere Methoden umstellen, das Bewusstsein wachse. Doch einen gültigen internationalen Standard für das Abwrackgewerbe gibt es bis heute nicht.

„Von allen Recyclern in Alang kann wahrscheinlich jeder zweite irgendein Zertifikat vorlegen“, sagt Gerd Leopold. Von seinem Büro in Winsen an der Luhe bei Hamburg aus kauft Leopold für den indischen Schiffsrecycler und -händler Priya Blue Frachter und Tanker auf, auch den Erwerb der früheren „Exxon Valdez“ wickelte er ab. Priya Blue zähle zu den „führenden Green Recyclern“ in Alang, sagt Leopold. Aber Reeder, die an Umweltschutz und Sicherheit ernsthaft interessiert seien, würden ihr Gewissen nicht mit Papier beruhigen, sondern die Werften selbst in Augenschein nehmen oder dafür Experten engagieren.

Den Umweltingenieur Henning Gramann etwa. Er untersucht im Auftrag von Reedern und Werften Schiffe auf Schadstoffe. Vor allem bei skandinavischen Eignern wachse die Bereitschaft, für eine saubere Entsorgung auf Geld zu verzichten, doch für das Gros der Branche gilt das nicht: „Viele Reeder haben finanzielle Sorgen, da steht freiwilliger Umweltschutz nicht ganz oben auf der Liste.“

Dabei ist die gängige Verschrottungspraxis auf dem Papier längst illegal. Weil sich an Bord fast immer Asbest, PCB, Ölreste oder Schwermetalle finden, behandelt die Basler Konvention Schiffe wie jeden Giftmüll: Der Export in Staaten, die nicht der OECD angehören, ist verboten. Reeder, die ihre Dampfer etwa nach Indien zum Zerlegen bringen wollen, müssten die Erlaubnis der Behörden einholen und versichern, dass alle Giftstoffe entfernt worden seien. „Das geht gar nicht, weil ein Schiff ohne Treib- und Schmierstoff nicht mehr fährt“, sagt Gramann.

Die Konvention ist in der Praxis ohnehin untauglich, sie ist schlicht nicht durchsetzbar, wenn die Entscheidung, ein Schiff zu verschrotten, auf See jenseits nationaler Hoheitsgewässer fällt. Die meisten Schiffe treten ihre letzte Reise daher mitten auf dem Ozean an. Abhilfe sollte die „Hong Kong Convention“ schaffen. Das Abkommen erlaubt den Export, aber nur unter Auflagen: Jedes Schiff muss eine Gefahrstoffliste an Bord haben, jede Werft einen Recyclingplan erstellen, um das wahllose Auseinanderreißen der Schrottdampfer zu verhindern. Die Konvention wurde 2009 verabschiedet – und bisher von keinem Land ratifiziert.



JIA LEI / IMAGINECHINA / DER SPIEGEL

Werftbetreiber Yang
Keine Chance gegen Indiens Billiglöhne

Die EU-Kommission hat daher im März 2012 eine eigene, schärfere Verordnung vorgeschlagen, um Reeder und Werften in die Verantwortung zu zwingen. Schiffe unter europäischer Flagge dürften danach nur noch auf Werften entsorgt werden, die es auf eine „grüne Liste“ der EU geschafft haben. Die Schrottwerften müssten befestigte Kais oder Docks vorweisen und Sondermülldeponien. Überwachen sollen das nicht lokale Behörden, sondern internationale Inspektoren im EU-Auftrag.

Nicht nur die Reederlobby protestiert. Auch in den Abwrackländern regt sich Unmut, vor allem in China. Das Land sieht sich als Vorreiter beim „grünen“ Recycling. Wenn erst die Hong Kong Convention in Kraft ist, hofft man hier auf einen Vorsprung vor der Billigkonkurrenz.

Eifrig schaffen die Chinesen, bisher Nummer eins im Schiffbau, nun Abwrackbetriebe. Doch einseitige EU-Vorgaben „werde ich nicht akzeptieren, unser Staat wird sie nicht akzeptieren“, sagt Xie Dehua, Präsident des chinesischen Abwrackverbands. Die EU wolle immerhin ihren Schrott loswerden. Das ist indes nur Teil der Wahrheit. Chinas Abwracker haben viel Geld in neue Anlagen investiert, aber der Stahlpreis im Land sinkt, die Werften müssen um jedes Schiff kämpfen.

Yang Guiwang ist Chef der Tianjin-Tianma-Werft. Der Staatsbetrieb ist vor kurzem umgezogen, direkt ans Gelbe Meer. Mehr Platz, längere Piere, größere Kräne – nach drei Monaten war die Industriebrache in eine fertige Werft verwandelt.

An der Pier liegen vier rostige Ozeanriesen, einer davon, die 1982 in Deutschland gebaute „Direktor“, ist schon weitgehend entkernt. Um den Austritt von Öl zu verhindern, läuft ein schwimmender Plastikring um den Schiffsrumpf. Was von dem Kühlfrachter übrig ist, liegt sortiert auf sechs fußballfeldgroßen Betonquadraten: Stahltrümmer, Motorenteile, Metallreste. Die Arbeiter tragen Helm. Wenn Giftstoffe wie Asbest beseitigt werden, sagt Yang, rückten sie mit Schutzanzügen und Gasmasken an.

Doch Yang hat ein Problem: Gegen Indien mit seinen niedrigeren Löhnen kommt er nicht an. „Ein Freund von mir ist chinesischer Reeder“, sagt er. „Um eines seiner Schiffe habe ich wochenlang verhandelt. Ich bot ihm am Ende 352 Dollar pro Tonne, der Inder bot 357 Dollar. Ich habe den Kürzeren gezogen.“

Isabell Hülsen, Wieland Wagner, Bernhard Zand

LIFESTYLE

Buchen sollst du suchen

Flackernde Kaminfeuer sorgen für Gemütlichkeit. Doch der Boom befeuert auch die Preise für Brennholz.

Wer Waldspaziergänge liebt, ist es gewohnt, auf Jogger, Pilzsammler oder auch mal auf ein Reh zu treffen. In Ahrensbök jedoch, einer idyllisch gelegenen Gemeinde in Ostholstein, poltern neuerdings regelmäßig Streifenwagen durchs Gehölz. Die Ordnungshüter fahnden nach Brennholzräubern.

„Das sind keine Einzelpersonen, die sich mal eben was einpacken“, sagt Forstingenieur Eckehard Heisinger, „das sind gut organisierte Banden. Eine Holzmafia.“ Die Räuber kommen meist nachts im Lkw und klauen die Drei-Meter-Stücke, die die Försterei am Wegesrand für die zahlende Kundschaft lagert. „Es geht eindeutig um Brennholz“, sagt der Förster. Der Verlust geht in die Hunderttausende. Nicht nur in Ahrensbök.

Angesichts der enormen Nachfrage ist der Holzklau lukrativ geworden, denn Deutschland heizt sich kräftig ein – und befeuert damit auch die Preise. Bereits ein Viertel aller Haushalte wärmt sich zumindest zeitweise am Holzofen.

2011 wurden über 400 000 Öfen verkauft. Rund 180 000 Pelletheizungen bringen die deutsche Seele auf Temperatur, auch wenn die Hightech-Geräte weniger gemütlich im Keller stehen und nicht im Wohnzimmer. Vor 15 Jahren gab es noch fast keine.

Besonders Großstädter holen sich die Lagerfeuerromantik mit wachsender Begeisterung zurück in ihre genormten vier Wände. Wirtschaftlich ist die Republik zurzeit auf dem Gipfel, Lifestyle-technisch geht’s wieder Richtung Neandertal. Es knackt und knistert archaisch.

Andererseits: Angesichts stetig steigender Öl- und Gaspreise rechnet sich so ein Kamin durchaus. 1000 Liter Heizöl kosten derzeit etwa 900 Euro. Um den gleichen Brennwert mit Holz zu erreichen, zahlt man zwischen 130 und 600 Euro – je nachdem, ob man den Stoff frisch und ungeschnitten oder trocken und in Scheiten bezieht.

So stieg der Verbrauch von Energieholz in Privathaushalten innerhalb von zehn Jahren von 12 auf knapp 34 Millionen Kubikmeter. Im Jahr 2010 nutzten Privatleute erstmals mehr Holz als die Industrie. Als Förster Heisinger vor 20 Jahren in Ahrensbök anfing, kostete der Raummeter dort 5 Mark. Heute bringt ungeschnittenes Holz für Selbstabholer 25 Euro.

Für die Städter, die keinen Platz haben, die frischen Prügel zwei Jahre lang zu trocknen, bieten die Förstereien bereits einen Trockner-Service: Das Holz wird in Containern zu Biogasanlagen gebracht und mit deren Abluft ein paar Tage lang durchgepustet.

Die Nachfrage ist so groß, dass es in Ballungszentren schon mal zu Engpässen kommen kann. In den Förstereien und Heimwerkermärkten rund um die Großstädte poltern die Raummeter im Herbst nur so auf die Anhänger. Wer leer ausgeht, muss teuer an der Tanke kaufen – oder raus aufs Land fahren.

Sorgen, dass die Wälder abgeholzt werden, braucht man sich indes nicht zu machen. Im Gegenteil. Nachhaltiges Waldmanagement und mehr Platz für große Bäume führen dazu, dass alljährlich 120 Millionen Kubikmeter neuer Wald entstehen. Geschlagen werden dagegen pro Jahr allenfalls 75 bis 85 Millionen Kubikmeter.

Noch dazu ist der nachwachsende Rohstoff CO_2-neutral. Bei einer effektiven Verbrennung entsteht nur so viel Kohlendioxid wie bei seiner Verrottung im Wald. Doch ganz ohne schlechtes Gewissen geht’s natürlich auch beim Zündeln nicht: Besonders der gefährliche Feinstaub kriecht durchs Rohr und verpestet die Umwelt.



2010 wurden die Grenzwerte für Kaminemissionen verschärft. Bis Ende des Jahres müssen die meisten Ofenbetreiber älterer Modelle nachweisen, dass die Grenzwerte eingehalten werden. Erst wenn der Nachweis nicht möglich ist, werden diese Geräte entweder nachgerüstet oder gehen nach einer Übergangsfrist vom Abzug.

Allerdings kommt es auch bei den modernen effizienten Geräten immer auf die Bedienung an. Papier und behandeltes Holz lassen Fachleute hyperventilieren. Wer zu nasses Holz verbrennt, verpestet die Luft derart, dass er sich für den anstehenden Streit mit den Nachbarn gleich mal einen Anwalt suchen sollte.

Schließlich ist das Zündeln auch eine Kunst an sich. Nur Anfänger nehmen Nadelholz, das brennt zu schnell ab und sprüht Funken wegen des hohen Harzgehalts. Die Eiche macht heiß, lodert aber nicht so schön und ist teuer. Birke entflammt elegant, hat aber keinen so guten Brennwert. Altes Obstholz ist dagegen gut, aber selten.

Deshalb weiß der wahre Kamin-kenner: Buchen sollst du suchen. Sie haben einen hohen Brennwert, ein schönes Flammenbild und sind erschwinglich.

Bleibt der Disput ums korrekte Anzünden. Seit „Winnetou“, das weiß jedes Kind, stellt man das Anmachholz luftig aneinander und legt nach, wenn’s züngelt. Neuerdings schwören Kaminfans, dass es besser brennt, wenn man das Kleinholz auf statt unter die großen Scheite legt.

Die leidenschaftliche Diskussion in Internet-Kaminforen erfreut die Forstwirtschaft – wenn da nur die Räuber nicht wären. Unter Hochdruck experimentiert die Industrie bereits mit GPS-fähigen Microchips, die den Baumstämmen unter die Fasern gerammt werden. Andere markieren das Holz mit eigens entwickelten Spezialfarben. Doch was ist eigentlich mit der guten alten Wegeschranke, die einst nur der Förster öffnen konnte?

Die hat sich überlebt. Die Reviere sind dreimal so groß wie früher, die Kunden zu vielfältig. Außerdem holen die Großkunden ihre Ware rund um die Uhr ab. Oftmals kommen sie auch mitten in der Nacht, wegen der Auslastung der Lkw. Förster Heisinger hat schon alles erlebt: „Wenn niemand öffnet, reißen die kurzerhand mit dem Kran die ganze Schranke raus.“

MICHAELA SCHIESSL



ARD-Sendung „Börse vor acht“

ARD

DGB attackiert Börsenberichte

Börsensendungen berichten von steigenden und fallenden Kursen, vom Auf und Ab des Dax. Anstoß hat daran bislang niemand genommen. Nun jedoch meldet sich der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) zu Wort. Die Börsensendungen im Ersten seien eine „besondere Problemzone“, klagt der DGB-Bezirksvorsitzende Nord, Uwe Polkaehn, in einem Brief an den ARD-Vorsitzenden Lutz Marmor. Sie seien „fixiert auf Kapitalinteressen“ und transportierten eine Sicht auf Wirtschaft und Politik, „die sich zu viel am ‚Shareholder‘ orientiert und zu wenig an dem Gebot des Grundgesetzes: Eigentum verpflichtet“.

Gelegentlich, so Polkaehn, sehe er die Börsenberichte „am Rande zur Schleichwerbung für Analysten und Spekulanten“. Mit dem Leben der Menschen habe das „kaum noch etwas zu tun“. Wie’s besser geht, weiß Polkaehn auch: Die „reinen Börsenberichte zur Primetime sollten auf ein Drittel gestutzt“ werden. Nötig sei ein Format, „das Arbeitnehmerinteressen und auch den Verbraucherschutz ins Zentrum“ rückt. Glaubt man dem umtriebigen Funktionär, wäre so auch der ARD geholfen: „Die Zielgruppe eines solchen Formats ist nach meiner Einschätzung um ein Vielfaches größer.“

VERLAGE

Holzklasse ins Doppelzimmer

Die Führungskräfte des Axel-Springer-Verlags („Bild“, „Welt“) machen einen Kollektivausflug ins Silicon Valley, um dort unter anderem Vertreter der Internetbranche zu treffen. Ende März sollen rund 80 leitende Angestellte gemeinsam mit dem Vorstand um Mathias Döpfner nach San Francisco reisen. Die Rahmenbedingungen empfinden manche der Teilnehmer als Zumutung. So soll die Anreise an die US-Westküste in der Economy-Class erfolgen. Auch sollen ausnahmslos alle Geladenen in Doppelzimmern untergebracht werden: Döpfner wird sich demnach ein Zimmer mit seinem Vorstandskollegen Jan Bayer teilen. Während einige noch über die Unterbringung in einer eher mäßig beleumundeten Lage der Stadt mäkeln, freuen sich andere auf den „Studenten-Spirit“, wie es ein Mitreisender formuliert.



JOHN MACDOUGALL / AFP

Döpfner

Aufhören!

DIE „GOLDENE KAMERA“ im ZDF geht gar nicht mehr.

Es war nicht leicht, die ARD-Show „Hansi Hinterseer – Wintertraum in Schladming“ intellektuell zu unterbieten. Das ZDF schaffte die Übung gekonnt: Es zeigte einfach die Verleihung der „Goldenen Kamera“, eines komplett phantasielosen Phantasiepreises, den der Axel Springer Verlag und seine TV-Zeitschrift „Hörzu“ in einer Zeit erfunden haben, als Fernsehen noch aus drei Programmen bestand und überwiegend in Schwarzweiß sendete. Damals war das Show-Konzept vielleicht sogar lustig: Glamour-Surrogate, Horden von Wichtigtuern, die sich gegenseitig beklatschen und ein paar Hollywood-Gesichter, die gerade nichts Besseres zu tun haben, Geld brauchen oder ohnehin einen Film bewerben. Aber, liebes ZDF, diese Show ist das kümmerliche Echo einer Ära, deren Ende du wohl nicht mitgekriegt hast.

Man lässt sich als öffentlich-rechtlicher Sender nicht mehr darauf ein, die beste Hauptabendsendezeit einer Firma (auch ein Verlag ist eine Firma) als Reklameplattform zur Verfügung zu stellen. Bei der ARD heißt die „Goldene Kamera“ übrigens „Bambi“ und kommt von Burda. Man gibt für so etwas keine Gebührengelder aus. Und vor allem: Man inszeniert es dann nicht auch noch derart sedierend, dass selbst hartgesottene Pflegeheimbewohner ins Koma fallen. Bilanz: Kosten – hoch. Quoten – niedrig. Image – wie … Image?

Und das in einer Zeit, da „Wetten, dass..?“ wegen Schleichwerbeaffären ins Gerede kommt und die Öffentlich-Rechtlichen mit guten Programmen beweisen sollten, dass sie den neuen Haushaltsbeitrag wert sind. Es ist peinlich, zumal das ZDF sich ausgerechnet an jenen Verlag verkauft, dessen „Bild“-Zeitung bei nächster Gelegenheit wieder Gebührenverschwendung wittert. Für Springer und „Bild“, und das wirkt schon wieder raffiniert, ist die „Goldene Kamera“ also doppelt hilfreich: als Reklameplattform und Beweis für die Unfähigkeit der Öffentlich-Rechtlichen zugleich.



Studio in Dschasira-Sendezentrale in Doha

JONATHAN LEWIS/POLARIS/LAIF

TV-SENDER

Bröckelnde Insel

Al-Dschasira galt als journalistische Hoffnung der arabischen Welt. Nun drängen die Besitzer auf einseitige Berichterstattung. Prominente Mitarbeiter haben gekündigt, der frühere Berliner Korrespondent spricht von einem „Propagandasender“.

Seine Armbanduhr ging immer vor. Sie zeigte ihm in Berlin die Uhrzeit von Doha, der Hauptstadt des Emirats Katar. Dort hat der Nachrichtensender al-Dschasira seinen Sitz, für den Aktham Suliman, geboren in Damaskus, seit 2002 als Deutschland-Korrespondent berichtete.

„Doha-Zeit war Dschasira-Zeit“, sagt er. „Für diesen Sender zu arbeiten war eine Ehre.“

Vor anderthalb Jahren stellte Suliman, 42, seine Uhr auf deutsche Zeit um. Von al-Dschasira hatte er sich damals bereits innerlich gelöst. Nicht allein, weil Beiträge aus Europa in der Zentrale immer seltener gewünscht waren. Sondern eher, weil der TV-Reporter Suliman nicht länger das Gefühl hatte, unabhängiger Journalist sein zu dürfen.

Im vergangenen August hat er gekündigt. „Vor dem Beginn des Arabischen Frühlings waren wir eine Stimme des Wandels“, sagt er heute, „eine Plattform für Kritiker und Oppositionelle aus der ganzen Region. Inzwischen ist al-Dschasira ein Propagandasender.“

Suliman steht mit seiner Verbitterung nicht allein. Der arabische TV-Sender musste in jüngster Zeit eine Fülle prominenter Abgänge verkraften.

Reporter und Moderatoren in Metropolen wie Paris, London, Moskau, Beirut

oder Kairo haben al-Dschasira verlassen, obwohl deren Büros meist an edlen Adressen liegen und die Arbeitsbedingungen als luxuriös gelten.

Sie sind gegangen, obwohl der Sender in den Vereinigten Staaten gerade geschätzte 500 Millionen Dollar investiert, damit er künftig dort von noch mehr Zuschauern wahrgenommen werden kann, auf einem der wichtigsten Fernsehmärkte der Welt, wo mit CNN sein international wichtigster Wettbewerber zu Hause ist.

Doch das Netzwerk mit seinen weltweit mehr als 3000 Mitarbeitern, 65 Korrespondentenbüros und Zuschauern in etwa 50 Millionen Haushalten der arabischen Welt hat ein Problem: Mehr als je zuvor muss sich der Sender den Vorwurf gefallen lassen, einer klaren politischen Agenda zu folgen und nicht den Grundsätzen journalistischer Unabhängigkeit.

So etwas gibt es natürlich auch im Westen. Aber dann wäre al-Dschasira eher eine arabische Variante von Fox News, das in den USA die Agenda des konservativen Medienmoguls Rupert Murdoch verfolgt, als ein arabisches CNN.

Dabei war das arabische Angebot von al-Dschasira, zu Deutsch „die Insel“, 1996 mit einem hehren Ziel angetreten: Es wollte ein objektives Medium in einer Welt strikter Zensur bieten.

Sicher, der Sender spielte Botschaften von Osama Bin Laden ab, was ihm wütende Kritik aus Amerika einbrachte, ein „Terrornetzwerk“ zu sein. Aber er lud auch als einziges arabisches Medium regelmäßig israelische Politiker zu Debatten ein. Seine Korrespondenten zögerten nicht, Iraks Präsidenten Saddam Hussein einen „Diktator“ und Ägyptens Herrscher Husni Mubarak ein „Weichei“ zu nennen. Und die Journalisten des Senders unterstützten Dissidenten wie die islamistischen Muslimbrüder, die unter Mubaraks Regime jahrelang im Gefängnis vegetieren mussten. Fernsehpreise waren der Lohn für so viel Mut und Aufklärung.

Aber seit dem Arabischen Frühling sind quer durch die Region viele Dissidenten von einst selbst an die Macht gekommen, wo sie sich oft wenig demokratisch verhalten. Al-Dschasira schmeichelt den neuen Machthabern unverhohlen.

Protestieren nun Ägypter gegen den amtierenden Präsidenten Mohammed Mursi und die Herrschaft seiner Muslimbrüder, heißen die Demonstranten in Dschasira-Beiträgen neuerdings oft „Krawallmacher“, ganz im Stil der alten staatstreuen Regierungssender.

Mursis Dekrete müssten hingegen auf Anweisung der Senderbosse als Perlen der Weisheit geschildert werden, sagt Ex-Korrespondent Suliman. „Eine solche Bevormundung wäre früher undenkbar gewesen. Wir sind in Ägypten ein Hofsender für Mursi geworden.“

Dabei hatte sich Scheich Hamad Bin Chalifa al-Thani, Emir von Katar und Finanzier des Senders, derlei plumpe Einflussnahme ursprünglich verboten. Im modernen Hauptquartier der Fernsehstation in Doha zieren freigeistige Zitate von Bob Dylan oder Mahatma Gandhi die Wände.

Mittlerweile jedoch tut sich der Emir, der selbst autokratisch regiert und missliebige Journalisten auch mal einsperrt, bei seinem Lieblingsprojekt zunehmend schwer mit unabhängigen Geistern.

Ein prominenter Korrespondent, der bis vor einem Jahr für den Sender in Beirut berichtete, sagt: „Al-Dschasira bezieht in jedem Land, aus dem es berichtet, klar Stellung – aber nicht etwa gestützt auf journalistische Prioritäten, sondern auf die Interessen des Außenministeriums von Katar. Um meine Integrität als Reporter zu bewahren, musste ich kündigen.“

Der Emir, so Kritiker, vertraue fast nur noch seinen eigenen Leuten: Der Generaldirektor des Senders ist nun ein Verwandter des Emirs, ebenso der Chef des Verwaltungsrats. Die müssen offenbar politischen Vorgaben aus dem Palast folgen – statt den Interessen der Zuschauer. Schließlich ist Katar dank seines Ölreichtums mit dem zweithöchsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt gesegnet, ein bedeutender geopolitischer Akteur mit klarer politischer Agenda.

Also fanden beispielsweise die heftigen Proteste gegen das benachbarte Regime in Bahrain – enge Verbündete des Emirs – auf al-Dschasira so gut wie nicht statt.

In Syrien hingegen, wo Katar die islamistisch angehauchten Assad-Gegner mit Geld und Waffen unterstützt, sind Journalisten des Senders ganz nah dran an den Rebellen. So viel Nähe kann in jeder Hinsicht gefährlich, ja sogar tödlich sein, wie zumindest ein im Internet verbreitetes Video suggeriert.

Die Bilder zeigen eine Kreuzung nahe Daraa, im Süden Syriens. Ein Mitglied der oppositionellen „Freien Syrischen Armee“ läuft in einer Schutzweste über eine Straße am Ortsrand von Bursa al-Harir, das seit neun Monaten von den Truppen des Assad-Regimes umlagert ist. Ein zweiter Mann läuft hinterher, er trägt nur einen Pullover. Von einem Kontrollposten der syrischen Armee einige hundert Meter entfernt, wird das Feuer auf ihn eröffnet. Mehrere Schüsse strecken den Mann im Pullover nieder.

Sein Name ist Mohammed al-Musalma, er ist 33 Jahre alt. Unter dem Decknamen Mohammed al-Hourani hat er seit April 2012 für al-Dschasira gearbeitet. Er wurde vom Netzwerk regelmäßig bezahlt und galt als einer der erfahrensten „Bürgerjournalisten“ in Daraa und Umgebung. Musalma gehörte zu den zahlreichen lokalen Aktivisten, die so viel wie möglich filmen und hoffen, etwas aufzunehmen, was al-Dschasira senden mag.

Über eine derart breite Straße zu rennen, obwohl Scharfschützen des feindlichen Lagers das Areal einsehen können, ist extrem gefährlich – gerade in Daraa, wo die Kämpfe in den vergangenen Wochen massiv zugenommen haben und sich die Fronten schneller als andernorts in Syrien verschieben.

Dass der Mann keine klare Pressebezeichnung trug, ist zu verstehen, davon wird allen Reportern in Syrien abgeraten, weil sie sonst gezielt attackiert werden. Aber etablierte Medienorganisationen statten ihre Mitarbeiter zumindest mit schusssicheren Westen aus. Al-Dschasira hingegen scheint das für lokale Aktivisten

Globale Ausstrahlung

Der arabische TV-Nachrichtensender **al-Dschasira**

GEGRÜNDET

1996 vom Emir von Katar,
Scheich Hamad Bin Chalifa al-Thani

zum Vergleich: **CNN**
Der erste 24-Stunden-Nachrichtensender, Vorbild auch für al-Dschasira, wurde 1980 vom US-Medienunternehmer Ted Turner gegründet.

SPARTEN UND MULTIMEDIA

Al-Dschasira Network
insgesamt 10 Sender,
Internet- und Mobildienste
Start von al-Dschasira English: 2006

CNN Network
insgesamt 25 Sender, Internet- und Mobildienste
Start von CNN International: 1985

MITARBEITER WELTWEIT

über 3000 Mitarbeiter
in 65 Vertretungen

4000 Mitarbeiter in 45 Vertretungen

REICHWEITE

ca. 260 Millionen Haushalte
in über 130 Ländern

ca. 365 Millionen Haushalte
in 200 Ländern und Regionen

wie den Erschossenen – die dem Sender nebenbei als günstige Teilzeitkorrespondenten dienen –, nicht vorzuschreiben.

Suliman sagt, er und einige Kollegen hätten Monate vor Musalmas Tod bei einem Besuch in der Zentrale in Doha das Thema angesprochen: „Wenn nicht mehr unterschieden wird zwischen Aktivisten und Journalisten, ist das eine Gefahr für alle."

Der Chefredakteur habe eine klare Trennung gelobt, so Suliman. Doch es geschah nichts, außer dass das erschütternde Video auf der Internetseite von al-Dschasira gelöscht wurde, wo es zunächst zu sehen war.

Schon nach dem Tod des festangestellten Kameramanns Ali Hassan al-Dschabir in Libyen im Frühjahr 2011 hatte der Sender eine Debatte über den besseren Schutz seiner Mitarbeiter versprochen, sagt Suliman. Auch damals tat sich nichts.

Trotz mehrfacher Anfragen wollte der Sender sich zu den Vorwürfen nicht äußern. Die negativen Schlagzeilen kommen für al-Dschasira zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Mehrere Jahre lang hat sein englischsprachiger Ableger versucht, auf dem lukrativen amerikanischen Markt Fuß zu fassen. Doch die führenden US-Kabelunternehmen boten ihm kaum Zugang.

Anfang des Jahres nun erwarb der Sender für 500 Millionen Dollar Current TV,



EVENTPRESS / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Journalist Suliman
„In Ägypten ein Hofsender"

mitgegründet vom Ex-US-Vizepräsidenten Al Gore. Der linke Polit-Kanal hat zwar bei den Zuschauern gefloppt und sendete zuletzt fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit, kann aber in mehr als 40 Millionen US-Haushalten empfangen werden.

„Natürlich ist der Preis viel zu hoch für so einen Nischensender, aber der Emir von Katar wollte endlich in Amerika expandieren", sagt US-Journalismusprofessor Philip Seib von der University of Southern California. Schließlich spüre al-Dschasira im arabischen Heimatmarkt mehr Konkurrenz durch lokale Sender und internationale Mitbewerber. Insofern erscheine die Expansion in den USA als logische Konsequenz.

Ob sich die gewaltige Investition auszahlt? In den Vereinigten Staaten schrumpft der Markt für Auslandsnachrichten weiter. Und Vorbehalte bleiben bestehen: Ann Coulter, eine stramm rechte US-Kolumnistin, giftete: „Al-Qaida hat wohl nur 400 Millionen Dollar geboten."

Derlei Vorurteile könnte der Sender nur durch erstklassigen Journalismus überwinden. 160 neue Stellen für bis zu zehn neue US-Büros hat al-Dschasira bislang ausgeschrieben, umgehend gingen über 8000 Bewerbungen ein. Schließlich hat die Medienkrise auch viele amerikanische Journalisten ihre Jobs gekostet.

Doch auch in den USA gärt Unmut über die Gängelung aus Doha. So beschwerten sich Sendermitarbeiter bereits darüber, dass eine Rede des Emirs bei den Vereinten Nationen unbedingt Top-Meldung in den Abendnachrichten von al-Dschasira sein sollte.

„Im Mediengeschäft ist es überall gleich: Wer bezahlt, gibt den Ton an, ob Rupert Murdoch bei Fox News oder der Emir von Katar bei al-Dschasira", sagt TV-Experte Seib. Nur wollte der Nachrichtensender aus Doha einst nicht einfach ein Geschäftsmodell sein, sondern laut Selbstbeschreibung „eine Stimme für alle, die keine Stimme haben".

Alexander Kühn, Christoph Reuter, Gregor Peter Schmitz



FERNSEHPRODUKTIONEN

Perfekt gestylt

Die chronische Kritik am vermeintlich einfallslosen deutschen Fernsehen ist ungerecht – findet *Carl Bergengruen*.

Bergengruen, 52, leitet seit zwei Jahren die ARD-Produktionstochter Studio Hamburg. Zuvor war er Fernsehfilmchef des Südwestrundfunks und brachte preisgekrönte Werke wie „Mogadischu“ oder „Bis nichts mehr bleibt“ (über Scientology) auf den Weg.

In dem Stück „Im Zauderland“ (SPIEGEL 5/2013) hält es der SPIEGEL mit der klassischen Western-Dramaturgie der fünfziger Jahre: Es gibt nur Schwarz oder Weiß, Gut oder Böse. Die Guten, das sind die mutigen ausländischen TV-Verantwortlichen und ihre revolutionären Serien à la „Homeland“. Die Bösen, das sind die ängstlichen deutschen Programmmacher mit ihren Nonnen-Serien.

Platter geht es wohl kaum. Natürlich sind TV-Verantwortliche zu beglückwünschen, denen Formate wie die Polit-Serie „Borgen“ oder die CIA-Thriller-Serie „Homeland“ gelingen. Oder „Downton Abbey“ mit der wunderbaren Maggie Smith. Diese Serien werden von Könnern auf den Punkt geschrieben und inszeniert und sind großartig gespielt. Aber ein künstlerisches Wagnis, das besonderen Mut von den Machern erfordert, sind diese drei Serien nicht.

In Wirklichkeit revolutioniert keine davon das Fernsehen. Weder thematisch, noch ist die Erzählweise dieser Serien revolutionär. Alle drei sind klassisch-chronologisch erzählt, ohne experimentelle Dramaturgie oder Bildsprache.

Damit erübrigt sich dann auch die Behauptung, dass deutsche TV-Redakteure zu ängstlich seien, um derlei Serienstoffe anzunehmen. Im Gegenteil, sie suchen solche gut gemachten Sujets für Deutschland. Es ist aber überall auf der Welt das Gleiche: Gute Serien zu erfinden und herzustellen ist das Schwierigste, was es gibt, und so haben wir – wie in den meisten Ländern auch – viel Mittelmaß und einige herausragende Serien.

Die Serie „KDD – Kriminaldauerdienst“ mit ihren schonungslosen Bildern aus der Wirklichkeit des deutschen Polizeialltags zum Beispiel, die querdenkerische Rechtsanwältin „Danni Lowinski“ am Rande des Nervenzusammenbruchs oder die Comedy-Serie „Der Tatortreiniger“ mit ihrem rabenschwarzen Humor – das alles ist modernes, kreatives Fernsehen. Und die fulminante DDR-Saga „Weissensee“ wird auch fortgesetzt, über die zweite Staffel hinaus, die demnächst ausgestrahlt wird. Dabei ist eines in der Tat auffällig: Keine der genannten deutschen Serien greift ein politisches Thema wie „Homeland“ oder „Borgen“ auf. Doch das wird zu Unrecht kritisiert, denn in Deutschland werden solche politischen, gesellschaftlichen und zeitgeschichtlichen Themen stattdessen in Fernsehfilmen erzählt, einer Gattung, die im US-Fernsehen weitgehend verdrängt wurde.

Diese Kultur des Fernsehfilms ist eine der großen Besonderheiten und Leistungen des deutschen Fernsehens. Der politische Hannover-Filz und das Thema Zwangsprostitution verbanden sich zu einem Niedersachsen-„Tatort“, der mehr als zehn Millionen Zuschauer erreichte. Der zweiteilige „Turm“ entwarf ein faszinierendes Panorama der untergehenden DDR. Und mittlerweile fünf deutsche Fernsehfilme haben sich mit den Folgen des Afghanistan-Kriegs beschäftigt, der erste wurde lange vor „Homeland“ gezeigt.

Oder der ARD-Film „Homevideo“: Er erzählt weitaus kompromissloser über Mobbing im Internet als „Homeland“ über den „war against terror“, auch wenn die US-Serie durchaus drastische Bilder findet.

In manchen anderen Punkten ist sie aber seriell geglättet: Mit seinen schönen Kamerabildern oder mit der Besetzung zweier schlanker, gutaussehender Hauptdarstellerinnen, die auch nach Sexszenen noch perfekt gestylt aus dem Bett steigen.

Und das ist nicht das einzige Zugeständnis, das die Macher von „Homeland“ an den Publikumsgeschmack machen. Eigentlich müssten wir auch die Drahtzieher des islamistischen Terrors miterleben, ihnen zuhören, ihre Motive verstehen. „Homeland“ aber erspart uns diese Anstrengung weitgehend.

Die vom SPIEGEL als das bessere Fernsehen gepriesenen US-Serien haben indes noch einen anderen großen Schönheitsfehler. Ob „The Wire“, „Mad Men“ oder „Girls“ – zu diesen Serien haben die meisten Amerikaner gar keinen Zugang. Sie laufen im Pay-TV und sind damit denen vorbehalten, die genug Geld verdienen, um dafür zu bezahlen.

Neidlos anerkennen müssen wir Produzenten hingegen, dass die amerikanischen Serien ein Vielfaches der Budgets von deutschen Serien haben. Manchmal kostet in den USA der Pilotfilm so viel wie in Deutschland die ganze Staffel. Das sieht man auch, es lässt sich aber nicht ändern.



INTERFOTO / SIPA

Szene aus US-Serie „Homeland“ mit Darstellerin Claire Danes: *„Kein künstlerisches Wagnis“*

Denn nur Serien, die in der Weltsprache Englisch gedreht werden, lassen sich überall in der Welt verkaufen. Wir können das mit unseren deutschen Schauspielern nicht. Und weder die öffentlich-rechtlichen noch die privaten Sender werden Serien finanziell je so opulent ausstatten wie die Produzenten in den USA, weil sie sich dann von vielen anderen fiktionalen Programmen verabschieden müssten, zum Beispiel von Fernsehfilmen.

Wir sollten endlich das typisch deutsche Schablonendenken beiseitelegen, was eine künstlerisch wertvolle und was eine schlechte Serie ist. Denn das verhindert Kreativität. „Gut und Böse, das langweilt mich“, sagt David Simon, Erfinder der Serie „The Wire“. Das wäre doch vielleicht ein Ansatz. ◆

ÄGYPTEN

„Die Gewalt ist organisiert“



Dalia Abd al-Hamid, 31, ist Mitgründerin der Gruppe „Einsatz gegen sexuelle Belästigung“, die Ägypterinnen bei Demonstrationen vor Vergewaltigung schützen will.

SPIEGEL: Schon bei den Protesten vor zwei Jahren sind am Kairoer Tahrir-Platz Frauen sexuell belästigt worden. Jetzt ist von „Vergewaltigungsecken“ die Rede. Was hat sich verändert?
Abd al-Hamid: Es gibt nun viel mehr Angriffe, fast jeden Abend kommen neue Fälle hinzu. Allein am 25. Januar, dem Jahrestag der Revolution, haben wir 19 Opfer betreut. Die Täter gehen außerdem wesentlich brutaler vor. Sie gebrauchen Waffen. Sie zerren die Opfer in dunkle Ecken oder Zelte, wo sie ausgezogen, begrapscht und vergewaltigt werden. In einigen Fällen wurden Frauen mit Messern vaginal verletzt.
SPIEGEL: Sind die Angriffe spontan?
Abd al-Hamid: Diese Gewalt ist organisiert. Ich habe einige der Übergriffe beobachtet, aus einem der umstehenden Gebäude heraus. Eine Gruppe von Männern beginnt damit, ein oder zwei Frauen einzukesseln und von der Menge zu isolieren. Dann stiften die Täter Männer aus der Masse zum Mitmachen an. Das funktioniert, weil sexuelle Gewalt in weiten Teilen der ägyptischen Gesellschaft akzeptiert ist.
SPIEGEL: Wer steckt hinter diesen Übergriffen – sind es Kriminelle oder Anhänger der Muslimbrüder?
Abd al-Hamid: Wir wissen das nicht, wir wissen aber, welches Ziel dahinter steht: Die ägyptischen Frauen, die bei der Revolution eine wichtige Rolle gespielt haben, sollen eingeschüchtert werden. Sie sollen aus dem öffentlichen Raum verschwinden.
SPIEGEL: Bei Massendemonstrationen stellt Ihre Gruppe Wachen auf. Können Sie Vergewaltigungen verhindern?
Abd al-Hamid: Wenn wir mitbekommen, dass eine Frau eingekesselt wird, versuchen wir sofort, sie zu befreien und an einen sicheren Ort, etwa in ein Zelt, zu bringen. Schon mehrmals wurden die Zelte dann von einem Menschenmob angegriffen. Oft kommen wir zu spät an die Frauen heran. Wir haben Kleidung dabei, weil viele Opfer nackt sind. Die Polizei unternimmt gar nichts.



EYEVINE

Obama an Bord der Air Force One

USA

Obama kommt

US-Präsident Barack Obama plant einen Besuch in Berlin. Er favorisiert im Moment einen Termin in der zweiten Junihälfte, im Anschluss an den G-8-Gipfel in Nordirland – und kurz vor dem 50. Jahrestag der berühmten Rede von John F. Kennedy an die Berliner. Die Visite ist überfällig. Dass Obama in seiner ersten Amtszeit Berlin mied, verärgerte die Bundesregierung. Für Enttäuschung sorgte auf deutscher Seite auch, wie halbherzig der Präsident bislang die Bemühungen um ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und der Europäischen Union unterstützt. Nach Schätzungen von Ökonomen könnte ein solches Projekt bis zu 1,5 Prozent mehr Wirtschaftswachstum auf beiden Seiten des Atlantiks bringen. Kanzlerin Merkel befürwortet die Idee, der britische Premier David Cameron ebenfalls. Doch die Obama-Regierung zögert, weil sie insbesondere die Skepsis der neuen französischen Regierung kennt und Widerstand im heimischen Kongress fürchtet. Merkels Leute hoffen, dass sie Obama im Vorfeld des Besuchs überzeugen können.

EUROPA

Militärbund im Norden

Während die von Brüssel favorisierte Idee einer europäischen Armee in Deutschland, Frankreich und Großbritannien abgelehnt wird, wollen die nordischen Staaten zumindest in diese Richtung marschieren: Die drei EU-Länder Schweden, Finnland und Dänemark planen zusammen mit den Nato-Mitgliedern Norwegen und Island, ihre Armeen stärker als bisher zu verzahnen. Bereits 2009 gründeten die fünf Staaten eine nordische Verteidigungskooperation, die jetzt mit neuem Leben erfüllt werden soll. Bei der Zusammenarbeit geht es laut einem internen Papier des finnischen Außenministers Erkki Tuomioja um Ausbildung, Übungen, Beschaffung von Rüstungsgütern und internationales Krisenmanagement. Es sollen Kosten gespart und außerdem gemeinsame militärische Fähigkeiten entwickelt werden. Ziel sei es, so das Papier, „die Sicherheitsstrukturen der EU zu verstärken“.



JARNO MELA / LEHTIKUVA

Manöver in Finnland



THOMAS VICTOR

Lachen hilft
Mehr als ein Vierteljahrhundert tobte in Sri Lanka ein Bürgerkrieg, bis zu 100 000 Menschen starben, unzählige sind noch heute traumatisiert. Um ihnen zu helfen, tourten im Januar Mitglieder der Organisation „Clowns ohne Grenzen“ durch die einst umkämpfte Region an der Ostküste der Insel. In 24 Shows ließen sie 7000 Kinder und Erwachsene ein paar Stunden lang lachen.

TUNESIEN

Tödlicher Hass

Die schweren Krawalle in Tunesien zeigen, wie unversöhnlich sich Islamisten und Säkulare dort gegenüberstehen: Nach der Ermordung des linken Oppositionellen Chokri Belaïd soll nun eine Übergangsregierung aus parteilosen Technokraten Neuwahlen vorbereiten. Belaïd war am vergangenen Mittwochmorgen vor seinem Haus in Tunis erschossen worden. Der Bruder des Ermordeten beschuldigte umgehend Islamistenführer Rachid Ghannouchi, hinter dem Mord zu stecken; der volkstümliche Belaïd war einer seiner heftigsten Kritiker. Schon zuvor hatten Salafisten liberale Politiker bedroht, doch einen Mord an einem so hochrangigen Politiker hat es in Tunesien seit 1952 nicht gegeben. Die Behörden sprachen von einem Einzeltäter. Dennoch kam es in Tunis zu stundenlangen Straßenschlachten: Tausende Demonstranten zogen – gefolgt von einem Krankenwagen mit Belaïds Leichnam – vor das Innenministerium, die Sicherheitskräfte setzten Tränengas und Schlagstöcke ein. Im ganzen Land griffen wütende Demonstranten Parteilokale der Islamisten an. Die Regierung war schon seit Wochen gelähmt, weil die beiden weltlichen Koalitionsparteien sich nicht mit der weitaus stärkeren religiösen Nahda-Partei über eine Umbildung einigen konnten. Mit der nun angekündigten Technokratenregierung will Premierminister Hamadi Jebali offenkundig eine Staatskrise verhindern und weitere Ausschreitungen abwenden.



HASSENE DRIDI / AP

Demonstranten in Tunis am vergangenen Mittwoch

ITALIEN

Kopf oder Bauch?

In zwei Wochen wählen 50 Millionen Italiener ein neues Parlament. Auf dem Spiel stehen Mario Montis Reformkurs und eine Rückkehr von Silvio Berlusconi. Es ist eine Entscheidung zwischen Gefühl und Vernunft.

Gerüchte kursierten seit Tagen, und es gab rätselhafte Twitter-Mitteilungen eines gewissen Berlusconi2013. Am vergangenen Sonntag war es so weit. Silvio Berlusconi ließ die Bombe platzen, er verkündete „la proposta shock“, sein Wahlversprechen, von Kritikern längst „proposta sciocca“ getauft, dummer Vorschlag.

In der alten Messehalle von Mailand war das, mittags um 12.32 Uhr, Berlusconi erklärte, dass er die Immobiliensteuer nicht nur abschaffen wolle, nein, er werde sie sogar zurückzahlen. An jeden Italiener, schon im März, wenn nötig in bar: „Auf jeder Postfiliale könnt ihr euer Geld abholen. Wenn ihr mich wählt.“

Spitze Schreie des Entzückens drei Wochen vor der Wahl. „Silvio“, rief eine Frau, „du bist ein Mythos!“

Die Finanzmärkte erstarrten. Europa glaubte, dieses Kapitel hinter sich zu haben. Aber da war er wieder, der Untote der italienischen Politik, der begnadete Populist und Stimmenfänger.

Es geht um die Grundsteuer auf das Eigenheim. 80 Prozent aller Italiener wohnen im eigenen Heim und müssen sie zahlen. Mario Monti hatte sie wieder eingeführt, damit wollte er Italiens hochverschuldeten Staatshaushalt sanieren, eine Woche vor Weihnachten wurde sie fällig.

Berlusconis Fans riss es von den Stühlen, sie schwenkten ihre „Volk der Freiheit“-Fahnen (Popolo della Libertà, PDL), die Wahlkampfhymne von 2008 erklang, „Meno male che Silvio c’è“ – „Gut, dass es Silvio gibt“, an einer neuen Hymne wird noch gearbeitet.

„Stimmenkauf“, rief Monti und „Korruption“; „Demagogie“, rief das Mitte-links-Lager um Pier Luigi Bersani, und sie klangen wie Spielverderber.

Einen Tag später setzte Berlusconi noch einen drauf: Er versprach eine Amnestie für Steuerbetrüger. Auch von denen gibt es viele in Italien. Die Summe der jährlich hinterzogenen Steuern entspricht in etwa sechs Prozent der Staatsverschuldung, 120 Milliarden Euro.

Es wäre die sechste Kandidatur des Silvio Berlusconi, sein „letzter großer politischer Kampf“, wie er selbst sagt. Dieses Jahr wird er 77 Jahre alt, zwei Prozesse laufen derzeit gegen ihn – Berlusconis Rückkehr, das ist der eigentliche Schock im italienischen Wahlkampf. Kaum mehr als ein Jahr ist es her, als Italien von den Rating-Agenturen wegen der politisch instabilen Lage abgestraft worden war und Berlusconi am 12. November 2011 wegen Handlungsunfähigkeit seinen Rücktritt einreichte.



AGF / REX FEATURES / ACTION PRESS

Rivalen Berlusconi, Monti
„Zum Siegen verurteilt“

Doch nun ist die Mumie zurück. Und bestimmt plötzlich den Wahlkampf. Ein Satz von Berlusconi wie der vom Sonntag genügt, und prompt stürzen die Börsen ab und die Risikoaufschläge für italienische Staatsanleihen steigen. Und so ist sie wieder da, die Sorge um den italienischen Patienten, die Angst vor Ansteckung, Euro-Krise, politischer Selbstlähmung – die Angst vor dem alten Italien.

13 Monate hatte Europa dank Mario Monti ein anderes Italien erleben können. Ein Land der Reformen, in dem Verkrustungen aufgelöst wurden. 13 Monate sorgte Monti für eine stille Kulturrevolution, das Vertrauen der Märkte kehrte zurück, soziale Unruhen blieben aus. Zum ersten Mal seit langer Zeit, so schien es den Nachbarn, wurde in Rom eine Form von Politik betrieben, die mehr mit Max Weber zu tun hatte als mit Federico Fellini. Ein geduldiges Umsetzen des Notwendigen, kein Jahrmarkt der Eitel- und Gefälligkeiten.

Aber jetzt läuft es wieder gut für Berlusconi. Er sei halt ein Kämpfer, sagt er, „zum Siegen verurteilt“. Je länger der Wahlkampf dauert, je peinlicher die Enthüllungen im Skandal um die älteste Bank der Welt, Monte dei Paschi di Siena, für die er die linke Stadtregierung von Siena verantwortlich macht, desto besser werden seine Umfrageergebnisse.

Im Januar noch lag sein Wahlbündnis deutlich hinter dem des eigentlichen Favoriten dieser Wahl, dem Sozialdemokraten Pier Luigi Bersani, 61, von der Demokratischen Partei (PD). Jetzt schrumpfte der Abstand, je nach Umfrageinstitut, auf weniger als fünf Prozentpunkte. Sein Widersacher Monti kommt nur auf 13 Prozent, knapp halb so viel.

Berlusconi ist immer noch ein Verkaufsgenie, Wahlkampf kann er wie kein anderer. Und immer noch gehören ihm Fernsehsender. Es vergeht kaum ein Tag, an dem er nicht in einer Talkshow sitzt, im dunkelblauen Zweireiher mit übereinandergeschlagenen Beinen, und seinem Volk unterhaltsam die Welt erklärt. Er rühmt sich seiner Heldentaten, erzählt, wie er seine neue Freundin, die 27-jährige Francesca, eroberte, wie er als Eigentümer des AC Milan rund 20 Millionen Euro für Mario Balotelli hingeblättert hat.

Immer noch ist es seine Unverfrorenheit, sein Gespür für die Ängste und Sehnsüchte des kleinen Mannes, die verführen. Er lobt Benito Mussolini ausgerechnet am Holocaust-Gedenktag, droht Angela Merkel mit dem Austritt aus der Euro-Zone. Er klagt über „linke, feministische Richterinnen“, weil sie ihn zu monatlich drei Millionen Euro Unterhaltszahlungen an seine Ex-Frau verurteilt hatten. All das ist Populismus wie aus dem Lehrbuch, aber es hat ihm Stimmen gebracht.

Am 24. und 25. Februar haben 50 Millionen Italiener die Wahl. Die Frage ist, ob sie erneut dem Mann glauben werden, der ihnen seit bald 20 Jahren ein italienisches Wirtschaftswunder verspricht, in Wirklichkeit aber das Land finanziell in den Ruin getrieben hat? Oder ob sie ihr Langzeitgedächtnis anschalten, von dem sie selbst jedoch behaupten, es funktioniere nicht immer verlässlich?

Sie haben die Wahl zwischen zwei Konzepten von Politik. Zwischen dem Reformkurs Montis und den Verführungskünsten eines Berlusconi. Zwischen Vernunft und Gefühl, Kopf und Bauch.

Die Entscheidung wäre einfach – wenn nicht jeder zwischen diesen Polen hin- und hergerissen wäre. Und viele Familien können es sich kaum leisten, auf die Früchte langfristiger Reformen zu warten. Wie heißt das Sprichwort? „Meglio un uovo oggi che una gallina domani – lieber heute ein Ei als morgen die Henne“.

Wenn die Not groß war bei den alten Römern und niemand im Senat mehr weiterwusste, dann wurde ein Ehrenmann zum „dictator“ ernannt. Für kurze Zeit konnte er unbehelligt von Mehrheiten schalten und walten, wie er wollte. Dann musste er wieder abtreten, der Allmächtige, und das tat er in der Regel auch.

Der 69-jährige Mario Monti ist das, was in der jüngsten Geschichte Italiens dieser Figur am nächsten kommt. Er wurde direkt vom Staatspräsidenten ins Regierungsamt bestellt, als eine Art Sondergesandter der politischen Vernunft und Kommissar des ökonomischen Imperativs. Es ist kein größerer Kontrast denkbar als der zwischen Monti und Berlusconi. Zwischen dem erznüchternen Wirtschaftsprofessor und dem Cavaliere, dem Verführer in allen Lebenslagen.

Über ein Jahr lang hatten Monti und sein Technokraten-Kabinett Zeit, sich um Reformbaustellen zu kümmern, die von



IMAGO



TYLER HICKS / NEW YORK TIMES / REDUX / LAIF

Kolosseum in Rom: *Das Land ein bisschen gerettet, ein bisschen aufgerüttelt, aber natürlich ist es immer noch das alte*

Italiens Parteien nie eröffnet worden waren. Weil es immer um Stimmen und Gefallen, nie um das Interesse künftiger Generationen ging. Ein Gehalt dafür lehnte Monti ab. Als wollte er mit diesem kleinen Opfer auch die Leidensbereitschaft seiner Landsleute beschwören.

Unmittelbar nach Montis Vereidigung am 16. November 2011 zeigten die Finanzmärkte Milde. Der gefürchtete „Spread“, der Risikoaufschlag auf Staatsanleihen, verkleinerte sich. Seither ist er auf einem hohen, aber nicht kritischen Niveau geblieben – bis zu jenem Sonntag jedenfalls, als Berlusconi in Mailand sein Wahlgeschenk verkündete.

Montis Bilanz jedoch kann sich durchaus sehen lassen. Er hatte sich nicht weniger vorgenommen als die „Generalüberholung“ der italienischen Gesellschaft samt ihren Übeln und Krankheiten wie Korruption, Misswirtschaft und Mafiaverstrickungen. Italien müsse sich an seine eigene Nase fassen, sagte er oft, „nur wir allein sind schuld an unserer Misere“.

Monti hat das Land zurück auf das internationale Parkett gebracht, wo es unter Berlusconi nur noch belächelt wurde. Er hat einen anderen Stil eingeführt, Respekt statt Spott gegenüber den Institutionen des Staates, gegenüber Gerichten und dem politischen Gegner.

Der Professor aus dem norditalienischen Varese, sorgfältig im Erklären der Notstände und effizient in ihrer Behebung, schnürte ein 30-Milliarden-Sparpaket, boxte eine Rentenreform nach deutschem Vorbild durch, mit einem Renteneintrittsalter von 66 Jahren und eingeschränktem Vorruhestand. Es war ein kleiner Schritt für die Menschheit, aber ein Riesenschritt für Italien. Der Beweis nämlich, dass es sich doch bewegt, das Belpaese. Denn bisher gehörte zum Kennzeichen bespotteter italienischer Eigenheit die Möglichkeit, sich in bestimmten Fällen sehr früh in den Ruhestand zu verabschieden. Renten und Pensionszahlungen sind ein Grund für Italiens Schulden.

Als Monti übernahm, stand Italien vor dem Kollaps. Britische und US-Analysten wetteten auf die Staatspleite und ein Szenario wie in Griechenland. „Italien ist ein anderes Land geworden“, bilanzierte die „Neue Zürcher Zeitung“ nach 100 Tagen Monti. Doch schon bald schien Italienern das Anderssein unheimlich zu werden. Taxifahrer, Apotheker wehrten sich als Erste erfolgreich gegen das Stutzen ihrer Privilegien. Noch keine Regierung hat sich gegen die Front der tassisti durchsetzen können. Monti hätte den Eisernen spielen müssen. Doch dafür hatte er kein Mandat.

Beispielhaft ist der Versuch, die Zahl der Provinzen (und damit der Provinzpolitiker) von 86 auf 51 zu verringern. Es ist niemandem wirklich zu erklären, weshalb es im Städtchen Isernia eine Präfektur gibt, die dazu noch 14-mal so viel kostet wie die in Mailand.

Nach Auffassung des zuständigen Ministers Patroni Griffi könnten die Aufgaben von den Verwaltungsebenen Kommune und Region übernommen werden. Doch sogleich machten alle betroffenen Provinzen, rechts wie links, historische Besonderheiten geltend, strengten Klagen an, verwiesen auf Ausnahmeregelungen und das Recht auf Mitbestimmung. Ohne „eine ernsthafte Debatte aller institutionellen, politischen und sozialen Akteure“ ginge da gar nichts, so eine Erklärung der Gewerkschaften in Lazium.

Kein Wunder, dass Montis Reformeifer nach der Halbzeit zu erlahmen begann. Noch ein paar Razzien gegen Steuerhinterzieher in Skiorten, dann kam nicht mehr viel. Eine Liberalisierung des Arbeitsmarkts samt gelockertem Kündigungsschutz sollte das Zweiklassensystem beenden – geschützte ältere Angestellte versus junge Prekäre ohne Rechte. Sie gelang nicht, wurde kaputtverhandelt im Parlament, kein großer Wurf nach dem Vorbild der deutschen Agenda 2010 kam heraus, sondern ein Kompromiss. Die Jugendarbeitslosigkeit hat inzwischen fast 37 Prozent erreicht.

Monti hat vieles auf den Weg gebracht, aber nicht vollendet; das Anti-Korruptions-Gesetz blieb auf der Strecke, die Wahlrechtsreform. Der Abbau des aufgeblähten Staatsapparats ging nicht voran, mit seinen Günstlingsposten und den sich ewig querstellenden Gewerkschaften. Nur einen winzigen Bruchteil der Staatsausgaben konnte er kürzen, gerade mal 4 von 800 Milliarden Euro, 11 weitere sind für 2013 geplant. Aber schon dieses zaghafte Umsteuern erforderte einen Titanenkampf im Parlament. Hunderte Änderungsanträge, 33 Vertrauensfragen.

Es hat einen Ruck gegeben. Aber die italienische Gesellschaft hat über die Jahrhunderte eine Meisterschaft darin entwickelt, jeden Ruck elegant aufzufangen.

In der Realwirtschaft haben Montis Reformen ihre Wirkung noch nicht gezeigt. Die Produktivität hinkt weiter hinter den Konkurrenten her, auch die Lohnstückkosten sind nicht merklich gesunken.

So wird Berlusconi, einer der reichsten Männer des Landes, nicht müde, im Fernsehen den Sozialrebellen zu mimen: „Dieser Mann dort hat in 13 Monaten die Arbeitslosigkeit um eine halbe Million erhöht. Das ist die Wirklichkeit, nicht das Geschwätz der Leute."

Vor allem aber ist das versprochene Wachstum ausgeblieben. Und das, obwohl – Kritiker sagen: weil – Monti sich an das Glaubensbekenntnis der merkelschen Wirtschaftslehre gehalten hat. Er ließ einen Kommissar die Staatsausgaben durchkämmen und kürzte die Ausgaben. Er erhöhte die Mehrwertsteuer auf 22 Prozent und führte eben die verhasste Steuer aufs Eigenheim wieder ein. All das, um das Staatsdefizit für 2013 auszugleichen und die EU-Vorgaben zu erfüllen.

Sein Sparkurs hat Monti viel Sympathien gekostet und wenig eingebracht. Italien hat ein weiteres Jahr der Rezession vor sich. 2012 sank die Wirtschaftsleistung um 2,1 Prozent, für dieses Jahr werden minus 1 Prozent vorhergesagt.

Ausländische Investoren fahren zum Urlaub nach Italien, nicht, um dort zu investieren. Im Weltbank-Index geschäftsfreundlicher Länder rangiert Montis Republik auf Platz 73, abgeschlagen hinter Botswana und Kirgisien.

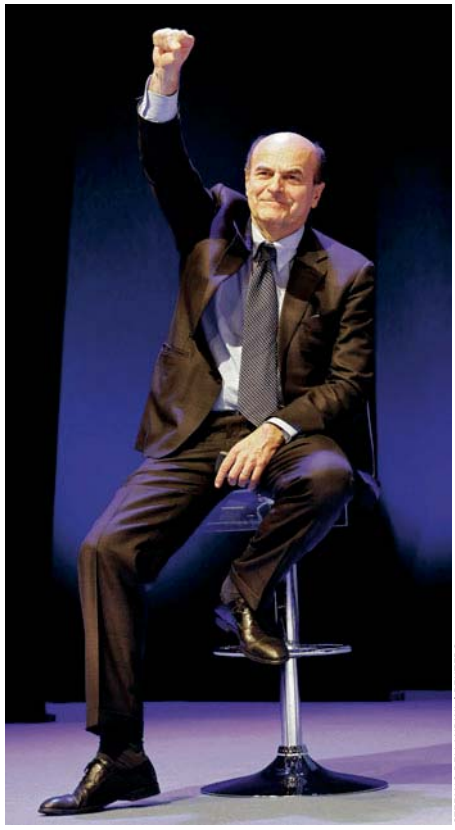
Gerade im Süden des Landes bedarf es Märtyrerqualitäten, um eine Investition durchzusetzen. Shell hat im November das Projekt einer Flüssiggasanlage auf Sizilien begraben. Der britische Gasriese BG gab ein ähnliches Projekt in Brindisi auf, nach 250 Millionen Euro Planungskosten und elf Jahren des Widerstands auf allen Ebenen. Unter anderem waren Umweltbedenken geltend gemacht worden. Obwohl in Brindisi eines der berüchtigtsten Kohlekraftwerke Europas qualmt. Gas wäre sauberer. Jetzt wird Gas knapp und teurer, weil es importiert werden muss.

Montis Regierung hatte hinter dem Projekt gestanden. Berlusconi einst ebenfalls, was seinen Parteifreund in Brindisi nicht daran hinderte, sich an die Spitze der Proteste zu stellen und die Gasfabrik als „Monstrum" zu bezeichnen. Lieber heute ein Ei als morgen die Henne.

Mario Monti hat sein Land also ein bisschen gerettet, ein bisschen aufgerüttelt, aber natürlich ist es immer noch das alte. Am Anfang seiner Übergangsregierung sahen die Italiener in ihm den Mann der Banken, der sie vor dem Absturz bewahren kann. Jetzt erleben sie, wie aus dem einst so seriösen, kühlen Professore ein ganz normaler Politiker und aggressiver Wahlkämpfer geworden ist. Sie sind überrascht, sie vertrauen ihm nicht mehr.

Montis Wahlkampf steht unter keinem guten Stern. Schon behaupten Kritiker, er habe den Fehler gemacht, als Techniker hinabzusteigen in die niedere Parteipolitik. In der Tat hat er lange gezögert, ob er überhaupt antritt, seine Frau war dagegen, der Staatspräsident. Zu kompliziert klingt der Name seines Wahlbündnisses; „Scelta Civica con Monti per l'Italia", zu Deutsch: bürgerliche Entscheidung mit Monti für Italien, wer soll sich das merken? Im Fernsehen wirkt er hölzern, über Inhalte redet auch er längst nicht mehr, sondern schießt nur noch gegen den alten, neuen Feind, gegen Berlusconi.

Es ist ein sehr italienischer Wahlkampf, der in diesen Tagen in die entscheidende Phase tritt. Eine Schlammschlacht voller Volten und Polemiken, über Parteiprogramme jedoch, über die dramatische Lage des Landes wird kaum verhandelt.



STEFANO RELLANDINI / REUTERS

Favorit Bersani
Spitzenkandidat der Bunga-Bunga-Müden

Noch gilt Pier Luigi Bersani als Favorit, er wird, so ist zu vermuten, der neue italienische Premierminister werden. Seit über 20 Jahren dient er den Sozialdemokraten, früher den Kommunisten. Der Sohn eines Tankstellenwarts aus der Emilia Romagna gehört zu „La Casta", der ungeliebten Politikerkaste, er ist ein Apparatschik, unter Romano Prodi war er mehrfach Minister und blieb unauffällig.

Ende 2012 aber, bei den Urwahlen seiner Partei, an denen sich die SPD ein Beispiel nehmen könnte, schlug er haushoch den jungen Bürgermeister von Florenz, Matteo Renzi. Mehr als drei Millionen stimmten ab, eine Rekordbeteiligung, und machten Bersani zum Spitzenkandidaten all jener Bunga-Bunga-Müden und Menschen, die sich nach politischer Stabilität und sozialer Gerechtigkeit sehnen.

Aber egal, wer am Abend des 25. Februar zum Wahlsieger gekürt wird, schon jetzt zeichnet sich ab, dass es knapp werden könnte für eine stabile Mehrheit in beiden Parlamentskammern. Eine wackelige Regierung jedoch, es wäre die 60. seit 1947, die nach ein paar Monaten zurücktreten muss, wäre verheerend, nicht nur für Italien, für ganz Europa.

Wie viel Schaden also kann Berlusconi anrichten? Im Parlament könnte es für Bersanis Bündnis knapp reichen, denn nach dem derzeitigen Wahlgesetz erhält die Partei mit den meisten Stimmen automatisch 54 Prozent aller Sitze.

Anders sieht es im Senat aus, der zweiten Kammer. Dort werden die Sitze an Senatoren aus den Regionen vergeben. Gelingt es Berlusconi, mit der Lega Nord die Lombardei zu gewinnen, könnte er die Regierung blockieren. Und die Lombardei zum Swingstate, zum Ohio dieser Wahl werden.

Berlusconi hat ein Interesse daran, die Links-Mehrheit im Senat zu verhindern. Er will auch in Zukunft Gesetze torpedieren, die sein Medienimperium beschneiden oder Prozesse gegen ihn zulassen. Er weiß, dass er nicht mehr Premier werden kann, deshalb hat er auch nichts zu verlieren: Er lügt, gibt Versprechen, die er nicht einhalten muss. Hauptsache, die Show stimmt.

Auf den letzten Metern sammeln auch andere Populisten Stimmen, Beppe Grillo mit der Protestbewegung „Movimento 5 Stelle" etwa. Auf „Tsunamitour" zieht er durchs Land, hasst Merkel, will keinen Cent Schulden zurückzahlen und fordert allen Ernstes al-Qaida dazu auf, das Parlament in Rom zu bombardieren – die Koordinaten würde er ihnen geben. Umfragen schätzen Grillos Wählerpotential auf 20 Prozent. Er könnte drittstärkste Kraft werden, all die unentschiedenen, politikmüden Italiener einfangen, und das sind nicht wenige.

In zwei Wochen wird gewählt, noch ist alles offen. Noch bleibt die Hoffnung, dass 50 Millionen Italiener „la memoria" aktivieren, ihr Erinnerungsvermögen.

Und es bleibt die Erfahrung eines kurzen italienischen Frühlings, in dem es nicht allein darum ging, den politischen Gegner zu vernichten, weil die Furcht vor dem Abgrund alle Lager zu einem Waffenstillstand brachte.

Dem Polit-Veteranen Pier Ferdinando Casini erscheint diese Zeit schon jetzt wie ein „miracolo", ein wahres Wunder. Er ist Christdemokrat, er darf an Wunder glauben.

Fiona Ehlers, Alexander Smoltczyk



Französische Soldaten in Timbuktu

MALI

Kain gegen Abel

In einem Blitzkrieg vertreiben Frankreichs Soldaten die Islamisten aus den Städten des Nordens. Doch die Befreier wollen bald abziehen – und die Menschen im Land fürchten die Rückkehr des Terror-Regimes.

Hinter Colonel Paul Gèze formiert sich die Einheit. In Reih und Glied bauen sich die französischen Elitekämpfer am Flughafen von Timbuktu auf. Die Trikolore flattert im Wind, die Sonne brennt. Aber es ist einer der letzten Appelle in der sagenumwobenen Wüstenstadt. Schon rollen die ersten Panzerfahrzeuge in Richtung Niger.

Denn die französische Kampftruppe „Groupement tactique interarmes“, die Timbuktu vor knapp zwei Wochen im Handstreich erobert hat, zieht ab. Die 500 Mann starke Einheit soll Richtung Gao verlegt werden, in Timbuktu wird nur ein kleiner Militärposten zurückbleiben.

Colonel Gèze – muskulös, mit kantigem Gesicht – hat sein Hauptquartier in einem Tarnzelt gegenüber der Rollbahn aufgebaut. Nach den Angriffen durch die französische Luftwaffe waren seine Männer ohne jede Gegenwehr in Timbuktu eingerückt. Fast zu einfach war das. Ganz geheuer ist dem Oberst der schnelle Sieg immer noch nicht.

Wie viele Tote es durch die Luftangriffe gegeben hat, vermag er nicht zu sagen. Gefangene haben seine Soldaten auch nicht gemacht. Denn die Dschihadisten haben Timbuktu zwar verlassen, aber geschlagen hat Gèze sie nicht. Vielleicht haben sie sich nach Mauretanien abgesetzt, vielleicht nach Algerien. Der Offizier zuckt hilflos mit den Schultern. „Wir halten Augen und Ohren offen und fragen unsere Informanten aus“, sagt er, „irgendwo müssen die Islamisten doch stecken.“

Es ist ein seltsamer Krieg, den die Franzosen in Mali führen. Er hat mit einem Schlag das Image von Präsident François Hollande in der Welt verändert – aus dem Zauderer wurde ein entschlossener Feldherr. Seine Truppen haben die großen Städte des Nordens in einem Blitzkrieg von den Islamisten befreit. „Mehrere hundert“ Kämpfer habe man getötet, behauptet Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian. Aber die meisten Feinde haben sich offenbar nur zurückgezogen. Und deshalb geht unter den Menschen in den befreiten Gebieten nun die Angst um, dass der Alptraum bald wieder von vorn beginnen könnte.

Doch die Franzosen wollen unbedingt, auch aus innenpolitischen Gründen, schnell wieder abziehen. Es sind derzeit fast 4000 französische Soldaten in Mali, 1500 mehr als ursprünglich angekündigt. Am Dienstagabend sagte Außenminister Laurent Fabius, „ab März“ sollten sie das Land verlassen – „in wenigen Wochen“, relativierte Verteidigungsminister Le Drian.

Paris bat den Uno-Sicherheitsrat, Friedenstruppen zu schicken. Die Uno könnte auch den Einsatz bereits anrückender Einheiten der westafrikanischen Staatengemeinschaft Ecowas koordinieren. Denn die Kämpfe sind noch lange nicht vorbei. Le Drian gab zu, dass es etwa am Dienstag in der eigentlich längst eroberten Stadt Gao zu Scharmützeln zwischen islamistischen Kämpfern und französischen Soldaten gekommen war. Und im Umland aller eroberten Städte seien die Truppen bei Patrouillenfahrten auf feindliche Krieger gestoßen.

Auch Salaka Djické aus Timbuktu fürchtet sich vor den Bärtigen, die da draußen in der Wüste sein müssen. Seit die Franzosen in der Stadt patrouillieren, schminkt sie sich wieder wie früher, sie trägt eine Halskette mit Amulett, einen Armreif, Ohrringe.

Unter den Islamisten durfte sie nur verschleiert aus dem Haus gehen, sie durfte keine Musik hören, und vor allem: Sie durfte mit keinem Mann auf offener Straße gesehen werden. Es herrschten die strengen Gesetze der Glaubenskrieger, zehn endlos scheinende Monate lang.

Nach der Niederlage der malischen Regierungstruppen im April 2012 hatte eine Allianz der drei Islamistengruppen Ansar al-Din, Mujao und al-Qaida des Maghreb hier im Norden Malis die Scharia eingeführt. Noch immer stehen überall weiße Metallschilder in der Stadt, auf denen zu lesen ist: „Die Stadt Timbuktu ist auf dem Islam aufgebaut, und in ihr existiert nur das islamische Gesetz.“

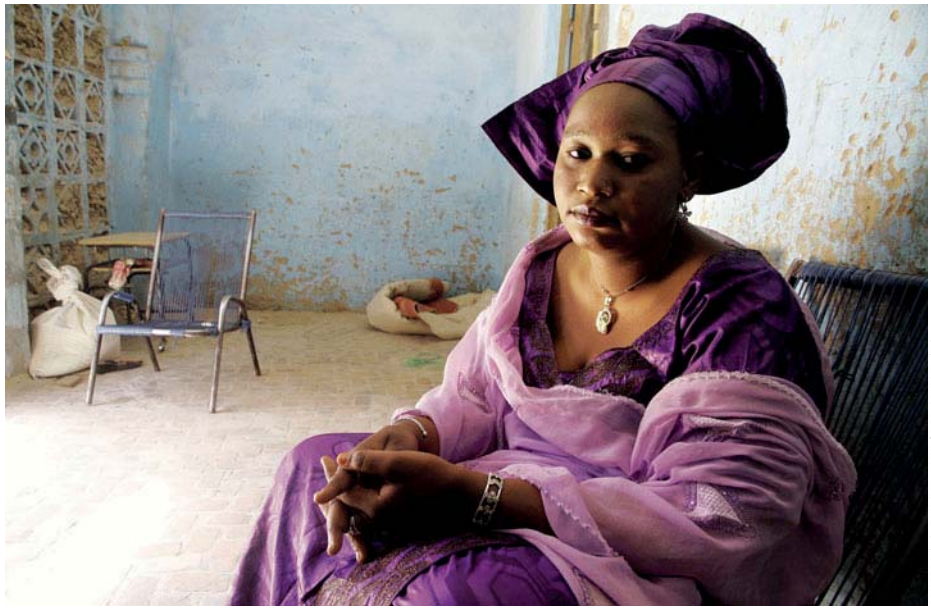
Salaka Djické, 26, hatte sich all die Monate geschworen, nicht aufzufallen. Aber sie hatte einen Geliebten, einen verheirateten Mann. Einige Wochen hielten sie es ohneeinander aus, dann begannen sie, sich heimlich zu treffen. Fast hätte Salaka Djické den Leichtsinn mit ihrem Leben bezahlt.

Jetzt sitzt sie in ihrer Lehmhütte, ihre Geschwister lärmen um sie herum; acht Menschen wohnen in dem kleinen Gebäude. Nebenan steht ein Ofen, in dem Salaka Djické Fladenbrot backt, das sie auf dem Marktplatz verkaufen kann. „Mein Freund hatte mich abends gegen zehn Uhr abgeholt, als zwei Dschihadisten in weißen Gewändern auf mich zustürzten und mich packten“, sagt sie. Auf ein Verhältnis mit einem verheirateten Mann stand die Todesstrafe, wie wahnsinnig schrie Salaka Djické.

Aber sie konnte sich nicht mehr aus der Gewalt der selbsternannten Religionswächter befreien. Die Männer warfen sie in eine Zelle, sperrten sie zwei Tage lang ein. Dann verkündete ein hellhäutiger Mann, der nur Arabisch sprach, ein Urteil, das er wohl für milde hielt: Salaka Djické wurde zu 95 Schlägen verurteilt, auszuführen mit einem elastischen Stock, der mit Kamelleder überzogen ist.

Ein paar Straßen vom Haus der Djickés entfernt hockt ein Mann mit schlohweißem Haar auf dem Boden und klopft den Staub aus uralten Manuskriptstapeln. Der Imam Sioli Igouma Kounta, 70, betreibt hier eine der vielen Privatbibliotheken, für die Timbuktu berühmt ist. 1475 Manuskripte habe er in seiner Obhut, erzählt Kounta stolz: „Sie stammen zum Teil aus dem 12. und 13. Jahrhundert, sie sind der Schatz Timbuktus.“

„Tin buktu“, Frau mit dem großen Nabel, hatten die Tuareg die Oasenstadt am Rande der Sahara und direkt am Fluss Niger einst genannt, so die Sage. Hier formierten sich bereits im 12. Jahrhundert die Karawanen, die Gold und Sklaven aus dem Innersten Afrikas nach Norden schafften. Aus der Karawanserei wurde eine bedeutende Handelsstadt, ab dem 15. Jahrhundert entwickelte sich Timbuktu dann zu einem Zentrum des Wissens. Es entstanden etliche Moscheen und eine Universität, Koranschulen wurden errichtet und Bibliotheken. Ihre Handschriften gehören heute zum Weltkulturerbe.



REUTERS (L.); THILO THIELKE / DER SPIEGEL (R.)

Islamisten-Opfer Djické: *95 Stockhiebe für eine Liebesaffäre*

Wie viele davon noch erhalten sind, ist unklar. Der malische Historiker Abdoulaye Cissé schätzt, „dass es Hunderttausende sind“.

„Als die Islamisten kamen, riefen sie uns Würdenträger alle zusammen“, sagt Kounta: „Sie trugen Sturmgewehre und erklärten, wir würden einen falschen Glauben praktizieren.“ Danach nahm Kounta seine wertvollsten Papiere und vergrub sie im Wüstenboden. Da waren sie vor den Glaubenskriegern sicher, die nur den Koran in der Stadt dulden wollten.

Die bärtigen Männer beherrschten die Stadt. Wen sie mit einer Zigarette erwischten, den warfen sie in den Kerker. Dieben hackten sie die Hand ab. Selbst Musikhören war verboten.

„Sie tauchten auf wie Gespenster“, sagt Kounta, „sie sprachen fremde Sprachen: Englisch, Arabisch, Französisch. Die malischen Islamisten kamen erst zwei Wochen nach ihnen.“ Und dann seien auch die Tuareg, die eigenen Nachbarn, plötzlich von Haus zu Haus gezogen, hätten herumgeschnüffelt und Geld gestohlen: „Sie waren zum Teil schlimmer als die Dschihadisten.“

Eines Tages ging der Imam auf den Marktplatz, um etwas Brot zu kaufen, und da sah er, wie eine junge Frau vornübergebeugt auf einem Stuhl saß. Es war zehn Uhr an diesem Januartag, die Sonne stand schon hoch, eine Menschenmenge hatte sich versammelt. „Wir wurden von Männern mit Gewehren gezwungen, dem zuzusehen“, sagt Kounta.

95-mal sauste der Kamellederstock auf den Rücken von Salaka Djické. Das Blut spritzte. Manche in der Menge weinten und wandten ihren Blick ab. Timbuktu hat rund 55 000 Einwohner, viele kennen einander. „Ich verlor nicht das Bewusstsein“, sagt Salaka Djické, „ich bekam alles mit.“ Als ihre Haut in Fetzen geschlagen war, brachte ein Bruder sie in ihr Lehmhaus, das sie bis zum Einmarsch der Franzosen dann kaum noch verließ.

„Nachdem die Franzosen die ersten Angriffe geflogen hatten und das Hauptquartier der Islamisten am Rande der Stadt in Trümmer geschossen worden war, sahen wir mitten in der Nacht im Ahmed-Baba-Institut ein großes Feuer lodern“, erinnert sich Kounta, „wir wussten: Jetzt verbrennen sie unsere Bücher.“

Kounta stochert herum in dem Haufen Asche im Innenhof des Instituts. Über 30 000 historische Schriften hatten hier gelagert, rund 2000 dürften in dieser Nacht in Flammen aufgegangen sein, dann machten sich die Krieger auf und davon. „Sie sind noch irgendwo in der Nähe“, fürchtet Kounta, „die Wüste ist groß.“

Bei einer Moschee hat der Schmied Radouane Ag Joudou, 52, sein kleines Geschäft. Er ist ein Tuareg, gehört also zu jenen hellhäutigeren Wüstenbewohnern aus dem Norden Malis, die von den tiefschwarzen Songhai gern Rothäute genannt werden. Seit Jahrhunderten herrscht Konkurrenz zwischen den Völkern. Es sind archaische Konflikte: Nomaden gegen Sesshafte, Viehzüchter gegen Ackerbauern, Hellere gegen Dunklere – Kain gegen Abel.

Die Tuareg waren jene, die Anfang 2012 den Aufstand gegen die Zentralregierung in Bamako wagten und von denen dann viele zu den Islamisten überliefen und ihnen so den Weg ebneten. Manche Schwarze in Timbuktu halten deshalb alle Tuareg für Kollaborateure. Als die Islamisten in der Wüste verschwanden, gingen viele Araber und Tuareg mit, weil sie die Rache der früheren Nachbarn fürchteten.

Dadurch machten sie sich erst recht verdächtig. Fast alle Araber-Geschäfte in Timbuktu wurden inzwischen geplündert, ein ganzer Straßenzug verwüstet. Ag Joudou ist als einziger Tuareg geblieben. „Ich habe acht Kinder, ich bin hier geboren, wohin soll ich denn gehen?“, fragt er, und zwei Freunde vom Volk der Songhai nicken ihm beruhigend zu. „Ich hoffe, dass sie mich in Frieden lassen, denn ich habe niemandem etwas getan.“

Alle wissen: Die Terroristen sind fort, aber nicht tot. Friedenstruppen von Ecowas sollen die abrückenden Franzosen ersetzen, doch ihnen vertraut niemand so recht, und noch viel weniger der malischen Armee.

Zudem ist unklar, wie schnell die bis zu 6000 Ecowas-Soldaten vorrücken können. Sicher ist nur, dass ihre Präsenz auf Dauer kaum ausreichen wird, die Region zu befrieden. Denn in Mali geht es um weit mehr als nur darum, Terroristen zu vertreiben. Der Konflikt zwischen der Bevölkerung im Süden und den Tuareg im Norden, die sich von der Zentralregierung vernachlässigt fühlen und von denen etliche vom Drogenschmuggel leben, ist natürlich nicht gelöst.

Das Problem könne „nur durch eine ausgeglichenere Verteilung der Macht im Land“ beseitigt werden, schreibt der französische Islamexperte Olivier Roy. Man könne al-Qaida nicht besiegen, indem man das Territorium besetze. Um den Islamisten den größten Teil ihres Einflusses zu rauben, müsse man auf die Gruppen zugehen, die sie unterstützen – und ihnen einen guten Grund geben, das nicht mehr zu tun. Dazu müsse man aber etwa mit den Tuareg verhandeln, statt alle als Terroristen zu brandmarken.

Auch deshalb, glaubt Roy, müssten sich die Europäer wohl auf lange Sicht in Mali als Vermittler engagieren.

Mathieu von Rohr, Thilo Thielke

Video:
Der Wüstenkrieg
spiegel.de/app72013mali
oder in der App DER SPIEGEL



McGeever-Anwesen in Craughwell, Unternehmer

IRLAND

Wasser und Sandwiches

Ein seit Monaten vermisster Immobilienmillionär taucht wieder auf und behauptet, gekidnappt worden zu sein. Die Polizei steht vor einem Rätsel.

Kevin McGeever hat die Bewohner von Mullingar zweimal nachhaltig irritiert. Das erste Mal vor ungefähr zehn Jahren, als er schwarz gekleidet und mit schwarzer Sonnenbrille aus einem schwarzen Hummer-Geländewagen stieg und sich in der Stadt eine Autostunde westlich von Dublin niederließ.

Das zweite Mal vor wenigen Tagen, als er verwirrt, barfuß und mit zerzausten Haaren von einem Ehepaar an einer Landstraße entdeckt wurde. Auf seiner Stirn soll mit Filzstift geschrieben das Wort „thief“ gestanden haben.

McGeever ist 68 Jahre alt und Millionär. Im Mai vorigen Jahres verschwand er und galt seitdem als vermisst. Als er nun abgemagert und unterkühlt ins Krankenhaus von Mullingar eingeliefert wurde, erzählte er der Polizei, er sei entführt und acht Monate lang in einem Frachtcontainer festgehalten worden.

Männer hätten ihn von der Straße in einen Toyota-Lieferwagen gezerrt und später in einen Container eingeschlossen, der im Boden vergraben gewesen sei. Seine Entführer hätten ihm nichts als Wasser und Schinken-Sandwiches gegeben, jeden Tag, acht Monate lang, sagte McGeever.



HANY MARZOUK



THE IRISH TIMES

McGeever 2003: *Das Wort „thief“ soll in Filzstift auf seiner Stirn gestanden haben*

Wo der Container gestanden habe, wisse er nicht. Auch sonst könne er sich nicht an viel erinnern. Mit seinen Kidnappern habe er nur schriftlich kommuniziert.

Es ist eine Geschichte wie aus einem Mafia-Film, furchterregend, wenn sie denn stimmt. Aber es könnte auch sein, dass sie so nie stattgefunden hat, denn erzählt wird sie von einem Unternehmer von eher zweifelhaftem Ruf.

Kevin Michael McGeever, geboren in Swinford, Westirland, nennt sich selbst nur KMM. Seine Millionen hat er in den Jahren des irischen Wirtschaftsbooms angehäuft und sich dabei viele Feinde gemacht. McGeever unterhielt angeblich geschäftliche Beziehungen von Dublin und London nach Sambia, Russland und Ägypten bis an den Persischen Golf. Als er im Mai verschwand, wurde auf Wunsch seiner Freundin zwar keine Suchmeldung veröffentlicht, aber die Sache sprach sich in Mullingar schnell herum.

McGeevers Geschäftspartner wunderten sich nicht wirklich über die Entführung. Es habe viele Menschen gegeben, die dafür genügend Gründe gehabt hätten, sagt ein irischstämmiger Unternehmer, der in Dubai lebt. Andere vermuteten, McGeever habe sich abgesetzt, um seinen Gläubigern zu entkommen. „Ich dachte, den hat irgendwer in einen Fluss oder einen See geworfen“, sagt William Flood.

Der 31-Jährige trägt einen Stapel Broschüren, Zettel und Briefe unter dem Arm und steuert auf die Bar des Mullingar Park Hotel zu. Flood lernte McGeever kurz nach dessen Ankunft in Mullingar 2002 kennen. Er ist Geschäftsmann, hat in Dublin Wirtschaftswissenschaften studiert und interessierte sich zu dieser Zeit ebenfalls für Immobilien, vor allem für solche, die in kurzer Zeit viel Geld einbrachten.

Und so verabredete er sich mit McGeever zum Brunch. „Kevin ist sehr überzeugend, ein exzellenter Verkäufer“, sagt Flood, „es war nicht schwer, ihm zu verfallen.“

Anfang des Jahrtausends stiegen auf der Insel die Preise für Wohnungen, Häuser und Büros in bislang ungekannte Höhen. Viele Iren wurden allein dadurch reicher, dass ihr Eigentum an Wert gewann, auch wenn es nur ein hypothetischer Zuwachs war. Hausbesitzer erhielten von Banken höhere Kredite und pumpten zusätzliches Geld in den Markt.

McGeever nutzte die Zeit der Gier, um sein Immobiliengeschäft auszubauen, zunächst in Irland, dann am Persischen Golf. In der Wüste der Vereinigten Arabischen Emirate sah er seine Chance.

„Ich würde mich nicht wundern, wenn er seine Entführung selbst inszeniert hätte.“

Er sicherte sich die Domain mydubaihome.ie, suchte sich eine Sekretärin, einen Chauffeur und eröffnete ein Büro in Dubai.

In Irland zog er durch die Konferenzräume etlicher Hotels, um für seine Projekte zu werben, und wurde überschwemmt mit Geld. Er kaufte sich den schwarzen Hummer, außerdem fuhr er einen Ferrari, einen getunten Mercedes und einen Lamborghini Murciélago.

Je häufiger William Flood sein Vorbild traf, desto mehr wuchs sein Ehrgeiz, es ihm gleichzutun. Und so überzeugte Flood seine Mutter und seinen Bruder, sich an einem von McGeevers Bauprojekten zu beteiligen. Im Mai 2007 unterzeichneten sie, so erzählt Flood, den Kaufvertrag über ein Apartment und eine Büroetage in Dubai in Höhe von über 3,8 Millionen Euro, zahlbar in vierteljährlichen Raten. Die Anzahlung stammte, so Flood, aus einem Kredit, als Sicherheit diente das Haus der Familie in Mullingar. Wenn alles gut liefe, würde McGeever die Immobilie in Dubai verkaufen, lange bevor die letzte Rate fällig würde, so angeblich sein Versprechen. Der Gewinn sollte bei 1,7 Millionen Euro liegen.

Wie er setzten einige auf ein Vermögen aus der Wüste. Flood wirft McGeever nun aber vor, er habe weit mehr Büros und Apartments verkauft, als er besessen habe. „Er machte ein großes Geheimnis um das Stockwerk, das wir gekauft hatten“, sagt William Flood, das sei ihm schon damals aufgefallen. Als der Immobilienmarkt Ende 2007 einbrach, wollten McGeevers Kunden ihre Apartments und Büros am Golf verkaufen. McGeever bat um Geduld, andernfalls würden alle sehr viel Geld verlieren. „Ich, KMM, will nicht, dass das passiert“, schrieb er damals an Flood.

Die irische Polizei ist nun damit beschäftigt, das weltweite Beziehungsgeflecht des angeblich entführten und wieder aufgetauchten Unternehmers zu entwirren, um den möglichen Tätern auf die Spur zu kommen. Sein Bruder sagt, die Polizei konzentriere sich dabei vor allem auf Kontakte aus McGeevers Zeit in Dubai.

William Flood traut McGeever, seinem früheren Idol, inzwischen alles zu. „Ich würde mich nicht wundern, wenn er seine Entführung selbst inszeniert hätte“, sagt er. Flood hat nun eine neue Geschäftsidee, auch sie ist inspiriert von seinem alten Freund: Zurzeit sucht er einen Co-Autor, mit dem er ein Buch über Kevin McGeever schreiben kann.

Christoph Scheuermann

ZEITGESCHICHTE

„Erschießen Sie mich!“

Vor 70 Jahren kam Stalins Sohn Jakow im KZ Sachsenhausen um, gleich nach Kriegsbeginn war er in deutsche Gefangenschaft geraten. Hatte er freiwillig die Fronten gewechselt? Russische Dokumente legen das nahe.

Ein Frühlingsabend im KZ Sachsenhausen nördlich von Berlin, es ist Mittwoch, der 14. April 1943. Aus einem Fenster der Baracke 3 im Sonderlager A springt ein Mann.

Das Sonderlager ist ein vom übrigen Konzentrationslager abgetrennter Bereich für prominente Häftlinge – 140 Meter lang, 50 Meter breit, vom Hauptlager durch eine Ziegelmauer getrennt. Ein 2,60 Meter hoher Hochspannungszaun soll Fluchtversuche verhindern.

Der Mann hat Schaftstiefel an und eine Soldatenhose, das schwarze Haar ist unbedeckt. „Unteroffizier, Unteroffizier“, ruft er dem diensthabenden Wachposten SS-Rottenführer Konrad Hafrich zu: „Erschießen Sie mich!“

Hafrich schreit, dass er zurück in die Baracke soll, der Mann geht weiter. „Nicht feige sein“, brüllt er und läuft in Richtung Elektrozaun. Hafrich: „Als er den Draht ergriff, habe ich befehlsgemäß geschossen.“

Es ist kurz nach neun Uhr abends. Der Mann im Zaun ist tot, er ist mitten im Sprung erstarrt. Das linke Bein steckt fast waagerecht im Stolperdraht, das rechte ist angewinkelt. Lange liegt er so. Für Lagerkommandant Anton Kaindl ist der Fall heikel: Er hat das Reichssicherheitshauptamt im Berliner Prinz-Albrecht-Palais alarmiert. Als am nächsten Tag ein SS-Offizier und zwei Professoren eintreffen, wird der Tote fotografiert, aus dem Stacheldraht gehoben und ins Lagerkrematorium gebracht.

Die Gerichtsmediziner untersuchen die Leiche. Sie geben zu Protokoll, dass eine Kugel vier Zentimeter neben dem rechten Ohr in den Kopf eingedrungen ist und den Schädel zerschlagen hat. Der Tod sei aber bereits vorher eingetreten, durch einen Stromschlag vom Hochspannungszaun. Noch an Ort und Stelle wird der Tote verbrannt, die Urne kurz darauf, zusammen mit den Ermittlungsunterlagen und dem Totenschein, an das Reichssicherheitshauptamt geschickt.

Acht Tage später trifft bei Außenminister Joachim von Ribbentrop eine „Geheime Reichssache“ von SS-Reichsführer Heinrich Himmler ein: „Lieber Ribbentrop. Anliegend übersende ich Dir einen Bericht über die Tatsache, dass der Kriegsgefangene Jakob Dschugaschwili, Sohn von Stalin, bei einem Fluchtversuch im Sonderlager A in Sachsenhausen bei Oranienburg erschossen worden ist.“



OGONJOK

Familienvater Stalin, Kinder*: *Mächtig und rücksichtslos*

Über Jahrzehnte nach Kriegsende blieb ungeklärt, wie genau Jakow Dschugaschwili, der älteste Sohn des sowjetischen Diktators Josef Dschugaschwili, genannt Stalin, zu Tode kam. Jener Mann, der den Deutschen im Sommer 1941 als Oberleutnant in die Hände gefallen war und den auszutauschen sich sein Vater so heftig geweigert hatte.

Erst 1968 tauchten im Washingtoner State Department Dokumente auf, mit deren Hilfe sich die letzten Jahre des Häftlings rekonstruieren ließen. Demnach war der Stalin-Sohn Opfer einer Haftpsychose geworden. Sein Tod kam einem Selbstmord gleich, so der Befund.

Offen blieb aber eine andere Frage: Hatten die Deutschen Stalins Sohn 1941 tatsächlich im Kampf gefangen genommen oder hatte er sich selbst gestellt? War ausgerechnet dieser Offizier der Roten Armee, kaum dass der Krieg begonnen hatte, zu den Deutschen übergelaufen? Und wusste sein Vater das und hatte deswegen keinen Finger für seinen Sohn gekrümmt?

„Eine Gefangengabe an den Feind ist Vaterlandsverrat“, hieß es seit 1940 im militärischen Eid der Roten Armee. Es war ein Satz, der Zehntausenden Sowjetbürgern zum Verhängnis wurde – viele, die 1945 heil aus deutscher Kriegsgefangenschaft zurückkehrten, wurden zu Hause exekutiert oder bekamen 25 Jahre Lagerhaft.

Dass sich Stalins eigener Sohn schon einen Monat nach Kriegsbeginn in den Händen der Deutschen befand, wurde den Russen hingegen verschwiegen. Denn damit war Jakow Dschugaschwili selbst ein Landesverräter.

War er das wirklich? Selbst nach Stalins Tod fand sich nirgendwo ein Hinweis auf seinen Sohn. Dessen Schicksal wurde erst zum Thema, als Parteichef Michail Gorbatschow in der Perestroika-Zeit Moskauer Archive öffnen ließ. Viele Unterlagen blieben jedoch weiterhin geheim.

Sie liegen bis heute im Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums in Podolsk, südlich von Moskau. Vor kurzem erhielt der SPIEGEL Zugang zu der Stalin-Akte: 389 Seiten erzählen die Geschichte eines jungen Mannes, dessen Leben im Schatten des übermächtigen Vaters verlief und das nach 35 Jahren bereits zu Ende war.

* Sohn Wassilij und Tochter Swetlana um 1935.



ULLSTEIN BILD

Stalin-Sohn Jakow nach seiner Gefangennahme*: *Aus seiner Enttäuschung über die sowjetische Armee macht er keinen Hehl*

Und sie geben, 70 Jahre nach der Schlacht von Stalingrad, unverhofft Einblicke in das Familienleben eines Diktators.

Jakow, genannt Jascha, 1908 zur Welt gekommen, stammt, anders als seine Halbgeschwister Wassilij und Swetlana, aus Stalins erster Ehe mit einer georgischen Schneiderin. Der Junge wächst ohne Eltern auf, die Mutter stirbt an Fleckfieber, als er acht Monate alt ist, Stalin kümmert sich kaum um ihn. Völlig zutreffend gibt Dschugaschwili gegenüber den Behörden als Tätigkeit des Vaters an: „Berufsrevolutionär".

Dem Druck des mächtigen wie rücksichtslosen Vaters ist er nicht gewachsen. Aber die Mädchen lieben ihn. 1925, zum Ende der Schulzeit, zieht Jakow mit der 16-jährigen Mitschülerin Soja Gunina zusammen, der Tochter eines orthodoxen Geistlichen.

Als Stalin davon erfährt, macht er einen solchen Skandal, dass der 18-Jährige eines Nachts in der Küche seiner Kreml-Wohnung zur Pistole greift und sich ins Herz zu schießen versucht. Der Schuss geht daneben, Jakow liegt drei Monate im Krankenhaus und flieht dann zu Verwandten seiner Stiefmutter nach Leningrad. Aber er heiratet Soja.

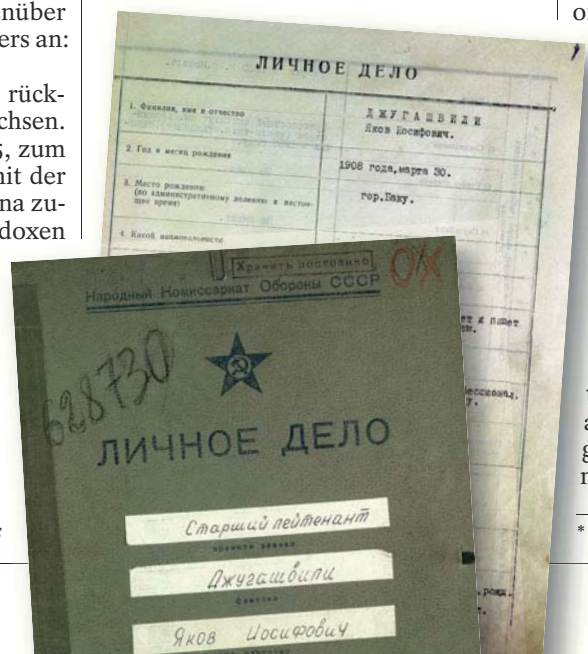
Im April 1928 schreibt Stalin an seine Frau: „Sage Jascha von mir, dass er sich wie ein Rowdy und Erpresser benommen hat, mit dem ich nichts mehr gemein habe und nichts mehr zu tun haben will. Er soll leben, wo und mit wem er will. J. Stalin".

Es kommt dann nicht ganz so, aber Stalin missfällt das Verhalten seines Sohns. Der lebt bald mit einer anderen Frau zusammen, bekommt ein Kind mit ihr.

Nach der Schule besucht Jakow die Arbeiterfakultät, eine Vorbereitungsstätte für die Hochschule, mit 23 geht er ans Dserschinski-Transportinstitut. 1935 schließt er das Studium ab, arbeitet ein Jahr lang als Ingenieur im Moskauer Stalin-Autowerk, bevor er in die Artillerie-Akademie der Roten Armee eintritt.

„Ich weiß nicht, warum Jascha Berufsoffizier wurde", wird seine Schwester Swetlana später schreiben. „Er war ein zutiefst friedlicher Mensch – weich, ein wenig schwerfällig, sehr ruhig, aber innerlich fest und überzeugt. Mit dem Vater hatte er nur die mandelförmigen kaukasischen Augen gemein, mehr nicht. Er besaß keinerlei brillante Fähigkeiten, war bescheiden, einfach und arbeitsam."

Jakow ist anders als der Vater, mit aller Kraft versucht er dessen Einfluss zu entfliehen. Er will aus dem Schatten des furchteinflößenden Familiennamens treten und Patriot sein, wie andere auch, als es um das Schicksal des Vaterlands geht. Alle Angebote, ihm eine Ausnahmestellung zu gewähren, lehnt er ab.



Militärakte mit Personalbogen
Ein Leben im Schatten des Vaters

* Mit deutschen Offizieren im Juli 1941.

Ende 1937 meldet er sich freiwillig zur Armee, auch dies eine Flucht vor dem Vater. 1938 heiratet er schließlich die Ballerina Julija Melzer, eine Jüdin aus Odessa. Jakow hat sie in einem Restaurant kennengelernt, im selben Jahr kommt Tochter Galina zur Welt. Auch mit dieser Schwiegertochter mag Stalin sich nicht anfreunden. 1940 wird Jakow Oberleutnant, im Jahr darauf, am 6. Mai 1941, erhält er das Diplom der Artillerie-Akademie. Seine erste Dienststellung tritt er drei Tage später an – als Kommandeur im 14. Haubitzen-Regiment der 14. Panzerdivision.

Das Foto in der Kaderakte zeigt ihn in der Uniform eines Rotarmisten mit Kragenspiegeln, aber ohne Schulterstücke, den Lederriemen quer über Brust und Schulter gezogen, ein weicher Mund, sanfte Augen, die schwarzen Haare zurückgekämmt. Es sind nur noch sechs Wochen bis zu Hitlers Überfall auf die Sowjetunion.

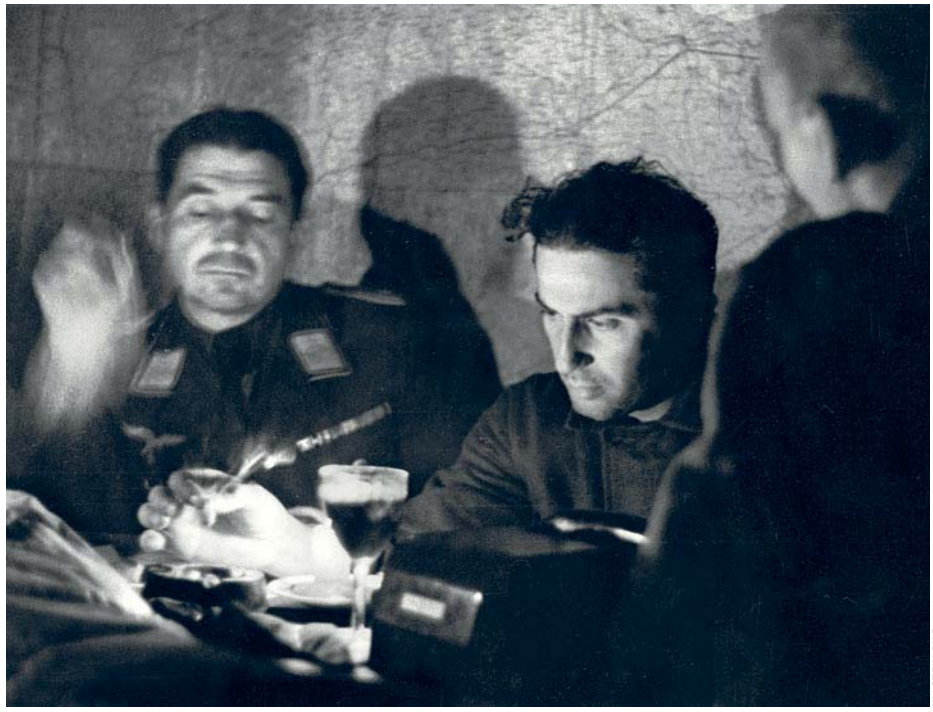
Der Krieg überrascht ihn während einer Schießübung bei Naro-Fominsk, einer Kleinstadt 70 Kilometer westlich von Moskau. Das Regiment wird mobilisiert und bricht nach Westen auf, in Richtung Minsk, dem Feind entgegen. Den Vater treffen – das schafft er nicht mehr, aber er ruft ihn an. „Geh und kämpfe“, sagt Stalin ihm am Telefon.

Aber was heißt schon kämpfen in diesem Juni 1941? In der Armee herrscht Chaos, unvorbereitete Sowjetsoldaten ziehen an die Front. 1,7 Millionen kommen in den ersten drei Wochen um oder geraten in Gefangenschaft

Auch Jakows Division marschiert in den Untergang, ihr Weg lässt sich mit Hilfe der Akten nachvollziehen. Die täglichen Berichte der Polit-Offiziere an die Armeeführung sind voller Propagandameldungen, trotzdem sind Unsicherheit und Verzweiflung zu erkennen.

28. Juni: Die Kämpfer und Kommandeure brennen, sich in den Kampf mit den faschistischen Halsabschneidern zu stürzen … Allerdings gibt es auch negative Stimmungen: Die Deutschen seien sehr erfahren, es sei schwierig, mit ihnen zu kämpfen … Allein 300 Mann fehlen im mittleren Führungsbestand der Division, 800 Mann bei den Unteroffizieren, 35 Prozent der vorgesehenen Lkw fehlen, es sind nur 24 Prozent aller Tankwagen da und nur 53 Prozent der Panzerwagen.

Am 7. Juli, um vier Uhr morgens, starten die Russen einen Angriff, doch jeder zweite Panzer wird von den Deutschen abgeschossen, 200 Soldaten kommen in den Flammen um. Jakows Batterie feuert von einer Anhöhe am Waldesrand hinüber zu den Deutschen, aber bald verstummt auch sie – Regimentskommandeur Abalaschow meldet sie am Abend als Verlust.



ULLSTEIN BILD

Gefangener Jakow beim Verhör 1941: *„Unsere Führung taugte überhaupt nichts“*

Jakow überlebt den Feuersturm, vier Tage später taucht er mit den Resten seiner Truppe wieder auf. Ein mit Bleistift geschriebener Zettel seines Vorgesetzten an den Divisionschef bescheinigt ihm „besondere Tapferkeit“, auf einer Liste der Division wird er mit 50 anderen für eine Auszeichnung vorgeschlagen.

Am 9. Juli hatten die Deutschen Witebsk eingenommen, das sowjetische Armeekorps tritt den Rückzug an – Jakow und seine Einheit sollen noch helfen, die Flucht zu decken.

Russlands bedeutendstes Archiv

befindet sich in Podolsk unweit von Moskau. Im Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums werden 18,6 Millionen Dokumente aus den Stäben der sowjetischen und russischen Streitkräfte verwahrt – viele von ihnen betreffen die Zeit des sogenannten Großen Vaterländischen Krieges zwischen 1941 und 1945. Es sind Frontkarten, Lageberichte, Analysen der Stimmung in der Armee, zerfledderte Stabszeichnungen oder im Schützengraben mit Bleistift hingekritzelte Meldungen an die Kommandeure. Auch die Papiere über Stalins Sohn Oberleutnant Jakow Dschugaschwili lagern dort, mehr als ein halbes Jahrhundert lang waren sie geheim. Der SPIEGEL konnte sie jetzt einsehen: Das Konvolut aus zwölf Bänden wurde in zwei Pappkoffern bereitgestellt – durfte aber nur unter Aufsicht zweier Archivmitarbeiter gelesen werden.

Der Morgen des 14. Juli muss für ihn und seine Männer die Hölle gewesen sein: Die Deutschen greifen bei der Kleinstadt Jarzewo an – 30 Flugzeuge haben sie in der Luft, die russischen Panzer explodieren, auch die Tanklaster dahinter.

In den Stabsmeldungen wird es am Abend heißen: *Über den Verbleib des 14. Haubitzen-Regiments ist nichts bekannt.*

Auch Jakow Dschugaschwili, Stalins Sohn, ist nun verschwunden.

Am 26. Juli verfasst der Brigadekommissar Alexej Rumjanzew auf seiner Schreibmaschine einen dreiseitigen Brief an den Polit-Chef der Roten Armee. Das Verschwinden von Stalins Sohn ist zur Chefsache geworden. Rumjanzew weiß, dass der Bericht auf Stalins Tisch landen wird, und so beteuert er, dass die Armee mit dem Sohn des Kreml-Chefs sehr sorgsam umgegangen sei.

Man habe *von Anfang an versucht, den Genossen Dschugaschwili im Regimentsstab einzusetzen, aber er bestand hartnäckig darauf, dass er als Batterie-Kommandeur zum Einsatz kommt. Genosse Dschugaschwili wandte sich sogar an den Kommissar des Regiments, um seine Aufnahme in die Batterie zu beschleunigen.*

Jakows Auftreten an der Front wird im Brief als „einwandfrei und furchtlos“ beschrieben. Als seine Einheit in den Bombenhagel der Faschisten geraten sei, habe ihm der Chef der Operativen Abteilung angeboten, mit ihm im Auto ins Hinterland zu fahren. Doch Genosse Dschugaschwili habe geantwortet: *„Ich gehe nur zusammen mit meiner Batterie zurück.“*

Am 21. Juli schickt die Division einen Trupp Motorradfahrer in jene Gegend, in der sie den Stalin-Sohn vermutet. Die



BETTMANN / CORBIS

Toter Jakow in Sachsenhausen im April 1943: *Mitten im Sprung erstarrt*

Männer treffen auf den Rotarmisten Popuride, dem zusammen mit Jakow die Flucht gelang. In Rumjanzews Schreiben heißt es:
Sie vergruben gemeinsam ihre Papiere und legten Zivilkleidung an. Als sie am Seeufer ankamen, sagte Genosse Dschugaschwili zu Popuride, der solle weitergehen, er aber wolle sich ausruhen. Die von Rumjanzew beschriebene Episode legt nahe: Jakow hat sich freiwillig in Gefangenschaft begeben.

Am 25. Juli macht sich noch einmal eine Gruppe von Geheimdienstlern auf den Weg; auch sie kommt ohne Ergebnis zurück. Zu dieser Zeit ist Jakow längst bei den Deutschen.

Das erste Verhör Jakow Dschugaschwilis findet am 18. Juli statt. Die Sowjets finden das Originalprotokoll nach Kriegsende im Archiv des Berliner Luftwaffenministeriums. Es ist ein Dokument, das einen Blick ins Innere des jungen Offiziers freigibt: Stalins Sohn gibt sich stolz, er verteidigt die politische Ordnung in seinem Land. Aber aus seiner Enttäuschung über die sowjetische Armee – deren Oberbefehlshaber sein eigener Vater ist – macht er keinen Hehl:
Durch die Umzingelung entstand eine solche Panik, dass alle in verschiedene Richtungen auseinanderliefen … Wir hatten überhaupt keine Karten. Bei uns war alles liederlich und schlecht organisiert … Die Division war überhaupt nicht auf den Krieg vorbereitet …

Frage: *Wie wirkte sich das auf die Führung aus?*

Dschugaschwili: *Sie taugte überhaupt nichts. Weil sie sich immer nur in Feldlagern aufgehalten hat. Das ist alles, was sie drei Jahre lang getan hat. Wir haben etwa 70 Prozent der Panzer verloren.*

Frage: *Was sind eigentlich die Ursachen für die schlechte Kampffähigkeit Ihrer Armee?*

Dschugaschwili: *Die deutschen Sturzkampfbomber, die unklugen Handlungen unserer Führung, die blödsinnigen und idiotischen Handlungen … Sie hat die Einheiten ins Feuer, direkt ins Feuer geschickt.*

Noch eine Stelle des Verhörs ist bemerkenswert – als die Deutschen mit Jakow über die Rolle der Juden reden.

Dschugaschwili: *Ich kann Ihnen aufgrund meiner persönlichen Erfahrung sagen, dass das russische Volk niemals Sympathie für die Juden aufgebracht hat … Juden und Zigeuner sind gleich – sie wollen einfach nicht arbeiten. Aus ihrer Sicht ist das Geschäftemachen das Wichtigste. Der Jude will nicht arbeiten, er kann es nicht.*

Was Stalins Sohn über die Juden sagt, ist gängige Meinung in der Sowjetunion. Es klingt nur besonders befremdlich, weil seine Frau Julija Jüdin ist. Als die Deutschen ihn fragen, ob sie über seine Gefangennahme informiert werden soll, sagt Dschugaschwili: *„Wenn Sie mir eine Bitte erfüllen wollen, dann tun sie das nicht."* Vielleicht ahnt er, was ihr droht.

Tatsächlich lässt Stalin Julija Dschugaschwili im Herbst verhaften. *„Jaschas Tochter soll erst mal bei Dir bleiben"*, sagt er zu seiner Tochter Swetlana: *„Seine Frau ist offensichtlich ein unehrlicher Mensch, wir müssen das aufklären."*

Der Vater habe geglaubt, schreibt Swetlana Allilujewa in ihren Memoiren, Jakow habe sich bewusst in Gefangenschaft begeben, angestiftet von seiner Frau: „Dieser absurde Gedanke brachte Julija Isaakowna einige Jahre Gefängnis ein: zuerst die Lubjanka, nächtliche Verhöre, die Eiskammer, ewiges elektrisches Licht. Dann das Gefängnis in der Stadt Engels, und wieder Moskau, Lefortowo."

Wenn es um seinen Sohn geht, bleibt der Diktator misstrauisch. Im Winter 1943, nach der Schlacht von Stalingrad, erzählt er Tochter Swetlana, die Deutschen hätten vorgeschlagen, Jakow gegen ein paar der Ihren auszutauschen. „Ich werde nicht mit ihnen handeln", zitiert Swetlana den Vater.

Marschall Schukow, der Sieger der Schlacht um Berlin, beschreibt in seinen Memoiren einen Spaziergang mit Stalin, bei dem er ihn nach Jakow gefragt habe. Stalin habe lange geschwiegen und dann geantwortet: „Jakow wird der Gefangenschaft nicht entkommen. Die Faschisten werden ihn erschießen." Laut Schukow habe Stalin unter dem Schicksal seines Sohns gelitten.

Man darf das bezweifeln. Als der Kinoregisseur Michail Tschiaureli später den Film „Der Fall von Berlin" dreht, will er aus Jakow Dschugaschwili einen tragischen Kriegshelden machen. Stalin verhindert das. Und als der 1945 ein Telegramm der sowjetischen Militäradministration in Deutschland bekommt, das ihn über die Suche nach den sterblichen Überresten seines Sohns informiert, da hält es der Vater nicht mal für nötig zu antworten.

Knapp zwei Jahre dauert Jakow Dschugaschwilis Odyssee durch die deutschen Lager. Zuerst ist er im fränkischen Hammelburg, im Frühjahr 1942 wird er nach Lübeck überstellt, ausgerechnet als die Engländer die Stadt zu bombardieren beginnen. Dann folgt das KZ Sachsenhausen.

Die Jahre bis zu seinem Tod sind gut belegt. Trotzdem glauben viele Russen bis heute nicht daran, dass Stalins Sohn jemals in deutscher Gefangenschaft war. Die einen sahen ihn später als Flüchtling in Italien, den USA oder Kanada, andere wollten wissen, er sei im Irak und habe in die Familie Saddam Husseins eingeheiratet.

Auch Tochter Galina, die ihren Vater zuletzt mit drei Jahren sah, ging davon aus, die deutsche Abwehr habe der Welt einen Doppelgänger präsentiert und behauptete, er sei Mitte Juli 1941 im ungleichen Kampf gefallen, die Deutschen hätten sich nur seine Papiere angeeignet.

Die Dokumente widersprechen dem. Dass die Spekulationen um Jakows Ende trotzdem nie aufhörten, hatte seinen Grund: Die Urne mit der Asche des in Sachsenhausen Getöteten kam in Berlin zwar an, verschwand aber dort auf mysteriöse Weise. Und mit ihr die letzte Spur von Jakow Dschugaschwili.

Christian Neef



Jesaja in der Abendschule

GLOBAL VILLAGE: Ein russischstämmiger Rabbi bildet in Israel Propheten der neuen Generation aus.

Die Nase, sagt Rabbi Schmuel Hapartzi, könne wichtige Hinweise auf den Charakter liefern. Ein Mensch mit großen Nasenlöchern kann sehr großzügig sein. Wer große Ohren hat, hört besser zu. Aber natürlich ist all das keine Gesetzmäßigkeit.

Der Rabbi sitzt in einem handtuchschmalen Raum in Florentin, einem Ausgehviertel von Tel Aviv, rechts eine Sushibar, links eine Cocktaillounge. Um ihn herum hocken 15 Schüler, mehrere Informatiker, eine Hausfrau, ein Bauarbeiter, vor ihnen auf dem Tisch liegen Smartphones.

Auf dem Plan steht an diesem Dienstagabend Lektion A der Grundausbildung zum Propheten, „Die Weisheit der Gesichtszüge“, basierend auf der jüdischen Universallehre Kabbala.

Rabbi Schmuel Hapartzi, 32, ein kleiner Mann mit langem Bart und klugen Augen, ist ein unorthodoxer Orthodoxer, Anhänger der mystischen Chabad-Gemeinde. Gerade hat er die Prophetenschule „Kain und Abel“ eröffnet, eine Abendschule, denn Hapartzi ist hauptberuflich Software-Ingenieur, nebenbei noch Vater von fünf Kindern.



AMIT SHABI / LAIF / DER SPIEGEL

Prophetenausbilder Hapartzi: *Anleitung für den Alltag*

Es ist die erste und vermutlich einzige Ausbildungsstätte dieser Art, das Prophetentum gilt als beendet, seit die Römer vor knapp 2000 Jahren den zweiten jüdischen Tempel in Jerusalem zerstörten. Nach Mose, Elija und Jesaja sah es lange ziemlich finster aus in Sachen Erleuchtung. Schmuel Hapartzi will das ändern. Der Rabbi glaubt, dass die Menschheit weiter ist, als sie ahnt, dass sie bereits in ein neues Zeitalter des Wissens eingetreten ist. Leider aber haben die Menschen dafür noch kein Bewusstsein entwickelt. Daher will er seine Schüler gewissermaßen zu Propheten des Alltags ausbilden, sie in die Lage versetzen, Metaphysisches auf Erden zu erspüren.

Zehn Stunden dauert der Grundkurs, am Ende bekommt jeder Teilnehmer ein Zertifikat. Der Unkostenbeitrag liegt bei 40 Euro; was übrig bleibt, wird gespendet.

Für Fortgeschrittene gibt es weiterführende Kurse. Vier verschiedene Stufen hat Hapartzi definiert: Level 1, die Grundausbildung. Level 2, Spezialisierung in allen Propheten-Disziplinen. Level 3, direkter göttlicher Draht. Level 4, echtes Prophetentum, erreichbar nur für von Gott Auserwählte. Hapartzi sieht sich selbst auf Level 2, nahe an Level 3.

Der Rabbi, geboren in Magnitogorsk im Südural, unterrichtet auf Russisch und Hebräisch. In Kürze soll der Unterricht auch auf Englisch stattfinden. Denn das Interesse ist groß, auch Nichtjuden besuchen seine Kurse. Sie suchen eine Anleitung für den Alltag, zusammengemischt aus jahrtausendealtem Brauchtum. Die Welt wird immer komplexer, und wer wünschte sich da nicht eine klarere Sicht auf die Dinge, einen direkteren Draht zu wem auch immer da oben?

Israel, so heißt es oft, werde immer religiöser und ideologischer. Hapartzi dagegen ist ein gläubiger Jude, der das Judentum vor allem „als Quell des Spirituellen“ liebt, nicht als politisches oder religiöses Dogma. Es gehe nicht um Liturgie, sondern „eher um praktische Dinge“, um Traumdeutung oder die Kommunikation mit Engeln.

Und was ist eigentlich ein Engel?

„Eine Art Energiefeld“, sagt Hapartzi. Was natürlich sehr vereinfachend ausgedrückt sei, entschuldigt er sich.

Der Rabbi ist selbst eine Art Prüfstein für Toleranz. Wie anders darf einer sein, ohne dass man ihn für verrückt erklärt?

Für Erez, 29, Gitarrenbauer und DJ, ist der Propheten-Grundkurs etwas, auf das er lange gewartet hat. Er ist gläubig, aber nicht orthodox, statt Schläfenlocken trägt er Dreadlocks. Er sagt, dass er für die Erleuchtung nicht nach Asien fahren wolle wie so viele Israelis. „Die Spiritualität liegt hier doch auf der Straße.“ Nur leider werde sie zu oft überlagert von Politik und Ideologie.

In der akademischen Welt wird Schmuel Hapartzis Erleuchtungsschule dagegen mit Skepsis gesehen. Man könne keine Propheten ausbilden, sagte Rachel Elior, Professorin für jüdische Religionsphilosophie an der Hebräischen Universität, in einem Interview. Schließlich könne man ja auch niemanden lehren, Einstein oder Mozart zu sein. Hapartzi sei ein Freak.

„Ich bin kein Freak“, sagt der Rabbi. Er sei vielleicht etwas seltsam, aber ansonsten „ein ganz normales soziales Element“. Seine Kurse, die Schriften, ihre Quellen: „zu hundert Prozent koscher“. Acht Jahre lang hat er Tora und Talmud studiert, dazu das Evangelium, Bücher über Daoismus in China und die Weisheiten Buddhas. „Ich will niemanden überzeugen, von nichts.“ Er möchte nur die Welt ein wenig mehr in Einklang mit sich selbst bringen.

Dabei war auch Schmuel Hapartzi nicht immer religiös. Er wanderte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion mit seinen Eltern nach Israel ein. Gläubig waren sie nicht, eher suchten sie eine neue Heimat, ohne Antisemitismus und mit besserem Wetter als in Magnitogorsk. Der Sohn aber suchte auch in Israel weiter nach einem Zuhause, er fand es in Büchern, in der Religion.

Stört es ihn, dass selbst im Talmud steht, die einzigen Propheten, die es noch gebe, seien Kinder und Irre? Nein, sagt der Rabbi. Das mache ihm nichts aus.

Julia Amalia Heyer

TRENDSPORT

„Doppelter Druck“



PETER PULKOWSKI

Sportwissenschaftler Martin Stern, 45, über tödliche Unfälle in den neuen Wintersportarten

SPIEGEL: Vorige Woche starb der Schneemobilfahrer Caleb Moore, nachdem er bei den X Games, einer Actionsport-Veranstaltung in den USA, schwer gestürzt war. 2012 gab es tödliche Unfälle im Freestyle-Skifahren und im Skicross. Wieso sind diese Sportarten so gefährlich?

Stern: Als die Freestyle-Disziplinen entstanden, ging es den Sportlern nur darum, sich selbst zu überwinden. Sie suchten ihr persönliches Limit und fragten sich: Schaffe ich den Trick oder nicht? Jetzt starten sie in Wettkämpfen, in denen sie zusätzlich ihre Konkurrenten überbieten müssen. Die Athleten stehen deshalb unter doppeltem Druck, und manche überschätzen dabei ihre Fähigkeiten. Diese schlimmen Unfälle sind übrigens typisch für Wintersportarten.

SPIEGEL: Warum?

Stern: Es gibt viele Variablen auf dem Berg. Der Schnee, das Wetter, die Sicht, alles kann sich permanent verändern. Durch solche äußeren Einflüsse ist die Herausforderung auf der Piste oder der Halfpipe nur schwer berechenbar – das Risiko steigt.

SPIEGEL: Machen sich die Sportler bewusst, dass Stürze lebensgefährlich sein können?

Stern: Natürlich. Es sind Profis, die jahrelang trainiert haben. Sie wissen genau, worauf sie sich einlassen. Sportler in Skicross-Rennen oder in der Halfpipe haben aber keine Angst, ihr Leben zu verlieren. Sie definieren Gefahren eher als Risiken, die sie theoretisch beherrschen und kontrollieren können.

SPIEGEL: Die Veranstalter der X Games haben angekündigt, „so viel Risiko wie möglich“ aus den Sportarten herausnehmen zu wollen.

Stern: Da bin ich skeptisch, das Risiko ist Teil der Struktur dieser Sportarten. Neue Tricks, mehr Schrauben, spektakulärere Sprünge – davon leben diese Disziplinen. Die Sportler werden immer den Grenzgang probieren, egal wie die Bedingungen sind. Und die Zuschauer erwarten das auch von ihnen.



Skicross-Rennfahrerinnen

FELIX KÄSTLE / PICTURE ALLIANCE / DPA

SKISPRINGEN

Fliegende Mutter



DAN BUSTA / RED BULL CONTENT POOL

Hendrickson

Die Amerikanerin Sarah Hendrickson ist 18 Jahre alt, sie geht gern ins Kino und hört viel Musik, sie fährt Einrad, und ihr Lieblingsfach in der Highschool war Mathematik, alles ganz normal so weit, nur ihr Spitzname ist für einen Teenager dann doch etwas ungewöhnlich: Ihre Kolleginnen im Team USA nennen sie „Mom“, Mutter – weil sie immer will, dass es allen gutgeht. Hendrickson stammt aus Park City, Bundesstaat Utah, und ist eine der besten Skispringerinnen der Welt. Ihre persönliche Bestweite liegt bei 143 Metern. Im vergangenen Winter hat sie den Gesamtweltcup gewonnen, es war der erste überhaupt, den Frauen ausgetragen haben – Hendrickson siegte bei 9 von 13 Wettbewerben. Weil sie fliegt, jung ist und erfolgreich, wird sie neuerdings von Red Bull gesponsert. Bei der Nordischen Ski-WM, die am 20. Februar in Val di Fiemme beginnt, ist sie eine Favoritin auf Gold. Hendrickson kommt aus einer Wintersportfamilie, ihr Vater war selbst Skispringer, ihr Bruder ist Nordischer Kombinierer, ihre Mutter macht Langlauf. Sarah stand mit 2 Jahren das erste Mal auf Skiern, mit 7 entschied sie sich für das Skispringen, und mit 14 gewann sie einen Wettbewerb im Kontinentalcup, das war damals die höchste Kategorie für Frauen. „Mein großer Traum aber bleibt die Teilnahme an den Olympischen Spielen“, sagt Hendrickson. In Sotschi geben die Damen kommendes Jahr ihr Debüt. Die Premiere auf der Schanze im Kaukasus, beim Weltcup-Springen im Dezember, hat Sarah Hendrickson bereits gewonnen.

SURFEN

Die Jäger vom Pillar Point

In einer Bucht südlich von San Francisco reiten Surfer die gefährlichsten Wellen Kaliforniens. In den Riesenbrechern erleben sie Momente des größten Glücks – und der Todesangst.

Die Welle kommt wie aus dem Nichts herangerollt, eine riesenhafte Wand aus Wasser. Sie bäumt sich auf, ihre Lippe ein schäumendes Band. Gerade will sie brechen, da nimmt Peter Mel Fahrt auf und lässt sich in die Tiefe fallen.

Für Sekundenbruchteile schwebt Mels Surfbrett vertikal in der Luft. Dann knallt es auf den Wellenboden. Mel strauchelt. Er fängt sich, drückt die Kante des Boards ins Wasser und surft zur Seite davon.

Doch es ist zu spät. Die Welle überrollt ihn. Mehr als eine halbe Minute lang hält ihn das Ungetüm unter Wasser, gefangen wie in einem eiskalten Grab. Als der Surfer auftaucht, blendet ihn gleißendes Sonnenlicht. So dunkel war es in der Tiefe.

„Sie ist einfach über mir explodiert“, erzählt Mel später, „eine denkwürdige Erfahrung.“ Er ist immer noch aufgewühlt von dem Erlebnis, „stoked“ nennt er das Gefühl. Das zu übersetzen ist fast unmöglich. Vielleicht so: Für Mel war es ein phantastischer Tag in Mavericks, einem Surfrevier an der nordkalifornischen Küste, wo eine der gefährlichsten Wellen der Erde bricht.

Donnernd krachen hier im Winter Brecher bis zur Größe sechsstöckiger Wohnhäuser in sich zusammen. Den letzten Toten gab es vor zwei Jahren. Doch das Risiko schreckt die Surfer nicht.

Big-Wave-Surfer sind Extremsportler, Adrenalin-Junkies, Getriebene, Wahnsinnige. Sie reisen um die Erde auf der Suche nach den höchsten Wellen. Von November bis März, wenn schwere Winterstürme im Nordpazifik gewaltige Dünungen an die Küste Kaliforniens schicken, pilgern die Surfer zur Half Moon Bay südlich von San Francisco.

Bevor die Gladiatoren, bärige Typen in dicken Neoprenanzügen, hinauspaddeln ans Mavericks-Riff, studieren sie Wellenmuster, Strömungen und Sturmsysteme. Um die Angst vor den Naturgewalten zu überwinden, stählen sie nicht nur ihren Körper, sondern auch ihre Seele. Manche machen Yoga, andere gehen zum Psychologen, um über ihre Grenzerfahrung zu sprechen. Wieder andere pushen sich auf mit Drogen.

Das alles tun sie für ein paar flüchtige Momente auf der Welle, Momente, in denen sie dem Tod oftmals näher sind als dem Leben.

„Auf diesen Wellen zu surfen berührt mich im Innersten; es ist die intensivste Erfahrung, die ich kenne“, sagt Jeff Clark, ein Veteran der Szene. Angst kennt der Surfer nicht: „Ich weiß, was ich zu tun habe; ich habe alles vorher berechnet“, erzählt Clark, „wenn ich lospaddle, sage ich mir: Jetzt ist es Zeit, frei zu sein.“

Clark ist eine Art Gottvater in der Szene. Er hat das Revier am nördlichen Ende der Half Moon Bay vor über 35 Jahren entdeckt. Heute betreibt der 55-Jährige an der Marina des Orts einen Surfshop. Der Gummigeruch von Neopren hängt schwer in dem kleinen Laden. Von Clark selbst zugeschnittene „Gun“-Surfboards stehen bereit, schmal und lang und deshalb ideal für die Mavericks-Welle. Vor der Tür des hellblau getünchten Holzbaus geht der Blick über die Masten der Segelyachten und eine langgezogene Steinmole hinaus zum Pillar Point, einer von der Steilküste begrenzten Landzunge, die sich hier in den Pazifik schiebt. Oben hat die US-Luftwaffe eine kugelförmige, weiß leuchtende Radaranlage installiert. Davor im Meer bricht die legendäre Welle auf zackige Felsen.

Clark ist mit diesem Blick aufgewachsen, mit dem „Mount Everest“ der Wellen in Sichtweite. Es war Anfang der sieb-





FRANK QUIRARTE



Wellenreiter in Mavericks

ziger Jahre, und niemand traute sich zu, auf so einem Monster zu surfen. Clark, damals 17 Jahre alt und mit der Todesverachtung der Jugend gesegnet, wollte es allen zeigen. Anfang 1975 paddelte er in die Brecher und bestand die Prüfung. „Am ersten Tag surfte ich fünf Wellen“, erzählt er, „stürzen war keine Option; ich war ja allein da draußen.“

15 Jahre lang hatte Clark die Welle für sich allein. Niemand sonst wagte sich hinaus. Erst 1990 überredete er Freunde, ihn zu begleiten.

Immer mehr Surfer kamen schließlich nach Half Moon Bay, um die Riesenwelle zu bestaunen, die genauso gewaltig war wie jene vor Hawaii, nur rauer, kälter, bedrohlicher.

Grant Washburn war einer der ersten Surfer, die Clark mit hinausnahm. Der 44-Jährige ist ein Hüne mit kantigem Kinn, 1,95 Meter groß, über 110 Kilogramm schwer. Es ist der Tag vor dem „Mavericks Invitational“, dem Wettkampf der besten Big-Wave-Surfer. Washburn zieht sein Brett aus dem Wagen und montiert die Finnen. Auf dem Weg zum Strand

erzählt er von der Kraft der Welle. „Sie hat so viel Gewicht; wenn sie auf dich drauffällt, drückt sie dich in die Tiefe und hält dich dort fest“, sagt er, „und wenn du zu lange da unten warst, kannst du nur hoffen, dass dich jemand rechtzeitig findet und wiederbelebt.“

Washburn legt jetzt sein Surfbrett auf den Strand und zieht die Neoprenhaube über den Kopf. Dann blickt er hinaus zu den Brechern. Die Höhe der Wellenfront schätzt der Surfer an diesem Tag auf etwa zehn Meter – klein für Mavericks. Aber „dick“ seien die Wellen heute, sagt



BOB BARBOUR

Surfer Clark: *Allein mit dem Monster*

Washburn: „Es wird weh tun.“ In Mavericks von der Welle begraben zu werden, einen „Wipeout“ zu haben, wie die Surfer sagen, ist ein Alptraum. Die Brecher haben enorme Kraft. Bis zu 3300 Seemeilen legen manche Wellen zurück, ehe sie auf das Riff vor dem Pillar Point treffen. Dort bäumen sie sich an einem pilzförmigen Felsen unter dem Meeresspiegel ruckartig auf, um kurz darauf in sich zusammenzubrechen und wie Lawinen auf die Klippen zu rollen.

Für Surfer ist die Mavericks-Welle perfekt, weil sie steil und hoch ist, gleichmäßig zur Seite wegbricht und sich dabei überschlägt. Im besten Fall bildet sich ein Tunnel, in dem die Matadore ihre kühnsten Ritte zeigen können. Oft genug jedoch verschlingt die Welle die Surfer.

Seine Unschuld verlor das Revier 1994, als der Hawaiianer Mark Foo starb. Eine nur etwa sechs Meter hohe Welle wusch ihn vom Brett. Foo verschwand im Weißwasser. Stunden später entdeckten Surfer den toten Körper des Mannes. Ein zweites Opfer gab es im März 2011, als der erfahrene Surfer Sion Milosky ertrank.

Andere entwischten den Naturgewalten nur knapp. Legendär ist der Sturz des Surfers Jay Moriarity im Dezember 1994. Der damals 16-Jährige war gerade in eine Welle gestartet, als starker ablandiger Wind sein Brett von unten erfasste. Das Surfboard flog in die Luft, Moriarity stürzte vier Stockwerke in die Tiefe.

Ein Fotograf hielt fest, wie der Surfer mit weit ausgebreiteten Armen nach unten segelte. Der Schnappschuss ging als Titelfoto des „Surfer“-Magazins um die Welt. Der Wellenreiter aus Santa Cruz, der Jahre später bei einem Tauchunfall umkam, stieg zur Legende auf. „Live like Jay“, lebe wie Jay – in Half Moon Bay ist der Satz auf Boards, Aufklebern und Schildern allgegenwärtig. Moriaritys Geschichte wurde jetzt von Hollywood verfilmt. „Mavericks“, im Januar auch in Deutschland angelaufen, erzählt, wie der Junge aus einfachen Verhältnissen die Riesenwelle für sich entdeckt und sie am Ende bezwingt.

Der Streifen lässt kein Klischee aus und ist kaum mehr als seichte Unterhaltung. Die Dreharbeiten allerdings hatten es in sich. Das Boot der Filmcrew kenterte fast, als es zu nah an die Wellen heranfuhr. Der Schauspieler Gerard Butler, der für den Film extra surfen lernte, wäre beinahe ertrunken. Ihm wiederfuhr ein „two-wave hold-down“, wie es die Surfer nennen. Zwei Brecher hielten ihn unter Wasser, ohne dass Butler zwischendurch Luft holen konnte.

Peter Mel hat diese Grenzerfahrung oft durchgemacht. „Ich habe gelernt, die Angst für mich zu nutzen“, sagt er, „ich lasse jedes mögliche Szenario schon vorher in meinem Kopf ablaufen.“ Wenn es dann geschieht, wenn die Welle ihn mitreißt, rollt sich Mel unter Wasser zusammen und versucht, sich zu entspannen.

Doch die Nahtoderfahrung hinterlässt Spuren. „Wenn du fast ertrinkst, bleibt das in deinem Kopf stecken“, sagt er, „dann hilft nur, gleich wieder in die Welle zu gehen.“

Mel ist 43. Er hat eine Frau und einen 13-jährigen Sohn und einen guten Bürojob. Er könnte einfach aufhören, sein Leben zu riskieren. Doch er kann nicht.

„Fahr mit mir raus“, sagt er. Wer ihn verstehen wolle, müsse ihn surfen sehen.

Es ist der Tag des Wettkampfs, und schon früh geht es im Motorboot hinaus auf den Ozean. An die 30 Schiffe parken direkt neben dem Mavericks-Riff, an einer Stelle, wo das Wasser so tief ist, dass die Dünung einfach durchläuft, ohne Unheil anzurichten. Fotografen haben ihre Objektive in Anschlag gebracht, zwei Helikopter kreisen über den Wellen.

Die Surfer sind schon im Wasser. Sie warten. Ein leichter Wind vom Land her kräuselt die See. 20, 30 Minuten passiert nichts. Dann kommt plötzlich Leben in die Männer.

Weit draußen kündigt sich als wabernde Linie auf dem Wasser ein sogenanntes Set an, eine Abfolge mehrerer hoher Wellen, auf die die Surfer gelauert haben. Fast instinktiv paddeln sie los.

Auch Mel legt sich bäuchlings auf sein Brett und treibt es mit seinen mächtigen Armen voran. Er weiß noch nicht, dass er am heutigen Tag das „Mavericks Invitational“ gewinnen wird, die Krönung seines langen Surferlebens. In diesem Moment weiß er nur, dass er einen dieser Brecher erwischen muss. Wie ein Jäger bringt er sich in Position, um genau jenen Punkt der Welle zu erwischen, an dem sie gerade noch nicht bricht, aber doch schon einen Steilhang formt, auf dem es sich lohnt hinabzugleiten.

Und plötzlich ist sie da, Mels Riesenwelle, turmhoch, brutal. Er paddelt mit seinem Brett an, nimmt Geschwindigkeit auf, bis er den Schub des Wassers spürt. Er drückt sich mit den Armen nach oben, springt auf und startet in die Tiefe. Hinter ihm bäumt sich die Welle auf und zerstäubt in tosender Gischt.

Diesmal gelingt Mel das Kunststück. Er legt sich nach rechts in die Kurve und rast die Welle quer entlang. Wie in Trance lässt er kurz seine Hand an der gläsernen Wasserwand entlanggleiten, als wollte er sich abstützen. Der Brecher droht ihn zu überrollen. Doch Mel ist schneller. Er entkommt dem Monster, seitlich fährt er aus der Welle heraus, in den sicheren Bereich, wo die Boote stehen.

Es war ein wilder Ritt, ein Moment, den Peter Mel liebt – und für den er sterben würde. „In den Wellen fühle ich mich lebendig, dort habe ich eine Bestimmung“, sagt er.

PHILIP BETHGE

Video: Der Teufelsritt des Peter Mel



BIGWAVEWORLDTOUR.COM

Für Smartphones: Bildcode scannen, z. B. mit der App „Scanlife“

spiegel.de/app72013surfer **oder in der App DER SPIEGEL**



ROBIN VAN LONKHUIJSEN / ANP / ACTION PRESS

Europol-Chef Wainwright (M.) in Den Haag: *„Trauriger Tag für den Fußball“*

KRIMINALITÄT

Markt für die Mafia

Wettmanipulation im Fußball ist für organisierte Banden attraktiver als Drogenhandel. Die Gewinne sind gigantisch, das Risiko, erwischt zu werden, gilt als gering.

Rob Wainwright nahm als Letzter auf dem Podium Platz, vergangenen Montag in Den Haag, und er hatte schlechte Nachrichten zu verkünden. Der Waliser, ein unauffälliger Mann, Vater dreier Kinder, Wirtschaftswissenschaftler und Freund der Literatur, ist Chef der europäischen Polizeibehörde Europol, er hat in seiner Karriere bereits dabei geholfen, Kinderporno-Ringe zu sprengen, Menschenhändler zu überführen, Drogenschmuggler zu verhaften und Geldwäschern das Handwerk zu legen. Am Montag aber ging es um Sport. Um Fußball.

Wainwright saß vor einer Reihe von Mikrofonen und sprach vom „größten Fall aller Zeiten“, als er die Ergebnisse der Operation „Veto“ präsentierte: 380 manipulierte Spiele zwischen 2008 und 2011 in ganz Europa, 425 Verdächtige aus 15 Ländern, darunter Spieler, Schiedsrichter und Vereinsoffizielle, zwei Millionen Euro Bestechungsgeld sollen geflossen sein, acht Millionen habe die Wettmafia eingenommen, und es gebe noch weitere 300 Spiele, vor allem in Afrika, Asien, Zentral- und Südamerika, die auffällig seien.

„Das ist ein trauriger Tag für den Fußball“, sagte Rob Wainwright. Es war die Quintessenz eines Auftritts, der vor allem eines war: geschickte PR. Der größte Teil der Fälle war schon bekannt, längst erledigt oder nicht eindeutig bewiesen. Mit all den Zahlen, geballt vorgetragen, rührte Wainwright die Trommel für Europol, und er lieferte einen Arbeitsnachweis, der klang wie ein Alarmsignal: Der Fußball, lautete die Botschaft, gerät in die Fänge internationaler Banden.

Helmut Spahn hat dieser Weckruf nicht überrascht. Er war Leiter des Spezialeinsatzkommandos in Frankfurt, danach Sicherheitsbeauftragter des Deutschen Fußball-Bunds, mittlerweile sitzt Spahn in einem Büro im Emirat Katar, wo er als Geschäftsführer des International Centre for Sport Security arbeitet. „Wettmanipulation im Sport ist mittlerweile endemisch und weltweit verbreitet“, sagt er. „Für die Organisierte Kriminalität ist das Geschäft inzwischen attraktiver als Drogenhandel. Man könnte sagen, für die Mafia ist das der Markt der Zukunft.“

Die Spuren der Wettmafia führen vor allem nach Asien, dort ist Wetten eine Freizeitbeschäftigung. In Singapur, auf den Philippinen, in Macao kann man anonym wetten, auf Spiele in Mazedonien, auf den ersten Einwurf bei einem Zweitliga-Spiel in Griechenland. Es ist ein wilder Markt, Wetten werden angeboten, die in Europa illegal sind. Ein Limit bei den Einsätzen ist selten.

Die drei wichtigsten Buchmacher in Asien setzen mit Sportwetten im Jahr über 100 Milliarden Dollar um. Das lockt die Banden an. Und dass das Risiko, bei einer Manipulation erwischt zu werden, gering ist. „Überall, wo es Lücken in den gesetzlichen Vorschriften gibt – da stoßen die rein“, erklärt Spahn.

Der Fußball-Weltverband Fifa stellte Interpol 20 Millionen Euro zur Verfügung, um Wettmanipulationen, die aus Asien gesteuert werden, aufzudecken. Bislang sind 8 Millionen geflossen. „Das Geld ist genauso schnell verpufft, wie es kam“, sagt einer der zuständigen Ermittler. An die Köpfe der Banden kommt Interpol nicht ran.

Ähnlich wirkungslos sind Frühwarnsysteme zur Überwachung von Sportwetten, an die alle großen Verbände angeschlossen sind. Die Programme registrieren ungewöhnliche Quoten, melden auffällige Wettmuster. Aber sie bleiben ohne Wert, weil nichts passiert, wenn sie Alarm schlagen.

Ein auffälliges Spiel abzusagen ist nicht möglich, der Polizei reicht eine seltsame Quote nicht als Anfangsverdacht. Selbst wenn Erkenntnisse vorliegen, dass eine Partie verschoben wurde, müssen Staatsanwälte erst mal klären, ob sie überhaupt zuständig sind.

Die Bundesliga und die Premier League in England sind bislang nicht von Manipulationen betroffen; es ist schwierig für die Wettpaten, Profis zu bestechen, die Millionen verdienen.

Grundsätzlich resistent sind die höherklassigen Ligen aber nicht. In der türkischen Süper Lig sollen in der Saison 2010/11 mindestens 15 Spiele verschoben worden sein, und in derselben Saison hat die Wettmafia offenbar Begegnungen in der italienischen Serie A manipuliert.

Ein Wettsyndikat ist aufgebaut wie eine Pyramide, da sind Zuträger, Geldeintreiber, Geldboten. Ein manipuliertes Spiel ist ein langangelegtes Projekt, typisch für Organisierte Kriminalität.

Die Banden sprechen Nachwuchsspieler an, in Trainingslagern, manchmal sogar in Schulen, sie bauen Freundschaften zu ihnen auf, das geht über zwei, drei Jahre, oft länger. Und irgendwann bitten sie den Spieler dann um einen kleinen Gefallen.

Für Sylvia Schenk, Vorstandsmitglied von Transparency International Deutschland, ist Prävention das wichtigste Werkzeug im Kampf gegen die Manipulationen. Schon junge Spieler müssten ausreichend geschult werden, damit sie nicht anfällig seien. Bayerns Justizministerin Beate Merk von der CSU plädiert für einen eigenen Straftatbestand gegen Manipulation im Sport.

Sicherheitsexperte Spahn geht noch weiter. „Man braucht einen globalen Fonds, aus dem eine internationale Ermittlergruppe finanziert wird, die sich ad hoc bildet“, sagt er. „Man braucht eine unabhängige Institution, die nicht profitorientiert arbeitet, bei der die Fäden zusammenlaufen. Eine Agentur, die Informationen sammelt und analysiert, die Regierungen, Verbände und Polizei berät. Dann hätte man eine Chance.“

Eine Welt-Anti-Wettbetrug-Agentur. Es gab schon schlechtere Ideen.

Rafael Buschmann, Maik Grossekathöfer



Krokodilattacke gegen Zebra

GETTY IMAGES

TIERE

Wie Killer-Schnauzen aussehen

Die Anatomie des Unterkiefers verrät, ob ein Krokodil fähig ist, Jagd auf große Beutetiere wie Zebras oder Büffel zu machen. Zu diesem Ergebnis kommen Biomechanik-Experten von der australischen Monash University, die am Computer die Belastbarkeit der Schnauzen von sieben Krokodilarten simuliert haben. Dabei fanden die Wissenschaftler heraus, dass nur Tiere mit kurzem, gedrungenem Unterkiefer große Landtiere durch heftiges Schütteln in der Luft oder durch wirbelnde Drehbewegungen unter Wasser zerreißen können. Exemplare mit schlanker Schnauze hingegen, bei denen die Unterkieferhälfte zu einem weit vorspringenden Knochen verwächst, würden den dabei entstehenden Kräften nicht standhalten: „Ihr Kiefer würde brechen, wenn sie sich auf solche Beute stürzten“, so Teammitglied Christopher Walmsley. Auch für Paläontologen sind die Modellrechnungen hilfreich. „Wenn sich bei versteinerten Meeresreptilien der Aufbau des Unterkiefers rekonstruieren lässt, lernen wir etwas über ihr Ernährungsverhalten“, erklärte Studienleiter Colin McHenry gegenüber der „Australian Broadcasting Corporation“.

ARCHÄOLOGIE

Bleifabrik der Römer

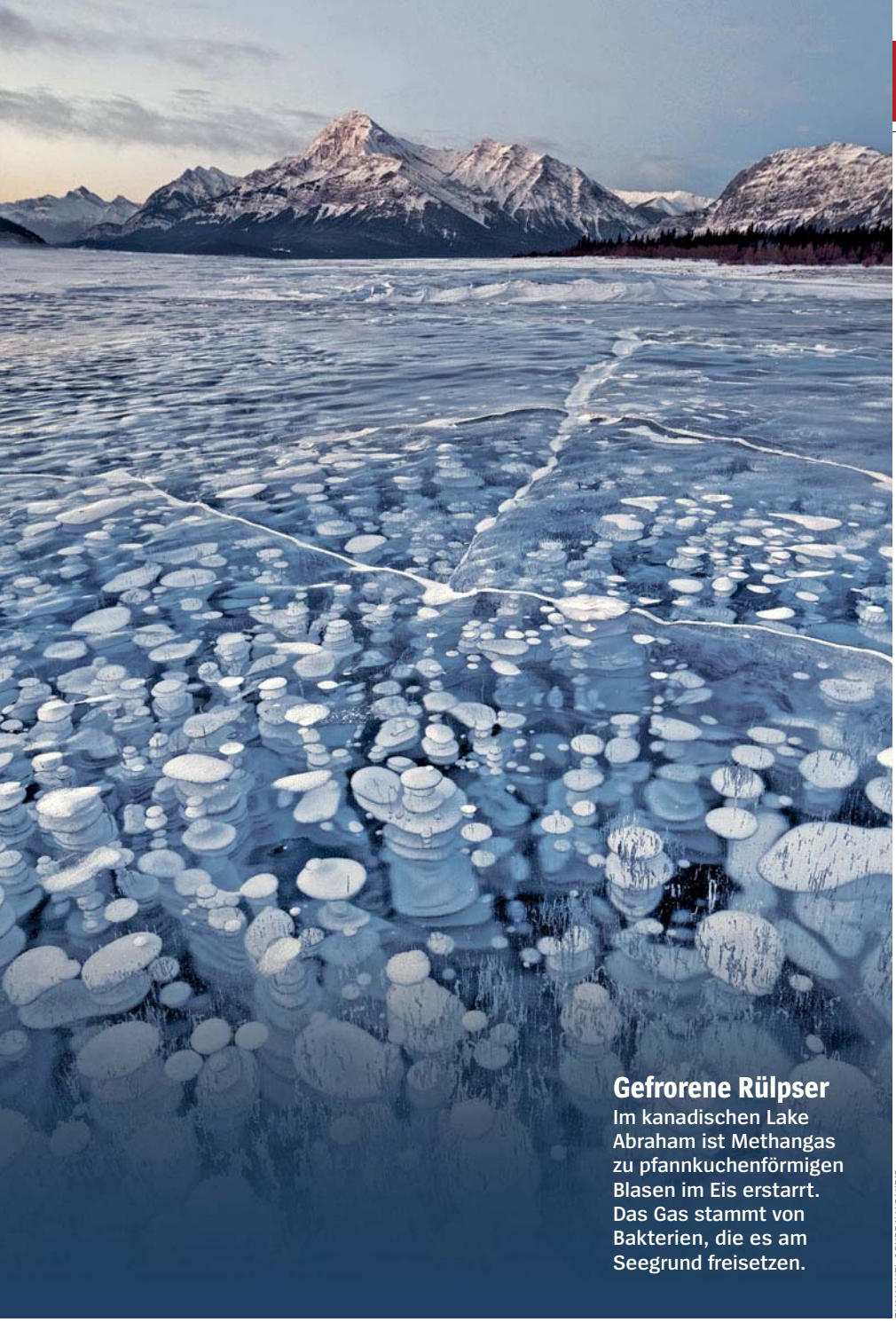
In jener Gegend, wo heute das walisische Oakenholt liegt, dürfte in römischer Zeit das Leben ungesund gewesen sein. Archäologen sind in einem Neubaugebiet des Ortes auf die Überreste antiker Werkstätten gestoßen, in denen einst Bleierz verhüttet wurde. Der Rohstoff stammte offenbar vom nahe gelegenen Halkyn Mountain. In dem Betrieb wurde das Blei zunächst durch stundenlanges Erhitzen aus dem Erz gewonnen, wovon zahlreiche Schlackereste zeugen. Danach gossen die Arbeiter aus dem geschmolzenen Metall Barren, die vermutlich auf dem Wasserweg in das römische Legionslager Deva (das heutige Chester) transportiert und dort zu Wasserleitungen und Hausdächern verbaut wurden.

VERKEHR

S-Bahn nach nirgendwo

Mit einem Gutachten zur geplanten Bonner Flughafen-S-Bahn blamiert sich das Düsseldorfer Ingenieurbüro Spiekermann. In der Expertise im Auftrag der Nahverkehr Rheinland GmbH wird dem Bauprojekt bescheinigt, die S-Bahn-Trasse müsse gar nicht ins Bonner Stadtgebiet führen. Eine Rheinquerung, die zur Anbindung des Stadtzentrums erforderlich wäre, wird von den Spiekermann-Ingenieuren „verkehrlich nicht als notwendig“ eingestuft. Hintergrund der mehrjährigen Provinzposse: Die derzeit geplante Trasse führt nur in den rechtsrheinischen Teil der Ex-Hauptstadt, erschließt also für geschätzte 369 Millionen Euro Baukosten einen unbedeutenden Siedlungsraum; das Bonner Stadtgebiet hingegen liegt im Wesentlichen links des Rheins und wäre nur über eine Flussquerung zu erreichen – aber die ist nicht vorgesehen. Dennoch befürworten Stadt, Land und Gutachter die offensichtliche Fehlplanung, weil die S-Bahn als Abfallprojekt des Berlin/Bonn-Gesetzes vorwiegend aus Bundesmitteln finanziert werden soll. Eine Trasse über den Rhein ins Bonner Zentrum müsste mit dem Bund neu verhandelt werden. „Das Gutachten“, kritisiert der Bund für Umwelt und Naturschutz, „wirft mehr Fragen auf, als es Antworten gibt.“





Gefrorene Rülpser
Im kanadischen Lake Abraham ist Methangas zu pfannkuchenförmigen Blasen im Eis erstarrt. Das Gas stammt von Bakterien, die es am Seegrund freisetzen.

EMMANUEL COUPE KALOMIRIS

FORTPFLANZUNGSMEDIZIN

Zu fruchtbar für die Schwangerschaft?

Britische Reproduktionsärzte glauben herausgefunden zu haben, warum es bei manchen Frauen immer wieder zu ungewollten Abgängen in der frühesten Schwangerschaftsphase kommt: Sind die Betroffenen zu lange empfängnisbereit? Generell wird die monatlich zwei- bis dreitägige Spanne höchster Fruchtbarkeit durch eine Entzündungsreaktion in der Gebärmutterschleimhaut gesteuert. Bei ihrer Studie erkannten die Mediziner der Warwick Medical School, dass dieser Entzündungsprozess in einigen Fällen ungeregelt abläuft und länger als gewöhnlich dauert – mit der Folge, dass der optimale Zeitpunkt für die Einnistung der befruchteten Eizelle verpasst ist und diese dann von der Gebärmutter abgestoßen wird. Die Ärzte hoffen, dass sich das „Fruchtbarkeitsfenster“ mit Hilfe von Medikamenten früher schließen lässt. „Das könnte eine Perspektive für Frauen bedeuten, denen bisher nicht zu helfen war“, sagt Studienleiterin Siobhan Quenby.



Menschlicher Embryo im Frühstadium

YORGOS NIKAS / SPL / AGENTUR FOCUS

GEOGRAFIE

Wachsende Wüste

Seine erste Begegnung mit der Wüste war frostig: Bei minus acht Grad Celsius campierte Wolf Dieter Blümel nachts in der südwestafrikanischen Namib. Seither ist er vom „Wüsten-Virus“ infiziert. Jetzt hat der Geograf von der Universität Stuttgart ein umfassendes Werk über den faszinierenden Lebensraum veröffentlicht. Blümel befasst sich darin nicht nur mit der Vergangenheit und Gegenwart der mystischen Naturlandschaften, sondern auch mit deren Zukunft. Vor allem kleine Wüstengebiete sind den Analysen des Wissenschaftlers zufolge durch Rohstoffsuche, Kriege und Abenteuertourismus in Gefahr: „Für manche Wüstenabschnitte kommen Schutzmaßnahmen bereits zu spät.“ Andererseits sorgten etwa die Überweidung von Steppen oder Trockensavannen dafür, dass die „Wüsten wachsen“. Schon jetzt machen Wüsten und Halbwüsten rund ein Drittel der irdischen Festlandsfläche aus.



Dünen in der Namib-Wüste

CHRISTIAN HEEB / LAIF

Wolf Dieter Blümel: „Wüsten“. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart; 328 Seiten; 34,99 Euro.









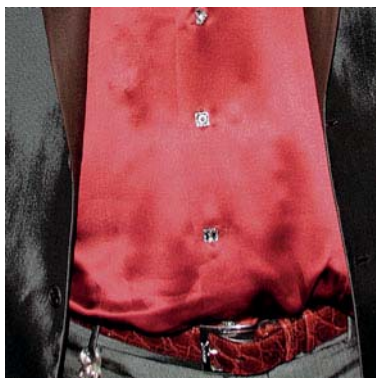
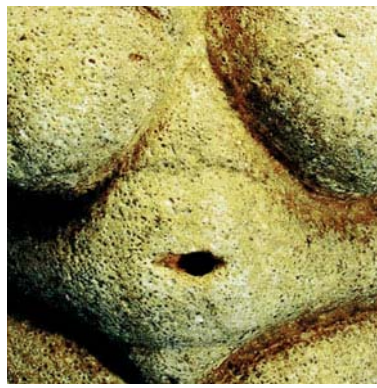










Wenn die Seele dick macht

Hirnforscher entschlüsseln, wie Fettleibigkeit im Kopf entsteht – ausgelöst durch Stress und andere psychische Ursachen. Leichtes Übergewicht kann sogar gesund sein. Diäten jedoch sind meist nutzlos, besser helfen Anti-Stress-Therapien.

Der Komiker Markus Maria Profitlich ist ein Typ, den man in der Fußgängerzone lieber nicht anrempelt. Und am Tresen wartet man brav hinter ihm, bis man dran ist. Profitlich wiegt 140 Kilo und ist 1,90 Meter groß. Wenn er Spaß machen will, dann guckt er ernst. Und wenn er „hallöchen“ oder „tschö“ sagt, gibt er einem eine Hand, die aussieht, als taugte sie dazu, ein Telefonbuch zu zerreißen.

Dennoch hatte Profitlich einen Feind, dem er sechs Jahre lang auswich, voller Angst, morgens und abends: die Waage in seinem Badezimmer. Sechs Jahre, so lange dauerte es, bis er wieder daraufstieg, um zu sehen, wie viel er wirklich wog: „Vor diesem Moment hatte ich richtig Schiss.“

Profitlich, 52, der mit seiner Comedy-Show „Mensch Markus“ Fernsehpreise gewonnen hat, war schon immer pummelig. Bei seiner Geburt wog er sechs Kilo. Er war das letzte von sechs Geschwistern. Als der Kleinste aß er die Reste auf den Tellern der anderen auf. Dafür bekam er jedes Mal ein Lob. Es machte ihn stolz, seine Eltern auch. Profitlich nennt es „mein Maß an Zuneigung“. Mit 16 wog er schon 90 Kilo.

Er ging früh von der Schule ab, schlug sich mit Gelegenheitsjobs durch. Zur Comedy kam er mit Mitte zwanzig, er hatte eine Kneipe, trat dort selbst auf. Eines Tages rief RTL an. Es ging bergauf. Er spielte in der populären „Wochenshow“ mit, dann bekam er seine eigene Sendung. Profitlich schrieb, drehte, spielte, produzierte. Sein letzter Stand damals: „So um die 120 Kilo.“

Doch je mehr er arbeitete, je mehr Erfolg er hatte, desto mehr entglitt ihm sein Gewicht. An Drehtagen gab es Frühstück am Set, üppig mit Rührei und Speck. In der ersten Pause noch einmal Frühstück, dann Mittagessen mit drei Gängen: „Italienisch, Spanisch, Griechisch, Hausmannskost: schmeckt alles gut!“ Nachmittags folgten Kuchen und andere Süßigkeiten. Abends mit der Familie Essen, dann nachts, nach dem Textlernen, noch ein Mitternachtssnack.

Bäuche bekannter Persönlichkeiten – die dazugehörigen Köpfe stehen auf der nächsten Seite.

Profitlich schlief nur noch fünf, sechs Stunden, ansonsten arbeitete er. Und aß. Auf die Waage stellte er sich nicht mehr – er hatte schon genug Stress. Doch dann wurde er plötzlich krank und verlor nach einer Kehlkopfentzündung seine Stimme. Sechs Monate lang blieb er stumm, anderthalb Jahre lang konnte er nicht arbeiten. Er sagt: „Da bekommt man Angst. Wie ernährt man die Familie? Den Taxischein machen?“ Mit Existenzängsten ist keiner lustig.

Als die Stimme zurückkehrte, verkleinerte er seine Produktionsfirma, von 80 Mitarbeitern blieb einer. Und am Ende traute er sich doch wieder: Vor einem Jahr stieg er auf die Waage.

„Nur gesehen hab ich nichts. Bei 150 Kilo war bei meiner Waage Schluss.“ Er zog los, kaufte eine neue. Darauf stand: 162,3 Kilo.

So ähnlich wie Markus Maria Profitlich ergeht es weltweit einer wachsenden Anzahl von Menschen. 1,4 Milliarden Erwachsene gelten inzwischen als zu schwer, 2,8 Millionen Menschen sterben jährlich an den Folgen ihrer überschüssigen Fettpolster. Die Liste der Risiken ist lang: Herzinfarkt, Schlaganfall, Diabetes Typ 2, Gelenkschmerzen, Brust- und Darmkrebs, Alzheimer und Unfruchtbarkeit.

Zum ersten Mal in der Geschichte leiden genauso viele Menschen an Übergewicht wie an Unterernährung. In Ländern wie Deutschland stellen die Dicken sogar die Mehrheit. Jeder fünfte Deutsche gilt nicht mehr nur als übergewichtig, sondern als fettleibig, und schon bei den Jugendlichen ist es fast jeder zehnte.

Doch wie ist diese Epidemie zu erklären? Als naheliegende Gründe galten bislang das Überangebot an kalorienreichen Lebensmitteln sowie Bewegungsmangel. In diesem Fall wäre Übergewicht also einfach nur eine Nebenwirkung der Wohlstandsgesellschaft.

Doch so einfach ist es offenbar nicht. In den vergangenen Jahren haben die Mediziner einen Paradigmenwechsel vollzogen. Dickwerden, sagen sie heute, hat weniger körperliche als psychosoziale Ursachen.

Bei fast allen Betroffenen läuft es ab wie bei dem Komiker Profitlich: Sie bringen eine erbliche Veranlagung mit; aber dann kommen die Lebensumstände hinzu: Stress, Existenzangst, Armut, Überforderung, Prägungen in der Kindheit, Einsamkeit, Traumata – die Liste der seelischen Dickmacher ist lang.

Der Hirnforscher Achim Peters von der Universität Lübeck sieht im Dauerstress, unter dem viele leiden, die Hauptursache der Fettleibigkeit. „Wenn ich meine dicken Patienten frage: ‚Was tragen Sie für eine Last?‘, dann wissen die meisten ziemlich genau, wo ihre Sorge liegt“, sagt Peters. Der Autor des Bestsellers „Das egoistische Gehirn“ hat jetzt ein neues Buch zum Thema Übergewicht vorgelegt, in dem er die psychosozialen Ursachen der globalen Adipositas-Epidemie beschreibt* (siehe Interview Seite 104).

Peters’ Fixierung auf den Stress teilen nicht alle seine Fachkollegen. Aber auch andere führende Forscher sind inzwischen davon überzeugt: Fettleibigkeit entsteht nicht im Körper, sondern im Kopf.

„Die Rolle des Gehirns bei der Entstehung von Übergewicht wurde bislang unterschätzt“, bestätigt Matthias Tschöp, Direktor des Instituts für Diabetes und Adipositas am Helmholtz-Zentrum in München. Und sein Kollege Jens Brüning, Direktor des Max-Planck-Instituts für Neurologische Forschung in Köln, konstatiert: „Für uns ist jetzt die zentrale Frage, wie das Gehirn auf die Regelkreise von Hunger und Sättigung einwirkt.“

Noch bis vor wenigen Jahren gingen die Mediziner davon aus, dass die Essensaufnahme ähnlich simpel gesteuert wird wie eine Heizungsanlage: Ist der Magen leer, sorgen Botenstoffe dafür, dass Hungergefühl entsteht – und sogleich wird der Magen wieder gefüllt. Sinkt der Blutzuckerspiegel oder leeren sich die Fett-

* Achim Peters: „Mythos Übergewicht“. C. Bertelsmann Verlag, München; 272 Seiten; 19,99 Euro.

SCHUERING/IMAGETRUST; MÜLLER/VISUM; DAPD (3); WIREIMAGE/GETTY IMAGES; M. DARCHINGER; ACTION PRESS; INTERTOPICS (2); FUTUREPRESS/ACTION PRESS; ALLPHOTO/A-WAY; LANDOV/PICTURE ALLIANCE/INTERTOPICS (2); SIPA; BREUEL BILD/DPA; DPA; HERSELJAU; THÜRINGEN PRESS/ACTION PRESS; YOUR PHOTO TODAY

depots, wird dies ebenso nach oben gemeldet: Auch dann nimmt der Hunger wieder zu.

Dass solche einfachen Regelkreise nicht die ganze Wahrheit erzählen können, ist den Medizinern schon länger klar. Denn Menschen haben nicht nur Hunger, sondern auch Appetit. „Jeder kennt das Phänomen, dass er eigentlich satt ist, aber trotzdem weiterisst“, sagt Neurowissenschaftler Brüning. „Weil er frustriert ist, weil er in fröhlicher Gesellschaft isst, weil es gut schmeckt. Offenbar nehmen höhere Gehirnzentren massiven Einfluss auf diese Regelkreise – unabhängig vom objektiven Sättigungsgrad.“

Wie Neurowissenschaftler vor allem in den vergangenen fünf Jahren herausgefunden haben, wird der Appetit von den stärksten Lust- und Frustzentren gesteuert, die es im Gehirn gibt. Die Fettsucht wird also offenbar von genau jenen Hirnregionen befeuert, die beim Orgasmus aktiv sind, beim Heroin-Kick oder im Rausch der Verliebtheit – die aber auch bei Depressionen, chronischem Stress und Burnout eine entscheidende Rolle spielen. Der alte Sinnspruch „Essen ist der Sex des Alters“ bekommt damit eine neue Bedeutung. Und die Entstehung von „Frustessen“, „Kummerspeck“ und „Stressessen“ lassen sich nun auf neuronaler Ebene entschlüsseln.

Dank der neuen Erkenntnisse aus der Hirnforschung lässt sich endlich auch erklären, warum Diäten fast immer zum Scheitern verurteilt sind: Gegen die neuronale Macht der Gefühlszentren kommt selbst eiserner Wille kaum an.

Erst vergangenen September wurde eine große Diätstudie wegen Nutzlosigkeit abgebrochen. Die Zahl der Herzinfarkte hatte sich trotz Hungerkur und Fitnessprogramm nicht verringert. Nach vier Jahren hatten die Teilnehmer im Durchschnitt nicht mehr als 4,7 Prozent ihres Gewichts verloren. Um den Fettsüchtigen wirklich helfen zu können, müssen die Mediziner deshalb entschlüsseln, was bei Übergewichtigen im Gehirn vorgeht.

Am Integrierten Forschungs- und Behandlungszentrum (IFB) Adipositas-Erkrankungen der Universitätsmedizin Leipzig suchen Ärzte nach Antworten. Dutzende Probanden haben die Forscher in Magnetresonanztomografen oder PET-Scanner geschoben – und dabei festgestellt: Übergewichtige ticken anders.

Bei Adipösen sehen im Magnetresonanztomografen vor allem solche Hirnregionen verändert aus, die mit dem Belohnungszentrum zusammenhängen – mithin genau jener Teil des Denkorgans, der beim Sex, bei einem guten Essen oder auch durch Drogen aktiviert wird. Im Belohnungszentrum wird der „Glücksbotenstoff“ Dopamin ausgeschüttet, der uns motiviert, eine Handlung wieder und wieder zu tun.

Bei Fettleibigen jedoch schrumpft dort offenbar die Anzahl der Andockstellen für Dopamin. Das könnte bedeuten: Um das gleiche Glücksgefühl zu empfinden wie andere, brauchen sie mehr und stärkere Reize – auch und gerade beim Essen.



PICTURE ALLIANCE / DPA (14); DAPD (2); INTERTOPICS; UPI/EYEVINE/PICTURE PRESS; PICTURE ALLIANCE / LANDOV; KNUT NETZ/A1PIX

1 Joschka Fischer **2** Cindy aus Marzahn **3** Ottfried Fischer **4** Oprah Winfrey **5** Angela Merkel **6** Peter Altmaier **7** Kirstie Alley **8** Reiner Calmund **9** Joe Cocker **10** Beth Ditto **11** Danny DeVito **12** Lena Dunham **13** Mariah Carey **14** Gérard Depardieu **15** Anna Netrebko **16** Kim Dotcom **17** Jürgen Großmann **18** Maite Kelly **19** Mickey Rourke **20** Venus von Willendorf

Eine derartige Verkümmerung des Belohnungszentrums kannten die Hirnforscher bislang nur von einer anderen Patientengruppe: Suchtkranken. „Solche Veränderungen im Dopamin-Stoffwechsel finden sich in ähnlicher Form bei Kokainabhängigen“, erläutert Swen Hesse, Nuklearmediziner am IFB.

Fettleibige teilen sich mit Suchtkranken noch ein weiteres typisches Verhaltensmuster: Ihnen fällt es schwer, langfristig zu planen, stattdessen entscheiden sie impulsiv. „Insbesondere adipöse Frauen zeigen Auffälligkeiten in Hirnregionen, die für Planung und erlerntes Verhalten verantwortlich sind“, berichtet Michael Stumvoll, Direktor der Klinik für Endokrinologie und Nephrologie am Universitätsklinikum Leipzig.

Herausgefunden haben das IFB-Wissenschaftler zusammen mit Kollegen vom Leipziger Max-Planck-Institut für Kognitions- und Neurowissenschaften mit Hilfe eines psychologischen Experiments. Die Forscher ließen Normal- und Übergewichtige aus zwei Stapeln Spielkarten ziehen. Jede Karte konnte Gewinn oder Verlust bedeuten. Ziel war es, einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Der erste Stapel brachte dabei zunächst schnelle, hohe Gewinne, langfristig aber schwere Verluste. Genau andersherum war der zweite Stapel sortiert: geringe Gewinne am Anfang, aber auf lange Sicht höhere Gewinne.

Das verblüffende Ergebnis: Während die Schlanken im Laufe der Zeit ihre Strategie änderten und irgendwann den ersten Stapel mieden, griffen dicke Frauen weiter hartnäckig zu. Ähnlich wie bei ihrem Essverhalten schafften sie es nicht, eine langfristige Strategie zu verfolgen, vielmehr suchten sie immer wieder das schnelle Glück – ein Verhalten, das so ähnlich auch Alkoholkranke oder Kokainsüchtige zeigen.

Wie schwer es ist, das eigene Verhalten nach vielen Jahren wieder zu ändern, erlebt derzeit auch Kathrin Bremmer*. Als Studentin war sie eine schlanke Frau: 1,75 Meter groß, 62 bis 65 Kilogramm schwer. Mit Freunden spielte sie Volleyball oder ging schwimmen.

Als sie 30 war, verließ sie die Universität mit Normalgewicht. Fünf Jahre später lag sie bei 80 Kilo – von da an ging es nur noch aufwärts, im Job und mit ihrem Gewicht. Heute ist sie 50 Jahre alt, sie leitet ein Ingenieurbüro und beschäftigt mehr als 20 Mitarbeiter. Zeitweise wog sie 120 Kilo, nun liegt ihr Gewicht bei 115 Kilo, und sie trägt Kleidergröße 48/50. Sie sagt, anfangs sei sie an den Hüften rund gewesen, dann kam „so ein Ring um den Bauch hinzu“, die Oberarme wurden speckig, und insgesamt wurde alles wabbeliger.

Kathrin Bremmer schläft oft nur vier Stunden die Nacht. Morgens um fünf, wenn sie aufsteht, kauft sie beim Bäcker ein belegtes Brötchen. In der Mittags-

* Name geändert.

pause bestellt sie meistens „Döner, Pizza, Döner“. Manchmal nascht sie Konferenzplätzchen, ansonsten isst sie zwischendurch Bananen, trinkt viel Kaffee. Auf dem Heimweg, zwischen 19 und 22 Uhr, gibt es wieder „etwas auf die Hand“. Zu Hause isst sie es vor dem Computer. Den Kühlschrank schaltet sie manchmal aus – er ist ja ohnehin meistens leer.

Kathrin Bremmer ist ein „Snacker“. Ihr Problem ist nicht, dass sie dem Essen zu viel Aufmerksamkeit schenkt, sondern zu wenig. Wie die Probanden im Kartenexperiment hat sie keinen Plan, keine Strategie für ihre Nahrungsaufnahme. Sie isst, wenn der Hunger kommt.

Über Weihnachten hatte sie ausnahmsweise sechs Tage frei. Sie hat fast vier Kilo abgenommen. Es passierte fast von selbst – durch selbstgekochtes Essen, wenig Stress, viel Schlaf.

Ist es wirklich möglich, dass ein wenig Ruhe gleich die Pfunde purzeln lässt? Lässt sich die aktuelle Gemütslage auf der Waage ablesen? In der Tat ist dies die wichtigste neue Botschaft der Hirnforscher. Selbst auf molekularer Ebene beginnen sie allmählich zu verstehen, wie unterschiedliche Seelenzustände das Essverhalten steuern.

Fast alle Informationen laufen dabei über eine einzige Schaltstelle: das sogenannte Melanokortin-System (siehe Grafik Seite 103). „Dieses ist mit vielen anderen Steuerungssystemen in Körper und Gehirn verknüpft“, sagt Adipositas-Experte Tschöp. So enden dort Nervenfasern, die mit dem Belohnungssystem verknüpft sind, außerdem solche, die den Botenstoff Serotonin verwenden, der an Glücksgefühlen ebenso beteiligt ist wie an Depressionen. Ist die Stimmung gut, drosseln die Serotonin-Fasern über das Melanokortin-System den Appetit. Herrscht hingegen Niedergeschlagenheit und Serotonin-Mangel, steigert das den Appetit. Und auch die Stresszentren des Gehirns sind offenbar mit dieser Schaltzentrale verbunden. Mögliche Folge: Mancher, der ständig unter Druck steht, futtert sich zusätzliche Pfunde an.

Andererseits gibt es auch Menschen, die nie zunehmen, egal was und wie viel sie essen. Ihnen ist das Schlanksein tatsächlich in die Wiege gelegt.

Die Erforschung erblicher Ursachen des Übergewichts hat große Fortschritte gemacht. Bereits mehr als 50 Genorte konnten identifiziert werden, die die individuelle Neigung zum Übergewicht – oder zum Schlankbleiben – steuern. Und auch hierbei zeigt sich: Die genetischen Unterschiede wirken sich fast ausnahmslos darauf aus, wie das Gehirn den Appetit und das Essverhalten reguliert.

Das mit Abstand wichtigste Gen heißt FTO. Wie bislang alle anderen Dickmach-Gene auch scheint es vor allem im Gehirn eine Rolle zu spielen, möglicherweise sogar im Belohnungssystem. So schuf der Kölner Wissenschaftler Jens Brüning Mäuse, denen das FTO-Gen fehlte. Schlagartig veränderte sich bei diesen Tieren die Dopamin-Wirkung im Gehirn, die entscheidenden Einfluss auf die Funktion des Belohnungssystems hat.

Wie sehr die Gene aber tatsächlich das Körpergewicht beeinflussen, ist umstritten. Mindestens ebenso wichtig sind die äußeren Lebensumstände. Für den Neuroendokrinologen Peters haben Übergewicht und Fettsucht denn auch eine zentrale Ursache: Dauerstress. „Niemand ist an seinem Dicksein schuld“, sagt der Buchautor. „In Wahrheit hat Übergewicht tiefe gesellschaftliche Ursachen, etwa soziale Ungleichheit, ausweglose Armut und Angst vor dem sozialen Abstieg, die die Menschen jeden Tag neu unter Druck setzen.“



THOMAS RABSCH / DER SPIEGEL

Nach einem Infarkt erleiden ausgerechnet Dicke seltener eine erneute Herzattacke.

Peters hat die sogenannte Selfish-Brain-Theorie entwickelt, die Theorie vom egoistischen Gehirn. „Unser Denkorgan verbraucht von allen Organen am meisten Energie“, sagt er. Und unter Stress steige dieser Nährstoffbedarf sogar noch stark an. Um seinen Hunger zu stillen, könne das Gehirn deshalb durch die Ausschüttung von Stresshormonen dafür sorgen, dass es aus den körpereigenen Reserven blitzartig mit Glukose versorgt wird.

Der Mechanismus sorgt somit dafür, dass das Gehirn im Notfall schnell viel Energie aus den Kohlenhydrat- oder Fettreserven erhält – was etwa hilft, bei Lebensgefahr die richtige Entscheidung zu treffen. „Das Problem besteht nur darin, dass heute sehr viele Menschen nicht nur kurzfristig, sondern dauerhaft gestresst sind“, so Peters. Die Übergewichtsepidemie, meint der Neurowissenschaftler, sei deshalb in Wahrheit eine Stressepidemie.

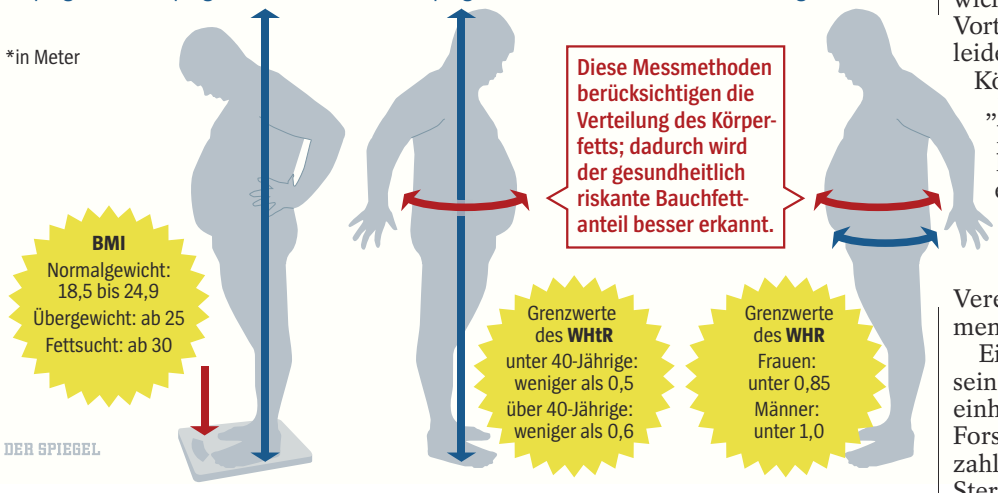
Dabei geht es ihm nicht um jenen Stress, der Menschen beflügelt

Comedy-Star Profitlich
Die Waage war sein Feind

Messlatte fürs Körperfett

Formel für Body-Mass-Index (BMI), Waist-to-height-ratio (WHtR) und Waist-to-hip-ratio (WHR)

$$\frac{\text{Körpergewicht (in Kilogramm)}}{\text{Körpergröße* x Körpergröße*}} = \text{BMI} \qquad \frac{\text{Taillenumfang*}}{\text{Körpergröße*}} = \text{WHtR} \qquad \frac{\text{Taillenumfang*}}{\text{Hüftumfang*}} = \text{WHR}$$



und im Sport oder Beruf zu Höchstleistungen antreibt. Vielmehr geht es um jenen quälenden Stress, der entsteht, wenn eine Situation ausweglos erscheint – etwa Überschuldung, Jobverlust oder Scheidung. Die Gefahren für die Gesundheit sind dann immens: Stresshormone, die über längere Zeit im Blut zirkulieren, können unter anderem zu Herzinfarkt und Schlaganfall führen.

Besonders gefährdet, so der Lübecker Wissenschaftler, seien „Apfeltypen“. Diese Menschen bleiben bei Belastungen dauerhaft gestresst – dafür werden sie aber nicht dick. Allenfalls ein kleines apfelförmiges Bäuchlein wachse ihnen, weil sie ihr Fett bevorzugt im Innern der Bauchhöhle ablagern.

Ganz anders hingegen verhält es sich bei den gemütlicheren „Birnentypen“. Bei ihnen werde das alarmierte Stresssystem nach einer Weile wieder heruntergeregelt – ein Mechanismus, der den Körper vor den schädlichen Wirkungen der Daueranspannung schützt. „Doch weil das Gehirn weiterhin gestresst bleibt und übermäßig viel Energie verbraucht“, erläutert Peters, „kann es nicht mehr genug Energie aus dem Körperfett ziehen.“

Die Folge: Der dauergestresste Birnentyp muss ständig essen, um sein Gehirn ausreichend mit Glukose zu versorgen. Da man aber mehr essen müsse, als das Gehirn verbrauchen könne, sagt Peters, wachse unweigerlich der Speckmantel – und zwar vor allem an Po, Hüften und Beinen, was zu einem birnenförmigen Körperbau führe.

Auch aus anderen Untersuchungen ist bekannt, dass die birnenförmige Anhäufung von äußerem Fettgewebe weniger gefährlich ist als ein Überschuss an innerem Bauchfett. Denn die inneren Fettzellen setzen Hormone frei, die charakteristisch für Entzündungsreaktionen sind und zu Arteriosklerose führen können. Birnentypen, die zwar dicker sind, aber weniger inneres Bauchfett ansetzen, sind von diesen Gefäßkrankheiten weniger bedroht.

Aus Sicht der Mediziner ist der bekannte Body-Mass-Index daher überholt, um das individuelle Risiko durch Übergewicht abzuschätzen. Weitaus aussagekräftiger wäre ein Wert, bei dem auch die Verteilung des Körperfetts berücksichtigt wird – beispielsweise der Taillen-Hüft- oder der Taillen-Größen-Quotient (siehe Grafik links).

Hirnforscher Peters sieht bei Übergewichtigen vom Birnentyp noch weitere Vorteile: Wer unter einer Dauerbelastung leide, lebe einfach gesünder, wenn der Körper das Stresssystem herunterfahre. „Dicksein“, sagt der Buchautor, „ist keine Krankheit, sondern eine geniale Anpassungsleistung des Gehirns in einer stressvollen Umgebung.“

Peters’ Theorie vom egoistischen Gehirn ist nicht unumstritten. Seine Kritiker bemängeln eine zu starke Vereinfachung der komplexen Zusammenhänge.

Einigkeit besteht indes darin, dass Dicksein nicht in jedem Fall mit Kranksein einhergeht. Eine Anfang Januar von US-Forschern veröffentlichte Auswertung zahlreicher Studien ergab: Die geringste Sterblichkeit haben Übergewichtige mit einem Body-Mass-Index zwischen 25 und 30. Sogar leicht Fettleibige (BMI 30 bis 35) hatten im Vergleich zu Normalgewichtigen kein erhöhtes Risiko, frühzeitig zu sterben.

Andere Untersuchungen haben ergeben, dass Dicke nach einem Infarkt seltener eine erneute Herzattacke erleiden. Auch wer auf die Intensivstation muss, sollte besser ein paar Pfunde mehr auf den Rippen haben. Erst hochgradige Fettleibigkeit führt erwartungsgemäß zu einer stark erhöhten Sterblichkeit.

Doch nicht einmal Superschwere sind zwangsläufig kranke Menschen, wie auch die Ärzte in der Adipositas-Ambulanz am Leipziger Universitätsklinikum beobachtet haben. Als Patient wird hier nur aufgenommen, wer einen BMI von über 35 hat. Im Wartezimmer stehen Stühle, die doppelt so breit sind wie normal. Die Toiletten sind bis 500 Kilogramm belastbar. Etliche Patienten müssen zu Hause von der Feuerwehr mit einem Kran aus dem Fenster gehoben werden, um in die Ambulanz gebracht werden zu können.

Die Sprechstunde für die schwersten Fälle ist immer donnerstags ab 7.30 Uhr.



Dicke, dünne Labormaus
Sollwert im Gehirn

WALTRAUD GRUBITZSCH / PICTURE ALLIANCE / DPA

Rund 70 extrem Dicke hat der Leiter der Ambulanz, Matthias Blüher, vorige Woche begutachtet. Nicht wenige von ihnen fühlten sich das erste Mal von einem Arzt verstanden.

„Viele meiner Kollegen behandeln übergewichtige Patienten leider mit weniger Verständnis als dünne, weil sie denken, diese Menschen seien einfach nur dumm, faul und gefräßig“, erzählt Blüher. „Aber wir sehen das ganz anders.“

Bei seinen Sprechstunden hat er eine überraschende Erkenntnis gewonnen. „Etwa 20 Prozent der Patienten, die zu uns kommen, sind vollkommen gesund“, sagt Blüher: keine erhöhten Blutfette, kein Bluthochdruck, nicht einmal Diabetes – nichts. „Wir müssen viel genauer hinschauen und dürfen nicht einfach nur sagen: Dick ist gleich krank.“

Um herauszufinden, was die gesunden Dicken von den kranken unterscheidet, hat Blüher fettleibigen Patienten, die sich einer Magenverkleinerung unterzogen, während der OP Proben aus dem inneren und äußeren Fettgewebe entnehmen lassen. Unter dem Mikroskop konnte er dann große Unterschiede zwischen gesunden und kranken Dicken erkennen. Im Fett der ungesunden Dicken fanden sich rund fünfmal so viele Immunzellen wie im Fett der gesunden Übergewichtigen. „Es sah aus, als sei ihr Fettgewebe entzündet“, so Blüher. Entzündungsprozesse wiederum tragen maßgeblich zur Entstehung von Arteriosklerose und Krebs bei.

Noch ein Rätsel ist indes, warum bei dem einen Dicken das Fettgewebe entzündet ist und bei dem anderen nicht. Blüher geht aber von genetischen Ursachen aus: „Wir finden bei den gesunden Dicken Genvarianten, die auch bei gesunden schlanken Menschen vorkommen.“

Während bislang alle Dicken ermahnt wurden, nur ja dringend abzunehmen, raten die Leipziger Ärzte zur Gelassenheit. „Wer gesund ist, dem helfen wir zwar, wenn er unbedingt abnehmen will oder wenn er bereits Gelenkprobleme hat“, sagt Blüher. „Aber wir drängen ihn nicht dazu.“

Die Diabetes- oder Herzkranken hingegen werden in ein engmaschig betreutes Diät- und Fitnessprogramm eingebunden. „Doch auch bei den Kranken oder Gefährdeten lautet das Ziel: Wir wollen den Patienten nicht um jeden Preis dünner machen – sondern gesünder“, erläutert der Leipziger Mediziner. Weil bei einer Diät sich zunächst das gefährliche innere Bauchfett auflöst, kann schon eine leichte Gewichtsabnahme eine spürbare Verbesserung der Gesundheit bewirken.

„Zehn Kilogramm“, sagt Blüher, „schaffen die meisten Fettleibigen bei uns, die teilweise 180 Kilogramm und mehr wiegen, im ersten Jahr.“ Wer hingegen darauf beharre, unbedingt 80 Kilogramm abnehmen zu wollen, gebe am Ende meist frustriert auf: „Das schafft fast niemand.“

Ohnehin sind Diäten fast immer zum Scheitern verurteilt. Schlimmer noch, es droht der berüchtigte Jo-Jo-Effekt: Viele wiegen bereits kurz nach einer Diät mehr als vorher.

Die meisten Adipositas-Forscher sind inzwischen davon überzeugt, dass irgendwo im Gehirn ein individueller Sollwert für das Gewicht verankert ist. „Dieser Sollwert lässt sich zwar verstellen“, vermutet Tschöp, „aber leichter nach oben als nach unten.“ Anders ausgedrückt: Der Körper versucht meist, wieder das höchste Gewicht zu erreichen, das er mal über einen längeren Zeitraum innehatte.

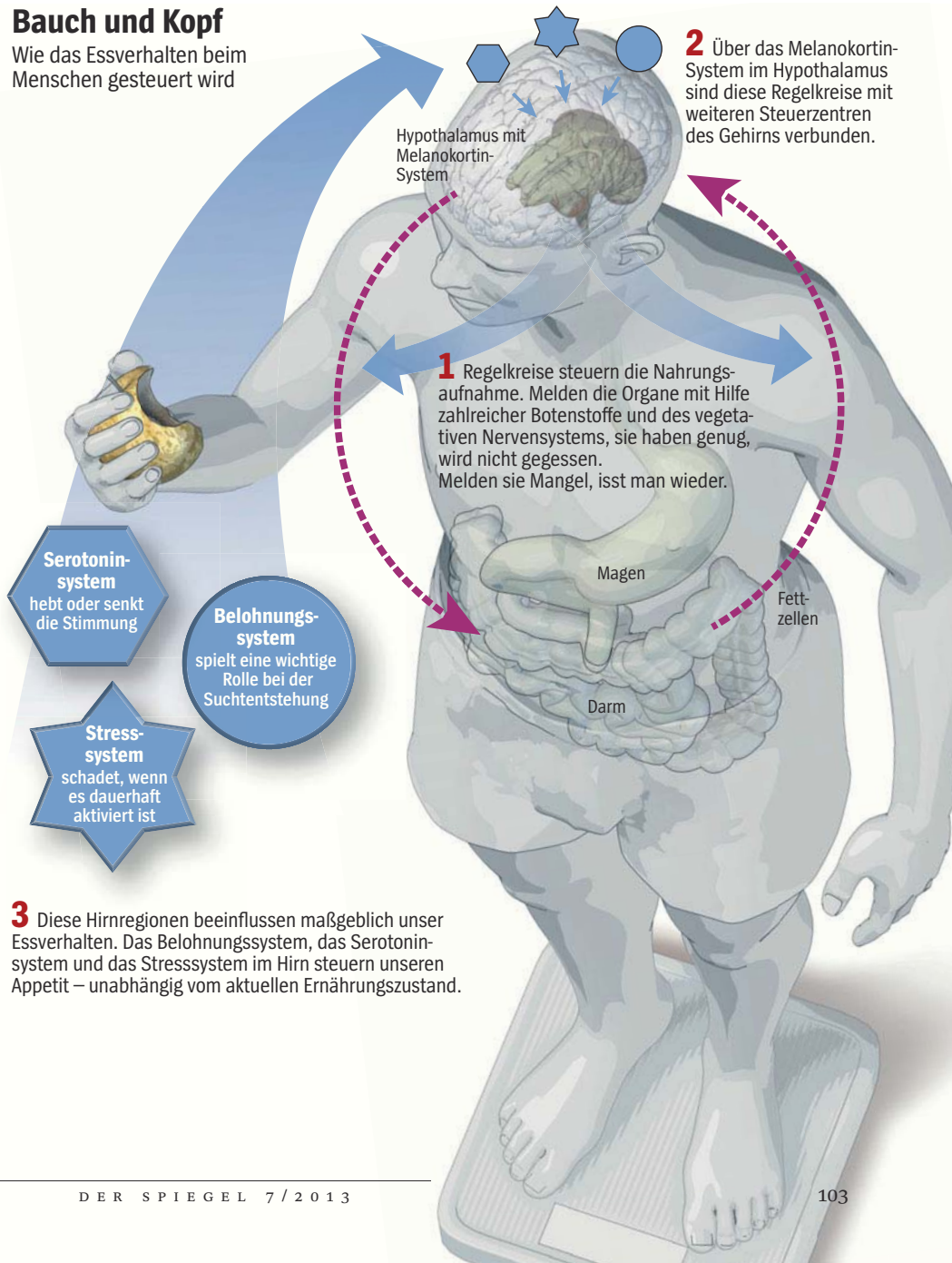
Ein Experiment, das der Münchner Experte Tschöp mit Mäusen durchführte, hat diese Programmierung auf eindrucksvolle Weise bestätigt. Der Forscher teilte die Versuchstiere in zwei Gruppen ein: Die einen Mäuse bekamen gesunde Nahrung und blieben schlank, die anderen wurden mit hochkalorischem Futter gemästet. Anschließend setzte er die dicken Mäuse auf Diät, bis sie wieder so schlank waren wie die gesund ernährten Tiere. Äußerlich waren die Mäuse nun nicht mehr voneinander zu unterscheiden.

Als Tschöp dann jedoch allen Mäusen Kalorienbomben anbot, verhielten sich die Tiere vollkommen unterschiedlich: Diejenigen Mäuse, die schon einmal dick gewesen waren, fraßen deutlich mehr und schneller als diejenigen, die allzeit schlank geblieben waren.

Wie wenig Diäten bringen, hat die Bestseller-Autorin Susanne Fröhlich am eigenen Leib erfahren. Als junge Frau,

Bauch und Kopf

Wie das Essverhalten beim Menschen gesteuert wird



3 Diese Hirnregionen beeinflussen maßgeblich unser Essverhalten. Das Belohnungssystem, das Serotoninsystem und das Stresssystem im Hirn steuern unseren Appetit – unabhängig vom aktuellen Ernährungszustand.

„Diäten ändern nichts an der Ursache“

Der Hirnforscher Achim Peters über Anti-Stress-Therapien gegen Übergewicht



MANFRED WITT / DER SPIEGEL



Buchautor Peters: *„Arme sind dicker als Reiche“*

SPIEGEL: Sind Übergewichtige selbst schuld an ihrem Schicksal, weil sie zu willensschwach sind?

Peters: Nein, das ist ein schlimmes Vorurteil. Die Hauptursache für das Dicksein ist nicht Willensschwäche, sondern Stress. Ich finde es skandalös, wie Dicke in unserer Gesellschaft heutzutage diskriminiert werden. Sie haben schlechtere Chancen auf einen guten Job, schon dicke Kinder sind typische Mobbing-Opfer. Sogar Ärzte behandeln dicke Patienten oft schlechter als dünne.

SPIEGEL: Ist die Übergewichtsepidemie also nach Ihrer Meinung in Wahrheit eine Stressepidemie?

Peters: Ja, überall auf der Welt stehen Menschen heute ihr Leben lang unter psychischer Dauerbelastung – und das fängt oft schon im Kindesalter an. Millionen Menschen bekommen für ihre Arbeit zu wenig Anerkennung oder haben Angst vor Jobverlust. Oder sie zerreißen sich zwischen Beruf und Familie.

SPIEGEL: Und was sind die Folgen?

Peters: Bei vielen Betroffenen bringt die dauerhafte Aktivierung des körpereigenen Stresssystems das hormonelle Gefüge durcheinander. Das führt dazu, dass diese Menschen dauernd essen müssen, um ihr Gehirn ausreichend mit Energie zu versorgen. Nach meiner Theorie vom „Egoistischen Gehirn“ ist das Dickwerden der Preis, den sie für die Stressabwehr zahlen.

SPIEGEL: Welchen Stress halten Sie für besonders schädlich?

Peters: Armut – es ist kein Zufall, dass Arme im Durchschnitt dicker sind als Reiche. Studien zeigen: Je größer die soziale Ungleichheit in einem Land ist, desto dicker sind auch die Menschen dort.

SPIEGEL: Und warum sind Diäten fast immer zum Scheitern verurteilt?

Peters: Weil sie nichts an der Ursache des Übergewichts ändern, sondern nur den Hirnstoffwechsel noch mehr durcheinanderbringen. Wer das Nahrungsangebot künstlich verknappt, aktiviert dadurch nur wieder sein Stresssystem – und isst bald schon wieder so viel wie vor der Diät.

SPIEGEL: Trotzdem gibt es Menschen, die es mit eisernem Willen schaffen, ihr Gewicht zu kontrollieren.

Peters: Ja, das sind die sogenannten gezügelten Esser. Viele Hollywood-Schauspielerinnen zählen dazu. Doch wer gegen sein normales Körpergewicht lebt, der erleidet Diätstress. Messungen zeigen, wie bei einer Diät die Stresshormone im Blut ansteigen. Die Folgen sind langfristig gravierend: Es droht nicht nur Arteriosklerose, sondern auch Leistungsabbau im Gehirn, Knochenabbau, und auch die Fruchtbarkeit nimmt ab.

SPIEGEL: Und was halten Sie von einer chirurgischen Magenverkleinerung bei extrem Dicken, die tatsächlich zu einem drastischen Gewichtsverlust führt?

Peters: Aus Sicht der Hirnforschung ist es generell der falsche Ansatz, das Nahrungsangebot schlagartig künstlich zu beschränken. Studien zeigen, dass nach einer solchen Magen-OP mehr Stresshormone ausgeschüttet werden – mit allen negativen Folgen. Viele Kliniken wollen Zentren für Adipositas-Chirurgie aufbauen, weil sie damit kurzfristig erstaunliche Erfolge erzielen und viel Geld verdienen können. Aber welche gesundheitlichen Folgen eine solche OP langfristig hat, weiß noch niemand. Es gibt beispielsweise Untersuchungen, die befürchten lassen, dass die Betroffenen eher zum Selbstmord neigen. Durch die Magenverkleinerung nimmt man den Betroffenen das wichtigste Ventil, mit dem sie vorher ihren Stress abbauen konnten.

SPIEGEL: Was raten Sie Übergewichtigen stattdessen?

Peters: Es gibt nur einen Ausweg: Sie müssen ihr Leben entstressen. Sinnvoll sind beispielsweise Anti-Stress-Programme, die auf der kognitiven Verhaltenstherapie beruhen. Auch Bewegung hilft, Stress abzubauen. Vor allem dicke Kinder verdienen unsere Aufmerksamkeit. Sie haben oft schon Schlimmes erlebt: Armut, Trennung, Alkoholsucht der Eltern. Vorwürfe, Schuldgefühle und Diskriminierung wegen ihres Übergewichts sind das Letzte, was sie brauchen. Stattdessen benötigen sie Zuneigung, Geborgenheit, Sicherheit. Die globale Übergewichtsepidemie zu lösen ist nicht nur eine medizinische, sondern auch eine soziale Aufgabe.

SPIEGEL: Glauben Sie wirklich, dass sich Übergewicht durch soziale Maßnahmen bekämpfen lässt?

Peters: Ja, und ich gebe Ihnen ein gutes Beispiel dafür: Forscher der University of Chicago führten mit Müttern aus Problemvierteln ein Langzeitexperiment durch. Nach dem Zufallsprinzip wurden die Frauen in zwei Gruppen eingeteilt: Die einen durften in ein besseres Wohnviertel umziehen und hatten dadurch Aussicht auf einen besseren Job. Bei den anderen blieb alles beim Alten. Nach 15 Jahren fühlten sich die Frauen, die aufgestiegen waren, nicht nur psychisch wohler. Sie waren auch deutlich dünner als diejenigen Frauen, bei denen sich nichts geändert hatte.

Interview: Veronika Hackenbroch

mit 20 Jahren, hat sie ihre erste Abmagerungskur durchgezogen. „Nicht, weil ich wirklich dick war“, sagt sie. Vielmehr strebte sie nach einem Idealbild von Körper – „mein selbstgewähltes Elend“.

In dem Roman „Moppel-Ich“ beschrieb die Journalistin ihren mehrjährigen Kampf mit nutzlosen Diäten. Heute, vor kurzem 50 geworden, habe sie gelernt, sich mit ihren Formen in einem gewissen Umfang anzufreunden.

„Sich ständig gegen den eigenen Körper abzuarbeiten macht sehr unzufrieden“, sagt Fröhlich. Das ständige Auf und Ab tue dem Körper nicht gut: „Man kann nicht einmal ‚Low Carb‘ und dann ‚Low Fat‘ und dann wieder ‚Glyx-Diät‘ halten. Man muss generell anfangen, was gegen diesen Stress zu tun.“

Fünfmal die Woche geht Fröhlich laufen, dazu kommt jeden Tag eine Viertelstunde Yoga. Und es scheint das Yoga gewesen zu sein, dass gegen den Stress am besten geholfen hat: „Meine Kinder sagten mir nach drei Wochen: Irgendwie bist du anders.“

Sie merkt es selbst, beim Autofahren schimpft sie weniger als früher auf die anderen Verkehrsteilnehmer. Nach einem halben Jahr auf der Yogamatte waren 20 Kilo weg.

Einmal die Woche betritt Fröhlich noch die Waage. Wenn das Gewicht dann um zwei bis drei Kilo schwankt, macht sie sich nicht mehr verrückt. Sie sagt: „Wenn ich mir all meine Versuche abzunehmen ansehe, dann ist die Antwort ganz einfach: eine einigermaßen gesunde Ernährung und relativ viel Sport.“

Extrem Dicke jedoch begeben sich immer häufiger unter das Messer eines Chirurgen und lassen sich ihren Magen verkleinern. Nach solchen Operationen vermag das Organ nur noch kleine Nahrungsmengen aufzunehmen.

Kurzfristig lassen sich dadurch erstaunliche Erfolge erzielen. So können die Operierten je nach Verfahren mehr als die Hälfte ihres vorherigen Körpergewichts verlieren. Auch ein Diabetes Typ 2 bildet sich oft vollständig zurück.

Doch eine Magenverkleinerung ist nicht wieder rückgängig zu machen. Und wie verändert der Eingriff die Psyche? Eine Untersuchung von amerikanischen Wissenschaftlern hat offenbart, dass nach derartigen Operationen das Risiko steigt, vermehrt Alkohol oder Drogen zu konsumieren.

Pharmafirmen wiederum bringen ständig neue Abnehmpillen auf den Markt – bislang ohne medizinisch durchschlagenden Erfolg. Zahlreiche Appetitzügler verloren wegen zu starker unerwünschter Wirkungen ihre Zulassung, darunter Rimonabant von Sanofi-Aventis, nachdem auffällig viele Patienten Selbstmordgedanken entwickelt hatten. Das Mittel Sibutramin des Konkurrenten Abbott hemmt die Wiederaufnahme von Serotonin und Noradrenalin und erhöhte das Risiko für Schlaganfall und Herzinfarkt, wie sich später herausstellte. Und an dem Schlankmacher Mediator sind in Frankreich wahrscheinlich mindestens 500 Menschen gestorben, weil es zu Herzklappenschäden kam.

Eine Appetit-Verhütungspille könnte dem Körper vorspiegeln, dass der Magen immer voll ist.

Übriggeblieben ist unter anderem der Fettblocker Orlistat des britischen Konzerns GlaxoSmithKline. Allerdings untersucht die Europäische Arzneimittelbehörde Ema derzeit, ob das Mittel die Leber schädigt.

Nach all diesen Fehlschlägen suchen Pharmaforscher deshalb jetzt nach einem Wundermittel, das im Hirn wirkt, etwa durch Beeinflussung des Melanokortin-Systems. Eine von Tschöps Ideen besteht darin, eine Art Appetit-Verhütungspille zu entwickeln: „Die Antibabypille gaukelt dem Körper quasi vor, er sei schwanger. Eine Abnehmpille könnte dem Körper vorspiegeln, dass der Magen immer voll ist.“

Oder muss die Welt einfach nur weniger stressig werden, damit die Menschen abnehmen, wie es Hirnforscher Peters proklamiert? „Ich glaube, der Antrieb zu essen ist so tief verankert in all den komplexen Steuerungssystemen, dass man eine langfristige Verhaltensumstellung braucht“, sagt auch Brüning.

Für den Komiker Markus Maria Profitlich gab es einen klaren Wendepunkt in seinem Leben. Eines Tages sagte seine Frau zu ihm: „Die Kinder und ich, wir wollen noch etwas haben von dir.“

Profitlich hat daraufhin bewusst einen Gang runtergeschaltet: „Ich mache jetzt nicht mehr alles auf einmal.“ Im Augenblick tourt er mit seinem Live-Programm „Stehaufmännchen“ durch Deutschland. Aber alles ganz entspannt: Zwischen die Auftritte legt er sich Pausen.

Er sei feinfühliger geworden, was seine eigenen Bedürfnisse angehe, sagt Profitlich, er habe gelernt, Nein zu sagen. Zweieinhalb Stunden abends auf der Bühne zu stehen, das sei anstrengend, mache aber auch wahnsinnig Spaß. Zum Ausgleich verschwindet er jetzt öfter zum Abschalten ein paar Tage auf sein kleines Kajütboot auf dem Rhein.

Profitlich ernährt sich auch gesünder, bald wird er wieder walken gehen mit ein paar Bekannten aus seinem Dorf. Er hat schon 20 Kilo abgenommen. Wenn er weitere 20 Kilo schafft, hat er seine Zielmarke erreicht: 120 Kilo.

Viel weniger sollte es gar nicht werden. Er möchte sich nur wieder wohl fühlen mit seinem Gewicht: „Dass Dicke langsam und faul sind, kann ich nicht bestätigen. Man muss schon ein bisschen auf den Knochen haben, um das Ganze hier zu überstehen.“

Profitlich weiter: „Ich werde nie aussehen wie Ingolf Lück oder Kai Pflaume. Aber mit 30, 40 Kilo weniger bin ich genauso lustig.“ Und jetzt, wo alles ruhiger laufe, sei er viel glücklicher.



MARTIN LEISSL / DER SPIEGEL

Journalistin Fröhlich
„Selbstgewähltes Elend“

Veronika Hackenbroch,
Laura Höflinger,
Kerstin Kullmann



EVERETT COLLECTION / ACTION PRESS

Szene aus „Avatar“

ASTRONOMIE

Schlingernde Planeten

Bei ihrer Suche nach außerirdischem Leben verfolgen Himmelsforscher eine neue Spur: Gibt es in fremden Sonnensystemen bewohnbare Monde?

Es war einmal im Jahre 2154, auf der Erde gingen die Rohstoffe zur Neige, da suchten die Menschen weit draußen im All nach neuen Lagerstätten. Auf dem Mond Pandora, der um den fernen Riesenplaneten Polyphem kreist, wurden die Kolonisatoren fündig.

Doch die Ausbeutung der Bodenschätze führte zum Krieg: In dem Dschungelparadies lebten blauhäutige Ureinwohner, die sich gegen die Zerstörung ihrer Umwelt wehrten.

James Camerons Kinomärchen „Avatar“ (2009), das im real existierenden Sonnensystem Alpha Centauri spielt, war nicht nur der kommerziell erfolgreichste Film aller Zeiten. Das Science-Fiction-Drama um die Alien-Indianer inspirierte den Astrophysiker René Heller auch zu seinem aktuellen Forschungsprojekt: „Die Geschichte von dem bewohnten Mond hat mich fasziniert.“

Mit einem Computermodell simuliert der Forscher am Leibniz-Institut für Astrophysik in Potsdam, unter welchen Umständen so etwas tatsächlich möglich wäre – und ist zu einem überraschenden Ergebnis gekommen: „Monde“, sagt Heller, „könnten in vielen Sternsystemen bessere Lebensbedingungen bieten als die dort vorkommenden Planeten.“

Bislang suchten die Astrophysiker vor allem nach einer zweiten Erde. Fast 900 Planeten, die um fremde Sonnen kreisen, haben Himmelsforscher bisher ausfindig gemacht.

Allein das Nasa-Weltraumteleskop „Kepler“ entdeckte seit seinem Start über 2000 weitere Kandidaten, die noch durch zusätzliche Messungen bestätigt werden müssen. Und immerhin rund 100 dieser extrasolaren Planeten („Exoplaneten“) werden so moderat von ihrem jeweiligen Stern beheizt, dass dort theoretisch flüssiges Wasser existieren könnte – die wichtigste Bedingung für die Entstehung von Leben, wie wir es kennen.

Das Problem daran: Praktisch alle von ihnen sind riesige Gasplaneten wie Jupiter oder Saturn – Höllenwelten ohne feste Oberfläche, in deren Hülle millionenfach höherer Druck herrscht als auf der Erde.

Und selbst die wenigen annähernd erdgroßen Exoplaneten taugen vermutlich kaum als Oasen des Lebens. Denn die meisten von ihnen drehen sich so schnell um ihre jeweilige Sonne, dass sie dieser stets dieselbe Seite zuwenden. Auf der Sonnenseite herrscht ständiger Tag, während die Rückseite des Planeten in dauernder Finsternis liegt. Aufgrund der extremen Temperaturunterschiede dürften sich auf diesen Planeten Stürme bilden, die irdische Orkane wie laue Lüftchen erscheinen lassen. Heller: „Auf der einen Seite gibt es ewige Wüste, auf der anderen ewiges Eis.“

Auf großen, schweren Monden hingegen, wie sie typischerweise um Gasplaneten kreisen, könnten weit angenehmere Bedingungen herrschen – aber auch bizarre Phänomene auftreten, wie der Potsdamer Forscher zusammen mit seinem US-Kollegen Rory Barnes im Fachmagazin „Astrobiology“ ausführt. Neben der Sonne steht auf einem Exomond eine zweite Licht- und Energiequelle am Himmel: sein Planet.

„Auf einer Mondseite ist es daher selbst um Mitternacht so hell wie bei uns an einem verregneten Wintertag“, erläutert Heller. „Umgekehrt kommt es dort jeden Mittag zu einer Sonnenfinsternis – total irre.“

Der Mond darf seinem Gasplaneten aber nicht zu nahe kommen, sonst wird er von dessen gewaltiger Schwerkraft zu stark durchgewalkt und innerlich aufgeheizt. „Als Folge dieser Gezeitenheizung gäbe es auf einem solchen Mond viel mehr Vulkanausbrüche als auf der Erde“, sagt Heller. „Das wäre dann eine sehr ungemütliche Welt – vergleichbar dem Jupitermond Io.“

Um lebensfreundliche Bedingungen bieten zu können, sollte ein Exomond zudem so massereich sein, dass er auch über eine dichte Atmosphäre verfügt. Nach Berechnungen müsste er dazu mindestens ein Fünftel der Erdmasse aufweisen – und wäre damit immer noch achtmal schwerer als der schwerste Mond in unserem Sonnensystem, der Jupitertrabant Ganymed.

Nach genau solch einem Supermond, einer Pandora-Welt, wird nun mit Hilfe des „Kepler“-Weltraumteleskops gefahndet. Dass dies messtechnisch inzwischen möglich erscheint, grenzt an ein Wunder.

Im Sternbild Schwan hält „Kepler“ nach Fixsternen Ausschau, die plötzlich ein paar Promille dunkler leuchten und nach wenigen Stunden wieder in der gewohnten Helligkeit. Ursache dafür ist eine Art Mini-Sonnenfinsternis („Transit“): Wenn sich ein unbekannter Planet vor seinen Stern schiebt, verdeckt er einen winzigen Teil des Sternenlichts – ähnlich wie eine Motte, die durch einen Scheinwerferstrahl flattert. Wird der Planet nun seinerseits von massereichen Monden begleitet, bringen diese ihn zum Schlingern. Als Folge davon wird die Mini-Finsternis ein wenig beschleunigt oder abgebremst.

Eine neu gegründete Arbeitsgruppe wertet derzeit alle vorhandenen „Kepler“-Daten nach schlingernden Planeten aus. Zum Einsatz kommt dabei ein Supercomputer am Harvard-Smithonian Center für Astrophysik. „Es kann jederzeit passieren“, sagt Heller, „dass wir da draußen den ersten Exomond finden.“

Olaf Stampf

Video: Leben im All?

spiegel.de/app72013all
oder in der App DER SPIEGEL

FREIZEIT

Panierte Flocken

Aus Furcht vor zu milden Wintern legen Skigebiete Schneelager an – die künstlichen Gletscher sollen bis zur nächsten Saison überdauern.

Hoch oben auf der Skisprungschanze Hochfirst in Neustadt genießt der Betrachter eine malerische Aussicht auf den Schwarzwald. Unten am Fuße der Sportstätte hingegen fällt der Blick neuerdings auf einen bizarren weißen Klotz, der beständig größer wird. Emsig türmen Männer mit Pudelmütze dort Schneeladungen aufeinander.

An diesem Ort wächst nicht etwa der größte Schneemann Europas heran; das angestrebte Bauwerk zeugt eher von gestalterischer Einfalt: ein rechtwinkliger Block, 70 Meter lang, 25 Meter breit und 10 Meter hoch – so groß wie eine Häuserzeile.

Dieser künstliche Gletscher soll die kostbarste Ressource bewahren, über die ein Wintersportort verfügt: Schnee. Denn der war in den vergangenen Wintern immer mal wieder knapp in Titisee-Neustadt. Aus diesem Grund wollen Helfer des Ski-Clubs Neustadt weit über 10 000 Kubikmeter des weißen Materials für schlechte Zeiten bunkern – und über den Sommer einlagern.

Im kommenden Dezember soll die kleine Stadt im Hochschwarzwald (11 844 Einwohner) erstmals seit knapp sieben Jahren wieder ein Weltcup-Springen ausrichten. Die heimische Hochfirstschanze ist für die Königsklasse des Skispringens bestens geeignet. Dennoch entzog der Internationale Skiverband FIS der Ortschaft im Schwarzwald 2007 den beliebten Skisprung-Weltcup.

Seitdem richtet der Ski-Club Neustadt allenfalls zweitrangige Springen aus. Um den Schanzenbetrieb überhaupt in Gang zu halten, mussten die Verantwortlichen in mancher Saison überaus aufwendig Schnee mit Sattelschleppern vom Gotthard-Massiv in den Schweizer Alpen herbeischaffen lassen.

Entsprechend groß ist nun die Sorge unter den Veranstaltern, dass die Rückkehr auf die große Bühne des Skispringens wegen Schneemangels missraten könnte. In ihrer Bedrängnis greifen die Veranstalter deshalb auf das sogenannte Snowfarming zurück – eine Methode, die immer mehr Wintersportzentren Rettung verheißt, wenn die Flocken nicht rechtzeitig zum Saisonstart rieseln.

Anfangs war es nur eine verwegene Idee der Betreiber von Pisten, Loipen und Schanzen, wenigstens einen Teil der Schneefülle aus einem guten Jahr in die folgende Saison hinüberzuretten. Inzwischen widmen sich Forscher des Instituts für Schnee- und Lawinenforschung (SLF) in Davos den Möglichkeiten der Übersommerung von Schnee mit jener Präzision, mit der die Schweizer für gewöhnlich Uhrwerke fertigen.

So haben die Fachleute des SLF eigens ein Computerprogramm entwickelt, das exakt die Menge errechnen kann, die von einem beliebigen Schneehaufen nach über einem halben Jahr Lagerungszeit übrig bleibt.

Die Zuverlässigkeit der Voraussage hängt von der Genauigkeit der Daten ab, mit denen das Programm gefüttert wird: In welcher Höhe befindet sich das Schneedepot, und wie sind die klimatischen Bedingungen in dieser Region?

Mindestens ebenso wichtig ist, dass der Vorrat angemessen gesichert wird. Nach Meinung der Experten in Davos muss der begehrte Stoff paniert werden wie ein Wiener Schnitzel; umhüllt von einer 40 Zentimeter dicken Schutzschicht aus Sägespänen hält sich der Schnee am besten, haben die Schweizer experimentell herausgefunden.

In diesem Punkt sind die Neustädter jedoch von der reinen Lehre abgewichen. Sie decken ihren Schneeberg nicht mit Sägespänen ab, sondern mit Styropor. Das bedeutet zwar weit weniger Arbeit für die freiwilligen Helfer; die aufwendigere Methode hat jedoch einen großen Vorteil: Durch Regenwasser, das in das Sägemehl einsickert, entsteht zusätzlich kühlende Verdunstungskälte.

Die grobe Rechnung der Organisatoren vom Titisee: Von den eingelagerten über 10 000 Kubikmeter Schnee müssen etwa 6000 übrig bleiben, damit die Hochfirstschanze im kommenden Winter perfekt präpariert werden kann. Ein erster Feldversuch mit etwa einem Fünftel der Schneemenge war erfolgreich. Auch die Qualität des weißen Stoffs hat offenbar unter der Konservierung nicht gelitten: Wie feuchter Zucker muss er sein.

„Dieses Produkt ist einwandfrei“, frohlockt der Weltcup-Generalsekretär des Ski-Clubs Neustadt, Joachim Häfker.

Auch in der oberbayerischen Wintersporthochburg Ruhpolding werden die Loipen mit eingelagertem Schnee präpariert. In Davos trainieren die Langläufer der Schweizer Nationalmannschaft dank Snowfarming schon im Herbst bei Plusgraden auf beschneiten Bahnen.

Dennoch taugt das Aufhäufen und Einbunkern von Schnee nicht überall als Allzweckwaffe gegen die zunehmende Knappheit des kalten Rohstoffs. Hansueli Rhyner vom Schneeforschungsinstitut in Davos benennt ein wesentliches Manko der Methode: „Vielen Winterzentren fehlt einfach der Platz, um Schnee zu stapeln.“

FRANK THADEUSZ



PETER STELLMACH

Künstlicher Gletscher in Titisee-Neustadt: *„Einwandfreies Produkt“*

RELIGIONEN

Das letzte Abendmahl

Sparmaßnahmen zwingen zum Rückbau beim sakralen Erbe: Hunderte Kirchen und Pfarrhäuser stehen zum Verkauf oder werden abgerissen. Andere dienen bereits als Turnhalle, Sparkasse oder Moschee. Auch bei Ebay kann man Gotteshäuser erwerben.

Das Kommando, das die Kirche Heilige Familie in Barmstedt beseitigen soll, erscheint am frühen Morgen. Arbeiter schleppen das Taufbecken fort. Ein Bagger drückt die Mauern des Gemeindesaals ein. Dann fällt der Glockenturm.

Himmel, Sakrament! Innerhalb weniger Stunden hat sich das Haus des Allmächtigen in einen Haufen Schutt verwandelt.

„Sehr schmerzlich“ nennt Pfarrer Stefan Langer das Niederlegen der Betstätte nördlich von Hamburg. Jahrelang hat er dort Taufen, Hochzeiten und Messen zelebriert. Nun ist das Gelände fast geräumt. Vor kurzem ließ die Gemeinde eine Anzeige schalten. Dort wird der alte Betplatz als „erschlossenes Grundstück“ in „guter Lage“ angeboten. Preis: 310 000 Euro.

„Auf diesen Felsen will ich meine Kirche bauen“, spricht Jesus voller Zuversicht. Von Demontage hat er nichts gesagt.

Doch das ist lange her. Geldnot und eine abnehmende Zahl von Gläubigen zwingen zu drastischen Schnitten. „Zwischen 1990 und 2010 haben wir 340 Gotteshäuser geschlossen, 46 wurden abgerissen“, bilanziert der Finanzchef der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Thomas Begrich. Doch das sei erst der Anfang: „Es könnte nötig sein, weitere 1000 Gebäude aufzugeben.“

So kracht und scheppert es allerorten. Beispiel Frankfurt: Zu Adenauers Zeiten lebten dort 430 000 Protestanten, heute sind es 110 000. Also zog der Regionalverband die Bremse und beschloss anhand einer Rangliste, jede vierte Betstätte in der Stadt zu schließen.

In Hamburg ist jetzt erstmals sogar ein ehemaliges Gotteshaus der evangelischen Kirche in den Besitz von Muslimen geraten. Die Betstätte im Stadtteil Horn war bereits im Jahr 2005 an einen Kaufmann veräußert worden. Der reichte die Im-

Abriss der Heiligengeistkirche in Hamburg 2008: *Vom Haus des Allmächtigen bleibt nur Schutt*

T. GRIMM / VARIO IMAGES



mobilie nun an ein islamisches Zentrum weiter.

Zwar schlug die Empörung über den Vorgang hoch. Doch die Ökumene steckt in der Klemme. Wenn sich kein Käufer findet, erscheint nach dem Leerstand sogar der Bulldozer und reißt das steinerne Erbe Jesu Christi einfach ab.

Das gilt auch fürs römisch-katholische Lager. Bis tief in Bayern stehen Pfarrhäuser leer. Selbst im berühmten Pilgerort Telgte bei Münster wurde eine heilige Stätte dichtgemacht.

Typisch ist der Fall in Börßum (Niedersachsen), wo Sankt Bernward vor der Zerstörung steht. Benannt wurde das sakrale Gemäuer nach dem streitbaren Bischof Bernward von Hildesheim (um 960 bis 1022), der seinen Sprengel einst mit Wehrtürmen und Burgen gegen heranstürmende Normannen und andere Heiden schützte.

Nun sind die Bürger im Norden meist selbst welche. Zuletzt besuchten nur rund fünf Prozent der Mitglieder von Börßum den Sonntagsgottesdienst. Der „Instandhaltungsrückstau“ für das Gebäude lag bei 134 500 Euro.

Was die Lage weiter verschärft: Bereits heute dienen viele Altarräume in Deutschland fremden Zwecken. In dem einen wird gebastelt, im anderen geturnt. Es gibt „Eventkirchen“ und solche, die als Firmenlager dienen. In der Abtei Sankt Maximin in Trier stehen Fußballtore. In Katlenburg im Harzvorland wandelte sich Transzendentales gar zur Tanzzentrale: Die dortige Herz-Jesu-Kirche beherbergt eine Schule für Showdance und Pilates.

Vor Ort, wenn der Pfarrer zum allerletzten Abendmahl ruft, ist die Trauer meist groß. Zerknirscht, oft weinend sitzen die Getreuen auf den Bänken. „Ein feste Burg“ mag da niemand mehr anstimmen. Die Protestanten machen eher schlicht Schluss. Bibel, Kreuz und die liturgischen Geräte werden eingesammelt, der Letzte macht die Tür zu. Damit ist die Stätte verlassen und „entwidmet“.

Den Katholiken dagegen gilt jeder Betraum als heiliger Ort, der eigens entweiht („profaniert“) werden muss. Nur der Bischof (oder sein Stellvertreter) darf den Ritus vollziehen. Weihrauchumwölkt verliest er zuerst ein Dekret. Dann rollt er die Altardecke ein, leert das Tabernakel, in dem die Hostien liegen, und löscht das „ewige Licht“.

Pastor Michael Kemper, der in Duisburg eine finale Fronleichnamsmesse abhielt, schmerzt es immer noch, wie er im hellen Chormantel unter einem Baldachin an Reihen verbitterter Seelen vorbeischritt. „Die Schließungen sind eine kranke Sache“, sagt er, „das macht mich krank.“

Verwundern kann das nicht: 2000 Jahre lang lebte das Christentum vom Eifer seiner Missionare. Doch deren Frohe Botschaft will heute kaum mehr jemand hören. „Nur noch 13 Prozent der geborenen Kinder werden evangelisch getauft“, begründet Superintendent Thomas Höflich aus Hannover die harte Rückbaupolitik.



Kletterwand in einer ehemaligen Kirche in Mönchengladbach: *Dusche in der Sakristei*

Besonders arg sieht es im Ruhrpott und in Norddeutschland aus. Dort fanden nach dem Zweiten Weltkrieg viele katholische Flüchtlinge aus Schlesien und Ostpreußen eine neue Heimat. Ihnen errichtete der Klerus kleine „Filialkirchen“, damit der Beichtstuhl fußläufig erreichbar war.

Diese modernen, oft hässlichen Heimstätten des Herrn sind nun massiv vom Abriss bedroht:

- Im Bistum Hildesheim steht jede zweite Kirche auf der Roten Liste;
- im Bistum Essen sind es 83, weitere 13 sind bereits zerstört;
- am schlimmsten ist die Quote in Wilhelmshaven. Dort stehen von neun katholischen Turmbauten sechs vor dem Aus.

Zwar regt sich Widerstand: Denkmalschützer, Kulturvereine und Städteplaner kämpfen gegen die Vernichtung christlicher Bausubstanz. Die Plätze sonntäglichen Frohlockens gelten vielen als vertraute Kulisse. Kirchen seien „durchbetete Räume“, meint die Theologin Margot Käßmann. Jeder Abriss bedeute einen Verlust an Heimat.

Wenn das Pfarramt jedoch erklärt, dass es nichts bringe, am Sonntag für zehn Leute ein turmhohes Gewölbe ohne Wärmedämmung zu heizen, sind auch die Empörer schnell ratlos.

So geht die Zerstörung zügig weiter. Allein im Osten vergammeln über 200 Dorfkirchen. In Wiesbaden wurde jüngst sogar ein Gottesbau plattgemacht, der unter Denkmalschutz stand. Doch alles hat auch seine guten Seiten. Klamme Gemeinden können ausgemusterte Klingelbeutel oder Holzaltäre neuerdings im Internet (Kircheninventar-verkauf.de) zu Geld machen.

Auch ihre ausrangierten Buß- und Bethallen vermakelt die Zunft im Netz. Das Erzbistum Berlin nutzt sogar Ebay. Aktuell bietet es dort eine „Kirche im beliebten Wohngebiet“ in der Stadt Brandenburg an.

Dennoch tut sich wenig. Die meisten Häuser des Herrn sind fußkalt, ohne Küche und haben eine Deckenhöhe von zehn Metern und mehr. Selbst Schnäppchenpreise bewirken da wenig. Die Kapelle Maria Goretti in Demmin (Vorpommern) kostet 20 000 Euro. Keiner will sie haben.

Wie schleppend die Geschäfte laufen, beweist die Kleinstadt Altena in Westfalen. Dort steht seit Monaten ein Christentempel leer. „Baujahr 1907, alles Naturstein“, flötet der Makler Dan Ossenberg-Engels. Dann zieht er einen Eisenschlüssel hervor und öffnet knarrend das Haupttor.

Durch Rosettenfenster schimmert bläuliches Licht. Man sieht Holzbänke und einen riesigen Kronleuchter. „Ein Inter-



ROBERT B. FISHMAN / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Restaurant in der früheren Martinikirche in Bielefeld: *„Nebel religiöser Diffusion“*

essent wollte hier privat wohnen und eine Zwischendecke einziehen“, erzählt der Makler. Nun verhandelt er mit einem Gastwirt, der die Halle zu einem Musikclub umstylen möchte. Die Kanzel wäre ein guter Standort für den Discjockey.

HipHop statt Halleluja – geht das nicht zu weit? Was ist erlaubt, wo beginnt die Lästerung?

Die EKD akzeptiert mittlerweile solche flotten Nachnutzer. Zwar hätte sie lieber Leute, die die „Würde des Raumes“ wahren, wie es heißt – Pflegeheime oder Kindergärten beispielsweise. Auch eine Umwandlung zu Urnengräbern oder Übungsräumen für Männerchöre sieht man gern. In Boostedt (Schleswig-Holstein) stellt ein Bestatter seine Särge aus.

Noch beliebter sind Glaubensbrüder: Russisch- oder Serbisch-Orthodoxe zum Beispiel. Am Steinhuder Meer wurde ein Gotteshaus mit dem Sattelschlepper nach Rumänien verfrachtet.

Derlei Wunschkandidaten finden sich allerdings selten. Zudem kommen ständig neue Immobilien rein. Denn auch die Neuapostolische Kirche schwächelt. Sie bietet im Internet derzeit über 60 Gemeindesäle an.

Also müssen die Geistlichen Kompromisse schließen. In einer Berliner Totenkapelle wird Theater gespielt. In Milow (Mecklenburg) steht heute im Altarraum ein Geldautomat. In der ehemaligen Martinikirche von Bielefeld sitzen die Gäste in Clubsesseln und tafeln weiße Trüffelcreme oder Wasabi-Dips. Dazu spielt ein Pianist.

Den Katholiken geht das zu weit. Zwar traten auch sie ein Gotteshaus an den Betreiber einer Kletterwand ab. Im Seitenschiff steht eine Vitaminbar, in der Sakristei wird geduscht. Doch grundsätzlich gehen die Papsttreuen strenger vor. Findet sich kein guter Nachmieter und der Tempel droht zu verrotten, dann reißen sie ihn lieber ab.

Einig sind sich die beiden großen Konfessionen nur darin: Sekten und Vertreter anderer Religionen bleiben in der Regel ausgesperrt. Um den „Nebel religiöser Diffusion“ nicht noch mehr zu verdichten, sei ein Verkauf an Muslime und Buddhisten „nicht möglich“, heißt es zum Beispiel in einer Orientierungshilfe der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

Dass die Söhne Allahs gleichwohl zum Zuge kommen, liegt vor allem an den Freikirchen. Bereits in vier Fällen haben sie leere Bibelstätten an islamische Verbände abgetreten. Und nun auch noch der Fall aus Hamburg-Horn, wo Muslime eine protestantische Kirche gleichsam über Umwege in Besitz genommen haben.

Keine Frage: Der alte Kampfgeist des Kreuzes ist dahin. Das Fachblatt „Spirit“ schätzt, dass von den rund 45 000 Kirchen im Lande bald 15 000 nicht mehr gebraucht werden. Zu üppig, zu leer, zu teuer: Es ist wie mit Oma, die immer noch in der Villa lebt, obwohl ein Zimmer reichen würde.

Fromme Gemüter dürfte all das dennoch nicht schrecken. Glaube und Liebe, Trost und Hoffnung bietet die Bibel genug – auch für das aktuelle Immobilienproblem. Wie heißt es doch in 2. Korinther 5,1:

„Wenn unser irdisches Haus, diese Hütte, abgebrochen wird, so haben wir einen Bau, von Gott erbaut, ein Haus, nicht mit Händen gemacht, das ewig ist im Himmel.“

MATTHIAS SCHULZ

360°-Foto: Früher Kirche, jetzt Restaurant

spiegel.de/app72013kirche
oder in der App DER SPIEGEL

ARCHÄOLOGIE

Krumme Knochen

Britische Wissenschaftler haben in Leicester nach gezielter Suche einen Sensationsfund gemacht: die Gebeine des mittelalterlichen Königs Richard III.

Die Geschichte Englands muss nicht umgeschrieben werden. Doch jubelfreudige Monarchisten dürfen, wenn erst einmal der überübernächste Thronfolger (oder die Thronfolgerin) in trockenen Tüchern ist, einem unvorhergesehenen Royal Event in der Kathedrale von Leicester entgegenfiebern: der feierlichen Beisetzung eines Königs, der vor 527 Jahren gestorben ist.

Die wissenschaftliche Aktion anhand alter Dokumente auf einem Parkplatz-Areal in Leicester war präzise, und auch DNA-Analysen bestätigen nun, dass es sich bei den vor fünf Monaten ausgegrabenen Knochen um das Skelett von König Richard III. handelt. Überdies zeigt seine verkrümmte Wirbelsäule, dass er war, wie ihn die Zeitgenossen beschrieben: schmal, schief, verwachsen.

Persönliche Verdienste dieses Richard Plantagenet, geboren 1452, der wenig mehr als zwei Jahre bis zu seinem Tod im August 1485 regierte, sind schwer zu fassen: ein Getriebener der Geschichte, wie es scheint, ein Kind seiner Zeit. Die Plantagenets herrschten mehr als 300 Jahre lang, und in ihrer Spätzeit war diese weitverzweigte, in zwei Parteien verfeindete und zugleich durch viele Ehen verbandelte Dynastie reichlich mit Akten der Selbstzerfleischung beschäftigt, die in Geschichtsbüchern die „Rosenkriege“ heißen.

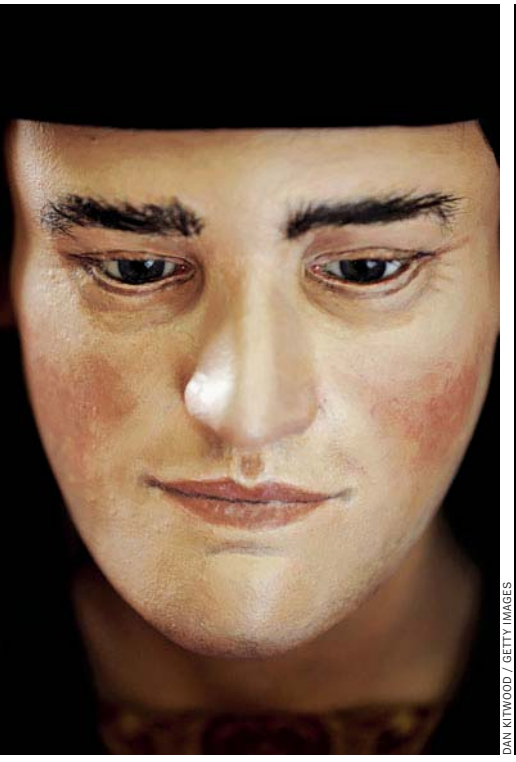
Bei fast jedem Thronwechsel blieb die Legitimität des Nachfolgers strittig, die allein die besondere göttliche Protektion des Landes sicherte, und so war es für jeden Frischgekrönten business as usual, sich umgehend seiner Rivalen im Familienkreis als Verräter zu entledigen. Auch Richards Großvater und Vater, ein Onkel und ein Bruder hatten in solchen Fehden den Tod gefunden.

Richard war schon als junger Mann der reichste, mächtigste und loyalste Untertan seines großen Bruders, der als Edward IV. mehr als 20 Jahre lang herrschte. Doch zwischen den beiden stand ihr Bruder George, den Edward später hinrichten ließ. Es wurde für Richard zum ersten Mal heikel, als er eine verwitwete Cousine heiraten wollte, denn die geplante



ULLSTEIN BILD

Szene aus Shakespeares „Richard III.“ in London: *Brillanz und Herzenskälte*



DAN KITWOOD / GETTY IMAGES



BALKIS PRESS / ABACA

Rekonstruierter Kopf von Richard III., in Leicester gefundenes Skelett: *Tod durch Hiebe*

Verbindung galt als inzestuös. Richard musste eine Ausnahmeerlaubnis des Papstes erwirken. Die Ehe soll glücklich gewesen sein, doch Richards Frau und ihr einziger Sohn starben schon früh.

Als Richards Bruder, König Edward IV., im April 1483 nach plötzlicher kurzer Krankheit starb, wurde dessen zwölfjähriger Sohn zum Nachfolger ausgerufen und bald – ein Bischof hatte intrigiert – zum Bastard erklärt. Onkel Richard sollte als Regent die Geschäfte führen. Der Prinz aber und sein kleiner Bruder, die damals im Londoner Tower logierten, sind seither spurlos verschwunden. Auf der Liste derer, die aus Eigennutz dafür gesorgt haben könnten, steht obenan Richard III. Denn er war nun der König.

Ein paar Monate nach seiner Krönung hat er sich mit einer Säuberung im engen Freundes- und Verwandtenkreis potentieller Verräter entledigt, doch zu richtig herrscherlichen Aktivitäten blieb ihm dann kaum Zeit: Im Herbst 1485 sah er sich dem Invasionsheer eines Thronrivalen gegenüber, Henry Tudor, der in Frankreich Mitstreiter gesammelt hatte. Richard starb in der Schlacht von Bosworth bei Leicester. Seine nun entdeckten Gebeine beweisen, dass er bis zuletzt gekämpft hat: Er starb, nachdem er den Helm verloren hatte, durch zwei Hellebarden- oder Schwerthiebe, die ihm den Schädel spalteten. Franziskaner gaben ihm ein christliches Begräbnis an den Mauern ihrer Klosterkirche, und dort entdeckten ihn nun die Archäologen in Leicester.

Das Parlament in London hatte Henry Tudors Thronansprüche rasch nach Richards Tod für legitim erklärt, indem es das Recht des Stärkeren als Gottes Willen verstand, und mit dem Aufstieg des Hauses Tudor begannen die Historiker, den Verlierer Richard zum Verbrecher zu stilisieren, dessen Niedertracht, wie der Volksmund weiß, schon seine schiefe, verwachsene Gestalt verriet.

Was in diesen Chroniken angelegt war, fand gut hundert Jahre später ihre geniale Vollendung auf William Shakespeares Bühne. Die kaum zusammenhängenden Begebenheiten, die Richards Leben bestimmten, erscheinen im Drama als zynisch kalkulierte Taten eines buckligen, durch ein diabolisches Hinkebein entstellten Aufsteigers zum Thron. Seine körperliche Benachteiligung macht er durch intellektuelle Brillanz wett, seine Herzenskälte durch unwiderstehlichen Charme. Wie er die Hinrichtung seines Bruders George einfädelt! Wie er der frisch verwitweten Cousine, deren Mann er umgebracht hat, einen Heiratsantrag macht! Wie er sich liebevoll um die Ermordung der Prinzen im Tower kümmert! Wie er heuchelt und schmeichelt und lügt – stets ist er ein Bösewicht, der seine Boshaftigkeit genießt und damit den Zuschauer, der sie sich lustvoll gefallen lässt, zu seinem Komplizen macht. In der Klasse der Super-Theaterschurken hat er außer Fausts Mephisto und Othellos Gegenspieler Jago kaum seinesgleichen.

Der gute König Edward IV. ist uns gleichgültig, weil Shakespeare nichts mit ihm anzufangen wusste, den bösen dritten Richard hingegen kennt alle Welt, weil die Kunst ihm eine Art von Unsterblichkeit verliehen hat, die nichts mit den krummen Knochen des Mannes in Leicester zu tun hat. Er war der letzte englische König, der in einer Schlacht gefallen ist.

Urs Jenny

LITERATUR

Fliehen und standhalten

Vorsicht vor Psychotherapeuten, jedenfalls in Romanen, wo sie etwas oft als gutwillige Harmonisierer mit dem Feuerlöscher zu Diensten sind. Doch das gilt nicht für Grace und Mitch, die beiden Therapeuten, von denen die 1972 geborene kanadische Autorin Alix Ohlin in ihrem zweiten, nicht unbedingt eleganten, aber aufrichtig aufregenden Roman „In einer anderen Haut“ erzählt. Als Studenten in Montreal haben Grace und Mitch voll Überschwang geheiratet – und sind aneinander gescheitert: er vielleicht zu narzisstisch, sie bestimmt zu emphatisch. Lange Jahre sind sie sich aus dem Weg gegangen, bald fliehend vor ihrer Schwäche, ihren Selbstzweifeln und Schuldgefühlen, bald standhaltend: zwei einsame Helfer, die selbst Hilfe gebraucht hätten. Mitch scheitert auch an einer neuen Liebesbeziehung und zieht in den hohen Norden, in eine Inuit-Siedlung, wo ihn die Alltäglichkeit von Alkoholismus und Depression zermürbt. Grace scheitert an dem Versuch, einen Mann, den sie zufällig vor dem Selbstmord gerettet hat, wirklich fürs Leben zurückzugewinnen, und gibt den Beruf auf. Die Autorin gewinnt Spannung aus diesen beiden getrennten Lebensläufen, indem sie sich erzählend durch ein Jahrzehnt bald rückwärts, bald vorwärts bewegt – bis zur zufälligen Wiederbegegnung und Annäherung zwischen Grace und Mitch. Und sie verknüpft damit zwei parallele Biografien im Widerstreit von Flüchten und Standhalten, zum einen die Geschichte einer widerspenstigen Teenager-Patientin von Grace, die daheim ausreißt, als Schauspielerin einige Erfolge hat, aber nie aus ihrem Selbsthass herauskommt; zum anderen die Geschichte eines Helfers aus Leidenschaft, der für karitative Organisationen in Lateinamerika und Afrika im Einsatz ist, bis er unter der Masse des Elends, dem er begegnet, zusammenbricht und sich umbringt. Nicht nur für Therapeuten ist das Eingeständnis schmerzhaft, dass es Menschen gibt, denen auf dieser Welt nicht zu helfen ist.



Alix Ohlin
In einer anderen Haut
Aus dem Englischen von Sky Nonhoff. Verlag C. H. Beck, München; 352 Seiten; 19,95 Euro



Ehepaar Dahms 1987


Ehepaar Dahms 1997

FOTOS: INGEBORG ULLRICH

BERLINALE

Wilmersdorf sehen und sterben

Der Alltag ganz normaler Menschen kann sehr aufregend sein, wenn man nur genau und vor allem lange genug hinsieht. Diese Erkenntnis haben die Dokumentarfilmer Hans-Georg Ullrich, 70, und Detlef Gumm, 65, sich zur Lebensaufgabe gemacht. Von 1986 an beobachteten sie für die Doku-Reihe „Berlin – Ecke Bundesplatz“ ihre Nachbarn im Stadtteil Wilmersdorf. Fast 50 Filme sind so über die Jahre entstanden: mit meisterhafter Beiläufigkeit erzählte Porträts. Wilmersdorf sehen heißt, die Welt zu verstehen. Nun haben die Macher ihre Dokumentation abgeschlossen. „Wir haben unser halbes Leben mit diesem Projekt verbracht“, sagt Gumm. Einige ihrer Protagonisten, wie der Bäcker Dahms, leben schon nicht mehr. Die vier letzten Filme werden jetzt auf der Berlinale uraufgeführt und ab 19. Februar auf 3sat sowie im RBB und im WDR gezeigt. Herausragend ist die Episode „Feine Leute“, ein Lehrstück über Glück und Geld – und wie schnell beides vergehen kann. Im Mittelpunkt steht der Anwalt Ülo Salm, der einst prominente Mandanten wie den Boxer Bubi Scholz vertrat und im Rolls-Royce durch seinen Kiez fuhr. Im Jahr 2002 wurde er wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu mehr als fünf Jahren Gefängnis verurteilt. „Wenn man viel über einen Menschen weiß“, so Gumm, „kann man ihm nur noch schwer böse sein.“

RESTITUTION

Die Schatz-Erben

Der Name des Gremiums klingt so kompliziert wie die Probleme, die es lösen soll: „Beratende Kommission für die Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter“. Die Kommission arbeitet seit 2003 unter dem Vorsitz von Jutta Limbach, der Ex-Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts. Sie kann allerdings nur dann aktiv werden, wenn sowohl die Erben der unrechtmäßig entzogenen Kunstwerke als auch die jetzigen Besitzer, meist Museen, sich einer Prüfung stellen. Entsprechend selten konnten die Vermittler bisher tätig werden. Bislang haben sie fünf Empfehlungen ausgesprochen, vier immerhin wurden befolgt. Zurzeit jedoch häufen sich die Anfragen. So soll die Kommission, in der auch Richard von Weizsäcker und Rita Süssmuth sitzen, vorschlagen, was mit dem „Bildnis Tilla Durieux“ von Oskar Kokoschka aus dem Jahr 1910 geschehen soll. Es hängt heute im Kölner Museum Ludwig und gehörte einst dem verfolgten jüdischen Kunsthändler Alfred Flechtheim. Inzwischen beanspruchen es dessen Erben. Umstritten sind zudem die „Drei Grazien“ von Lovis Corinth und das Gemälde „Dachgarten der Irrsinnigen“ von Joachim Ringelnatz, das im Besitz des Clemens-Sels-Museums in Neuss ist. Erben des jüdischen Kunstsammlers Paul Westheim erheben Anspruch darauf. Im vierten strittigen Fall, für den die Kommission eine „faire und gerechte Lösung“ finden und empfehlen soll, geht es um eine andere Größenordnung, nämlich um jene Teile des wertvollen Welfenschatzes, die sich heute im Berliner Kunstgewerbemuseum befinden. Sie waren 1935 aus dem Besitz eines Konsortiums jüdischer Kunsthändler vom Staat Preußen übernommen worden. Bisher war nicht zu klären, ob damals überhaupt Geld geflossen ist. Da in all diesen Fällen Dokumente fehlen, könnte es Jahre dauern, bis die Kommission jeweils zu einer Empfehlung kommt.



Welfenkreuz, 11. Jahrhundert

MICHAEL GOTTSCHALK / DAPD

KINO IN KÜRZE



DCM FILMVERLEIH

Jones, Samberg in „Celeste & Jesse“

„Celeste & Jesse“ bietet pünktlich zum Valentinstag einen Hoffnungsschimmer für das kreativ ermattete Genre der amerikanischen Liebeskomödie. Denn das Happy End haben die erfolgreiche Marketing-Expertin Celeste (Rashida Jones) und der antriebslose Grafiker Jesse (Andy Samberg) längst hinter sich: Nach sechs Jahren Ehe haben sich die beiden getrennt, möchten aber wenigstens beste Freunde bleiben – obwohl das ganze Umfeld und schnell auch jeder Zuschauer davon überzeugt ist, dass die zwei füreinander bestimmt sind. Das führt unter der Regie von Lee Toland Krieger („The Vicious Kind“) zu einigen erwartbaren, aber durchaus amüsanten Verwicklungen. Und immer wieder zu der Frage, ob nicht auch eine noch so große Liebe irgendwann zu Ende sein kann.



GETTY IMAGES

My Bloody Valentine 2009

POP

21 Jahre sind ein Tag

Auf ein neues Album der irisch-englischen Band My Bloody Valentine wartet die Musikwelt nun schon mehr als zwei Jahrzehnte. Ende 1991 hatte die Gruppe ihr bahnbrechendes Album „Loveless“ herausgebracht. Es zeigte, was sich aus Lärm musikalisch machen lässt: ein eigener Sound aus brutalem Rückkopplungsgezerre und zarter Melodienführung.

Wiederholt war seitdem ein neues Werk angekündigt worden – und vor einer Woche war „m b v“ auf einmal da, zum Download auf der Homepage der Band. Wie lang die Wartezeit den Fans tatsächlich erschien, lässt sich schon daran ablesen, dass die Seite unter deren Zugriff prompt zusammenbrach. Das Album „m b v“ klingt, als wären 21 Jahre nur ein Tag gewesen. Neun Songs sind es, auf denen Kevin Shields, der Kopf der Band, seine Noise-Spuren übereinandertürmt und mit der auch heute noch mädchenhaften Stimme der Sängerin Bilinda Butcher amalgamiert. Die Welt mag eine andere sein: Diese Musik ist immer noch vollkommen.

EGO – DAS SPIEL DES LEBENS erzählt vom Siegeszug einer Ideologie, für die der Egoist der bessere Mitmensch ist, weil man sein Tun berechnen kann. Ursprünglich entwickelt in den Denkfabriken des Kalten Krieges, um ein „Gleichgewicht des Schreckens“ zu etablieren, sei das neue Ego-Modell heute zum Schrecken der Zivilgesellschaft geworden: Wie die Idee einer „marktkonformen Demokratie“ noch die privateste Welt jedes Einzelnen verändere, führt Frank Schirrmacher, 53, in seinem neuen Buch aus. Schirrmacher ist seit 1994 einer der Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen“. Seine Bücher wurden in 14 Sprachen übersetzt. „Ego“ erscheint diese Woche (Blessing Verlag, 352 Seiten, 19,99 Euro). Für den SPIEGEL hat er die Kernthesen in einem Essay kompiliert.



ESSAY

Die Seele, die aus der Kälte kam

Wie der neue Kalte Krieg im Herzen der Gesellschaft geführt wird

Von Frank Schirrmacher

Wir sind wahnsinnig unkompliziert geworden. Leider spüren wir selbst nichts davon. Warum tun wir, was wir tun? Warum lieben wir, was wir lieben? Fragen, so vielschichtig, dass sie kaum jemand für sich selbst beantworten kann. Uns ist nicht bewusst, dass längst andere die Antworten für uns geben.

Vergessen Sie für einen Moment, was Sie von Psychologie, Hirnforschung oder auch nur aus der eigenen Erfahrung über die Rätsel des eigenen Daseins wissen. Ohne dass wir es gemerkt haben, haben Ökonomen den Seelenhaushalt des modernen Menschen zu ihrer Sache gemacht. Zur Vereinfachung einer überkomplexen Welt und zur Beschleunigung des Geschäftsverkehrs ist hinter den Kulissen unseres Lebens ein Modell aufgetaucht, das unser Leben nachhaltig verändert.

Man kann sich, so lehrt dieses Modell, das Leben sehr viel einfacher und einträglicher machen, wenn man unterstellt, dass jeder Mensch ausschließlich an sich und seinen Vorteil denkt.

Wir erleben die neue Ära des Informationskapitalismus. Er hat damit begonnen, die Welt in einen Geisteszustand zu verwandeln. Er tut und plant große Dinge. Er will Gedanken lesen, kontrollieren und verkaufen. Er will Risiken vorhersagen, einpreisen und eliminieren. Sein Hirn ist unablässig damit beschäftigt, herauszufinden, was Menschen tun, sagen, kaufen und welche Spielzüge sie als Nächstes planen. Wo immer sie ihm begegnen, treffen sie auf ein System, das alles immer besser weiß.

Es spricht den Menschen das Recht ab, sich der Umwelt anders darzustellen, als sie sind. Was immer sie tun, es behauptet, dass sie es um des eigenen Vorteils willen tun. Verhalten, für das es „keine Gründe“ gibt, kennt der Informationskapitalismus nicht. Auch Freundschaft, Loyalität, Liebe haben in seinen Augen rationale Gründe, die im eigennützigen Interesse des Einzelnen liegen. Deshalb überall die Inflation von „Incentives“, von Belohnungen, die von den Boni der Wall Street bis zu virtuellen Orden und Abzeichen und „Gefällt mir“-Abstimmungen für die privatesten Dinge reichen.



GETTY IMAGES

Atombombentest in Nevada 1951

„Die neue Ökonomie bedient sich der Maschine, und sie erfasst den Menschen mit der Mathematik.“

Die neue Ökonomie bedient sich der Maschinen, und sie erfasst menschliche Beziehungen mit Hilfe der Mathematik. Sie liebt das „Gefangenendilemma“, eine spieltheoretische Urszene von zwei Menschen, die ein gleiches Schicksal teilen, aber nicht miteinander reden können, und die das Angebot bekommen, auf Kosten des anderen einen Vorteil zu erhalten. Verrat des anderen ist in diesem Spiel nicht nur vorgesehen, er ist, wie die Politikwissenschaftlerin Sonja Amadae schrieb, „die als vernünftige Verhaltensweise akzeptierte Norm“.

Jeder Ökonom würde zugeben: Die Annahmen über den Menschen sind vereinfachend. Sie sind es auf eine derart radikale Weise, dass, wie man zu Recht hervorgehoben hat, „das Individuum auf den Punkt eines Nichts heruntergebrochen wird, mit Ausnahme der Eigenschaft seiner automatenhaften Präferenzen“. Was aber, wenn die Wirklichkeit zu genau diesem Automaten wird? Was, wenn aus der Welt zunehmend eine große Maschine wird, die genau so operiert? Das Problem sind nicht die simplifizierten Modelle. Das Problem ist, dass wir Zeugen eine Umbruchs werden, in dem diese Modelle die Wirklichkeit codieren und dadurch selbst wirklich werden.

Dieser imperialistische Sieg hat eine Vorgeschichte, die unmittelbar mit dem Kalten Krieg zu tun hat. Im Kalten Krieg wurde die Formel geboren, dass jeder eigennützig handelt und den anderen reinlegen will. Die Formel funktionierte, weil sich damals zwei Weltmächte gegenüberstanden, die beide die

Atombombe hatten und die beide einander vollständig vernichten konnten.

Dass jeder Mensch in Märkten gewinnen und nicht verlieren will, ist eine Banalität. Dass man niemandem vorwerfen kann, dass er ein Geschäft machen will, ist trivial. Die Ökonomie hatte eine lange Tradition des selbstsüchtigen Menschen, des „homo oeconomicus“, einer Art virtuellen Doppelgängers, mit dem man sich erklären wollte, wie die Menschen ticken. Das Neue aber war, dass jetzt ausschließlich die egoistische Motivation zählte und dass in ihrem Bilde eine ganze Gesellschaft modelliert werden sollte. Die stillschweigende Übereinkunft, dass Menschen in Wahrheit vielschichtiger, reicher, widersprüchlicher und moralischer waren, als es die Theorie behauptete, verblasste in den fünfziger Jahren und wurde in Teilen der ökonomischen Zunft bald schon vergessen. Es galt jetzt als absolut vernünftig und keinesfalls moralisch fragwürdig, so zu handeln, wie es die Theorie vorschrieb.

Überhaupt spielte Moral aus durchaus verständlichen Ursachen keine große Rolle. Der Grund lag auf der Hand: Es wäre im Kalten Krieg mörderischer Leichtsinn gewesen, an irgendetwas anderes zu denken als an den eigenen Vorteil. Doch was im militärischen Bereich sinnvoll war, ließ sich auf diesen nicht beschränken. Es waren Modelle, die nicht nur auf das Verhältnis zum Gegenspieler zielten, sondern auf das Verhältnis des Menschen zur Welt.

Viele der Wissenschaftler, die in den fünfziger Jahren für die „Rand Corporation“ arbeiteten oder in anderen Funktionen das amerikanische Militär berieten, gehörten der sogenannten „neoklassischen“ Schule an, die während der Konjunktur des Keynesianismus an der Universität Chicago Exil fand und die schon eine ganze Weile lehrte, dass Menschen egoistisch handeln und Märkte Wahrheitsmaschinen sind. Jetzt sahen sie die Chance gekommen, eine reine Behauptung zu einem Naturgesetz zu machen.

Sie fingen an, Formeln und Algorithmen zu schreiben, und die Formeln konnten wieder von Rechnern verstanden werden. Schon das war neu. Lange – anders, als man heute denkt – war es in den Wirtschaftswissenschaften verpönt, menschliches Verhalten in mathematische Modelle zu gießen. Doch wenn man annahm, dass der Mitspieler im Spiel des Lebens – die Sowjetunion oder jeder beliebige Mensch – seinen eigenen Vorteil sucht, konnte man sein Verhalten mathematisch vorhersagen.

Diese oft genialen Wissenschaftler wurden nicht nur Experten für die Automatisierung des Militärs, sondern auch für die Automatisierung von Märkten und die Automatisierung von Menschen in diesen Märkten. Sie waren Pioniere einer Welt, die noch ein halbes Jahrhundert davon entfernt war, dass sich jeder Mensch mit den Computern und Märkten vernetzte.

Aber alle ihre Formeln konnten von Rechnern verstanden und umgesetzt werden. Sie erfanden etwas, was sie die „Spieltheorie“ nannten. Und mit Hilfe dieser Erfindung holten sie jenes Denkmodell in das Spiel unseres Lebens. Einige der Ökonomen, die damals bei Rand dabei waren, erhielten nach Ende des Kalten Krieges den Nobelpreis für Wirtschaft. Er war die Krönung eines gewaltigen Unterfangens, das die Logik des Kalten Kriegs in die Zivilgesellschaft übertrug. Am Ende, im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, war das Ego-Modell tatsächlich zum Naturgesetz geworden.

Die Krise, mit der wir heute zu tun haben, ist keine, in der es nur um Geld, Profit, die Pleite von Lehman oder die Krise Europas geht. Das ist, wenn man so will, noch die einfache Seite des Sachverhalts, die am ehesten der Analyse zugänglich ist. Wer weiß, vielleicht wird sie gelöst und die Menschen gehen wieder zur Tagesordnung über.

Die Informationsökonomie bewertet Gefühle, Vertrauen, soziale Kontakte genauso wie Aktien oder Waren und sie hat, zum ersten Mal in der Geschichte, die technischen Mittel, dies verblüffend perfekt zu tun. Es ist etwas anderes, ob man bei einem Geschäft oder einer Auktion wie selbstverständlich davon ausgeht, dass es für den anderen rational sei, nur an sich zu denken, einen über den Tisch zu ziehen, oder ob das soziale Leben selbst immer mehr zu Geschäft und Auktion wird, eine Welt der Ich-Vermarktung, die glasklaren ökonomischen Regeln folgt. Misstrauen, Unterstellung, Bluffs, Ablenkungsmanöver sind in dieser Welt normativ und sei es nur, um, wie ein oft gehörter Satz lautet, „die Märkte zu beruhigen“.



FRANK RUMPENHORST / DPA

Kurstafel an der Frankfurter Börse

„Die Entfesselung war möglich, weil man am 9. November 1989 nicht gut genug aufgepasst hat.“

Die „Entfesselung“ war möglich, weil man am 9. November 1989 nicht gut genug aufgepasst hat. Es stimmt: Der Kommunismus war zu Ende. Was aber war eigentlich mit jenen westlich-kapitalistischen Theorien, deren Entstehen und deren Weltsicht nur mit der Existenz des Kommunismus zu erklären waren? Wieso kam binnen Kurzem die soziale Marktwirtschaft so sehr durch ein Gesellschaftsmodell unter Druck, das sich „Neoliberalismus“ nannte?

Fixiert auf die kollabierende Maschine des sozialistischen Systems und berauscht vom eigenen Triumph, erkannten viele Beobachter nicht, dass sich in der gleichen Sekunde der Denkapparat des Westens umzubauen begann. Es verschob sich die soziale Verteilung der Intelligenz unter der Schädeldecke – und wie immer, wenn soziale Leistungen verschoben werden, geschah dies durch Geld.

Denn das Ende der unmittelbaren atomaren Bedrohung hatte massive Folgen für die Finanzierung und Karriereplanung von Physikern. Sie konnten nicht mehr blind darauf vertrauen, für ihre Forschungen vom militärisch-wirtschaftlichen Komplex, der sie seit den dreißiger Jahren subventioniert hatte, unterhalten zu werden. Die militärische Wissenschaftsplanung, die die Atombombe, die Spieltheorie, den Computer und die Rand Corporation hervorgebracht hatte, formulierte ihre Prioritäten neu. Umgekehrt hatte die Wall Street zwar Ökonomen, aber keine Physiker, die sich mit der Implementierung mathematischer Modelle in den soeben massenhaft die Welt erobernden Computer auskannten.

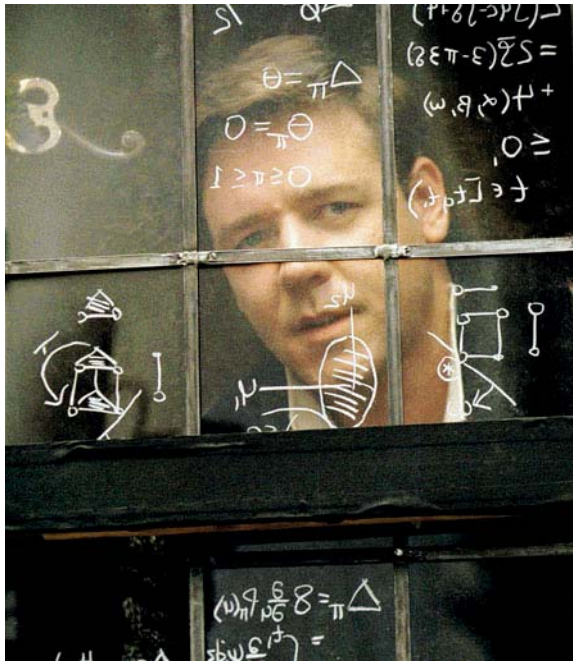
Bei der Jahresversammlung der American Physical Society im Jahre 1996 sprach einer von ihnen, der Physiker Joseph Pimbley, fast nur über das beschädigte Selbstvertrauen seiner

ganzen Berufsgruppe: „Jeder Physiker steht heute vor der Frage, was er mit dem Rest seiner Karriere anfangen will.“ Und er empfahl seinen Kollegen die Wall Street mit ihren neuen Herausforderungen und der guten Bezahlung. „Sollte man sich seinen Job danach aussuchen, wo man am meisten verdient? Bestimmt nicht. Aber in einer Gesellschaft mit freien Märkten ist die finanzielle Kompensation der Ausdruck für den Wert, den eine Gesellschaft diesem Beruf zumisst.“

Anfang der neunziger Jahre begann die große Wanderung. Ältere Physiker verließen die militärischen Forschungsgebiete und heuerten bei Banken oder Fondsmanagern an. Zu Beginn waren diese „Quants“ oder „Raketentechniker“, wie sie in Anspielung an ihre frühere Beschäftigung genannt wurden, nichts anderes als menschliche Computer, sonderbare Figuren, leise verachtet oder verhöhnt von den „echten“ Bankern.

Ihr Sozialverhalten und ihre Kleidung irritierten. Der Physikerverband riet denen, die aus Laboratorien der Unis an die Wall Street wechseln wollten, zu ordentlichen Frisuren und gepflegtem Äußeren, zur chemischen Reinigung, zu Bescheidenheit in der Demonstration der eigenen Intelligenz und dazu, dem Hang des Physikers zur Selbstisolation entgegenzuwirken. Doch was hier geschah, war weit mehr als berufliche Veränderung: Hier wurden Wissenschaftler nicht nur frisiert und neu eingekleidet, hier wurde eine neue Spezies geboren.

„Keinen Menschen interessieren diese Arbeiten“, sagte beispielsweise, fast vorbeugend, der Finanzwissenschaftler Jonathan Berk Mitte der neunziger Jahre. Doch schon wenige Jahre später hatten Physiker die Wirtschaftswissenschaftler in den Abteilungen für quantitative Analysen überrundet. Denn die Lage hatte sich Ende der Neunziger dramatisch verändert. Zwar gab es schon vorher Algorithmen im Trading, aber sie verhielten sich eindimensional, kleine „Einzeller, die nach einem einfachen System von Regeln“ nichts anderes taten als kaufen und verkaufen.



MARC STEFFEN UNGER

Crowe als Spieltheoretiker Nash in „A Beautiful Mind“

„Am Anfang waren die ‚Quants‘ sonderbare Figuren, leise verachtet oder verhöhnt.“

Irgendwie ist uns in Europa entgangen, mit welchen gigantischen Hoffnungen die Wall Street ihre Physiker empfing: als Menschen, die gemeinsam mit den Ökonomen etwas schaffen würden, das der Atombombe gleichkäme. „Ich habe Leute gekannt, die am Manhattan-Projekt mitgearbeitet haben“, zitierte „Newsweek“ einen J.P.-Morgan-Direktor, „und für diejenigen von uns, die auf diesem Trip waren, war es genau das gleiche Gefühl. Als ob man an der Erschaffung von etwas unglaublich Wichtigem beteiligt ist.“ Es war die Verschmelzung von Ökonomie, Physik und Gesellschaftstheorie zu einer neuen Praxis der sozialen Physik.

Nun konnte Nummer 2, der neue „homo oeconomicus“, wie das „bucklicht Männlein“ in jedermanns Küche, jeden Speicher und jeden Keller eindringen. Sein Medium war Elektrizität, die Menschen und Märkte miteinander vernetzte.

Am 6. Mai 2010, der Tag des ersten „Flash Crashs“, verhielten sich die Algorithmen der Wall Street absolut unerwartet und unverständlich. Viel Geld verschwand und tauchte ebenso rätselhaft nach einer halbe Stunde wieder auf. Computer erteilten rätselhafte Handelsaufträge. Im August 2012 verlor Knight Capital innerhalb von einer Dreiviertel Stunde fast eine halbe Milliarde Dollar, ohne dass die Ursachen dafür bis heute irgendwie erkennbar sind – und der mathematische Kollaps traf nicht irgendeine Garagenfirma, sondern ein Unternehmen, das, wie Scott Patterson vom „Wall Street Journal“ klarstellte, an manchen Handelstagen an der Wall Street und der Nasdaq mehr Börsenhandel betrieb als irgendeine andere Firma auf der ganzen Welt.

In allen digitalen Systemen, in denen der ökonomische Agent installiert wird, den wir hier „Nummer 2“ nennen, von Finanzplätzen bis Amazon, ist er davon besessen, Menschen zu überwachen, die Spielzüge der anderen Seite vorauszusehen, zu reproduzieren und oft mit Hilfe von spieltheoretischen Modellen zu beantworten. In den Finanzalgorithmen aber, wo es, wie beim Flash Crash sichtbar wurde, um minimale Gewinnmargen bei gigantischen Umsätzen ging, handelte Nummer 2 nicht mehr im Markt, er war der Markt.

Hätte es sich um ein politisches System gehandelt, könnte man es nur mit einer permanenten Kuba-Krise vergleichen. Schon die kleinsten Bestrafungen, der kleinste Schmerz in den „Verhandlungen“, die geringste Abweichung vom absoluten Selbstinteresse können das Monster entfesseln. Diese „algorithmische Tragödie des Gemeinwohls“, in dem, wie Patterson schrieb, „alle Spieler konsequent nur in ihrem eigenen Interesse handelnd einen systemisch lebensgefährlichen Markt hervorbrachten“, hatte die Welt an den Rand des Systemversagens geführt. Umso eigenartiger, dass wir das, was in den ersten automatisierten Märkten der Welt fast zu einer Katastrophe geführt hat, in unser gesamtes soziales Leben eindringen lassen.

Vieles spricht dafür, dass im Inneren der gegenwärtigen Finanz- und Europakrise ein viel grundlegenderer Konflikt schwelt, in dem es im Kern um die Implementierung der neoklassischen und neoliberalen Ideologie in die Gesellschaften, Mikro-Märkte und sogar in die konstitutionellen Ordnungen des europäischen Westens geht.

Es handelt sich dabei um die Überzeugung, dass jede Regierung – auch die amerikanische – nicht nur weniger weiß als der Markt (der ja nichts anderes als ein großer Computer ist), sondern dass Regierungen den Willen der Mehrheit nicht mehr zum Ausdruck bringen können. Das ist die Geburtsstunde der „marktkonformen Demokratie“. Am Projekt „marktkonforme Demokratie“ wird nach Lage der Dinge bereits in fast allen westlichen Industrienationen gearbeitet.

Philip Bobbitt hat für diese neuen Staaten den Begriff „Informationsmarktstaaten“ geprägt. Der Jurist ist ein einflussreicher politischer Vordenker der USA, einst Mitglied im Sicherheitsrat, Demokrat und alles andere als ein „Big Brother“. Bobbitt hat zwei Jahre nach der Lehman-Pleite etwas gefordert, worauf sich ein finanztechnisch sturmreif geschossenes Europa gerade einstellt.

Die Lehre aus den aktuellen Krisen ist für Bobbitt nicht, dass man den Intelligenzquotienten der Märkte in Frage stellt, sondern umgekehrt: Die Märkte haben die Staaten delegitimiert, weil die Staaten moderne Geld- und Informationsprozesse nicht mehr verstehen. Informationsmarktstaaten haben eine ganz einfache Botschaft: Gebt uns Informationen über das, was ihr denkt, plant oder konsumieren wollt, und wir werden euch neue Chancen für eure Entfaltung und Karriere geben. Zugleich garantiert der moderne Informationsmarktstaat nur noch minimale Wohlfahrtsansprüche.

Zu den größten Alarmzeichen der Krise zählt, dass es im Zeitalter der neuen Rationalität keine rationalen Antworten mehr gibt. Die politischen Akteure sitzen in der Falle. Dass das so war, sagten sie selbst, sagten Medien, Analysten, sah jeder, der die Nachrichten anschaltete.

Schon die Sprache, selbst die Körpersprache der Politiker erinnert seit der Finanzkrise an Eingesperrte. „Fallensprache“ ist eine Sprache, die um hundert Ecken denkt, Fluchten vortäuscht, wo keine sind, und Routine, wo bereits die Panik herrscht. Die Politiker suchen in abgeschotteten Räumen nach „Auswegen“, sie drehen sich im Kreise, verwenden Satzbildungen der Exklusion („Es gibt keine Alternative“), Passivkonstruktionen des Erleidens („Wir werden gezwungen“) und legen sich auf eine einzige Rationalität fest („Scheitert der Euro, scheitert Europa“), die zur Räson aller anderen Käfiginsassen wird.

Der Kalte Krieg ist zurückgekehrt, aber in Gestalt eines Kalten Kriegs, den sich die Gesellschaft selbst erklärt hat: Vor den EU-Gipfeln werden „Landungszonen“ markiert, und zwischen den politisch Alliierten Konflikte scheinbar oder wirklich inszeniert, wo dann einzelne EU-Staaten „Siegesparaden“ per Pressekonferenz abhalten, die von den anderen acht Stunden später zur „Kapitulation“ umgedeutet werden, während gleichzeitig die Reaktion auf die „Märkte“ und auf die eigene Bevölkerung getestet wird, entweder über Hinweise an die Medien, abrupte Drohungen mit Plebisziten oder deren erbitterte Bekämpfung.



PICTURE-ALLIANCE / DPA

Euro-Krisen-Managerin Merkel

„Schon die Sprache, selbst die Körpersprache der Politiker erinnert an Eingesperrte.“

Die Regierungschefs regieren die Länder nur noch partiell; Nummer 2, der weiß, wie man rationale Spiele spielt, drängt sich auch hier hinein. Konsequenterweise empfehlen Investmentbanken ihren Investoren, die gesamte europäische Krisenbewältigungspolitik nicht als Politik, sondern als nicht kooperatives Spiel zu lesen, das man, wenn man es durchschaut, ausbeuten kann. Das heißt: nichts glauben, das Schlimmste und das absolute Eigeninteresse annehmen und dann sehen, wie weit man strategisch kommt.

„Glauben Sie nicht, dass die Sowjetunion uns aus irgendwelchen moralischen Bedenken nicht angreifen wird“, hieß das im Kalten Krieg. „Nur wenn man von dem Schlimmsten ausgeht, findet man eine rationale Strategie, um den Gegner auszutricksen.“ Das war das berühmte Nash-Equilibrium.

„Jedermann“, fasst der Wissenschaftshistoriker Philip Mirowski die Formel zusammen, die unsere Welt regiert, „wird so zu einem kleinen Agenten, und wir alle versuchen uns gegenseitig über den Tisch zu ziehen – und im Nash-Gleichgewicht legen wir die Regeln fest, wie wir das zu tun gedenken.“

Und heute?

„Sie lesen jetzt viel darüber“, schreibt das „Wall Street Journal“, als ginge es nicht um die Eurokrise des Jahres 2012, sondern um gegenseitige Abschreckung, „dass der Euro nicht zerbrechen wird, weil das schlecht für jedermann sein wird – weshalb die Politiker am Ende gemeinsam handeln und vernünftige Entscheidungen treffen werden. Glauben Sie das keinen Augenblick. Ein katastrophales Ergebnis ist ziemlich wahrscheinlich. Die einzige rationale Haltung ist, sich auf das Schlimmste vorzubereiten.“ Und weil die Zeitung von der höheren Weisheit der Märkte überzeugt ist, empfiehlt sie ihren Lesern sogleich den Film „A Beautiful Mind“, den Heldenfilm über den Spieltheoretiker John Nash, der den Egoismus in Formeln brachte, in den DVD-Player zu stecken, um die Eurokrise zu verstehen.

Die Krise, mit der wir heute zu tun haben, ist keine, in der es nur um Geld, Profit, die Pleite von Lehman oder die Krise Europas geht. Das ist, wenn man so will, noch die einfache Seite des Sachverhalts, die am ehesten der Analyse zugänglich ist. Wer weiß, vielleicht wird sie gelöst und die Menschen gehen wieder zur Tagesordnung über.

Der Verlust an Souveränität bedeutet in der Informationsökonomie viel mehr. Ein Irrtum, zu glauben eine Krise die mit Gesetzesbrüchen, Entdemokratisierung und Souveränitätsverlusten gespielt wird, sei nur eine gleichsam „diplomatische“ Angelegenheit von Staaten. Sie ist vielmehr Ausdruck einer neuen Generalideologie „für alles und jedes“, die den Unterschied zwischen Makro- und Mikroökonomie aufhebt und im Begriff ist, die Souveränität und Autonomie des einzelnen Menschen aufzulösen.

„Menschen, die in einer Kultur des verdeckten Spielens aufwachsen, werden horrende psychische Probleme bekommen“, hatte John W. Campbell bereits in den fünfziger Jahren mit Blick auf die neuen Strategiespiele gewarnt. Gemeint war: das Aufwachsen in einer Gesellschaft, in der nichts bedeutet, was es bedeutet. Zu handeln, wie man nicht denkt, und zu denken, was man nicht weiß, produziert enorme Widersprüche, die man, wie bei einer Krankheit, an ihren Symptomen erkennt.

So lange man für den Misserfolg äußere Mächte verantwortlich machen konnte, entstanden aus Enttäuschung regelmäßig Revolten und Revolutionen, in jedem Fall aber Alternativen. Die neue Ökonomie der „Informationsmarktstaaten“ hat es geschafft, die Verantwortung auf das Ich der Menschen abzuwälzen. So haben immer mehr Menschen das Gefühl, ein Leben unterhalb ihrer Möglichkeiten zu leben, während der Apparat zur Durchsetzung seiner Ansprüche behauptet, „wir“ hätten „über unsere Verhältnisse“ gelebt. Das ist nur scheinbar ein ökonomisches Argument. Die Frage „wer“ über seine Verhältnisse gelebt hat, beantwortet es nicht. Es ist ein rein moralisches Argument und es ist auch religiös gemeint: Es funktioniert nicht, weil ihr sündigt. ◆



WERNER SCHUERING / DER SPIEGEL

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Alles ist ökonomisiert“

Autor Frank Schirrmacher über die „Kultur des verdeckten Spiels“ in Wirtschaft und Politik

SPIEGEL: Herr Schirrmacher, wenn dieses Gespräch ein Spiel wäre: Was müssten wir tun, um gegen Sie zu gewinnen?
Schirrmacher: Sie müssten sich als Erstes überlegen, was in diesem Interview mein absolutes egoistisches Eigeninteresse ist. Da ich dieses vor Ihnen zu verbergen suche, dürfen Sie nichts von dem, was ich sage oder tue, als das nehmen, was es zu sein scheint. Alles steht unter dem Vorbehalt der Verstellung, angefangen von der Mimik, die Sie in die Irre leiten soll. Das wäre dann der spieltheoretische Ansatz für unser Gespräch.
SPIEGEL: Die Spieltheorie steht in Ihrem Buch an zentraler Stelle. Wenn man im Lexikon nachschlägt, dann erfährt man, dass es dabei um mathematische Modelle geht, mit deren Hilfe man zu rationalen Entscheidungen in sozialen Konfliktsituationen kommt. Das wirkt nicht besonders bedrohlich.
Schirrmacher: Als reines Modell, das man nicht mit dem Leben verwechselt, ist die Spieltheorie überaus fruchtbar. Es gibt auch kooperative Spiele, auf die man gern verweist, um die Sache zu entschärfen. Gerade ist ein Nobelpreis für die Verteilung von Organen bei Nierentransplantationen vergeben worden. In den Finanzmärkten spielen diese Modelle aber keine Rolle. Und auch dort, wo sie ansonsten funktionieren, entsteht Kooperation fast immer nur aus Angst vor Strafe. An einer durchschnittlichen Touristenattraktion werden Sie vom Kellner eher schlecht behandelt, weil die Wahrscheinlichkeit, dass Sie sich je wiedersehen, bei null ist. In Ihrem Stammlokal sieht das anders aus. Hier gilt: Man begegnet sich zweimal im Leben. Deshalb können sich Mittelständler aus der Realwirtschaft auch nicht das Verhalten von Finanzmarkt-Tycoons leisten.
SPIEGEL: Vielleicht ist die Spieltheorie einfach sehr nah am wirklichen Leben.
Schirrmacher: Es ist ein großer Unterschied, ob Sie sagen, der Mensch ist egoistisch, oder ob Sie behaupten, es ist vernünftig, egoistisch zu sein. Das eine ist deskriptiv, das andere eine Handlungsanweisung. Und das ist es, womit wir heute zu tun haben. Sicher, auch ich will das billigste Flugticket, und wenn es mir eine Online-Auktion verschafft, in der kleine Roboter für mich spieltheoretisch das Beste aushandeln, umso besser. Etwas anderes ist es, wenn diese Modelle in Finanzmärkten aufeinandergehetzt werden und sich gegenseitig auszutricksen versuchen. Und bedrohlich wird es, wenn so soziale Interaktionen modelliert werden.
SPIEGEL: Die Finanzwirtschaft sieht in den Algorithmen, mit denen sie operiert, ein Instrument zum Geldverdienen. Sie sehen darin eine Ideologie. Ist das nicht Feuilleton?
Schirrmacher: Der „ökonomische Imperialismus“, wie das einige Renegaten unter den Ökonomen nennen, hat alle Sozialwissenschaften und unser gesamtes Leben erobert. Alles ist ökonomisiert. In einer solchen Lage zu behaupten, Ökonomie sei eine Angelegenheit für Spezialisten wie beispielsweise die Atomphysik, ist sehr geschickt, denn es ist eine Entmündigung. Tut mir leid, ich kann vielleicht den Motor nicht konstruieren, aber die Betriebsanleitung unserer Gesellschaft würde ich schon gern verstehen.
SPIEGEL: Naomi Klein hat in ihrem Buch „Die Schock-Strategie“ einen Zusammenhang zwischen CIA, Chicago Boys und Wall Street hergestellt. Bei Ihnen nehmen jetzt die Quants, also die Atomphysiker des Kalten Krieges, die Rolle der Agenten des Bösen ein. Klingt ein bisschen nach Verschwörungstheorie.
Schirrmacher: Die Quants sind nicht böse, sie sind nur das technische Personal. Die Frage ist doch umgekehrt: Wer ist eigentlich paranoid? Derjenige, der die Affektmischung von Misstrauen und Verdacht analysiert? Oder diejenigen, die permanent in die Köpfe der Menschen eindringen wollen, um die nächsten Spielzüge vorherzusagen? Da geht es nicht nur um große Politik. Ich erzähle ja, wie heute E-Mails analysiert werden, immer nach der gleichen Mathematik: Was verbirgt der Mensch? Was will er? Und am Ende, so die Analysten, kennen wir den Menschen besser als er sich selbst.

„Man kann in der Euro-Krise sehr gut sehen, wie das Täuschen und Finassieren überhandnimmt.“

SPIEGEL: Am Ende geht es um Interessen, wie wir spätestens seit Karl Marx wissen. Wenn es nicht die CIA ist, die hinter allem steckt, wer dann?
Schirrmacher: Sie werden keine bösen Mächte finden, keinen Darth Vader, der alles in die Wege leitet. Aus der Annahme des rationalen Eigennutzes folgt im digitalen Zeitalter alles andere wie von selbst. Es ist eher ein Denken, das übermächtig geworden ist, weil es auch wahnsinnig bequem ist. Wenn Sie überall Eigennutz am Werke sehen, können Sie nicht nur Hochfrequenz-Handel in Lichtgeschwindigkeit treiben, sondern eine ganze Gesellschaft in Computern simulieren. In der politischen Ökonomie sprechen wir von Neoklassik oder Neoliberalismus, aber ich bin mir nicht sicher, ob diese Begriffe noch taugen. Sie sind für das, was passiert, eigentlich zu harmlos.
SPIEGEL: Sie selber benutzen in Ihrem Buch gern das Wort Monster.
Schirrmacher: Ich habe es mir geborgt, und zwar von den Ökonomen selbst. Sie waren es, Horst Köhler an der Spitze, die es in Umlauf brachten. Ein Nobelpreisträger spricht von den „frankensteinschen Labors“. Autoren des IWF ziehen eine Horrorgeschichte von Faulkner zum Verständnis der Krise heran. Ich nehme die Begrifflichkeit nur ernst und sage: Monster entstehen immer dann, wenn zwischen der Welt des Sozialen und der Natur eine Kluft entstanden ist. In den Worten der Branche: Wir sind in einen Zustand der permanenten Instabilität eingetreten.
SPIEGEL: Der Kapitalismus ist dann aber ein erstaunlich anpassungsfähiges Monster. Bislang hat er sich noch jedes Mal aufgerappelt, trotz aller Krisen und Crashs.
Schirrmacher: Ich bin ja kein Wirtschaftsinformatiker, doch diejenigen, mit denen ich geredet habe, bestätigen mir: Hier ist etwas entfesselt, was wir nicht mehr beherrschen. Wir reden von der Lehman-Krise wie von einer zurückliegenden Naturkatastrophe. Dabei gab es allein seit 2010 drei völlig unerklärliche Vorgänge an den Hochfrequenz-Börsen, von denen man heute annehmen kann, dass sie auf Algorithmen zurückgehen, die spieltheoretisch programmiert sind und nun selbständig agieren. Da ist eine Art rekombinante DNA freigesetzt worden.
SPIEGEL: Machen Sie die Finanzwissenschaften nicht dümmer, als sie sind? Dass der Mensch lange nicht so rational agiert, wie es die mathematischen Modelle annehmen, ist eine Erkenntnis, die heute eine eigene Disziplin beschäftigt.
Schirrmacher: Das höre ich ständig: Das sei doch alles nur ein Modell. Das wird mir auch jetzt entgegnet werden. Nein, im digitalen Zeitalter sind Modelle Leben. Als man den Nachweis führte, dass künstliche Handelsagenten, die den Hochfrequenz-Handel dominieren, von Menschen nicht mehr zu unterscheiden sind, hat man stolz verkündet: Sie haben einen IQ von null, aber dafür die uneingeschränkte Fähigkeit, ihren egoistischen Nutzen zu maximieren. So viel zum Wert der Dummheit. Der elektrische Funke, der das Monster zum Leben erweckt, ist übergesprungen.
SPIEGEL: Sie gehen in Ihrem Buch noch weiter: Frankenstein lebt nicht nur, wir werden alle ein bisschen so wie er.
Schirrmacher: Alle sozialpsychologischen Studien beweisen: Wenn sie eine Ideologie des rationalen Egoismus aufbauen, werden Menschen zu dem, als was man sie beschrieben hat. Ich habe vor kurzem das Buch des Gründers der größten Stellenmarktplattform der Welt gelesen. Wenn ich es richtig verstehe, hält er das Festhalten an der eigenen Identität für einen Karrierenachteil. Ist diese Identität erst mal über die Klinge gesprungen, gibt es natürlich auch keine kontinuierlichen Berufswege mehr, feste Verträge oder auch nur Loyalitäten.
SPIEGEL: Möglicherweise ist der Mensch viel widerspenstiger, als Sie vermuten. Die

meisten verzichten lieber auf Geld, als einen Deal zu akzeptieren, den sie als unfair empfinden, wie die Experimentalpsychologie nachgewiesen hat.

Schirrmacher: Das ist ja genau mein Punkt. Als John Nash in den fünfziger Jahren seine Modelle entwickelte, haben sie das an den Sekretärinnen in der Rand Corporation ausprobiert. Dabei zeigte sich, dass diese Frauen eben nicht egoistisch handelten wie angenommen, sondern rational-altruistisch. Nash ist fast durchgedreht, als er das hörte, und sagte, die Sekretärinnen hätten das Spiel nicht verstanden.

SPIEGEL: Man könnte auch umgekehrt zu dem Schluss kommen, dass man mit den schönen Modellen ziemlich schnell auf Grund läuft, wenn man aus dem Börsensaal in die normale Welt tritt.

Schirrmacher: Sie meinen eine Welt, in der zum Beispiel Banken Facebook-Einträge nach ebendiesen Modellen screenen oder in der, weil das Misstrauen infektiös geworden ist, die kleinste Verabredung mit dicken Verträgen abgesichert werden muss? Die Zeiten dieser „wirklichen Welt" sind vorbei. Die Welten verschmelzen. Man kann in der Euro-Krise sehr gut sehen, wie das Täuschen und Finassieren überhandnimmt. Denken Sie nur daran, wie Wolfgang Schäuble jetzt sagt, die Euro-Krise sei vorüber. Wem sagt er das? Den Märkten? Den Robotern? Können wir ihm glauben? Und an wen ist der Satz gerichtet? An uns, die Bürger, die es zu beruhigen gilt, oder vielmehr an die Märkte, die mit dem Euro spekulieren?

SPIEGEL: Diese Form des Bluffs ist das Prinzip von Diplomatie seit 5000 Jahren.

Schirrmacher: Bei der Diplomatie geht es darum, mit einer anderen Macht zu Rande zu kommen. Hier ist die feindliche Macht plötzlich das eigene Volk. Ein Parlament muss wissen, worüber es entscheidet. Jetzt erleben wir, dass unsere Volksvertreter über die Konsequenzen ihrer Entscheidung oft nicht nur völlig ahnungslos sind, sondern im Entscheidungsprozess auch noch systematisch ausgeschaltet werden. Der Verdacht, dass Wahlen alles durcheinanderbringen können, ist doch ein hochbedenkliches Zeichen.

SPIEGEL: Wenn man sich die Forderungen aus Italien oder Frankreich in der Euro-Krise ansieht, muss man sich möglicherweise wünschen, dass die Bundeskanzlerin etwas von Spieltheorie versteht.

Schirrmacher: Die Physikerin Angela Merkel halte ich für die oberste Spieltheoretikerin im Lande, in dieser Disziplin braucht sie keine Beratung mehr. Angela Merkel regiert in dieser kommunikationsgedopten Moderne durch Schweigen, durch Mimik und angeblich durch Kleidungscodes. Das ist dann wirklich die „Kultur des verdeckten Spiels" als Handlungsmaxime. Es geht in diesem Fall doch nicht um Deutschland versus Italien. Es geht um Europa versus automatisierte Märkte. Es geht, so ungern das auch gehört wird, um das Wesen von Überwachung und Kontrolle in der modernen Gesellschaft. Tun wir nichts, werden wir uns in unserem Leben immer häufiger in der Duellsituation des Kalten Krieges wiederfinden, in der es nur darum geht, wer als Erster die Nerven verliert und wer das bessere Pokerface hat.

SPIEGEL: Zum Schluss Ihres Buchs heißt es: „Vielleicht ist es ganz einfach: nicht mitspielen." Ist es so einfach?

Schirrmacher: „There is an alternative", wäre mein Slogan. Ich glaube, wir haben hier eine europäische Chance, uns gegen das amerikanische Modell der marktkonformen Demokratie abzusetzen. Wir haben gerade in Deutschland eine Tradition kooperativer Modelle, die uns stark gemacht hat und an die wir anknüpfen sollten. Hier ist die Idee der sozialen Marktwirtschaft entstanden. Nicht mitspielen heißt, das Spiel des interessengeleiteten Eigennutzes zu durchkreuzen und stattdessen Transparenz zu schaffen. Transparenz ist das Gegengift zur Welt des Paranoiden.

SPIEGEL: Man müsse wieder das Primat der Politik gegen das Primat des Ökonomischen durchsetzen, heißt es auf der Linken. Dabei hat uns genau dieses Primat der Politik in die Euro-Krise geführt. Es waren schließlich nicht irgendwelche Hedgefonds-Manager, die den Euro ins Leben gerufen haben, sondern wohlmeinende Politiker, die glaubten, dass sich die Dinge anschließend schon von selbst regeln würden.

Schirrmacher: Ich bin weit entfernt davon, ein Idealbild der Politik zu zeichnen. Auch die Lehman-Krise ist natürlich eine Folge politischer Fehler. Wie beruhigt man Leute, die keine realen Lohnsteigerungen mehr zu erwarten haben? Man gibt ihnen billige Kredite. Und dennoch: Politik ist das, was wir wählen, was wir wollen. Die Verantwortung des Einzelnen im digitalen Zeitalter bedeutet, sich dessen bewusst zu werden. In dieser Hinsicht machen die Piraten gewissermaßen stellvertretend für die Gesellschaft gerade ein Echtzeitexperiment.

SPIEGEL: Die Kapitalismuskritik ist in diesen Tagen ein prosperierendes Genre. Wo sehen Sie sich in diesem Feld?

Schirrmacher: Na ja, prosperierend ist eher das Gegenteil: das Missionswerk der schönen neuen Welt, das uns das Blaue vom Himmel verspricht. Es sind doch die Kräfte der Realwirtschaft, der berühmte deutsche Mittelstand, Familienunternehmen, die in Generationen denken, die zu den schärfsten Kritikern dieses Informationskapitalismus zählen. In dieser Welt entscheidet, wie der Philosoph Evgeny Morozov so richtig feststellt, nicht mehr der Besitz über die Produktionsmittel über gesellschaftliche Macht, sondern die Verfügungsgewalt über Algorithmen und Sensoren. Das ist die neue Macht, und dafür haben wir noch völlig unzulässige politische Werkzeuge.

SPIEGEL: Würden Sie es als Beleidigung empfinden, wenn man Sie heute als links bezeichnet?

Schirrmacher: Beleidigung? Darauf käme ich sowieso nicht. Ich finde auch nicht, dass ich mich verändert habe. Ich bin wie wir alle nur Zeuge eines Denkens, das zwangsläufig in die Privatisierung von Gewinnen und die Vergesellschaftung von Schulden führte. Ich war es auch nicht, der die Verstaatlichung von Banken forderte. Das waren Banker.

SPIEGEL: Herr Schirrmacher, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



FOTOCREDIT

Finanzminister Schäuble: *„Die Bürger beruhigen – oder die Märkte?"*



WERNER SCHUERING / DER SPIEGEL

Schirrmacher beim SPIEGEL-Gespräch*
„Wer ist hier paranoid?"

* Mit Redakteur Jan Fleischhauer im Berliner Büro der „Frankfurter Allgemeinen".



Musiker Anhan

TIM WEGNER / DER SPIEGEL

POP

Der Babo von Frankfurt

Der deutsch-türkische Gangsta-Rapper Haftbefehl macht polyglottes Durcheinanderquatschen zur Kunstform.

Der Erneuerer der deutschen Sprache steht vor einem Gebraucht-Handy-Laden im Frankfurter Bahnhofsviertel. Umgeben von seiner Entourage, einem knappen Dutzend junger Männer, die wissen, wie man eindrucksvoll auf dem Bürgersteig herumsteht.

Haftbefehl, mit bürgerlichem Namen Aykut Anhan, bestimmt zwei Meter groß, die Haare kurzgeschoren, war früher einmal Drogendealer und betrieb ein Wettbüro. Heute gilt der 27-Jährige als erfolgreichster Gangsta-Rapper Deutschlands. Er hat einen ganz neuen Ton in den deutschen Rap eingeführt, eine neue Sprache für dieses Genre erfunden und das polyglotte Durcheinanderquatschen zur Kunstform gemacht. Sein neues Album „Blockplatin“ steht derzeit auf Platz vier der deutschen Verkaufscharts.

Es soll in ein Restaurant gehen. Anhan verteilt seine Leute auf die diversen Autos, drückt jemandem einen Geldschein fürs Benzin in die Hand und lässt sich noch schnell mit ein paar Fans fotografieren. Er selbst fährt einen großen Jeep, das Gespräch im Auto dreht sich um den Frankfurter Immobilienmarkt. Auf der Anlage läuft sein neues Album.

„Chabos wissen wer der Babo ist“ heißt der Hit der Platte, ein grandios stumpfes Stück Gangsta-Rap. Chabo ist ein Wort aus der mittelalterlichen Räubersprache Rotwelsch, es bedeutet so etwas wie Bauer auf dem Schachbrett des Lebens. Babo ist türkisch und heißt Boss.

„Hafti Abi ist der der im Lambo und Ferrari sitzt / Saudi Arabi money rich / Wissen wer der Babo ist / Attention mach bloß keine Harakets / Bevor ich komm und dir deine Nase brech’“ – so fängt der Song an, „Haraket“ ist Haftbefehl-Deutsch und bedeutet so viel wie „Faxen“, es kommt von „Hakaret“, das ist türkisch und heißt Beleidigung. Lambo ist der Lamborghini. Verfremdet wird das Ganze noch durch die arabisch klingende Intonation: Das H wird wie Ch ausgesprochen, ein Wort wie „Hafti“, Anhans Spitzname, kommt tief aus der Kehle und klingt wie „Chafti“.

Seit der Schriftsteller Feridun Zaimoglu Mitte der Neunziger seinen Bestseller „Kanak Sprak“ veröffentlichte, hat niemand mehr mit ähnlicher Kraft die Sprache der multikulturellen Unterschicht in Kunst verwandelt wie Haftbefehl. Der Unterschied: Zaimoglu führte Interviews und verwandelte in Literatur, was ihm erzählt wurde. Aykut Anhan erzählt aus seinem eigenen Leben.

Aufgewachsen ist er in Offenbach, auf der anderen Seite des Mains, als Sohn türkischer Eltern. Der Vater nahm sich das Leben, als Anhan 14 Jahre alt war, der Junge begann zu kiffen und bald auch zu dealen. Erst weiche Drogen, dann Kokain. Mit 15 wurde er das erste Mal verurteilt, wegen räuberischer Erpressung. Weitere Delikte folgten, vor allem Körperverletzung, und als ihm eine längere Gefängnisstrafe drohte, floh er nach Istanbul.

Als er 20 war, kam er zurück und entging der Gefängnisstrafe, weil er eine Ausbildung begann. Aber als sein Bruder vor Gericht stand, dealte er wieder, um den Anwalt zu bezahlen.

„Kann ich dem SPIEGEL erzählen, wie viel Drogen ich verkauft habe?“, ruft er seinem Manager zu.

„Lieber nicht, man weiß nie, wer den Artikel lesen wird“, sagt der Manager.

„Okay, sagen wir so: Ich weiß, wovon ich rappe.“

Heute lebt Aykut Anhan mit seinen Brüdern bei seiner Mutter, in einer Kleinstadt bei Darmstadt. Er sagt, dass er bereut, was er getan hat. So ganz genau wird nicht klar, wie viel davon Selbstinszenierung eines Gangsta-Rappers ist.

Von dem Kokain-Geld sei, sagt er, kaum etwas übrig geblieben, „habe ich

SPIEGEL GESCHICHTE



AMERIKA
Wie sich die Kolonien vom Mutterland lossagten

QUEEN VICTORIA
Die flammende Imperialistin

JAMES COOK
Abenteuer in der Südsee

Jetzt im Handel.

www.spiegel-geschichte.de

alles verprasst“. Und was übrig blieb, investierte er in ein Wettbüro in Offenbach, das aber pleiteging. Dann lernte er seinen Manager kennen.

Es ist der gleiche Bildungsroman, den auch die amerikanischen Rapper erzählen: die Rettung des Verlorenen durch die Kunst. Die Einsicht, dass es besser ist, vom Verbrechen zu erzählen, als Verbrecher zu sein. Und sicherer.

Anhan allerdings ist Geschäftsmann geblieben. „Beim Drogenhandel lernt man Kopfrechnen.“ Er hat ein Plattenlabel, Azzlackz, auch so ein Kunstwort, es steht für „asoziale Kanacken“, und er verdient Geld mit HipHop-Klamotten, ganz so wie die amerikanischen Rapper P. Diddy und Jay-Z.

Das hat vielleicht auch damit zu tun, dass die Geld- und Macht-Phantasien des amerikanischen HipHop sich so gut auf Frankfurt am Main übertragen lassen. Nirgendwo prallen die sozialen Widersprüche so unvermittelt aufeinander wie hier, nirgendwo sind Hochfinanz und Verbrechen, koksende Investmentbanker und heroinspritzende Junkies so nah beieinander wie im Schatten der Bankentürme. Nirgendwo lässt sich so gut über dreckiges Geld rappen wie in Frankfurt. „Du siehst die Türme“, sagt Anhan, „du weißt, es geht rauf nach ganz oben, und es geht auch runter, nach ganz unten.“

Seine Stücke leben nicht davon, dass hier jemand der Welt Geschichten zu erzählen hätte. Bei Haftbefehl geht es um Haltung, um Posen, um Macht. Anhan rappt, wie er mit seinen Kumpels redet. Sie sind Kinder von Einwandererfamilien, die alle aus unterschiedlichen Ecken der Welt kommen, jeder bringt Worte von dort mit, es wird gestritten, angegeben, sich übertrumpft. HipHop ist die Kunst von jungen Männern, die viel Zeit zum Reden haben, beim Essen und an der Straßenecke, im Auto oder im Knast.

Längst schon hat diese neue Sprache auch die Schulhöfe der besseren Stadtviertel erobert. Längst schon wird das Deutsche nicht nur durch englische Vokabeln angereichert, sondern mit Wörtern aus dem Arabischen, Türkischen, Kurdischen und Serbokroatischen. Und Haftbefehl bringt dieses kreolische Deutsch nun in die Charts.

Sprache entwickelt sich, sie ist immer auch ein Gradmesser für Integration. Die Frage, ob das Wort „Neger“ aus deutschen Kinderbüchern gestrichen werden soll, wirkt da ein wenig aus der Zeit gefallen.

Tobias Rapp

Video:
So klingt „Haftbefehl“
spiegel.de/app72013rap
oder in der App DER SPIEGEL

AUTOREN

Mensch-Maschine

Er ist der Schriftsteller des Augenblicks und sein neuer Roman eine Parabel auf den Bedeutungsverlust Amerikas. Nebenbei betreibt Dave Eggers ein ganzes Wohltätigkeitsimperium. Wie viel Gutmenschentum verträgt Literatur? *Von Philipp Oehmke*

Er habe diesen Mann, sagt Dave Eggers, schon seit Jahren in seinem Kopf gehabt. Ein guter Amerikaner, mittelalt, Babyboomer-Generation, der irgendwann mal zur gehobenen Mittelschicht gehörte, erst vielleicht Vertreter, später mittleres Management in der Industrie. Er bewohnt ein Haus im Grünen, großes Auto, ein, zwei Kinder. Eggers hatte über diesen Amerikaner jahrelang nachgedacht, ihn sich ausgemalt, Notizen gemacht. Er glaubte nämlich, dass es ihn so nicht mehr gebe in Amerika, bloß noch seine Überreste. Dann fiel Eggers auf, dass der Untergang dieses Typs Mann ein Untergang war, der stellvertretend für den Amerikas stand.

Nach einigen Jahren des Nachdenkens hat Eggers diesen Amerikaner Alan Clay genannt und einen Roman über ihn geschrieben. Natürlich wurde es auch ein Roman über die Misere Amerikas. Er heißt „Ein Hologramm für den König“, in den USA ist er im Sommer erschienen und sofort für den National Book Award nominiert worden, in Deutschland erscheint er nächste Woche*.

Der Niedergang Amerikas mal wieder: Um ihn ging es häufig in den vergangenen Jahren, in den Fernsehserien von „The Wire“ bis „Breaking Bad“, in den Romanen von Jonathan Franzen oder Gary Shteyngart. Eigentlich möchte man sie kaum noch hören, die Geschichten vom „American Decline“, der ja schon dadurch evident ist, dass die Amerikaner noch nicht einmal mehr ihr Super-Bowl-Endspiel ohne Stromausfall hinbekommen.

Andererseits hat Eggers als Schriftsteller in den vergangenen zehn Jahren mit Büchern wie „Weit Gegangen“ oder „Zeitoun“ das genaueste zeitdiagnostische Werk hingelegt, das es über die neuen USA, das Land nach dem 11. September 2001, zu lesen gibt.

„Ich wollte nie einer sein, der sich immer nur beschwert“, sagt Eggers. Er zieht den Fellkragen seiner Cordjacke vor den Mund und hustet hinein. Aber sich mit den Zuständen abfinden? Man könne immer etwas tun, glaubt er. Man müsse es nur machen.

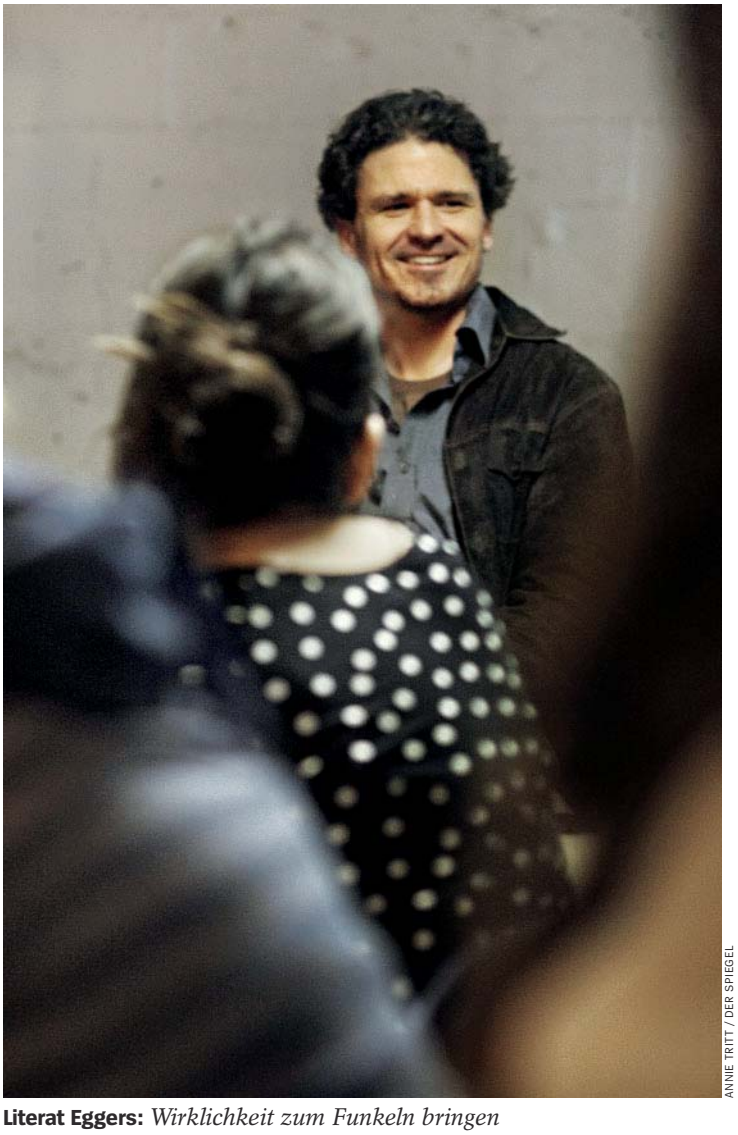
Also macht er und sitzt nun an einem Montagnachmittag Ende Januar mit 20 Schülern, 16- und 18-jährigen Mädchen und Jungen, darunter viele Immigranten, in einem Halbkreis aus Sperrmüllsofas im Keller seiner Wohltätigkeitszentrale im Mission-Viertel von San Francisco. Er ist blass, sein Bart ist schlecht rasiert, er trägt labbrige Lederschuhe, die Hose hat Flecken. Zum ersten Mal seit zwei Wochen habe er heute aus dem Bett aufstehen können, sagt er.

„Es fühlte sich einfach nur an, als würde ich sterben.“ Eggers zieht die Schultern hoch. Er ist erst 42 Jahre alt. Die Ärzte haben nichts gefunden.

Vielleicht hätte ein Blick in Eggers’ Zentrale genügt. Dann hätten sie gesehen, was er hier alles veranstaltet, und hätten ihm einen Erschöpfungszustand bescheinigt.

Eggers wollte heute unbedingt wieder hier sein, krank oder nicht. Er kann seine Klasse nicht hängenlassen. Er unterrichtet sie jeden Montagabend und diskutiert mit den Schülern neuerschienene Kurzgeschichten, Gedichte oder Reportagen. Am Ende des Kurses suchen die Schüler die besten aus, die Eggers dann in der Anthologie „The Best American Nonrequired Reading“ veröffentlicht. Dass Eggers und seine Schüler dabei oft richtigliegen, zeigt ein Blick in den Band von 2012. Darin findet sich eine Reportage von John Jeremiah Sullivan, der kurze Zeit später in den Feuilletons zum derzeit interessantesten Essayisten ausgerufen wurde, oder die Kurzgeschichte „Tenth of December“ von George Saunders, über dessen neuen Erzählband die „New York Times“ sagt, er sei das Beste, was man dieses Jahr zu lesen bekomme.

Eggers ist in den USA so etwas wie ein Starschriftsteller und in San Francisco eh weltberühmt. Er könnte also machen, was andere Schrift-



ANNIE TRITT / DER SPIEGEL

Literat Eggers: *Wirklichkeit zum Funkeln bringen*

* Dave Eggers: „Ein Hologramm für den König“. Aus dem amerikanischen Englisch von Ulrike Wasel und Klaus Timmermann. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln; 352 Seiten; 19,99 Euro.

steller tun, ein Haus an der Küste Maines kaufen, depressiv werden, Vögel beobachten, auf Poolpartys in L. A. gehen.

Stattdessen betreibt er „826 Valencia“ und „849 Valencia“. Benannt nach ihren Straßenadressen sind diese Häuser eine Mischung aus Hipster-, Nachbarschafts- und Wohltätigkeitszentrum. An diesem Montag läuft hier außer Eggers’ Klasse noch die Beratung von ScholarMatch, die Stipendien an Studenten vermittelt. In einem Raum dahinter hat Eggers die Redaktionen seiner Zeitschriften und den Verlag untergebracht: die Literaturzeitschrift „McSweeney’s“ und den gleichnamigen Buchverlag, das Hipsterblatt „The Believer“, das DVD-Magazin „Wolphin“. Und in einem Flachbau auf der anderen Straßenseite, im Hinterzimmer eines Ladens, in dem Eggers allen Ernstes Piratenbedarf (Seile, Haken, Flaschen) verkauft, helfen Tutoren 60 oder 70 Grundschülern bei den Hausaufgaben.

All das wirkt sehr modern und gleichzeitig wie ein Amerika von vor 50 Jahren, als Dinge noch selbst gemacht wurden und jeder jedem half. Eine Zeit, in der es das Wort outsourcen noch nicht gab und Dinge nicht in China gefertigt wurden.

Dieser Wunsch, zurückzukehren in eine Zeit, in der Werte nicht als Kreditausfallversicherungen gehandelt wurden, ist seit einigen Jahren von Williamsburg über San Francisco bis Berlin eines der Hauptthemen der weltweiten Hipster-Bewegungen. Das Gemüse soll vom Bauern vor der Stadt kommen, das Fahrrad zwei Straßen weiter zusammengebaut sein, und wer Hilfe braucht, bekommt sie in der Nachbarschaft.

Darum geht es bei dem Eggers-Imperium. Er führt damit fort, was hier in San Francisco vor 60 Jahren ebenfalls ein paar Schriftsteller, Allen Ginsberg oder Jack Kerouac, begonnen haben, als sie begründeten, was wir heute immer noch Gegenkultur nennen.

Der Mann, den Eggers mit sich im Kopf herumtrug, dieser Alan Clay, der alles verliert und von dem sein neuer Roman erzählt, hat natürlich mit alldem zu tun. Es ist ein Roman geworden über die globalisierte Arbeitswelt, in der die Amerikaner ihre Jobs verlieren, die Hoffnung in Saudi-Arabien liegt und die Chinesen schlauer sind. Es geht um den Verlust des amerikanischen Selbstbewusstseins.

Alan Clay ist 54 Jahre alt, er hat mehr als 20 Jahre für den Fahrradhersteller Schwinn gearbeitet. Irgendwann in den achtziger Jahren beschloss Schwinn unter Clays Mitwirken, seine Räder nicht mehr in Chicago zu bauen, sondern, für einen Bruchteil der Kosten, in China. Die Chinesen lernten rasch, bald stellten sie die Fahrräder selbst her. Schwinn ging pleite. Clay hatte sich, ohne es zu merken, selbst wegrationalisiert.

„Ich habe mit vielen solcher Clays gesprochen“, sagt Eggers, „auf der Strecke gebliebene Geschäftsleute. Mir ihre Geschichte angehört, wie sie reden, denken.“



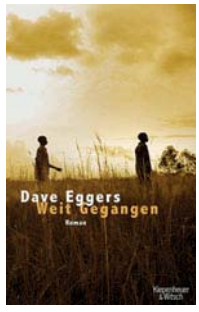
Buchcover, Romanschauplatz King Abdullah Economic City (Computergrafik)





AFP (O.); EVA VERMANDEL / GETTY IMAGES (U.)

Autor Eggers mit Romanvorbild Deng, Buchcover



Einer, mit dem Eggers sprach und dessen Geschichte im Roman am Rande eine Rolle spielt, hat für einen Pittsburgher Glashersteller gearbeitet. Der Glashersteller glaubte, die explosionssicheren Scheiben für das neue World Trade Center in New York liefern zu können, jenen Wolkenkratzer am Ground Zero, der Amerikas Wiederauferstehung feiern soll. Doch überraschend bekam ein unbekannter Konkurrent in Las Vegas den Auftrag. Er konnte die gleichen Scheiben billiger liefern. Na gut, so ist Kapitalismus, hatte der Manager gedacht. Doch die Firma in Las Vegas stellte die Scheiben gar nicht her. Sie hatte einen Subunternehmer: Sanxin Facade, Sitz am südchinesischen Meer. Das Glas für Amerikas größtes Mahnmal kommt aus China.

„Und der Knaller ist“, sagt Eggers, „sie benutzen dafür das Patent der Firma aus Pittsburgh!“ Die Chinesen übrigens, das erfährt man auch in dem Roman, lassen selbst nicht mehr in China produzieren. Sie lagern ihre Arbeit nach Nigeria aus.

Der Pittsburgher Glasmanager zerbricht in Eggers’ Roman an dieser Erfahrung, und auch Clay, die Hauptfigur, erholt sich nicht vom Ende der Chicagoer Fahrradmanufaktur.

Er versucht sich als Berater, aber zuletzt beträgt sein Jahreseinkommen 22 350 Dollar. Seine Ehe ist geschieden, die Tochter geht aufs College, das Clay nicht mehr bezahlen kann. Er versucht, sein Haus zu verkaufen. Helfen tut ihm niemand mehr, er hat kaum noch Freunde, keine Frau.

Eggers hat sich in seinen Geschichten immer für Schmerz und Verlust interessiert. Zunächst ging es nur um seinen eigenen, später hat er seinen Fokus geweitet. In seinem Debütwerk von 2000, „Ein herzzerreißendes Werk von umwerfender Genialität“, einer Art Memoiren, einem preisgekrönten Weltbestseller, berichtet er davon, wie er beide Eltern durch Krebs verliert und 22-jährig seinen 8-jährigen Bruder großziehen muss. In „Weit Gegangen“ (2006) erzählt er die wahre Geschichte des Sudanesen Valentino Achak Deng, der sich zu Fuß in die USA aufmacht. „Zeitoun“ (2009) handelt von dem syrischstämmigen Amerikaner Abdulrahman Zeitoun, der während des Hurrikans in New Orleans zu Unrecht in das Raster der Terrorfahnder gerät. Es waren dokumentarische, journalistische Bücher. Das Buch über



JULIE DERMANSKY / POLARIS

Eggers-Romanvorbild Zeitoun, Buchcover



Clay ist Eggers' erster Roman seit zehn Jahren, doch auch hier zeigt er, dass die Wirklichkeit, wenn man sie findet so wie Eggers, unsere stärkste Erzählung ist.

Der Schriftsteller Pico Iyer verglich Eggers mit Norman Mailer, dem großen literarischen Wirklichkeitsverarbeiter. Auch Truman Capote fiele einem ein. Wirklichkeit als literarischer Stoff ist langweilig, wenn sie ungefähr bleibt. Doch Eggers' Maß an Präzision, sein Blick für Mickrigkeiten macht aus Wirklichkeit Literatur. Mailer und Capote haben das auch so gemacht, doch sie wollten die Wirklichkeit nur zum Funkeln bringen. Eggers will die Wirklichkeit zum Funkeln bringen, damit sie sich ändert.

Clay bekommt eine letzte Chance. Aber er muss dafür nach Saudi-Arabien reisen. Während in den USA Städte wie Baltimore oder Detroit immer weiter herunterkommen, lässt in Saudi-Arabien König Abdullah eine gigantische Stadt am Roten Meer bauen, eine Art Dubai, nur moderner. Clay soll dort im Auftrag eines amerikanischen Telekommunikationsgiganten den König mit einer holografischen Präsentation davon überzeugen, dass der IT-Auftrag an die Amerikaner geht. Natürlich wollen die Chinesen den Auftrag auch. Können die USA sich hier noch einmal durchsetzen?

Aber was heißt hier? Die Stadt, stellt Clay fest, als er ankommt, gibt es gar nicht. Das Versprechen einer neuen Welt, wo die Uhren auf null stehen und ein Gescheiterter noch einmal von vorn beginnen kann – es ist nicht mehr als ein Tor mitten in der Wüste, ein Willkommenscenter aus zwei schwarzen Containern. Niemand ist ansprechbar, niemand zuständig, niemand interessiert sich für die Amerikaner. Ob und wann der König kommt: völlig unklar.

„Uns braucht man nicht alle Tage", dieses Zitat von Samuel Beckett hat Eggers dem Roman vorangestellt. Clay ist derjenige, für den es keine Verwendung mehr gibt. Nutzlos für seine jungen Kollegen, denen er nicht helfen kann, das WLAN zum Laufen zu bringen; nutzlos als Vater für seine Tochter, der er nachts im Hotelzimmer verzweifelte Briefe schreibt; nutzlos auch als Sohn für seinen alten Gewerkschafter-Vater, den er mit seiner Prinzipienlosigkeit enttäuscht hat; nutzlos selbst für seine weiblichen Bekanntschaften, die er in der saudischen Zwischenwelt macht, deren sexuelle Wünsche er nicht erfüllen kann. Also betrinkt sich der Überflüssige in seinem Hilton-Zimmer mit illegalem Alkohol und schneidet sich mit einem stumpfen Messer einen Knoten am Nacken auf, von dem er glaubt, dass er es ist, der ihm die Kraft genommen hat für sein Leben.

Natürlich gibt es dieses saudische Stadtprojekt wirklich. Es heißt King Abdullah Economic City, kurz KAEC, ausgesprochen wie englisch Cake. Der König will dort die Zukunft bauen für die Zeit nach dem Öl, in 30 oder 50 Jahren.

Ein paar Wochen hat Eggers dort verbracht. Er hat wie Clay in einem Hotel in Dschidda gewohnt, ist jeden Morgen 90 Minuten nach KAEC gefahren. Sein Schwager Scott hatte ihm von dieser Stadt erzählt, er hatte dort für einen Kommunikationskonzern zu tun. Es sei lächerlich, erzählte der Schwager, wie dort die Geschäftsleute aus aller Welt tagelang in der Hitze auf den König warteten, der aber fast nie komme. Diese Stadt sollte die letzte Bestimmung für einen wie Clay werden.

Eggers ist in einem knappen Sprachrhythmus eine Untersuchung der Trostlosigkeit moderner Arbeitswelten gelungen, gleichzeitig erzählt er die viel größere Geschichte eines strauchelnden Einzelnen. Nur gelegentlich manövriert Eggers sich in eine Pars-pro-Toto-Hölle – wenn seine Schilderungen sich zu sehr in ihre eigene Parabelhaftigkeit verlieben.

Am folgenden Tag steht Dave Eggers in Downtown San Francisco vor einem riesigen Gebäude aus dem 19. Jahrhundert. Sein Husten ist nicht besser geworden. Downtown ist hier wie in vielen amerikanischen Städten keine gute Gegend, leerstehende Gebäude, billige Pizzaläden, Obdachlose, abends Drogen.

In dem Gebäude, vor dem Eggers steht, hat die Regierung früher Geldmünzen prägen lassen, Jahrzehnte ist das her, heute steht es hauptsächlich leer. Das ist natürlich wieder Eggers' Thema: Die Industrie ist verschwunden, was nun?

Eggers lässt sich von einem Mann von der Stadt die alte Münze zeigen, im Keller gibt es massive Tresorräume. Er hat Erik Katz mitgebracht, er ist einer der Köpfe des „Maker Movement", dieser neuen Hipster-Bewegung von Wollmütze und Bart tragenden jungen Menschen, die Sachen erfinden, sie selbst herstellen und auf der inzwischen berühmten Maker Faire, einer Art Messe, ausstellen.

Eggers hat noch keine genaue Idee, was er mit diesen Örtlichkeiten anfangen will, aber ein sinnvoller Zweck findet sich immer in Eggers' Universum. Vielleicht lässt er Erik und seine „Maker" hier erst mal ihre Erfindungen zeigen, damit sie nicht wie Clay irgendwann in KAEC landen.

Man muss dieses Gutmenschentum nicht mögen. Bret Easton Ellis, der zu einer völlig anderen Zeit, in den achtziger und neunziger Jahren, mit seinen Romanen über Leere, Kokain und exzessive Gewalt das wurde, was Eggers heute ist, nämlich der Schriftsteller einer Hipster-Generation, verbreitete neulich auf Twitter: „Ja, ich bin wütend – oder sagen wir frustriert –, dass was immer David Foster Wallace oder Dave Eggers gemacht haben, all das geschlagen hat, was ich und meine Jungs gemacht haben: einen kalten, morschen, ätzenden Blick auf die Welt, pissed off about everything."

In unsicheren Tagen wie diesen hat jemand wie Ellis mit seinem zynischen Blick auf die Welt literarisch kaum eine Chance mehr gegen die Empathie und den Realismus von Eggers' Werk. Möglicherweise ist das Eggers-Projekt der Weltumarmung heute mutiger als die sinistren Twitter-Nachrichten, die Ellis nachts aus West Hollywood versendet.

Nach dem Rundgang durch die Münze sitzt Eggers noch einen Moment auf einer Bank auf einem Plaza genannten, modern angelegten Platz. Obdachlose fragen nach Zigaretten. Eggers sagt: „Vieles im Kapitalismus ist ein Confidence Game. Wenn du dein Selbstvertrauen verlierst, was uns Amerikanern passiert ist, dann wird es schwer. Die Geschäftsleute, mit denen ich gesprochen habe, sagten: Es war nicht immer die Überlegenheit unseres Produkts. Es ging nur darum, den Anschein zu erwecken."

Eggers' Produkt, wenn man so will – die Schreibkurse, die Hausaufgabenhilfe, das Stipendiumprogramm, seine Zeitschriften, der Verlag und auch die Literatur –, erweckt derzeit den Anschein großer Überlegenheit. ◆

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Ein weißer Ritter“

Der Investor Hans Barlach, 57, über den Eigentümerstreit im Suhrkamp Verlag, seine Forderung nach dem Rücktritt der Verlegerin und den Vorschlag, die Mehrheit einem Dritten zu überlassen

SPIEGEL: Herr Barlach, an diesem Mittwoch soll am Frankfurter Landgericht über die Zukunft der Suhrkamp-Verlagsgruppe entschieden werden. Die Siegfried und Ulla Unseld Familienstiftung hat den Ausschluss Ihrer Medienholding AG beantragt, die Medienholding hat daraufhin Widerklage erhoben auf Ausschluss der Familienstiftung und als letzte Möglichkeit die Auflösung des Unternehmens beantragt. Gibt es eine Chance, dass dieses Urteil noch ausgesetzt wird?
Barlach: Nur dann, wenn die Geschäftsführung ausgewechselt wird.
SPIEGEL: Das wäre Ihre Bedingung?
Barlach: Dann wäre Raum für Gespräche, ja, wir würden dann einer Aussetzung des Prozesses zustimmen. Dann wären wir ein ganzes Stück weiter.
SPIEGEL: Sie könnten der Familienstiftung aber auch Ihre Anteile von 39 Prozent verkaufen. Haben Sie darüber verhandelt? Gab es ein Angebot der Familienstiftung?
Barlach: Das wird immer behauptet, aber wir haben kein konkretes Angebot erhalten – wenn man von einem kürzlich vorgelegten juristischen Schriftsatz absieht, in dem uns im Rahmen des Antrags auf Ausschluss eine Bewertung der Familienstiftung zur Kenntnis gebracht wurde. So etwas ist aber kein Angebot.
SPIEGEL: Warum nicht?
Barlach: Wenn Sie bei einem Richter einen Antrag auf Ausschluss stellen und vorschlagen, die andere Seite für eine einstellige Millionensumme auszuschließen, dann ist das für mich kein Angebot.
SPIEGEL: Wie viel wollen Sie haben für Ihre Anteile?
Barlach: Wir haben der Familienstiftung vor Monaten ein Angebot für ihre 61 Prozent gemacht. Unsere Basis ist ein Unternehmenswert von 75 Millionen Euro.
SPIEGEL: Das würde bedeuten, dass Ihre Anteile rund 30 Millionen wert sind, was ja fast dem Jahresumsatz entspricht. Viel Geld. Trotzdem halten Sie das Unternehmen für schlecht geführt.
Barlach: Ich bin überzeugt davon, dass man es besser führen kann. Wir haben hier einen Verlag, wo der Mehrheits-

Das Gespräch führten die Redakteure Thomas Tuma und Claudia Voigt.



VALESKA ACHENBACH / DER SPIEGEL

Suhrkamp-Gesellschafter Barlach: *„Dieser Verlag gehört in gute Hände“*

gesellschafter seit fast zehn Jahren die Geschäfte führt. Die Geschäftsführung wurde in der Gesellschafterversammlung vom 17. November 2011 abberufen. Ein Urteil des Landgerichts Berlin hat das bestätigt. Dass es über die Frage, welche Rendite ein Verlag wie Suhrkamp erzielen kann, eine öffentliche Diskussion gibt, finde ich erstaunlich. Frau Unseld-Berkéwicz hat in der „Zeit“ öffentlich erklärt, dass zwei bis vier Prozent Umsatzrendite im Normalfall möglich sind. Die Holtzbrinck-Gruppe hat in ihren Buchverlagen Umsatzrenditen von bis zu zehn Prozent. Ich weiß nicht, wieso das bei Suhrkamp nicht möglich sein soll.

SPIEGEL: Wir kennen andere Zahlen. Mehr als fünf Prozent sollen sogar bei Holtzbrinck kaum möglich sein. Die Verlage schwächeln fast alle. Gehört es nicht fast zum Gencode von Suhrkamp, dass keine verlässlichen Renditen erzielt werden?

Barlach: Wie kommen Sie darauf? Unter Siegfried Unseld wurden verlässliche Renditen erzielt.

SPIEGEL: Der Verlag fördert seine Autoren über Jahre hinweg, unabhängig von den Verkaufserfolgen. Das kostet Geld. Vielleicht war Suhrkamp einfach eine falsche Investition für Sie?

Barlach: Noch mal: Wie kommen Sie darauf? Suhrkamp unterliegt den gleichen Gesetzen wie andere Verlage, und hat sogar eine berühmte Backlist, die einen erheblichen Teil des Umsatzes ausmacht. Das würde sich jeder andere belletristische Verlag wünschen. Suhrkamp hat einen stabilen Umsatz und läuft so weit praktisch von allein.

SPIEGEL: Haben Sie bei Suhrkamp möglicherweise nur wegen der Backlist investiert? Zur Suhrkamp-Kultur gehört es eben auch, Bücher mit kleinen Auflagen mit sehr großem Aufwand zu lektorieren und zu produzieren. Gerade das war immer Teil des Markenkerns.

Barlach: Warum kämpfen Sie gegen betriebswirtschaftliche Vernunft? Ich gebe Ihnen mal eine Benchmark: In vergleichbaren Verlagen beträgt der Kopf-Euro-Umsatz 500 000 Euro. Wenn man diese Benchmark auf die Zahl der Suhrkamp-Mitarbeiter anwendet, müsste das einen höheren Umsatz ergeben. Ich will nicht immer sagen, schaut euch andere Verlage an, aber Sie sagen billigend: Suhrkamp darf kein Geld verdienen, das ist sein Image. Da stimme ich Ihnen nicht zu. Es geht um die Zukunftsfähigkeit dieses Verlages, ohne Gewinne können Sie die von Ihnen zu Recht gelobte, gute Arbeit nicht leisten.

SPIEGEL: Die Frage ist, warum Sie als Investor zu einem so komplizierten Verlag gekommen sind? Es gibt Branchen, in denen man leichter Geld verdienen kann.

Barlach: Ich habe die Suhrkamp-Anteile erworben, weil dieser Verlag einzigartig ist und dort hervorragende Autoren und Lektoren arbeiten. Dass nun erzählt wird, der Barlach sei so einer, der keine Mischkalkulationen kenne und nur kommerzielle Erfolge wolle, ärgert mich. Ich habe 20 Jahre lang Galerien für moderne Kunst betrieben, ich habe mich mit bekannten und unbekannten Kreativen auseinandergesetzt und sie gefördert.



MARKUS C. HUREK / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Suhrkamp-Gesellschafterin Unseld-Berkéwicz: *„Solidaritätsadressen eingefordert“*

SPIEGEL: Trotzdem bleibt die Frage, ob es sinnvoll ist, aus Suhrkamp einen nach Konzernvorbild funktionierenden Verlag zu machen. Warum kämpfen Sie sich da so fest?

Barlach: Dieser Verlag ist ein mittelständisches Unternehmen, und er funktioniert auch so: Er hat Erfolgsautoren und weniger bekannte Autoren, er hat Lektoren …

SPIEGEL: … aber er hat zu viele Angestellte, wenn es nach Ihnen geht.

Barlach: Habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, dass es eine Benchmark in der Branche gibt. Aber wenn Sie fragen, warum arbeite ich mich an diesem Verlag ab, dann lautet meine Antwort: um den Verlag zu retten. Sehen Sie: 2009 gab es von Frau Unseld-Berkéwicz den Wunsch, nach Berlin umzuziehen, der Verlag sollte eine bessere Rendite erwirtschaften und in Berlin frisch anfangen. Die Verlagsstruktur muss an die Gegenwart angepasst werden.

SPIEGEL: Wir fragen uns nur, ob Sie es nicht viel leichter hätten, ihre zehn Prozent Rendite anderswo zu machen.

Barlach: Sie reduzieren mich und schauen zu einseitig auf die Medienholding AG als Mitgesellschafter. Ich zitiere den Willen Siegfried Unselds aus der Satzung der Familienstiftung: „Zielsetzung“ sei es, „die Kontinuität, den Ruf und den literarischen Anspruch der Suhrkamp/Insel-Gruppe zu wahren, zu fördern und ungeschmälert zu erhalten, die Bildung von Rücklagen für etwaige Kapitalerhöhungen (Kapitalbedarf) bei den Beteiligungsgesellschaften …“ Wenn der Verlag also keine Renditen erzielt, ist es der Stiftung nur auf Zeit möglich, den Verlag zu unterstützen. Gleiches gilt für die Medienholding AG. Ich habe in diesem Zusammenhang nichts anderes gesagt, als dass so ein Verlag einen Renditekorridor von mittelfristig 5 bis 15 Prozent haben muss, um zukunftsfähig zu sein.

SPIEGEL: Bei Ihren früheren Geschäften, bei der „Hamburger Morgenpost“, bei „TV Today“, haben sie offensichtlich einen Plan verfolgt. Bei Suhrkamp aber, und das müssen Sie doch gewusst haben, gibt es viele Empfindlichkeiten. Da stehen Sie auf einer Bühne, und die halbe Nation schaut zu.

Barlach: Ich habe nie erklärt, die intellektuelle Führung im Verlag übernehmen zu wollen. Das heißt aber nicht, dass man ständig die glorreiche Vegangenheit beschwört und einer nüchternen Analyse der Gegenwart ausweicht.

SPIEGEL: Sprechen wir mal über das mittelständische Unternehmen Suhrkamp. Was müsste, ganz nüchtern, passieren, dass eine höhere Rendite ausgeschüttet wird und das Unternehmen auf gesunden Beinen steht?

Barlach: Da müsste ich Ihnen ein Organigramm vorlegen, wie der Verlag aufgebaut ist, und Bilanzen zeigen, das darf ich nicht.

SPIEGEL: Müssen Stellen abgebaut werden?

Barlach: Das habe ich nicht gesagt!

SPIEGEL: Sie deuten es an.

Barlach: Man weiß doch, wie ein Verlag funktioniert, niemand ist so dumm, auch ich nicht, und will sich von Autoren und



ISOLDE OHLBAUM

Verleger Unseld (2. v. l.) 1992: *„Noch verlässliche Renditen“*

Lektoren, dem Herzstück des Verlages, trennen. Aber es gibt natürlich Bereiche im Unternehmen, die man anders organisieren kann.

SPIEGEL: Sie sind als Investor bei anderen Projekten mit Gewinn ausgestiegen. Wird das bei Suhrkamp anders sein?

Barlach: Eingestiegen, ausgestiegen. An Ausstieg denke ich noch nicht. Es gab nur ein sehr kurzfristiges Geschäft, bei „TV Today“ war ich nur zwei oder drei Jahre lang engagiert. Alle anderen Projekte hatten Zeiteinheiten von sechs bis acht Jahren. Bei Suhrkamp bin ich auch schon im siebten Jahr. Ich kann mir gut vorstellen, dass, wenn dieser Verlag eine ordentliche Geschäftsführung hätte, die Dividenden aus dem Verlag auch noch meine Kinder erfreuen.

SPIEGEL: Wie sind Sie und der Suhrkamp Verlag eigentlich zusammengekommen?

Barlach: Ich stamme aus einem Künstlerhaushalt, ich habe 30 Jahre lang das Copyright meines Großvaters Ernst Barlach vertreten, dazu gehörte auch ein umfangreiches schriftstellerisches Werk, Dramen, Prosa, Briefe. Ich war Mitte der neunziger Jahre Kleist-Preis-Stifter, ich habe in dieser Zeit jedes Jahr die Stipendiaten der Villa Massimo nach Hamburg eingeladen. Ich habe durchaus eine Affinität zur Literatur. 2006 bin ich von dem Hamburger Geschäftsmann Claus Grossner angesprochen worden, ob ich Interesse hätte, mich an Suhrkamp zu beteiligen. Wir haben Siegfried Unselds Sohn Joachim in Hamburg getroffen, weil der Schweizer Unternehmer Andreas Reinhart seine Beteiligung an Suhrkamp verkaufen wollte. Er hatte die Beteiligung von seinem Vater übernommen, und wollte aus diesem Engagement raus, weil es ihn sehr geärgert hat, wie man mit ihm umgegangen ist. Ich fand dieses Thema spannend, weil mir Suhrkamp natürlich ein Begriff war.

SPIEGEL: Sie sollen sich heute mit Andreas Reinhart in der Schweiz vor Gericht streiten, weil Sie ihm angeblich noch Geld schulden für die Suhrkamp-Anteile.

Barlach: Wir führen einen Prozess, es geht um Gewährleistungen. Mehr möchte ich nicht sagen.

SPIEGEL: Was hat den Ausschlag gegeben, dass Sie sich zum Kauf der Suhrkamp-Anteile entschieden haben?

Barlach: Die Lust, sich mit Literatur auseinanderzusetzen. Und die ganzen Eckwerte schienen eine Herausforderung zu sein. Ich bin nicht davon ausgegangen, dass ich mich in einen riesigen Streit einkaufe.

SPIEGEL: Würden Sie heute noch mal investieren?

Barlach: Nein. Diese Form von Streit ist unkreativ. Was wir hier aufführen, das ist eine Auseinandersetzung, die für den Verlag untragbar ist und die ich auch nie wollte.

SPIEGEL: 2009, als der Verlag nach Berlin umzog, schien eine Annäherung möglich.

Barlach: Im November schlossen wir eine Gesellschaftervereinbarung. Ich hatte die Hoffnung, von nun an würde es besser laufen. Doch die zwischen den Gesellschaftern geschlossenen Verträge wurden, anders als Frau Unseld-Berkéwicz in der „Zeit“ behauptet, bis heute weitgehend nicht erfüllt.

SPIEGEL: Was hat Ihnen Suhrkamp in den Jahren gebracht?

Barlach: Viel Ärger und hohe Kosten. Frau Unseld-Berkéwicz sagt ja, ich hätte Millionen aus dem Verlag abgezogen, ich kann Ihnen versichern, das ist nicht der Fall. Es gab eine Ausschüttung in 2010, da sind wir mit unseren 39 Prozent im unteren sechsstelligen Bereich bedient worden und die Familienstiftung mit ihren 61 Prozent mit einer entsprechend höheren Summe.

SPIEGEL: In den vergangenen Jahren sind das Suhrkamp-Archiv und das Frankfurter Verlagshaus verkauft worden. Haben Sie davon etwas bekommen?

Barlach: Wie gesagt, einen sechsstelligen Betrag im unteren Bereich, das allermeiste ist bislang im Verlag verblieben.

SPIEGEL: Muss es nicht auch Ihr Interesse sein, eine gerichtliche Entscheidung am 13. Februar zu verhindern? Gut möglich, dass Sie dann draufzahlen müssten.

Barlach: Meines Erachtens schürt die Familienstiftung durch ihre Anwälte die zum Teil geradezu abschätzige Berichterstattung über die mit der Auseinandersetzung befassten deutschen Gerichte. Die in Interviews geäußerten Beurteilungen halte ich für völlig unangemessen. Die Gerichte sind sich ganz offenbar der Tragweite ihrer Entscheidungen bewusst. In der Öffentlichkeit sollte nicht der Eindruck entstehen, Suhrkamp beanspruche eine Instanz oberhalb des Rechts.

SPIEGEL: Nicht wenige Suhrkamp-Autoren haben erklärt, dass sie gehen wollen, wenn Ihnen der Verlag zufällt. Sind Sie eigentlich diesen Autoren jemals begegnet?

Barlach: Herrn Handke bin ich noch nie begegnet, Rainald Goetz saß mal in einem Gerichtssaal und hat laut dazwischengerufen.

SPIEGEL: Haben sie je überlegt, auf die Autoren zuzugehen?

Barlach: Das macht man nicht. Es ist Sache der Geschäftsführung, die Kontakte zu den Autoren zu pflegen, mit ihnen zu arbeiten.

SPIEGEL: Ist das finanzielle Risiko nicht auch aus Ihrer Sicht zu groß, wenn es am Mittwoch zu dem Gerichtstermin kommt?

Barlach: Für uns sind diese Prozesse reine Notwehr. Wenn Sie sich gegen diese Klagen nicht wehren, lassen Sie ja durch Nichtstun alles endgültig werden. Der Prozess geht zurück auf die Ausschlussklage der Familienstiftung.

SPIEGEL: Sehen Sie irgendeine Lösung?

Barlach: Wir könnten uns auch vorstellen, dass die Familienstiftung ihre Mehrheit abgibt und dass auch wir unsere Anteile so weit abgeben, um einem Dritten, einem sogenannten weißen Ritter, die Mehrheit zu verschaffen. Sagen wir es so: Dieser Verlag gehört in gute Hände.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Barlach: Der Suhrkamp Verlag ist in der Tat eine bedeutende literarische Institution der Bundesrepublik. Es ist deshalb ein Unding, was hier passiert. Da nehme ich uns nicht aus.

SPIEGEL: Ziemlich spät für Selbstkritik.

Barlach: Durch unseren Streit wird der Verlag beispiellos destabilisiert. Frau Unseld-Berkéwicz sagt: Es geht uns prächtig. Barlach sagt: Ich mache mir Sorgen. Die

Autoren reden zum Amüsement des Feuilletons über die Gesellschafter. Und jetzt geht es sogar so weit, dass die Lektoren bei den Autoren Solidaritätsadressen für Frau Unseld-Berkéwicz einfordern und über die Presseabteilung verbreiten. Das ist leider unglaublich. So ein Verlag gehört wirklich in gute Hände.

SPIEGEL: Wer könnte so ein weißer Ritter sein?

Barlach: Das weiß ich nicht.

SPIEGEL: Vielleicht doch Sie selbst?

Barlach: In der jetzigen Situation ist eine Antwort darauf verfrüht.

SPIEGEL: Haben Sie den Verlag sturmreif geredet?

Barlach: Es wurde ja schon anlässlich unseres Anteilerwerbs im Jahr 2006 in Ihrem Magazin die Aussage von Frau Unseld-Berkéwicz zitiert: „Die Festung Suhrkamp ist uneinnehmbar." Es ist heute durchaus eine Lage entstanden, die die jetzige Struktur deutlich verändern kann.

SPIEGEL: Womit rechnen Sie für kommenden Mittwoch?

Barlach: Es kann sein, dass der Richter Dr. Höhne zu dem Verkündungstermin ein Urteil fällt, in dem er die gegenseitigen Ausschließungsklagen insgesamt ablehnt. Es kann sein, dass Dr. Höhne sagt, wir schließen die Medienholding aus. Es kann sein, dass er sagt, wir schließen die Familienstiftung aus. Und es kann sein, dass er sagt: Weil ihr völlig zerrüttet seid, löse ich die Kommanditgesellschaften auf. Es kann aber auch sein, dass Herr Dr. Höhne einen Termin zu einer neuen mündlichen Verhandlung anberaumt oder nur juristische Hinweise gibt. Im Zweifel war die Familienstiftung seit langem schlecht beraten. Unsere Erfolge mit den bisherigen Urteilen gegen die Familienstiftung könnten darauf hinweisen, dass all diese Tricks und juristischen Schikanen der Familienstiftung auf die Füße fallen könnten.

SPIEGEL: Sie sind entschlossen, das durchzuziehen? Das ist doch Irrsinn.

Barlach: Ich bin mir meiner Verantwortung durchaus bewusst. Lassen Sie mich etwas an die Adresse der Autoren und Mitarbeiter sagen, insbesondere an die Autoren, die den Aufruf „Eigentum verpflichtet!" unterschrieben haben: Ich habe Ihre Sorgen verstanden und kann Ihnen versichern, dass ich alles dafür tun werde, damit die gerichtlichen Auseinandersetzungen, die uns als Mitgesellschafter aufgezwungen wurden, am Ende nicht den Fortbestand des Verlages gefährden.

SPIEGEL: Die Autoren werden Ihre Aussagen zynisch finden und sich davon kaum beruhigen lassen.

Barlach: Ich habe Vertrauen, dass die Autoren das richtig verstehen.

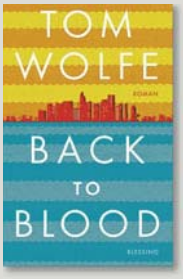
SPIEGEL: Herr Barlach, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport"; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

1	(1)	**Timur Vermes**	Er ist wieder da Eichborn; 19,33 Euro
2	(2)	**Jussi Adler-Olsen**	Das Washington-Dekret dtv; 19,90 Euro
3	(3)	**Paulo Coelho**	Die Schriften von Accra Diogenes; 17,90 Euro
4	(4)	**Anne Gesthuysen**	Wir sind doch Schwestern Kiepenheuer & Witsch; 19,99 Euro
5	(11)	**John Green**	Das Schicksal ist ein mieser Verräter Hanser; 16,90 Euro
6	(13)	**Kate Morton**	Die verlorenen Spuren Diana; 22,99 Euro
7	(–)	**Tom Wolfe**	Back to Blood Blessing; 24,99 Euro



Schrilles Gesellschaftsporträt der protzigneureichen Glitzerwelt von Miami

8	(9)	**Nele Neuhaus**	Böser Wolf Ullstein; 19,99 Euro
9	(5)	**Ally Condie**	Cassia & Ky – Die Ankunft FJB; 16,99 Euro
10	(6)	**Justin Cronin**	Die Zwölf Goldmann; 22,99 Euro
11	(8)	**Camilla Läckberg**	Der Leuchtturmwärter List; 19,99 Euro
12	(7)	**Ken Follett**	Winter der Welt Bastei Lübbe; 29,99 Euro
13	(10)	**Charlotte Link**	Im Tal des Fuchses Blanvalet; 22,99 Euro
14	(16)	**Carlos Ruiz Zafón**	Der Gefangene des Himmels S. Fischer; 22,99 Euro
15	(12)	**Jussi Adler-Olsen**	Verachtung dtv; 19,90 Euro
16	(17)	**David Safier**	Muh! Kindler; 16,95 Euro
17	(18)	**Suzanne Collins**	Die Tribute von Panem – Gefährliche Liebe Oetinger; 17,95 Euro
18	(15)	**Tommy Jaud**	Überman Scherz; 16,99 Euro
19	(19)	**Suzanne Collins**	Die Tribute von Panem – Flammender Zorn Oetinger; 18,95 Euro
20	(20)	**Rachel Joyce**	Die unwahrscheinliche Pilgerreise des Harold Fry Krüger; 18,99 Euro

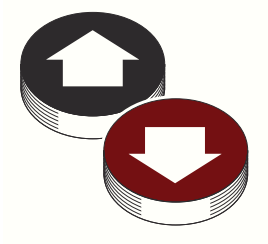
Sachbücher

1	(1)	**Florian Illies**	1913 – Der Sommer des Jahrhunderts S. Fischer; 19,99 Euro
2	(2)	**Rolf Dobelli**	Die Kunst des klaren Denkens Hanser; 14,90 Euro
3	(4)	**Rolf Dobelli**	Die Kunst des klugen Handelns Hanser; 14,90 Euro
4	(20)	**David Sieveking**	Vergiss mein nicht Herder; 17,99 Euro
5	(3)	**Pola Kinski**	Kindermund Insel; 19,95 Euro
6	(5)	**Manfred Lütz**	Bluff! – Die Fälschung der Welt Droemer; 16,99 Euro
7	(6)	**Jost Kaiser**	Als Helmut Schmidt einmal … Heyne; 10 Euro
8	(9)	**Peter Scholl-Latour**	Die Welt aus den Fugen Propyläen; 24,99 Euro
9	(10)	**Manfred Spitzer**	Digitale Demenz Droemer; 19,99 Euro
10	(7)	**Philippe Pozzo di Borgo**	Ziemlich beste Freunde Hanser Berlin; 14,90 Euro
11	(8)	**Claus Kleber / Cleo Paskal**	Spielball Erde C. Bertelsmann; 19,99 Euro
12	(12)	**Daniel Kahneman**	Schnelles Denken, langsames Denken Siedler; 26,99 Euro
13	(11)	**Martina Rosenberg**	Mutter, wann stirbst du endlich? Blanvalet; 19,99 Euro
14	(–)	**Gerald Hüther / Uli Hauser**	Jedes Kind ist hoch begabt Knaus; 19,99 Euro
15	(13)	**Heinz Buschkowsky**	Neukölln ist überall Ullstein; 19,99 Euro
16	(15)	**Michael J. Sandel**	Was man für Geld nicht kaufen kann Ullstein; 19,99 Euro
17	(14)	**Helmut Schmidt / Giovanni di Lorenzo**	Verstehen Sie das, Herr Schmidt? Kiepenheuer & Witsch; 16,99 Euro
18	(–)	**Wilhelm Schmid**	Unglücklich sein – Eine Ermutigung Insel; 8 Euro



Genug des Positiven: kluges Handbuch zum Verstehen des Unvermeidlichen

19	(17)	**Benedikt XVI.**	Jesus von Nazareth – Prolog – Die Kindheitsgeschichten Herder; 20 Euro
20	(–)	**Michio Kaku**	Die Physik der Zukunft Rowohlt; 24,95 Euro



Passt das Leben in einen Film?

KINOKRITIK: Regisseur Oskar Roehler hat mit „Quellen des Lebens“ ein Monumentalwerk über sich selbst gedreht.

Die verfilmte Biografie ist ein tückisches Genre. Das Leben neigt dazu, unübersichtlich und chaotisch zu sein und sich dramatischen Strukturen zu widersetzen. Wer seine Autobiografie verfilmt, wie jetzt der Regisseur Oskar Roehler, hat noch ein weit größeres Problem: Jeder Schnitt geht ins eigene Fleisch.

Roehler, 54, Regisseur von Filmen wie „Die Unberührbare“ und „Agnes und seine Brüder“ hat ein monumentales Epos über sich selbst gedreht: „Quellen des Lebens“. Der fast drei Stunden lange Film durchmisst rund 30 Jahre bundesrepublikanischer Geschichte, von 1949 bis in die späten Siebziger. Roehler macht daraus eine Familiensaga und eine Sozialsatire.

„Quellen des Lebens“ beruht auf Roehlers autobiografischem Roman „Herkunft“ (SPIEGEL 38/2011). Man konnte ihn auch lesen als Abrechnung mit der Generation seiner Eltern, den 68ern. Seine Mutter, die Schriftstellerin Gisela Elsner, beschreibt er im Roman als pathologisch egoman. Sein Vater Klaus Roehler, auch er Literat, erscheint als larmoyanter Weiberheld.

Im Film reckt sich dem Zuschauer gleich in den ersten Sekunden ein nackter Arsch entgegen: Es ist der des Großvaters Erich (Jürgen Vogel), der gerade aus dem Krieg heimgekehrt ist und an Ruhr leidet. Seine Kinder erkennen ihn kaum wieder, seine Frau (Meret Becker) hat inzwischen eine Affäre mit seiner Schwester (Sonja Kirchberger).

Roehler also nimmt einen langen Anlauf, um zu sich selbst zu kommen, der Film setzt genau zehn Jahre vor seiner Geburt ein. Doch schon in einer der ersten Szenen mischt sich der Regisseur im Kostüm einer Trümmerfrau unter seine Statisten: Vertut euch nicht, ich bin schon mitten in der Geschichte drin, scheint er dem Zuschauer zu sagen.

„Quellen des Lebens“ erzählt, wie Großvater Erich im Unterfränkischen mit dem Verkauf von Gartenzwergen zu Wohlstand kommt und wie sich dessen Sohn Klaus (als Jugendlicher von Kostja Ullmann und als Erwachsener von Moritz Bleibtreu gespielt) in die Millionärstochter Gisela verliebt, die seine literarischen Ambitionen teilt.

Tatsächlich ist dieser Teil des Films am besten gelungen, möglicherweise auch deshalb, weil Roehler hier noch nichts Selbsterlebtes in die Quere kommen konnte. Er erfindet eine provinzielle Idylle, die Geborgenheit bietet und zugleich zur Rebellion herausfordert. Wenn Klaus und Gisela das erste Mal Sex haben, wackeln die Gartenzwerge im Regal.





X VERLEIH (O.); KAI NEDDEN / LAIF (U.)

„Quellen des Lebens“-Szene, Regisseur Roehler

Neugierig bestaunt der Film die junge Gisela, flirrend kapriziös von Lavinia Wilson gespielt, ein nervtötend sprunghaftes und doch betörendes Wesen. Eine fröhliche Anarchie geht von ihr aus, ihr Übermut, dem Wirtschaftswunderland ganz ungehörig auf der Nase herumtanzen zu wollen, ist ansteckend.

Mit der Geburt des Sohnes von Gisela und Klaus, also Roehlers Geburt, kommt ein Bruch in den Film. Der Zuschauer sieht als erstes Bild der neuen Familie, wie das Baby mit vollgeschissener Windel auf eine Tür zukrabbelt, hinter der eine Schreibmaschine klappert. Weil Gisela in Ruhe schreiben will, hat sie das Kind ausgesperrt. Es ist der Anfang eines Pandämoniums.

Roehler inszeniert fortan die Chronik einer schrecklichen Kindheit, Szene um Szene zeigt er, wie lieb- und gewissenlos die Eltern sind, wie der Junge vernachlässigt und gequält wird. Es hat etwas Manisches. Irgendwann fragt man sich: Wenn Roehler unbedingt mit seinen Eltern abrechnen will, warum zieht er dann das Kinopublikum mit rein?

Der Film verliert an Tempo, geht in die Breite, mal ist der Junge, im Film Robert genannt, bei den einen Großeltern, mal bei den anderen. Roehler entwickelt einen fatalen Hang zur Vollständigkeit und verirrt sich dabei auf seinem eigenen verschlungenen Lebensweg. Er erzählt immer mehr über sich und immer weniger über die Zeit.

Einige der Figuren überzeichnet Roehler hysterisch-karikaturhaft, andere verklärt er völlig. Die Klischees, mit denen er jonglieren will, fallen ihm auf die Füße. Wenn Schoßhündchen als Sinnbilder großbürgerlicher Spießigkeit herhalten müssen, wirkt die Satire zahnlos. Die Sicht des Films auf Westdeutschland ist bisweilen etwas schlicht.

Im letzten Drittel des Films, in dem Robert erwachsen wird, gewinnt „Quellen des Lebens“ wieder an Fahrt, Tiefe und Emotionalität, zum Beispiel wenn Großvater Erich seiner todkranken Frau eine Niere spendet.

Es sind inzwischen die siebziger Jahre, Roehler versinkt in der Zeit, versonnen spielt er ihre Schlager, immer und immer wieder.

Irgendwie scheint er sich selbst ganz glücklich dabei zuzuschauen und kräftig auf die Schulter zu klopfen, dass aus ihm trotz dieser schlimmen Kindheit am Ende dann doch kein richtiger Irrer geworden ist.

LARS-OLAV BEIER

Video: Ausschnitte aus „Quellen des Lebens“

spiegel.de/app72013filmkritik
oder in der App DER SPIEGEL

Jetzt testen

Orientierung für Anspruchsvolle:
Jetzt 8 Wochen die SZ testen!



Jetzt 2 Geschenke sichern und über 30 % sparen!



8 Wochen die SZ mit über 30 % Ersparnis lesen



Ihr Geschenk: Tchibo Gutschein oder Black & Decker Werkzeug-Set



Und nur bis zum 18.02.2013 mit Extra-Überraschungs-Geschenk

Jetzt bestellen unter:

sz.de/spiegel

089 / 21 83 10 00

Seien Sie anspruchsvoll.

Süddeutsche Zeitung

Impressum

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) **E-Mail** spiegel@spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEURE Georg Mascolo (V. i. S. d. P.), Mathias Müller von Blumencron

STELLV. CHEFREDAKTEURE Klaus Brinkbäumer, Dr. Martin Doerry

ART DIRECTION Uwe C. Beyer

Politischer Autor: Dirk Kurbjuweit

DEUTSCHE POLITIK · HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* Konstantin von Hammerstein, Christiane Hoffmann (stellv.), René Pfister (stellv.). *Redaktion Politik:* Ralf Beste, Peter Müller, Ralf Neukirch, Gordon Repinski, Jörg Schindler, Merlind Theile. *Autor:* Markus Feldenkirchen
Redaktion Wirtschaft: Sven Böll, Markus Dettmer, Gerald Traufetter. *Reporter:* Alexander Neubacher, Christian Reiermann

Meinung: Dr. Gerhard Spörl

DEUTSCHLAND *Leitung:* Alfred Weinzierl, Cordula Meyer (stellv.), Dr. Markus Verbeet (stellv.); Hans-Ulrich Stoldt (Panorama). *Redaktion:* Felix Bohr, Jan Friedmann, Michael Fröhlingsdorf, Hubert Gude, Carsten Holm, Anna Kistner, Charlotte Klein, Petra Kleinau, Guido Kleinhubbert, Bernd Kühnl, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Andreas Ulrich, Antje Windmann. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Dr. Thomas Darnstädt, Gisela Friedrichsen, Beate Lakotta, Bruno Schrep, Dr. Klaus Wiegrefe

Berliner Büro *Leitung:* Holger Stark, Frank Hornig (stellv.). *Redaktion:* Sven Becker, Markus Deggerich, Özlem Gezer, Horand Knaup, Sven Röbel, Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski. *Autoren:* Stefan Berg, Jan Fleischhauer

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Michael Sauga (Berlin), Thomas Tuma, Marcel Rosenbach (stellv., Medien und Internet). *Redaktion:* Susanne Amann, Markus Brauck, Isabell Hülsen, Alexander Jung, Nils Klawitter, Alexander Kühn, Martin U. Müller, Jörg Schmitt, Janko Tietz. *Autoren, Reporter:* Markus Grill, Dietmar Hawranek, Stefan Niggemeier, Michaela Schießl

AUSLAND *Leitung:* Clemens Höges, Britta Sandberg, Juliane von Mittelstaedt (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Manfred Ertel, Jan Puhl, Sandra Schulz, Daniel Steinvorth, Thilo Thielke, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Hans Hoyng, Susanne Koelbl, Walter Mayr, Dr. Christian Neef, Christoph Reuter

Diplomatischer Korrespondent: Dr. Erich Follath

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Johann Grolle, Olaf Stampf. *Redaktion:* Jörg Blech, Manfred Dworschak, Marco Evers, Dr. Veronika Hackenbroch, Laura Höflinger, Julia Koch, Kerstin Kullmann, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Samiha Shafy, Frank Thadeusz, Christian Wüst. *Autorin:* Rafaela von Bredow

KULTUR *Leitung:* Lothar Gorris, Dr. Joachim Kronsbein (stellv.). *Redaktion:* Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Philipp Oehmke, Tobias Rapp, Elke Schmitter, Katharina Stegelmann, Claudia Voigt, Martin Wolf. *Autoren, Reporter:* Georg Diez, Wolfgang Höbel, Dr. Romain Leick, Matthias Matussek, Katja Thimm, Dr. Susanne Weingarten

KulturSPIEGEL: Marianne Wellershoff (verantwortlich). Tobias Becker, Anke Dürr, Maren Keller, Daniel Sander

GESELLSCHAFT *Leitung:* Matthias Geyer, Cordt Schnibben, Barbara Supp (stellv.). *Redaktion:* Hauke Goos, Barbara Hardinghaus, Wiebke Hollersen, Ralf Hoppe, Ansbert Kneip, Dialika Neufeld, Bettina Stiekel, Takis Würger. *Reporter:* Uwe Buse, Jochen-Martin Gutsch, Thomas Hüetlin, Guido Mingels, Alexander Osang, Dr. Stefan Willeke

SPORT *Leitung:* Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger. *Redaktion:* Lukas Eberle, Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer

SONDERTHEMEN *Leitung:* Dietmar Pieper, Annette Großbongardt (stellv.), Norbert F. Pötzl (stellv.). *Redaktion:* Annette Bruhns, Angela Gatterburg, Uwe Klußmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Dr. Rainer Traub

MULTIMEDIA Jens Radü; Nicola Abé, Roman Höfner, Marco Kasang, Bernhard Riedmann

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Katharina Lüken (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Anke Jensen; Christian Albrecht, Gesine Block, Regine Brandt, Reinhold Bussmann, Lutz Diedrichs, Bianca Hunekuhl, Sylke Kruse, Maika Kunze, Stefan Moos, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Petersen, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulin, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels

PRODUKTION Solveig Binroth, Christiane Stauder, Petra Thormann; Christel Basilon, Petra Gronau, Martina Treumann

BILDREDAKTION Michaela Herold (Ltg.), Claudia Jeczawitz, Claus-Dieter Schmidt; Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Matthias Krug, Parvin Nazemi, Peer Peters, Karin Weinberg, Anke Wellnitz
E-Mail: bildred@spiegel.de
SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. (001212) 3075948

GRAFIK Martin Brinker, Johannes Unselt (stellv.); Cornelia Baumermann, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Anna-Lena Kornfeld, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Jens Kuppi, Reinhilde Wurst (stellv.); Michael Abke, Katrin Bollmann, Fabian Eschkötter, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhufe, Kristian Heuer, Nils Küppers, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Doris Wilhelm
Besondere Aufgaben: Michael Rabanus
Sonderhefte: Rainer Sennewald

TITELBILD Suze Barrett, Arne Vogt; Iris Kuhlmann, Gershom Schwalfenberg
Besondere Aufgaben: Stefan Kiefer

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
BERLIN Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. (030) 886688-200, Fax 886688-222

DRESDEN Maximilian Popp, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Georg Bönisch, Frank Dohmen, Barbara Schmid, Fidelius Schmid, Carlsplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Martin Hesse, Simone Kaiser, Anne Seith, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Conny Neumann, Steffen Winter, Rosental 10, 80331 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Eberhardstraße 73, 70173 Stuttgart, Tel. (0711) 664749-20, Fax 664749-22

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
ABU DHABI Alexander Smoltczyk, P. O. Box 35 290, Abu Dhabi

BRÜSSEL Christoph Pauly, Christoph Schult, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

ISTANBUL PK 90 Beyoglu, 34431 Istanbul, Tel. (0090212) 2389558, Fax 2569769

KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 37604944, Fax 37607655

KAPSTADT Bartholomäus Grill, P.O. Box 15614, Vlaeberg 8018, Tel. (002721) 4261191

LONDON Christoph Scheuermann, P.O. Box 64199, London WC1A 9FP, Fax (004420) 34902948

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (0034) 650652889

MOSKAU Matthias Schepp, Ul. Bol. Dmitrowka 7/5, Haus 2, 125009 Moskau, Tel. (007495) 96020-95, Fax 96020-97

NEU DELHI Dr. Wieland Wagner, 210 Jor Bagh, 2F, Neu Delhi 110003, Tel. (009111) 41524103

NEW YORK Thomas Schulz, 10 E 40th Street, Suite 3400, New York, NY 10016, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Ullrich Fichtner, Mathieu von Rohr, 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (00331) 58625120, Fax 42960822

PEKING Bernhard Zand, P. O. Box 170, Peking 100101, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. (005521) 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Fiona Ehlers, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Dr. Philip Bethge, P. O. Box 151013, San Rafael, CA 94915, Tel. (001415) 7478940

TEL AVIV Julia Amalia Heyer, P. O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 61083, Tel. (009723) 6810998, Fax 6810999

WARSCHAU P. O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL- 03-912 Warschau, Tel. (004822) 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON Marc Hujer, Dr. Gregor Peter Schmitz, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Cordelia Freiwald (stellv.), Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Susmita Arp, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bott, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Andrea Curtaz-Wilkens, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Kurt Jansson, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Jessica Kensicki, Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Sonja Maaß, Nadine Markwaldt-Buchhorn, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Nicola Naber, Margret Nitsche, Malte Nohrn, Sandra Öfner, Thorsten Oltmer, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Rolf G. Schierhorn, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Jil Sörensen, Rainer Staudhammer, Tuisko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Eckart Teichert, Nina Ulrich, Ursula Wamser, Peter Wetter, Kirsten Wiedner, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Norbert Facklam

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 67 vom 1. Januar 2013
Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007-2540, www.spiegel-qc.de

Commerzbank AG Hamburg, Konto-Nr. 6181986, BLZ 200 400 00

Verantwortlich für Vertrieb: Thomas Hass

Druck: Prinovis, Dresden Prinovis, Itzehoe

DER SPIEGEL wird auf Papier aus verantwortungsvollen Quellen gedruckt.

MIX Papier FSC FSC® C020233

VERLAGSLEITUNG Matthias Schmolz, Rolf-Dieter Schulz

GESCHÄFTSFÜHRUNG Ove Saffe

INTERNET www.spiegel.de
REDAKTIONSBLOG spiegel.de/spiegelblog
TWITTER @derspiegel
FACEBOOK facebook.com/derspiegel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Subscription price for USA is $ 350 per annum. K.O.P.: German Language Pub., 153 S Dean St, Englewood, NJ 07631. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, P.O. Box 9868, Englewood, NJ 07631.

Service

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln / Recherche
Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:
Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:
New York Times News Service/Syndicate
E-Mail: nytsyn-paris@nytimes.com
Telefon: (00331) 41439757

für Fotos:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

SPIEGEL-Shop
SPIEGEL-Bücher, SPIEGEL-TV-DVDs, Titelillustrationen als Kunstdruck und eine große Auswahl an weiteren Büchern, CDs, DVDs und Hörbüchern unter www.spiegel.de/shop
Abonnenten zahlen keine Versandkosten.

SPIEGEL-Einzelhefte (bis drei Jahre zurückliegend)
Telefon: (040) 3007-4888 Fax: (040) 3007-857050
E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Ältere SPIEGEL-Ausgaben
Telefon: (08106) 6604 Fax: (08106) 34196
E-Mail: spodats@t-online.de

Kundenservice
Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr,
Sa. 10.00 – 16.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg
Telefon: (040) 3007-2700 Fax: (040) 3007-3070
E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnement für Blinde
Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
Telefon: (06421) 606265
Elektronische Version, Frankfurter Stiftung für Blinde
Telefon: (069) 955124-0

Abonnementspreise
Inland: zwölf Monate € 208,00
Studenten Inland: 52 Ausgaben € 153,40 inkl. sechsmal UniSPIEGEL
Österreich: zwölf Monate € 234,00
Schweiz: zwölf Monate sfr 361,40
Europa: zwölf Monate € 262,60
Außerhalb Europas: zwölf Monate € 340,60
Der digitale SPIEGEL: zwölf Monate € 197,60
Befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: (040) 3007-3070.

Ich bestelle den SPIEGEL
❑ für € 4,00 pro Ausgabe
❑ für € 3,80 pro digitale Ausgabe
❑ für € 0,50 pro digitale Ausgabe zusätzlich zur Normallieferung. Eilbotenzustellung auf Anfrage.
Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte bekomme ich zurück. Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Ich zahle
❑ bequem und bargeldlos per Bankeinzug (1/4-jährl.)

Bankleitzahl Konto-Nr.

Geldinstitut

❑ nach Erhalt der Jahresrechnung. Eine Belehrung über Ihr Widerrufsrecht erhalten Sie unter: www.spiegel.de/widerrufsrecht

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP13-001
SD13-006
SD13-008 (Upgrade)

SPIEGEL ONLINE Jeden Tag. 24 Stunden.



PETER KNEFFEL / DPA

THEMA DER WOCHE

Polterstunde

Wenige Monate vor der Bundestagswahl kommt den Parteien dieser Termin gerade recht: Beim politischen Aschermittwoch darf ungehemmt polemisiert werden. CSU-Chef Seehofer tritt in Passau auf, in Dingolfing versucht FDP-Fraktionschef Brüderle, sein Dirndl-Gate vergessen zu machen.

WIRTSCHAFT | Schweineleben
Beim Biobauern herrscht Idylle pur, der konventionelle Schweinemäster trimmt seine Tiere unbarmherzig auf Wachstum. Was ist dran an den Klischees der Verbraucher? SPIEGEL ONLINE hat zwei Höfe besucht und macht den Vergleich.

SCHULSPIEGEL | Abi an der Untergrundschule
Sie schleichen zum Unterricht, jederzeit droht die Wut des weißrussischen Diktators Lukaschenko: Oppositionelle betreiben in der Nähe von Minsk eine konspirative Schule. Schüler lernen dort, was Freiheit bedeutet.

SPORT | Kleine Könige
Wenn gut nicht gut genug ist: Borussia Dortmund hat mit dem Einzug ins Achtelfinale der Champions League mehr erreicht als erwartet. Gegen Schachtjor Donezk soll die Europacup-Saison gekrönt werden. SPIEGEL ONLINE berichtet live vom Hinspiel in der Ukraine.

einestages.de | **„Gestern total bedrückt“**



BETTMANN / CORBIS

Am Ende war sie ein Schatten ihrer selbst: Vor 50 Jahren beging die Autorin Sylvia Plath Selbstmord. Ihr Roman „Die Glasglocke“ wurde erst postum zum Klassiker, weitere Werke zensierte ihre Familie wegen ihrer Drastik zum Teil jahrzehntelang. einestages.de über die letzten Tage einer großen Schriftstellerin.

www.spiegel.de – Schneller wissen, was wichtig ist

SPIEGEL TV

MONTAG, 11.2., 23.00 – 23.30 UHR | SAT.1
SPIEGEL TV REPORTAGE

Strafsache Polizei – Wenn bayerische Beamte prügeln gehen

Seit Jahren ist Bayern stolz auf die niedrigste Kriminalitätsrate Deutschlands. Die Polizei des Bundeslandes ist bekannt für effektives Durchgreifen und erzielt eine hohe Aufklärungsquote. Die Kehrseite der Effektivität: 2011 gab es mehr als 1700 Beschwerden von Bürgern gegen bayerische Polizisten und 279 Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung im Amt. Jedoch kam es nur dreimal zur Anklage, ein einziger Polizist wurde verurteilt. Anhand von exklusiven Videoaufnahmen, Zeugenaussagen und Ermittlungsakten dokumentiert SPIEGEL-TV-Autorin Utta Seidenspinner, wie oft die Justiz im Freistaat auf einem Auge blind ist.

SONNTAG, 17. 2., 23.45 – 0.30 UHR | RTL
SPIEGEL TV MAGAZIN

Arm, aber verschwenderisch – Berlins Nehmerqualitäten; **Rückfall nach Haftentlassung –** Der schwierige Umgang mit Sexualstraftätern; **Täglich grüßt das Nagetier –** Rattenplage in Hamburg.

MONTAG, 11. 2., 21.00 – 21.50 UHR | SKY
SPIEGEL GESCHICHTE

Die Synagoge von Kitzingen

Die ehemalige Synagoge von Kitzingen ist eines der wenigen jüdischen Gotteshäuser, das nach der Zerstörung durch die Nazis 1938 nahezu im Originalzustand wiederaufgebaut wurde. Doch eine aktive Gemeinde



Brennende Kitzinger Synagoge 1938

gibt es hier heute nicht mehr. Die meisten Kitzinger Juden wurden bis 1942 deportiert und im Holocaust ermordet. Einige engagierte Bürger der unterfränkischen Stadt haben das Schicksal der Kitzinger Juden nicht vergessen. SPIEGEL GESCHICHTE hat sie besucht und sich vor Ort mit ihnen auf die Spuren des jüdischen Lebens in der Stadt gemacht sowie mit Überlebenden gesprochen.

Der digitale SPIEGEL

Jetzt auch für Windows 8



In dieser Ausgabe:

Dick durch Stress –
Eine Entspannungsübung im **Video**

Krieg in der Wüste –
Video-Reportage aus Mali

Die Teufelsreiter –
Video über Kaliforniens Riesenwellen-Surfer

Die neue Art zu lesen.

- Mit zusätzlichen Hintergrundseiten
- Mit exklusiv produzierten Videos
- Mit 360°-Panoramafotos, interaktiven Grafiken und 3-D-Modellen
- Alles immer schon **ab Sonntag, 8 Uhr!**

www.spiegel.de/digital

Einfach QR-Code scannen, z. B. mit der App „Sminna"

DER SPIEGEL

Register

GESTORBEN

Cecil Womack, 65. Zusammen mit seinen vier Brüdern trat er schon in den fünfziger Jahren in den USA mit Gospelliedern auf. Der Sänger Sam Cooke wurde auf die Womack-Brothers aufmerksam, nahm sie für sein Label unter Vertrag. Cecils Bruder Bobby machte als Soulmusiker eine große Karriere, während sich Cecil zunächst aus dem Rampenlicht zurückzog und Songs für andere Künstler schrieb. Erst in den achtziger Jahren stand er wieder auf der Bühne. Mit zwei Liedern über komplexe Beziehungen – „Love Wars" und „Teardrops" –, die er mit seiner Frau Linda unter dem Bandnamen Womack & Womack einspielte, wurde er selbst berühmt. Cecil Womack, der später nach Afrika ging, starb am 1. Februar.

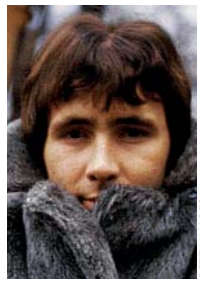

PICTURE ALLIANCE / PHOTOSHOT

Joachim Engel-Denis, 79. Direkt vom Flur des Hessischen Rundfunks weg wurde der smarte Jungschauspieler für die Rolle des Betriebs-Playboys Fred Lindner in der beliebten Fernsehserie „Die Firma Hesselbach" engagiert. Anfang der sechziger Jahre durfte er sich dann in mehr als 40 Folgen hocharbeiten und wurde schließlich zum Prokuristen und Vorzeige-Schwiegersohn der Hesselbachs. Bis in die Siebziger folgten weitere TV-Auftritte des vielseitigen Künstlers, unter anderem die Rolle des Widerstandskämpfers Adam von Trott zu Solz in dem TV-Film „Operation Walküre". Danach arbeitete er vor allem als Regisseur an verschiedenen Stadttheatern und als Sprecher für Hörspiele. Joachim Engel-Denis starb am 29. Januar in Mainz.


KURT BETHKE / HR

Lino Oviedo, 69. In seiner Heimat Paraguay wurde er 1989 bekannt, als er mit einer Granate in der Hand half, den deutschstämmigen Diktator Alfredo Stroessner aus dem Amt zu jagen. Vier Jahre danach wurde Oviedo von einem Nachfolger zum Heereschef ernannt, gegen den er drei Jahre später zu putschen versuchte. Als der Politiker für die herrschende Colorado-Partei 1998 die Präsidentschaft in dem lateinamerikanischen Land erobern wollte, wurde er wegen seiner Rebellion zu zehn Jahren Haft verurteilt. Später bezichtigte man ihn obendrein der Beteiligung am Mord an seinem innerparteilichen Gegner. Oviedo ging ins Exil nach Argentinien, kehrte 2004 aber zurück und verbüßte seine Strafe bis 2007. Bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr darauf präsentierte sich der auch bei der Indio-Bevölkerung populäre Ex-Militär mit einer eigenen Partei, der „Nationalen Union ethischer Bürger". Damals wurde er Dritter, jetzt kandidierte er erneut, jedoch mit nur geringen Erfolgschancen. Lino Oviedo starb am 2. Februar auf dem Rückflug von einer Wahlkampfveranstaltung bei einem Hubschrauberabsturz.

Reg Presley, 71. Er sang eines der besten Stücke der Popgeschichte. Ein kurzes Gitarrenjaulen, ein hartes Riff, dann hört man die Stimme von Reginald Maurice Ball – wie Reg Presley mit richtigem Namen hieß –, der den ewigen Rocktraum des „Wild Thing" beschwört. In der Mitte spielt er noch ein Solo auf der Okarina. Seine Band nannte sich The Troggs und kam aus der südenglischen Provinz. Ein Jahr lang – von 1966 bis 1967 – hatten die Musiker einen großen Lauf. Presley schrieb ihnen die Hits, unter anderem das bezaubernde „Love Is All Around". Danach versuchte er sich noch erfolglos an einer Solokarriere. Die Troggs fanden zwar wieder zusammen, aber auch das lief nicht, genauso wenig wie die Band The Corporation, deren Mitglied Presley in den Achtzigern wurde. Reg Presley starb am 4. Februar in Andover an Krebs.


GETTY IMAGES

André Cassagnes, 86. Die Erleuchtung kam dem französischen Elektriker Ende der fünfziger Jahre, als er einen Lichtschalter installierte und dessen Schutzfolie abzog. Dabei bemerkte er, dass man auf die von Aluminiumstaub verunreinigte Folie schreiben konnte und die Schrift auf der Rückseite sichtbar wurde. Das war die Grundlage für seine Erfindung: die Zaubertafel, ein Spielzeug, das Generationen von Kindern und Erwachsenen faszinieren sollte und sich bis heute millionenfach verkauft hat. In den USA wurde „Etch A Sketch" bald zum beliebtesten Weihnachtsgeschenk und ward zu einem Teil der Popkultur. Cassagnes aber verdiente an dem Erfolg nicht viel; für 10 000 Dollar hatte er die US-Rechte verkauft. In den achtziger Jahren machte der geniale Tüftler noch als Drachenbauer von sich reden und erfand das Teleguide-System, eine Technik, mit der Modellautos geführt werden können. André Cassagnes starb am 16. Januar in einem Vorort von Paris.


NEU KRACHT'S HALT AM BESTEN!
ALARM FÜR
COBRA 11
AB 14.02. | DO | 20:15
DIE NEUEN FOLGEN
Mein RTL
RTL.de

Mädchen mit Herzschmerz

Als Hannah Horvath in „Girls“ ist sie immer wieder auch in sexuell erniedrigenden Situationen zu sehen. In Hollywood wird **Lena Dunham,** 26, trotzdem als neue feministische Ikone gefeiert. Jetzt hat sich die Hauptdarstellerin und Erfinderin der TV-Serie entschlossen, bewusster mit ihrer Vorbildfunktion als öffentliche Person umzugehen – denn da seien „all die 17-jährigen Mädchen, die zu mir kommen und sagen, wie viel ihnen meine Serie bedeutet“. In einem Radiointerview ließ Dunham außerdem wissen, dass sie von der Popsängerin Rihanna schwer enttäuscht sei. Die habe gegenüber ihren Anhängern verantwortungslos gehandelt, findet Dunham, weil Rihanna wieder mit Chris Brown zusammengekommen sei. Der Musiker hatte die Sängerin vor vier Jahren geschlagen, die Bilder ihres verletzten Gesichts gingen um die Welt. Dass Rihanna nun auch noch Fotos von sich mit ihm marihuanarauchend auf Instagram poste, sei geradezu tragisch. „Das bricht mir das Herz“, sagte Dunham.



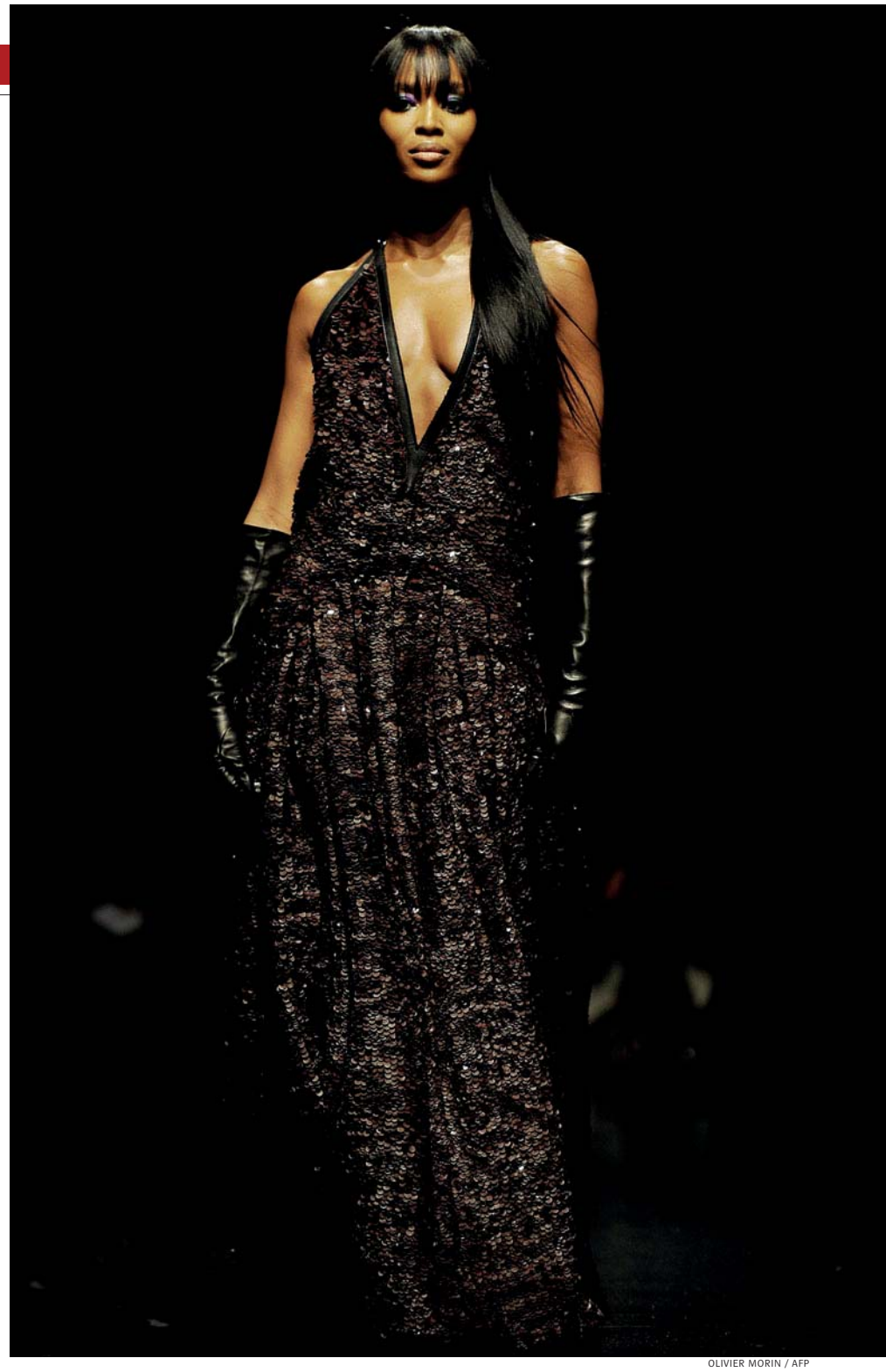
SHOOTING STAR / INTERTOPICS

Brauttherapie

Seit der Scheidung von Brad Pitt im Jahr 2005 war **Jennifer Aniston,** 43, amerikanische Schauspielerin, in Begleitung diverser Männer zu beobachten, die sich verwirrend ähnlich sahen. Im August vergangenen Jahres verlobte sie sich mit dem Schauspieler Justin Theroux. Damit diesmal alles gutgeht, lässt die Kalifornierin nichts unversucht: Gemeinsam mit ihrem Bräutigam in spe checkte Aniston in einer Spezialeinrichtung zur Vorbereitung auf die Ehe ein. Drei Tage Intensivprogramm in Santa Monica sollten die Psyche von altem Ballast befreien. Die Verlobten ließen sich therapeutisch beraten, lernten Paarmassage und machten eine Urschreitherapie mit. Der Hochzeitstermin ist noch nicht bekanntgegeben worden.



BAXTER / PICTURE ALLIANCE / ABACA / DPA



OLIVIER MORIN / AFP

Elefanten vor Gericht

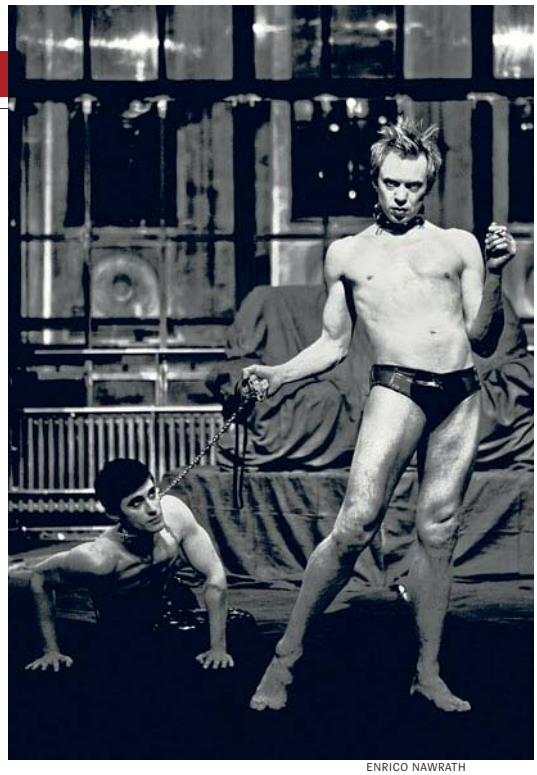
Ihre Eskapaden und Extravaganzen sind beliebter Stoff für Berichterstatter in aller Welt. Im vergangenen November war es der „Daily Telegraph“, der das ehemalige Supermodel **Naomi Campbell,** 42, ins Visier nahm. Für die märchenhafte Luxusparty in Indien zum Geburtstag ihres Geliebten, des russischen Milliardärs Wladislaw Doronin, 50, habe Campbell ein Polospiel mit Elefanten geplant, hieß es. Dafür müssten die Tiere mehr als zehn Stunden auf schlechten Straßen durch Rajasthan transportiert werden. Andere Blätter griffen den Bericht ungeprüft auf, Campbell bekam böse Post von Tierschützern. Die Britin verklagte das Blatt wegen Verleumdung und bekam vergangene Woche recht: Ein Londoner Gericht stellte fest, dass Campbell nie vorgehabt habe, Elefantenpolo zu Ehren ihres Lebensgefährten spielen zu lassen. Die Höhe der Schadensersatzzahlung blieb geheim, die Klägerin nahm die Entschuldigung der Zeitung an.

Cem Özdemir, 47, Vorsitzender der Grünen, arbeitet an vertrauensbildenden Maßnahmen für den Fall einer rot-grünen Regierungsübernahme. Am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz sprach der Schwabe mit James Townsend, einem hochrangigen Mitarbeiter des US-Verteidigungsministeriums. Der fragte Özdemir, was er davon halte, dass Deutschland Frankreich mit zwei Transallflugzeugen in Mali unterstütze. Das sei zu wenig, antwortete Özdemir: „Unter einem grünen Außenminister hätte es so eine blamable Hilfe nicht gegeben." Der Parteichef offenbarte später seine persönliche Sicht auf den amtierenden Außenminister: „Der pazifistische Westerwelle", der sich bei internationalen Konflikten gern heraushalte, sei „die späte Rache der FDP an der Friedensbewegung", scherzte er.

Dimitrij Medwedew, 47, russischer Ministerpräsident, hat der ehemaligen finnischen Staatspräsidentin Tarja Halonen eine Katze geschenkt. Ende vorigen Jahres hatte er erfahren, dass ihre beiden Hauskatzen gestorben waren. Zum Trost versprach er ihr eine blauäugige Neva Masquerade, eine Art Sibirische Waldkatze. Mitte Januar erfolgte die feierliche Übergabe des Vierbeiners in der russischen Botschaft von Helsinki. Meggi war mit dem Tolstoi-Zug in Begleitung eines Beamten aus Moskau angereist. In der Botschaft musste sie jedoch schnell in einen Käfig gesetzt werden: Das fünf Monate alte Tier war vom Blitzlicht der Pressefotografen ganz verschreckt. In ihrem Alter sei Meggi „noch unberechenbar", so Halonen, aber aus ihr werde noch „eine ganz normale Hauskatze". Medwedew ist übrigens selbst Besitzer einer Sibirischen Waldkatze.

Muammer Güler, 63, neuer Innenminister der Türkei, erfreut sich in seinem Wahlkreis maximaler Unterstützung, wie sein Antrittsbesuch am vergangenen Montag beweist. Dabei kam es in der Stadt Mardin zu einem leichten Verkehrsunfall, an dem der Minister-Konvoi beteiligt war. Um weiterer Unbill vorzubeugen und damit Gülers neues Amt unter einem guten Stern stehen möge, opferten Einwohner nach muslimischem Brauch einen Schafsbock. Der Minister und sein Gefolge fuhren dann zur 80 Kilometer entfernten Stadt Midyat. Bei seiner Ankunft erfuhr er, dass inzwischen 29 weitere Tiere zu seinen Ehren geschächtet worden waren – in sieben verschiedenen Orten entlang der Reiseroute.

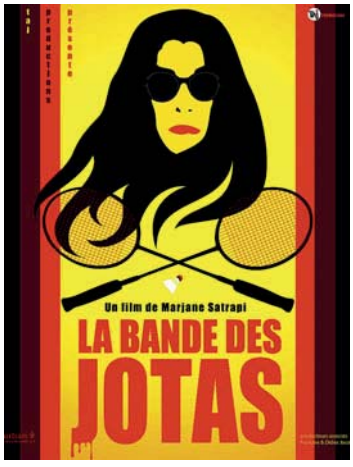
Abschied in Lack und Leder



ENRICO NAWRATH

Was ist das? Ein Ausflug in die Berliner Lederszene? Ein Karnevalsumzug einer Fetischgruppe? Es ist, und so etwas kann wohl nur in der Hauptstadt entstehen, ein Charity-Projekt. **Wladimir Malachow,** 45, noch Chef des Staatsballetts Berlin, posiert mit seiner Compagnie für den Bildband „Metamorphose" des Fotografen Enrico Nawrath. Etwaige Erlöse sollen „Update Your Life", einer Initiative, die auf die Fortschritte in der HIV-Therapie hinweist, zugutekommen. Schirmherr des Ganzen ist Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit. Als oberster Verantwortlicher für Kultur hat er Malachow übrigens vergangene Woche mitteilen lassen, dass dessen Tanz- und Choreografie-Künste ab 2014 in Berlin – nach zwölf Jahren – nicht mehr benötigt werden.

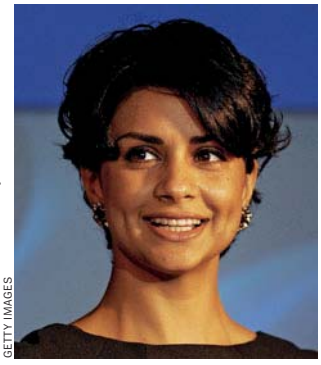
Von Teheran nach Hollywood



Bislang befasste sie sich in ihren Werken vor allem mit ihrer Heimat. Ihr regimekritischer Comic „Persepolis", in dem sie sich mit ihrer Kindheit in Teheran auseinandersetzt, machte sie weltberühmt – sehr zum Ärger des Mullah-Regimes. Jetzt will die iranische Zeichnerin und Regisseurin **Marjane Satrapi,** 43, endgültig das Thema wechseln. Sie überraschte vorige Woche in Paris mit einer Krimi-Komödie. „Dieser Film hat nichts mit Iran zu tun!", verkündete Satrapi. Das Roadmovie „La Bande des Jotas" (etwa: „Die J-Bande") drehte die Künstlerin mit ein paar Freunden auf einer Spanienreise und spielte auch gleich selbst die Hauptrolle. Demnächst wird Satrapi nach Hollywood aufbrechen. Sie übernimmt die Regie für den Psychothriller „The Voices".

Erste Hilfe auf Indisch

Sechs Wochen ist es her, dass eine 23-jährige Studentin in Indien an den Folgen einer Gruppenvergewaltigung starb. Die Tat ist kein Einzelfall, wie die Welt erfahren musste. Tagelang gab es – nicht immer friedliche – Demonstrationen in Delhi und anderen großen indischen Städten, auf denen Sicherheit und Respekt für Frauen und Mädchen gefordert wurden. Der Schauspielerin **Gul Panag,** 34, genügte es nicht, auf die Straße zu gehen. Die Inderin rief eine Initiative ins Leben, um ein landesweites Netzwerk von Freiwilligen zu gründen; gesucht werden Menschen, die Vergewaltigungsopfern und deren Angehörigen erste Hilfe, Beratung und Beistand geben können. Ehrenamtliche Anwälte sollen die Opfer zur Polizei begleiten. Panag will vor allem dafür sorgen, dass die Taten ernst genommen und endlich angemessen strafrechtlich verfolgt werden. „Die Polizei", glaubt die Aktivistin, „macht ihren Job nicht richtig." In Indien wird etwa alle 20 Minuten eine Frau vergewaltigt.



GETTY IMAGES

Hohlspiegel

Bildunterschrift aus der „Rheinischen Post“: „HAT-Trainer Martin Leppich schwört seine Mannschaft auf einen erfolgreichen Abstiegskampf ein.“



Schild an einer öffentlichen Toilette in Markranstädt in Sachsen

Aus dem „Hamburger Abendblatt“ über Milieuschutz: „Zweck der Regelung ist, alteingesessene Bewohner aus begehrten Wohnlagen zu verdrängen.“



Aus dem Infoblatt „Der Südfinder Ostalb“

Aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Deshalb ist zu hoffen, dass die Steuer letztlich doch da bleibt, wo Untote hingehören: im Grab.“

Aus dem „Tagesspiegel“: „‚Etwa zu dieser Zeit tauchte auch der Dingo in der Region auf‘, sagt Irina Pugach. Damit dürfte die Isolation Australiens bis zur Ankunft der Europäer wohl endgültig vom Tisch sein.“



Aus der „Neuen Westfälischen“

Aus der TV-Beilage „Prisma“: „Da das Staatstier von Florida, der Panther (korrekt: Leopard & Jaguar), auszusterben drohte, wurden acht Puma-Damen aus Texas importiert. Die Vermählung funktionierte: In Floridas Wäldern brüllen wieder viele starke Pantherchen.“

Aus der „Rhein-Zeitung“: „Aus Sicht des Caritas-Präsidenten Peter Neher müssen in katholischen Kliniken vergewaltigte Frauen umfassend beraten werden.“



Rückspiegel

Zitate

Die „Welt“ zur SPIEGEL-Titelgeschichte „Das Sorgenkind“ (Nr. 6/2013) über Deutschlands gescheiterte Familienpolitik:

Die Luft über den Kinderbetten ist wieder Kriegsgebiet. Vorbereitet wurde der Konflikt durch das Sturmgeschütz der Demokratie, den SPIEGEL. Der rechnete in einer zehnseitigen Titelgeschichte nicht nur mit der schwarz-gelben Familienpolitik ab, sondern redete (nicht sonderlich verklausuliert) einer rot-grünen Familienpolitikwende das Wort. In der Kavallerie reiten rote und grüne Wahlkämpfer, die mit ihrem Kulturkampf um das Betreuungsgeld in beispielloser Art und Weise Würde und Ansehen jener Frauen (oder Väter) beschädigt haben, die, aufopferungsvoll und wie von Pädagogen und Psychologen empfohlen, für ihre Kinder da sind, wenn diese sie am dringendsten brauchen.

Die israelische Tageszeitung „Haaretz“ schreibt über den ehemaligen TV-Journalisten, Wahlgewinner und möglichen neuen Außenminister Jair Lapid:

Während seiner gesamten Wahlkampagne lehnte Lapid vehement eine Teilung Jerusalems ab. In einem Interview, das Lapid im Mai 2008 dem deutschen Magazin DER SPIEGEL gab, vertrat er den gegenteiligen Standpunkt: „Die große Tragödie des israelisch-palästinensischen Konflikts ist, dass jeder weiß, wie er enden wird. Wir werden das Gebiet teilen, Israel wird den Großteil des Westjordanlandes zurückgeben, und auf den öffentlichen Gebäuden Ostjerusalems wird die palästinensische Flagge wehen.“

Der SPIEGEL berichtete …

… in Nr. 4/2013 „Die Psycho-Falle“ über neue diagnostische Kriterien, die dazu führen, dass künftig deutlich mehr Probleme als psychische Erkrankungen eingestuft werden.

Der „Arztreport 2013“, den die Barmer GEK jetzt veröffentlichte, offenbart einen starken Zuwachs der diagnostizierten Aufmerksamkeits-/Hyperaktivitätsstörungen (ADHS) bei Kindern und Jugendlichen bis 19 Jahre. Zwischen 2006 und 2011 wuchs deren Zahl von 2,92 auf 4,14 Prozent – eine Zunahme um 42 Prozent. Rolf-Ulrich Schlenker, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Krankenkasse, sagte: „Dieser Anstieg erscheint inflationär. Wir müssen aufpassen, dass ADHS-Diagnostik nicht aus dem Ruder läuft und wir eine ADHS-Generation fabrizieren.“

Ist Ihre Bank Ihre Bank?

- ☐ **Bestimmen Sie den Kurs Ihrer Bank demokratisch mit?**
- ☐ **Sind Sie mehr als Kunde, nämlich Mitglied und damit Teilhaber Ihrer Bank?**
- ☐ **Wurde Ihre Bank mit dem Zweck gegründet, ihre Mitglieder zu fördern?**

3x Ja: Hallo, liebes Mitglied! Was können wir heute für Sie tun?

Weniger als 3x Ja: Sie sind noch kein Mitglied bei uns. Aber das können Sie ändern: Erfahren Sie mehr über die Vorteile einer einzigartigen Mitgliedschaft auf **vr.de/mitgliedschaft**

Mitglied werden und profitieren!

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Film

Mehr über unsere Mitgliedschaft und die genossenschaftliche Idee: einfach Code scannen und Film ansehen.

Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir machen den Weg frei. Gemeinsam mit den Spezialisten der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken: DZ BANK, WGZ BANK, Bausparkasse Schwäbisch Hall, DG Hyp, DZ PRIVATBANK, easyCredit, Münchener Hyp, R+V Versicherung, Union Investment, VR LEASING, WL Bank.


Marc O'Polo
VISIT OUR ONLINE SHOP WWW.MARC-O-POLO.COM